Dierk Borstel

Umgang mit Rechtsextremismus

Leitfaden für die Praxis der Sozialen Arbeit

Kohlhammer

Inhalt

Kohlhammer

Der Autor

Dr. Dierk Borstel ist Professor für praxisorientierte Politikwissenschaften an der FH Dortmund. Sein Arbeitsschwerpunkt sind die Gefährdungen der demokratischen Kultur. Zuletzt veröffentlichte er Studien zur Wohnungslosigkeit und zum Druck rechtspopulistischer Netzwerke auf die demokratische Zivilgesellschaft. Hinzu kam ein Lehrbuch zum politischen Grundwissen für die Soziale Arbeit gemeinsam mit Ute Fischer.

Dierk Borstel

Umgang mit Rechtsextremismus

Leitfaden für die Praxis der Sozialen Arbeit

Verlag W. Kohlhammer

1. Auflage 2022

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:
ISBN 978-3-17-036696-1

E-Book-Formate:
pdf: ISBN 978-3-17-036697-8

epub: ISBN 978-3-17-036698-5

Einleitung

Wie schreibt man ein Lehrbuch für Sozialarbeiter*innen zum Umgang mit Rechtsextremismus? Eigentlich gibt es zwei Zugänge: aus der Forschung heraus oder aus der Praxis. Jene Lehrbücher, die aus der Forschungsperspektive heraus geschrieben wurden, leiden oft unter einem verblüffenden Mangel an Praxisbezügen. Die theoretischen Herleitungen gedeihen dann zwar oft vortrefflich, die Fußnotenvielfalt führt zur Ehrfurcht der Leser*innen – doch wenn es dann konkret wird, bleiben die Lehrbücher nicht selten seltsam abstrakt und für die Praktiker*innen wenig hilfreich. Soziale Arbeit ist immer nah am Menschen und damit oft konfrontiert mit Graubereichen, Unübersichtlichkeiten des Lebens, Paradoxien der Humanitas und individuellen Wegen. Theorien sind in der Praxis hilfreich zum besseren Verstehen und Interpretieren dieser Lebenswelten, doch die Handlungen, die folgen müssen, sind immer konkret. Theorien sind auch wichtig, um Professionalität zu begründen und zu übertragen. Sie müssen jedoch in der Praxis immer wieder angepasst, in Frage gestellt und auch erweitert und erneuert werden.

Reine Praxiszugänge schaffen andererseits auch nicht unbedingt gute Lehrbücher. Eine Sammlung von Episoden, Einzelfällen, individuellen Methoden und Strategien lesen sich oft anregend. Ihnen fehlt aber oft ein analytisches Fundament, das die Übertragung von einem Fall auf andere erleichtert und begründet.

Gute Lehrbücher müssen somit – zumindest in meinem Verständnis – drei Aspekte verbinden: theoretische Grundlagen, empirische Erfahrungen sowie konkrete Handlungsempfehlungen und Methoden, die theoretisch fundiert sind und sich in der empirischen Praxis bewährt haben.

Entsprechend dieses Grundgedankens ist das vorliegende Lehrbuch aufgebaut. Es beginnt mit zentralen Begriffen und grundlegenden Theorien (▶ Kap. 1), die später zur Interpretation konkreter örtlicher Situationen und zur Begründung konkreter Handlungsansätze wichtig werden. Im zweiten Kapitel folgen Hinweise und Beschreibungen aus rechtsextremen und rechtspopulistischen Lebenswelten, Typen und Geschlechterrollen (▶ Kap. 2). Diese haben weder Anspruch auf Vollständigkeit noch auf unbedingte Aktualität. Sie stehen vielmehr beispielhaft für spezifische Personenkonstellationen, Situationen und örtliche Kontexte, in denen Soziale Arbeit sich bewegen muss und aus denen heraus unterschiedliche Handlungsschritte entwickelt werden müssen. Den dritten Schwerpunkt legt das Lehrbuch auf die praxisnahe Beschreibung konkreter Handlungsansätze und Methoden der Sozialen Arbeit (▶ Kap. 3; ▶ Kap. 4).

Didaktisch arbeitet das Lehrbuch immer wieder mit kleineren Übungsaufgaben, die gesondert markiert sind durch das Piktogramm eines Stiftes. Sie dienen den Leser*innen dazu, sich einzelne Inhalte selbst und damit

viel intensiver zu erarbeiten. Hinzu kommen zahlreiche Beispiele aus der Praxis. Diese Beispiele basieren auf den Erfahrungen des Autors im Handlungsfeld während des vergangenen Vierteljahrhunderts. Sie sind nicht vollständig, bewusst verfremdet und auf den jeweils wichtigen Punkt gebracht. Sie dienen als Kasuistik, als Lernhilfe und entsprechen keinen empirisch exakten Wiedergaben. Wer diese sucht, muss zur soziologischen, empirischen Rechtsextremismusforschung greifen.

Das Lehrbuch richtet sich primär an Studierende der Sozialen Arbeit sowie an Menschen aus angrenzenden Arbeitsbereichen, die sich einführend mit dem Thema vertraut machen wollen. Fachexpert*innen zum Thema aus Wissenschaft und Praxis werden mit diesem Buch wenig Freude haben und vielleicht auch kritisieren, dass ihr jeweiliger Handlungsansatz oder ihr wissenschaftliches Ergebnis nicht den Platz und Umfang erhalten hat, den er und es vielleicht verdient hätten. Betonen möchte ich damit den einführenden Übersichtscharakter des Lehrbuches. Zusätzlich mündet es auch in einen Leitfaden für die Praxis der Sozialen Arbeit (▶ Kap. 5), in dem verschiedene Handlungsansätze und Praktiken verknüpft werden. Die Handlungsansätze werden hier nur einführend vorgestellt – eine vertiefte Auseinandersetzung kann dann mit der angegebenen weiterführenden Literatur geschehen.

Da ein Lehrbuch dazu dient, gemeinsam zu lernen, erlaube ich mir auch, Sie an einzelnen Stellen gezielt anzusprechen und auf neutrale Umschreibungen zu verzichten. Die Forschung zum Thema ist erfreulicherweise umfangreich, aber auch unübersichtlich. Das Lehrbuch erhebt keinen Anspruch, alle wichtigen Autor*innen, Titel, Thesen und Theorien zu verarbeiten – im Gegenteil: es wird Vieles radikal verkürzt, auf den Punkt gebracht und hoffentlich auch gut verständlich beschrieben. Jedes Kapitel schließt mit weiterführenden Literaturhinweisen. Auch diese erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern dienen interessierten Leser*innen dazu, das jeweilige Kapitel noch gesondert zu vertiefen.

Lohnt sich überhaupt eine Beschäftigung oder gibt es nicht wichtigere Themen?

Krisendiagnosen zu stellen, ist eine beliebte und erfolgreiche Methode von Sachbuchtautor*innen, um Aufmerksamkeit zu generieren. Kaum ein gesellschaftlicher Bereich blieb in den letzten Jahren davon verschont: Krise der Gesellschaft, Krise der Bildung, Krise der Wirtschaft, Krise des sozialen Zusammenhalts und natürlich auch die Krise der Demokratie. Die westliche Idee der liberalen Demokratie stehe massiv unter Druck, der sowohl von außen als auch von innen komme.

Ganz falsch ist diese Diagnose nicht. Noch um die Wendejahre 1989 gab es eine prominente Vorstellung in weiten Teilen der politischen Öffentlichkeit, dass nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Staatenmodells die westliche Idee der Demokratie in Verbindung mit einer mehr oder weniger

sozial gebändigten Form des Kapitalismus der »Sieger der Geschichte« sei und somit für die Zukunft nur noch abzuwarten sei, wie sie sich Stück für Stück weltweit durchsetzen werde. Daraus wurde bekanntlich global nichts. Einerseits zeigt das chinesische Modell, dass eine hoch effiziente und innovative Marktwirtschaft auch abgekoppelt von politischen Freiheitsrechten möglich ist. Andererseits verloren die westlichen Staaten viel von ihrer Glaubwürdigkeit u. a. durch Berichte über Folter und andere völkerrechtswidrige Eingriffe. Es bildeten sich international neue terroristische Herausforderungen. Außerdem formierten sich auch in vielen westlichen Staaten Parteien, Diskurse und Netzwerke, die von innen heraus die demokratischen Grundregeln in Frage stellen und überwinden wollen. Die Wahl Donald Trumps zeigte dann ausgerechnet im früheren Flaggschiff des Liberalismus und der freiheitlichen Demokratie, den USA, dass autoritäre, rassistische und sexistische Positionen und Personen auch dort mehrheitsfähig sein können. Seine Präsidentschaft hinterließ den Scherbenhaufen einer sozial und kulturell zutiefst gespaltenen, radikalisierten und gewalttätig aufgeheizten amerikanischen Gesellschaft, in der bisher selbstverständliche Grundregeln verloren gingen, z. B. dass politische Entscheidungen auf wahren Fakten und nicht auf erfundenen Lügen fußen dürfen. Das Beispiel bestätigte leider eindrücklich, dass liberale Demokratien niemals sicher und endgültig sind, sondern immer wieder neu verteidigt, ausgefüllt und weiterentwickelt werden müssen, um bestehen zu bleiben.

Tatsächlich gibt es noch einen gewaltigeren Druck auf die demokratischen Ideen und mit der Jugendbewegung »Fridays for Future« eine große Gruppe, die von der berechtigten Sorge getrieben wird, ob mit den bisherigen politischen Mitteln und Systemen die globalen Herausforderungen des Klimawandels und des Artensterbens tatsächlich noch gemeistert werden können. Tatsächlich droht die derzeitige Generation der politischen Entscheidungsträger*innen ihren eigenen Kindern und Enkel*innen eine Welt zu hinterlassen, in der die Auswirkungen des Klimawandels und des parallel verlaufenden Zusammenbruchs verschiedener Ökosysteme menschliches Leben, wie wir es bisher kannten, in bisher für Menschen bewohnbaren Regionen erschweren oder auch verunmöglichen wird.

Auch renommierte Klimaforscher*innen fragen vor diesem Hintergrund, ob nicht eine Konzentration aller politischen, sozialen und intellektuellen Anstrengungen auf diese Menschheitsgefährdungen nötig sei. Sehr bildlich formuliert dies der Potsdamer Klimaforscher Schellnhuber. Er vergleicht die aktuelle

> »Situation mit einem leckgeschlagenen Schiff auf hoher See (…). Natürlich gibt es auch neben dieser Havarie Probleme: Das Essen in der dritten Klasse ist miserabel, die Matrosen werden ausgebeutet, die Musikkapelle spielt deutsche Schlager, aber wenn das Schiff untergeht, ist all das irrelevant. Wenn wir den Klimawandel nicht in den Griff bekommen, wenn wir das Schiff nicht über Wasser halten können, brauchen wir über Einkommensverteilung, Rassismus und guten Geschmack nicht mehr nachzudenken.« (Süddeutsche Zeitung vom 15. 5. 2018: 11).

Das stimmt natürlich, und ist doch zu kurz gedacht. Das Bild fragt nämlich nicht danach, welche politisch-gesellschaftlichen Voraussetzungen nötig sind, um das Boot über Wasser zu halten. Klimawandel und Artensterben sind globale Herausforderungen, deren Lösung und Steuerung sich nationaler Lösungen entziehen. Oder anders ausgedrückt: Die CO2-Einsparung in einem Land führt nicht zum erwünschten Ziel, wenn das Nachbarland die gleiche Menge zusätzlich freisetzt. Es braucht somit ein global abgestimmtes und vor allem solidarisches Vorgehen der Staaten und Völker über Grenzen hinweg. Rechtsextremist*innen ist ein solches Handeln fremd. Sie zielen konsequent auf den nationalen Eigennutz, ohne jede Rücksicht auf die Verluste anderer, verweigern sich solidarischen Lösungen und leugnen oft sogar die Gefahren an sich. Ob es demokratische Strukturen braucht, um den Klimawandel und das Artensterben noch in den Griff zu bekommen, ist tatsächlich offen. Ganz sicher ist jedoch, dass rechtsextreme Egoman*innen und ihre Politik keine produktiven Lösungen bieten, sondern sogar die Probleme noch deutlich vertiefen und verschärfen. Überlässt man ihnen politischen oder gesellschaftlichen Spielraum, verschärfen sich die realen Krisen der Menschheit, vor allem aber verkümmert der politische Handlungsspielraum, um den dramatischen Problemen endlich adäquat zu begegnen.

Rechtsextremismus – das deutet sich in diesem Abschnitt schon an – ist dabei kein nationales oder gar ›deutsches‹ Phänomen. Natürlich gibt es in Deutschland mit dem historischen Nationalsozialismus und dessen Herrschaftszeit von 1933 bis 1945 einen besonderen Bezugsrahmen. Zwar gab es auch in der damaligen Zeit ähnliche faschistische Bestrebungen in anderen Ländern, in keinem Land zeigte sie sich jedoch so konsequent kriegerisch und mörderisch wie im »Dritten Reich«. Besonders der Holocaust ragt aus allen Verbrechen heraus und ist bis heute konstitutiv für die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Bestrebungen in der Moderne. Dennoch wäre es ein verkürzter und ungenügender Blick, den heutigen Rechtsextremismus als Fortsatz der Vergangenheit oder ›nur‹ als Produkt z. B. einer nicht genügenden Vergangenheitsbewältigung zu begreifen. Der heutige Rechtsextremismus bezieht sich zwar in vielen gedanklichen und ästhetischen Facetten auf seinen Vorgänger, ist aber vor allem als modernes Phänomen zu begreifen. Seine Ursachen liegen in den Verwerfungen moderner Gesellschaften begründet, und der Rechtsextremismus ist eine Gegenströmung zu den Werten des Westens. Rechtsextremen Vertreter*innen schwebt eine völlig andere Gesellschaft auf einer anderen gedanklichen Basis und gesellschaftlichen Grundlage vor. Rechtsextremismus ist trotz des nationalen Bezugsrahmens längst ein internationales Projekt. Er ist auch das Ergebnis einer globalisierten Weltgesellschaft und bekämpft trotzdem deren Grundideen der Freiheit, Freizügigkeit, des Austausches und der Kooperation über Ländergrenzen hinweg. Ist er aber auch eine Herausforderung für die Soziale Arbeit und deren Bemühungen um Professionalisierung? Oder reicht nicht vielleicht eine politische Antwort oder schlichte strafrechtliche Verfolgung durch Polizei und

Justiz? Um diese Fragen zu beantworten, braucht es eine Auseinandersetzung mit den Grundprämissen und Aufträgen der Sozialen Arbeit.

Professionsgedanken der Sozialen Arbeit

Fragt man angehende Studierende der Sozialen Arbeit nach ihrer Motivation für ihre Studienwahl, erhält man häufig Antworten wie: »Ich möchte anderen Menschen helfen« oder »ich möchte Menschen in schwierigen Lagen retten«. Solche Motivationen sind eine gute Voraussetzung für die Soziale Arbeit und auch lobenswerte Einstellungen – sie sind aber auch ein Problem, wenn es um die Professionalität in der Sozialen Arbeit geht. Im Kern gehen die zitierten Beweggründe nämlich von einem Machtungleichgewicht aus: »Gute Menschen retten arme Menschen«. Sie verkennen aber auch, dass sich viele Adressat*innengruppen gar nicht unbedingt helfen, geschweige denn ›retten‹ lassen wollen. Sie wünschen sich vielmehr Respekt, Anerkennung und vielleicht auch Unterstützung in einer konkreten Angelegenheit – nicht aber unbedingt ein ›Rundumrettungspaket‹, geschnürt und vorgedacht von der Fachkraft der Sozialen Arbeit.

Es lohnt sich somit zunächst ein Blick in den Professionalisierungsdiskurs der Sozialen Arbeit. Hilfreich ist der Blick auf das Grundverständnis. Der Deutsche Berufsverband der Sozialen Arbeit definiert Soziale Arbeit dabei wie folgt:

> »Soziale Arbeit fördert als praxisorientierte Profession und wissenschaftliche Disziplin gesellschaftliche Veränderungen, soziale Entwicklungen und den sozialen Zusammenhalt sowie die Stärkung der Autonomie und Selbstbestimmung von Menschen. Die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit, die Menschenrechte, die gemeinsame Verantwortung und die Achtung der Vielfalt bilden die Grundlage der Sozialen Arbeit. Dabei stützt sie sich auf Theorien der Sozialen Arbeit, der Human- und Sozialwissenschaften und auf indigenes Wissen. Soziale Arbeit befähigt und ermutigt Menschen so, dass sie die Herausforderungen des Lebens bewältigen und das Wohlergehen verbessern, dabei bindet sie Strukturen ein« (https://www.dbsh.de/profession/definition-der-sozialen-arbeit/deutsche-fassung.html, zuletzt eingesehen am 11. 03. 2021).

Soziale Arbeit ist Arbeit für und mit Menschen. Der Mensch mit seinen unveräußerlichen Rechten steht im Mittelpunkt des Handelns und nicht eine Ideologie, Religion, Moralvorstellung oder sonstige Idee von Politik und Gesellschaft. Der Sozialarbeitswissenschaftler Wendt (Wendt 2017: 26 ff) konkretisiert diesen Grundgedanken in Richtung eines Professionsdiskurses und formuliert einige Grundbestimmungen für das Selbstverständnis der Sozialen Arbeit. Dazu gehören:

- das sogenannte Problemlösen. Aufgabe der Sozialen Arbeit sei es, bei der Problemlösung in der Lebenswelt der Adressat*innengruppe zu

unterstützen. Das bedeutet, dass Soziale Arbeit eine begleitende Rolle in einem Prozess einnimmt, aber nicht den Anspruch formulieren kann, alle Probleme ihrer Adressat*innen tatsächlich zu lösen.

.

Soziale Arbeit hat einen Emanzipationsanspruch. Ihre Adressat*innen sollen ›empowert‹ bzw. ›ermächtigt‹ werden, ein Leben in größtmöglicher Freiheit und Würde zu führen.

.

Soziale Arbeit will die subjektiven Menschenrechte stärken und den Menschen ermöglichen, diese Rechte anzunehmen. Sie strebt dabei eine sozial gerechte Gesellschaft an, die auf der Idee der Menschenrechte basiert. Da, wo Prinzipien der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit verletzt werden, steht die Soziale Arbeit an der Seite derjenigen, denen diese Rechtsansprüche verwehrt werden bzw. die von sozialer Ungerechtigkeit betroffen sind.

.

Soziale Arbeit agiert fast immer im Verbund mit anderen Professionen und damit in Netzwerken.

.

Soziale Arbeit kann Leistungen »nur im direkten Kontakt mit ihren Zielgruppen« (ebenda: 28) erbringen.

.

Soziale Arbeit braucht zumeist öffentliche Förderungen und verfügt deshalb über ein doppeltes bzw. dreifaches Mandat. Oft muss sie in einem Zwiespalt aus staatlichem Auftrag (u. a. Kontrollauftrag) und den Wünschen und Interessen ihrer Adressat*innen agieren, die sich nicht immer, doch oft auch widersprechen. Die Idee der Menschenrechtsprofession kann dabei ein Kompass für das eigene Handeln darstellen. Driften das erste und zweite Mandat auseinander, kann der Menschenrechtsgedanke hilfreich sein, um sich für das erste oder zweite oder auch gegen beide zu unterscheiden.

.

Nur in Ausnahmefällen kann die Soziale Arbeit sich selbst ermächtigen, für andere zu sprechen oder zu agieren. Dies betrifft z. B. Menschen,

deren akute Lebenslage bzw. Lebenswelt es nicht zulässt, dass sie für ihre eigenen Rechte und ihre Würde einstehen können.

Für dieses Lehrbuch werden aus dieser Liste vor allem zwei Punkte immer wieder in besonderer Weise auftauchen: das Verständnis als Menschenrechtsprofession sowie ein Grundverständnis davon, Arbeit direkt mit Menschen zu leisten.

Warum ein Buch zum Umgang mit Rechtsextremismus für die Soziale Arbeit?

Was hat das Thema Rechtsextremismus nun konkret mit Sozialer Arbeit zu tun? Staub-Bernasconi begreift sie, wie eben bereits erwähnt, als Handlungswissenschaft und Profession für Menschenrechte und Soziale Gerechtigkeit. Rechtsextremist*innen negieren die Menschenrechte und bekämpfen sie offensiv. Sie säen Hass statt Gerechtigkeit, grenzen aus, statt zu integrieren, schüren Krieg statt Frieden im Inneren wie zwischen den Ländern. Sie handeln national egoistisch statt international solidarisch. Soziale Arbeit hat hier einen bedeutenden Gegner und andererseits auch eine Aufgabe: den Opfern rechtsextremer Gewalt zu helfen, Strategien der Demokratieentwicklung als Antwort auf diktatorische Staatsvorstellungen mit voranzutreiben und auch direkt mit Klient*innen aus dem Bereich zu arbeiten – vor allem dann, wenn sie noch jung sind. Soziale Arbeit hat aber auch Grenzen. Sie kann immer nur ein Mosaikteil einer gesellschaftlichen Gesamtstrategie der Auseinandersetzung sein – nie aber die alleinige Lösung. Die Soziale Arbeit darf somit nicht die alleinige Antwort auf rechtsextreme Herausforderungen sein. Oft genug gab es in der Vergangenheit Beispiele, dass Bürgermeister*innen bei Problemen mit örtlichen Rechtsextremisten glaubten, mit einem*r Streetworker*in ließen sich diese sicherlich in kurzer Zeit lösen. Eine solche Aufgabe kann die Soziale Arbeit aber nicht erfüllen und es ist auch nicht ihr Anspruch. Professionelle Soziale Arbeit findet immer in einem Netzwerk unterschiedlicher Akteure, Angebote und Professionen statt. Im Verbund kann sie ihren eigenen Kern gewinnbringend zur Verfügung stellen. Allein ist sie überfordert.

Ihre Menschenrechtsorientierung ist dabei auch professionsintern nicht unumstritten. Einige Autor*innen befürchten vor allem eine Überforderung der Beteiligten und eine Überfrachtung der Erwartungen an die Soziale Arbeit, die nur zum Schiffbruch führen könne. Diese Argumente überzeugen einerseits und führen in diesem konkreten Themenfeld dennoch in eine Sackgasse. Schließlich kann es hier nicht darum gehen, allein und isoliert mit der Flagge der Menschenrechte in der Hand in eine schwierige Schlacht gegen die Feinde der Menschlichkeit zu ziehen. Die Verteidigung und Entwicklung der Menschenrechte können nicht das Werk nur einer Profession sein. Es geht nur im Verbund und Netzwerk der Akteure, darin kann Soziale Arbeit als eine Facette ihres Handelns an menschenrechtliches Handeln erinnern, entsprechende Prinzipien einfordern und selbst entsprechend handeln. Damit

leistet sie dann zusätzlich zum Praxishandwerk auch einen grundsätzlichen Beitrag zur Stärkung der Menschlichkeit und der Menschenrechte.

Was zunächst banal klingt, erweist sich später in der Praxis überraschend kontrovers. Bei weiten nicht in allen Projekten, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, werden die Menschenrechte konsequent als Kompass der Sozialen Arbeit angewandt. Menschenrechte gelten bekanntlich für alle und somit auch für die, die Menschenrechte und Fragen sozialer Gerechtigkeit verachten und bekämpfen. Sie gelten somit unbedingt auch für Rechtsextremist*innen. Immer wieder geraten Sozialarbeiter*innen vor Ort auch in schwierige Situationen mit einem Teil der Gegner*innen der Sozialen Arbeit. Wer Steine auf Rechtsextremist*innen schmeißt, sie überfällt und gewalttätig jenseits einer Notfallsituation angreift, steht mit den Menschenrechten auf Kriegsfuß und kann auch dann kein*e Partner*in der Sozialen Arbeit sein, wenn sich deren Engagement eindrucksvoll gegen Rechtsextremist*innen wendet. Was das in der Praxis bedeutet, wird im Verlauf des Buches noch wiederholt diskutiert werden.



Weiterführende und verwendete Literatur

Walter Eberlei/Katja Neuhoff/Klaus Riekenbrauk (2018): Menschenrechte – Kompass für die Soziale Arbeit, Stuttgart

Silvia Staub-Bernasconi (2003): Soziale Arbeit als eine »Menschenrechtsprofession«, in: Richard Sorg (Hrsg.): Soziale Arbeit zwischen Politik und Wissenschaft. Ein Projekt des Fachbereichs Sozialpädagogik der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg. Sozialpädagogik/Sozialarbeit im Sozialstaat (Bd. 18), Münster/Hamburg/London, S. 17 – 54

Peter Ulrich Wendt (2017): Lehrbuch Methoden der Sozialen Arbeit, 2. Auflage, Weinheim/Basel

Michael Galuske (2013): Methoden der Sozialen Arbeit. Eine Einführung, 10. Auflage, Weinheim/Basel

Beispiele für empirische Rechtsextremismusforschung

Matthias Quent/Peter Schulz (2015): Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien, Wiesbaden

Dierk Borstel (2011): »Braun gehört zu bunt dazu!«. Rechtsextremismus und Demokratie am Beispiel Ostvorpommern, Münster

Beispiele für übergeordnete Analysen zum Zustand der liberalen Demokratie

Yascha Mounk (2018): Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht, München

Masha Gessen (2020): Autokratie überwinden, Berlin



1 Theoretische Grundlagen

Theoretische Grundlagen – muss das wirklich sein? Ließe sich nicht viel Lesezeit sparen und bei den vermutlich viel spannenderen Anwendungen und Praxismethoden weiterlesen? In diesem Fall wäre eine solche Entscheidung wenig empfehlenswert. Viele Anwendungen fußen auf theoretischen Grundlagen und/oder integrieren diese. Sie sind somit ohne Theorien nicht zu verstehen und auch nicht anzuwenden. Neben diesem sehr praktischen Argument lohnt sich aber vorab ein grundlegenderer Gedanke:



Übungsaufgabe

Bitte überlegen Sie sich Antworten für drei aufeinander aufbauende Fragen:
Was sind eigentlich Theorien?
Was unterscheidet viele sozial- von naturwissenschaftlichen Theorien?
Und: Wozu brauche ich Theorien in der Praxis oder brauche ich die später doch nicht?
Nehmen Sie sich ruhig ein paar Minuten Zeit dafür.

Theorien sind zunächst Zusammenhänge, die Realitäten beschreiben sollen und können. Sie sind auch eine Denkleistung, weil sie Sinnzusammenhänge gedanklich miteinander verbinden und gleichzeitig erklären können. Das klingt komplizierter als es ist, weil Theorien überall in unserem Alltag lauern: Wer stark betrunken Auto fährt, erhöht die Gefahr von Unfällen. Sollten Sie nicht zur Gruppe derjenigen gehören, die mehrfach und abwechselnd betrunken und nicht-betrunken Auto fahren und dabei Unfälle gebaut und somit aus Erfahrung gelernt haben, und trotzdem der obigen Aussagen zustimmen, so argumentieren Sie nicht aus Ihrer Praxiserfahrung heraus, sondern mit einer Theorie, die kurz zusammengefasst auch »betrunken + Autofahren = erhöhte Unfallgefahr« lauten könnte. In der Praxis der Sozialen Arbeit werden wir täglich mit Realitäten konfrontiert, die wir selbst nicht erlebt haben. Erklären können wir sie z. T. mittels Theorien. Sie geben uns Hinweise, wie die Situation zu erklären ist, wie sie sich weiterentwickeln könnte und damit oft auch, wie die Situation verändert und im Idealfall auch verbessert werden kann.

Natur- und sozialwissenschaftliche Theorien unterscheiden sich dabei oft durch den unberechenbaren »Faktor Mensch«. Wenn eine Katze eine Schüssel vom Tisch schubst, wird diese herunterfallen und dieser Fall wird unter unveränderten Bedingungen (z. B. Wind, Höhe des Tisches, Druck der Katze

u. a.) immer gleich schnell und damit wiederholbar ablaufen. Bei Theorien zur Erklärung menschlichen Verhaltens, wie sie in den Sozialwissenschaften dominieren, können sich Menschen bewusst oder unbewusst entscheiden und in gleichen Situationen mal so und mal anders agieren. Die Theorien gelten somit selten für alle an sich vergleichbaren Fälle und haben oft viel mehr Ausnahmen als in den naturwissenschaftlichen Feldern. Auch hierfür wieder ein Beispiel: Wer in der Kindheit alltägliche Erfahrungen mit Drogen und Gewalt im Elternhaus macht, wiederholt das Gelernte oft, wenn er*sie selbst erwachsen ist und Kinder hat. Eine Zwangsläufigkeit gibt es aber nicht: Die Person kann auch aus den Erfahrungen lernen oder sich unbewusst anders entscheiden, an sich arbeiten und ihre Kinder ohne Drogen und Gewalt aufziehen. In diesem Fall entspricht die Realität nicht der theoretischen Wahrscheinlichkeit. Trotzdem ist auch hier das theoretische Wissen nicht nutzlos. Schließlich zeigt sie eine Gefahr mit erhöhter Wahrscheinlichkeit auf und hilft somit bei der eigenen Entscheidung und Orientierung.

Was bedeutet das nun für dieses Lehrbuch? Die Theorien sind in vielerlei Hinsicht wichtig. Sie erklären Sinnzusammenhänge und Realitäten, beschreiben Wahrscheinlichkeiten und helfen somit beim Verstehen dessen, womit sich die Soziale Arbeit im Feld beschäftigt. Wer die Welt um sich versteht, kann sich auch selbst sicherer in ihr bewegen und reflektieren, was darin die eigene Rolle sein könnte und was nicht. Sie geben darüber hinaus auch Hinweise zu möglichen Handlungsansätzen, Praktiken und konkreten Interventionsmöglichkeiten der Sozialen Arbeit. Kurzum: Ohne Theorien gibt es keine professionelle Soziale Arbeit. Sie sind unerlässlich – und das möge ermutigen – sie müssen gar nicht abstrakt, kompliziert und unverständlich sein.

1.1 Definitionen

Wir brauchen ein gemeinsames Verständnis unserer Grundbegriffe. Sie werden gleich feststellen: Das ist schwieriger als gedacht. Ich mache Ihnen dabei keine Vorgaben, für welche Definition Sie sich entscheiden sollen und stelle Ihnen die jeweiligen Vor- und Nachteile vor. Nur: entscheiden werden Sie sich müssen. Sonst reden wir aneinander vorbei. Beginnen wir mit dem Rechtsextremismus.

1.1.1 Rechtsextremismus



Übungsaufgabe

Bitte nehmen Sie sich einige Minuten Zeit und schreiben Sie alle Begriffe, Aspekte und Bilder auf, die Sie mit dem Begriff »Rechtsextremismus« verbinden. Wenn Sie dieses Wort hören – woran denken Sie?
Wenn Sie damit fertig sind: Können Sie Kategorien oder Oberbegriffe bilden und einzelne Punkte zuordnen? Z. B. in Gruppen, Parteien, Ästhetik, Einstellungen oder auch Anderes?

Legen Sie Ihren Zettel nicht zu weit weg – wir kommen gleich auf ihn zurück! Rechtsextremismus wird in der Wissenschaft und Praxis staatlicher Stellen oft völlig unterschiedlich definiert. Es gibt verschiedene Denkrichtungen, die sich z. T. erbittert bekämpfen. Umso wichtiger ist es, dass wir in unserer Kommunikation diesbezüglich klar und eindeutig sind. Die wohl wichtigste Richtung für staatliche Stellen ist die sogenannte Extremismustheorie von Backes und Jesse:

Extremismustheorie nach Jesse und Backes

Wenn Innenminister*innen oder Polizeichef*innen von »Rechtsextremismus« sprechen, beziehen sie sich fast immer auf die sogenannte Extremismustheorie. Backes und Jesse sind zwei liberal-konservative Politikwissenschaftler aus Dresden und Chemnitz, die diesen Ansatz seit den 1980er Jahren auch in der Wissenschaft offensiv vertreten. Sie beziehen sich auf antike Vorstellungen von Aristoteles, der in seiner Gesellschaftsanalyse von einer »Mitte« und »extremen Rändern« sprach. Jesse und Backes beziehen sich – vereinfacht ausgedrückt – auf folgendes »Hufeisen-Bild« (▶ Abb. 1).

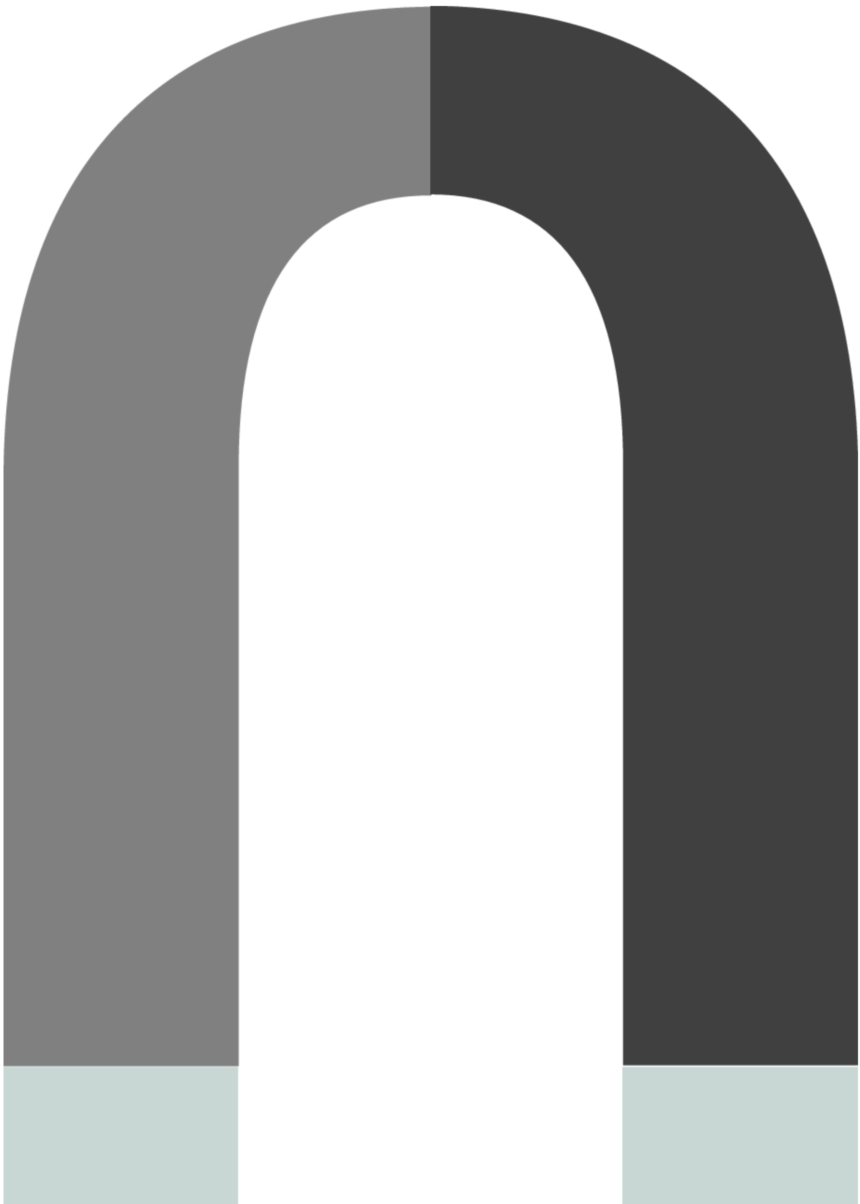


Abb. 1:»Hufeisenmodell« nach Backes und Jesse

Nach diesem Bild gibt es eine große, breite gesellschaftliche Mitte, die den größten Teil des Hufeisens ausmache, und zwei extremistische Ränder, rechts und links, die sich auch aufeinander zubewegen oder zumindest parallel laufen. Die Mitte wird hier definiert durch die freiheitlich demokratische Grundordnung. Dies ist ein Begriff, den Sie so nicht im Grundgesetz finden, der sich aber trotzdem aufs Grundgesetz bezieht. Er wurde vom

Bundesverfassungsgericht in früheren Parteiverbotsurteilen geprägt und meint zentrale Grundelemente des Grundgesetzes. Insbesondere umfasst der Begriff folgende Facetten:

- Das Recht des Staatsvolkes, die Staatsgewalt in allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen und Abstimmungen zu bestimmen und diese Staatsgewalt durch besondere Organe der Gesetzgebung, z. B. Parlamente, ausführende Organe wie Regierungen und Verwaltung auszuüben und eine unabhängige Rechtsprechung zuzulassen.
- Die Existenz eines Rechtsstaates, der auf Gesetzen und Verordnungen beruht, die für alle gelten.
- Das Recht und den Schutz einer Opposition gegen die regierende Mehrheit.
- Die Möglichkeit, eine Regierung abzuwählen.
- Die Umsetzung der im Grundgesetz verankerten Menschenrechte.

Die Extremismustheorie geht davon aus, dass diese Aspekte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in der demokratischen Mitte Konsens sind. Innerhalb dieses Rahmens dürfe politisch gestritten werden. Es gebe dabei auch eher linke und eher rechte Ideen – aber alle teilten die Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Extremist*innen hingegen bekämpfen nach diesem Verständnis die freiheitlich demokratische Grundordnung. Sie stellen sich somit gegen die Grundwerte und -ideen des Grundgesetzes und sind damit bildlich am äußersten Rand des Hufeisens angesiedelt. Diese Kämpfe der Extremist*innen geschehen in der Theorie nicht passiv und still – sondern explizit in aktiv kämpferischer Art und Weise. Dazu im Folgenden ein Gedankenspiel.



Übungsaufgabe

Stellen Sie sich einen einsamen Mann in seiner Einzimmerwohnung vor. Er hat dort Hitlerplakate aufgehängt, hört über seinen Kopfhörer Nazi-Märsche, leugnet den Holocaust, hasst Ausländer und wünscht sich einen Führer, der Deutschland von allen Juden befreit. Sein Zimmer darf keiner betreten. Draußen ist er still und redet mit niemanden. Er postet nichts im Netz, ist kein Mitglied in irgendeiner Gruppe, wendet keine Gewalt an. Ist er in Ihren Augen ein Rechtsextremist? Und ist er es im Sinne der Extremismustheorie?

Möglicherweise entspricht der Mann sogar einem Idealbild eines überzeugten Rechtsextremisten. Ist er aber auch aktiv kämpferisch im Sinne der Extremismustheorie? Er behält seine ›Welt‹ für sich, ist nicht engagiert, lässt niemandem teilhaben, rekrutiert nicht und tritt öffentlich nicht auf. Im engeren Sinne der Extremismustheorie dürfte er kaum als Rechtsextremist bezeichnet werden, weil angesichts fehlender Handlungen ein entscheidendes Element der Definition, nämlich die aktiv kämpferische Haltung fehlt.

Strittig ist somit: Was bedeutet »in aktiv kämpferischer Art und Weise«? Zumeist werden damit Gewaltbereitschaft und/oder die Mitgliedschaft in entsprechenden Netzwerken, Gruppen oder Parteien verbunden.

Links- und Rechtsextremismus werden innerhalb dieser Theorie nicht gleichgesetzt, auch wenn viele Kritiker*innen dies immer wieder behaupten. Sie werden aber miteinander in Bezug gesetzt. Beide seien nicht mit dem Grundgesetz kompatibel, bekämpften dessen Werte und verfolgten dabei doch unterschiedliche Ziele und Idealvorstellungen von einer zukünftigen Gesellschaft. Rechtsextremist*innen fordern autoritäre Staaten mit starken Führern (gerne männlich) an ihrer Spitze, ethnisch homogene Gesellschaften zumeist auf rassistischer Basis und klare Nationalstaaten mit möglichst wenigen Einbindungen in internationale politische oder auch ökonomische Netzwerke. Unter Linksextremist*innen werden – das sei nur am Rande notiert – hier sehr unterschiedliche politische Strömungen zusammengefasst. Dazu gehören z. B. Anarchist*innen, die von der Auflösung jeder Staatlichkeit träumen, Stalinist*innen, die sich positiv auf Systeme wie das der DDR vor allem in ihrer Anfangszeit oder die Sowjetunion unter Stalin beziehen, und Kommunist*innen, die im Sinne von Karl Marx und Friedrich Engels über den Zwischenschritt der Diktatur des Proletariats von einer klassenlosen Gesellschaft träumen. Die Extremismustheorie fasst diese politischen Strömungen in einem Sammelbegriff zusammen, obwohl sie sich historisch oft feindlich gegenüberstanden.

Überzeugt Sie diese Definition? Vielleicht hängt Ihre Antwort stark vom eigenen politischen Standpunkt ab. Für staatliche Stellen ist diese Definition auf jeden Fall sehr vorteilhaft. Das hat mehrere Gründe:

.

- Der Staat steht hier im Mittelpunkt des Denkens. Wer ihn beseitigen will und das aktiv kämpferisch anstellt, ist demnach extremistisch.
- Die Theorie lenkt damit den Blick auf politische Ränder und spricht gleichzeitig die gesellschaftliche Mitte generell frei von jeder Verantwortung und/oder Verbindung mit ›dem‹ Extremismus
- Hier gibt es klare Gruppen, die sich nach ›gut‹ und ›böse‹ sortieren lassen.

In relevanten Teilen der Rechtsextremismusforschung wird diese Definition scharf kritisiert. Dabei werden vor allem folgende Argumente genannt bzw. Fragen gestellt.

- In dieser Definition wird die »Mitte der Gesellschaft« pauschal von jeder Verantwortung freigesprochen. Gibt es dort aber keinen Rassismus, keinen Antisemitismus? Sind solche Einstellungen tatsächlich ein Privileg extremer Ränder oder sind sie auch in der Mitte der Gesellschaft verbreitet?
- Zu den Opfern rechtsextremer Gewalt müssten nach dieser auf den Staat bezogenen Definition vor allem Vertreter*innen des Staates wie Beamt*innen, Lehrer*innen oder Verwaltungsangestellte zählen. Rechtsextremist*innen gefährden aber (mit Ausnahme von Polizist*innen und engagierten Gegner*innen) zumeist eher Vertreter*innen tendenziell als schwach erkannter Gruppen, z. B. als Migrant*innen definierte Personen (unabhängig vom Pass), Jüd*innen, Homosexuelle, Menschen mit Behinderung etc.
- In vielen Schriften der Vertreter*innen der Extremismustheorie stehen vor allem Parteien im Mittelpunkt der Forschung und des Interesses. Hier wird der Bezug zum Kampf um staatliche Macht sehr deutlich. Weit weniger Beachtung finden rechtsextreme Bestrebungen jenseits der Parteien, z. B. in Bewegungsformen, gewaltorientierten Kleingruppen, (Musik-)Netzwerken oder Onlineforen. In der politischen Praxis hat das bis heute enorme Folgen: Wenn CDU und CSU betonen, mit keiner

extremistischen Partei zusammenarbeiten zu wollen, verbinden sie damit bis heute Parteien wie die NPD auf der rechten und DIE LINKE auf der anderen Seite. Sie sind für sie dann die Endpole im Hufeisenmodell.

.

Rechtsextremismus und Linksextremismus werden zwar nicht gleichgesetzt, aber dennoch aufeinander bezogen. Die Extreme berühren sich hier fast. Tatsächlich waren beide Gruppen in der Vergangenheit oft unversöhnliche Gegner. Zu den ersten Opfern des historischen Nationalsozialismus zählten u. a. Kommunist*innen. Ist es dann gerecht, beide Gruppen in dieser Form in Verbindung zu setzen, obwohl sie sich oft genug in der Geschichte und Gegenwart aggressiv und tödlich bekämpften?

Zunehmend greift der Gedanke einer »Extremismusprävention« auch in Kernbereiche der Sozialen Arbeit sowie der politischen Bildung ein. Dies geschieht vor allem über Förderlogiken auf Bundes- und Landesebene: Die Projektförderung wird darin oft an die Idee der Extremismusprävention gebunden. Aus der Sozialen Arbeit und der politischen Bildung heraus wird dieser Ansatz dabei zunehmend kritisiert (vgl. z. B. Bürgin 2021): Hier würden vor allem polizeiliche Logiken auf die Soziale Arbeit übertragen, so dass deren Arbeit auf einer für sie kaum geeigneten theoretischen Basis stünde und dadurch unnötig erschwert werde.

Tatsächlich hat sich die Rechtsextremismusforschung auch schon früh ausdifferenziert und über ihre Begriffe gerungen. Auch wenn er selbst den Begriff der »Schule« offen ablehnt, setzte vor allem der Bielefelder Gewalt- und Konfliktforscher Heitmeyer einen starken Gegenakzent zur Extremismustheorie mit seinem soziologischen Verständnis von Rechtsextremismus.

Soziologische Definition nach Heitmeyer

Heitmeyer ist gelernter Pädagoge und war früh vernetzt mit verschiedenen Sozialarbeiter*innen, u. a. im Fußballfanumfeld, im Kontext rechtsextremer Skinheads und rechtsextrem orientierter Jugendkulturen in Westdeutschland. Er blickte somit nicht mit den Augen des Staates auf das Phänomen, sondern fragte mit einem sozialpädagogischen Praxisblick: Was wollen diese Gruppen eigentlich? Was ist der gemeinsame Kern Ihres Denkens und Handelns?

Dabei entdeckte er zwei zentrale Punkte:

1.

eine Ideologie der Ungleichwertigkeit,

2.

die Akzeptanz von Gewalt zur Durchsetzung eigener Interessen.

Kommen diese beiden Punkte zusammen, spricht Heitmeyer von Rechtsextremismus. Was ist damit nun genau gemeint?

In der Ideologie der Ungleichwertigkeit werden Menschen unabhängig vom Individuum in große Gruppen wahlweise nach biologischen und/oder kulturellen Merkmalen zusammengeführt und bekommen dadurch als Kollektiv gewisse Eigenschaften und Fähigkeiten zugeschrieben. Ein antisemitischer Beispielsatz dazu könnte lauten: »Juden sind geldgierig und eine Gefahr für Deutschland.«

In diesem Satz bekommen alle Menschen, die von außen als Jüd*innen definiert werden, negative Eigenschaften (»geldgierig«) und ein gemeinsames Ziel (»Gefahr für Deutschland«) zugeschrieben. Ob sich die dazu zugeordneten Menschen selbst als Jüd*innen definieren, sei Rechtsextremist*innen egal. Behauptet werden auch kollektive Eigenschaften (hier »geldgierig«), ganz unabhängig davon, wie die dieser Gruppe zugeordneten Menschen zum Gelderwerb stehen. Das Individuum zählt in diesem Denken immer nur als Teil des Kollektivs. Das gilt für die Feind- genauso wie für die positiv definierten Eigengruppe. Durch diese Ideologie entstehen automatisch Gruppen höherer Wertigkeit mit ›guten‹ Fähigkeiten und Gruppen minderer Wertigkeit mit eher ›negativen‹ Eigenschaften. Die Welt teilt sich somit auf in ›gute‹ und ›schlechte‹ Gruppen, Kollektive höherer Wertigkeit, die zur Führung bestimmt seien, und Kollektive minderer Wertigkeit, die wahlweise geführt, bekämpft oder gar vollständig vernichtet werden sollen.

Der zweite Aspekt meint eine Akzeptanz von Gewalt. Gewalt kann sich jedoch sehr unterschiedlich ausdrücken. Sie kann sich z. B. physisch (z. B. schlagen, morden), psychisch (z. B. Mobbing) oder auch strukturell (z. B. Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen durch den Staat) ausdrücken. Akzeptanz meint hier, dass die Person mindestens eine dieser Formen der Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ideologie akzeptiert. Sie muss sie jedoch nicht selbst anwenden. Sie kann sie auch fordern, andere dazu anleiten usw. Es geht um die Akzeptanz und nicht um das eigene, womöglich noch nach dem Strafrecht zu beurteilende Handeln. Für Heitmeyer gibt es somit keinen gewaltfreien Rechtsextremismus – Gewalt ist dem Rechtsextremismus immanent. Sehr wohl gibt es aber rechtsextreme Personen, die keine offensichtliche Gewalt selbst ausleben, nicht offen aggressiv auftreten, dafür aber Gewalt predigen, gutheißen oder auch andere anleiten und anregen, gewalttätig im Sinne der Ideologie der Ungleichwertigkeit zu handeln.

Interessant ist dabei auch, dass dieser definitorische Ansatz auch auf rechtsextreme Erscheinungen angewendet werden kann, die sich nicht auf deutschvölkische Ideen beziehen, sondern z. B. türkische, polnische, kroatische und andere Bezüge aufweisen. Leider ist die Forschung dazu in Deutschland noch unterentwickelt, obwohl die Praxis der Sozialen Arbeit seit Jahren auf entsprechende Problemstellungen in ihren Handlungsfeldern hinweist.

Vor allem soziologisch orientierte und auch viele sozialarbeiterische Projekte beziehen sich dabei auf Variationen dieser Kerndefinition. Wissenschaftlich ist

auch sie umstritten. Ein Kernargument der Kritiker*innen lautet: Diese Definition sei zu ungenau. Sie träfe auf viele Gruppen zu, die sicher nicht rechtsextrem seien. Nehmen wir z. B. Islamist*innen: Sie teilen die Welt u. a. in »Gläubige« und »Ungläubige« ein und einige, z. B. im terroristischen Spektrum der Salafist*innen, akzeptieren auch die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele. Nach der Definition von Heitmeyer wären sie aber auch rechtsextrem. Eine dritte Definition versucht deshalb, einige zusätzliche Präzisierungen einzufügen.

Politikwissenschaftliche Definition nach Richard Stöss

Der Berliner Parteienforscher Richard Stöss kritisierte die beiden, bisher vorgestellten Konzepte und gab auch zu, dass der Begriff nicht einfach und im Konsens zu definieren sei. Trotzdem versuchte er sich an einer Art Konkretisierung von Heitmeyer, indem auch er die Ideologie auf der einen Seite und Handlungen auf der anderen Seite zusammenbringt. Folgendes Bild veranschaulicht das (▶ Abb. 2).

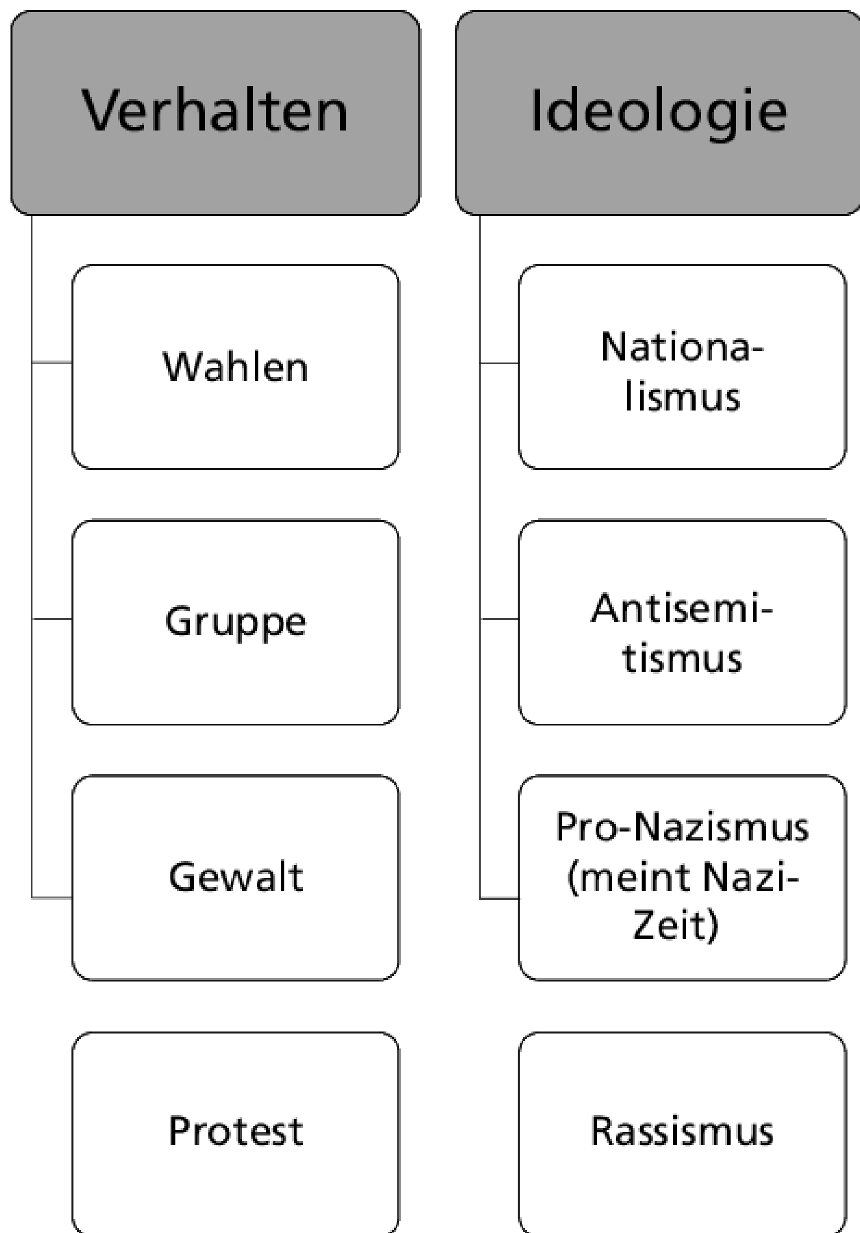


Abb. 2: Konzept von Rechtsextremismus nach Stöss

Stöss spricht dann von Rechtsextremismus, wenn mehrere Ideologieelemente mit möglichst mehreren Handlungsoptionen zusammenfallen. Unser einsamer Mann aus dem Fallbeispiel oben wäre hiernach wieder kein Rechtsextremist. Der Vorteil dieser Definition ist jedoch die Konkretisierung beider Facetten. Ein Nachteil ist, dass unklar bleibt, wie viele Facetten denn zusammenkommen

müssen, damit von Rechtsextremismus gesprochen werden kann. Wichtig ist an dieser Stelle vor allem die Unterteilung in Verhalten und Ideologie, die auch von anderen Autor*innen in immer neuen Ausformungen verwandt wurde und wird. Dazu noch eine Denkaufgabe für Sie.



Übungsaufgabe

Es gibt diverse seriöse Forschungen zur Frage: Wie viele Rechtsextremist*innen gibt es in Deutschland? Viele arbeiten im Kern mit dem Ansatz von Stöss und unterteilen ihr Verständnis von Rechtsextremismus in Ideologie und Handlungen. Trotzdem schwanken die Ergebnisse zwischen einem und etwa 30 % der Bevölkerung, obwohl alle Untersuchungen repräsentativ sind (und sauber gearbeitet haben). Wie kann das sein? Haben Sie eine Idee?

Die Lösung ist recht einfach: Die Studien unterscheiden sich in der benötigten Anzahl der Einzelpunkte von Stöss. Reicht z. B. ein Rassist, der eine entsprechende Partei wählt, wird man eine recht hohe Zahl an so definierten Rechtsextremist*innen bekommen. Wenn die Studien jedoch alle Facetten verlangen, reduziert sich die Zahl. Wer ist schließlich schon Nationalist*in, Rassist*in, Antisemit*in, positive*r Verfechter*in der Hitlerzeit und wählt entsprechend, ist Mitglied einer Gruppe, wendet Gewalt an und protestiert in diesem Sinne? Das sind dann doch deutlich weniger Menschen und entsprechend gering wird der Prozentsatz sein. Viele, die zumeist als rechtsextrem bezeichnet würden, wählen z. B. grundsätzlich nicht, weil sie sich an dem System, was sie überwinden wollen, nicht beteiligen möchten. Diese fielen dann schon einmal aus der Prozentzahl heraus.

Mit dem bisherigen Wissen lohnt sich der Blick auf Ihren Übungszettel vom Beginn des Kapitels. Finden Sie Elemente der Definition in Ihrer Sammlung wieder? In der Übung mit Studierenden war das Ergebnis oft sehr unterschiedlich. Überwiegend fanden sich in den Sammlungen jedoch Ausdrucksformen von rechtsextremen Handlungen, Organisationen oder Elemente der rechtsextremen (Jugend-)Kultur. Dies ist deshalb interessant, weil auch viele Angebote zum Umgang mit Rechtsextremismus sich auf diese Bereiche konzentrieren, indem sie sich z. B. intensiv mit den örtlichen rechtsextremen Parteien, mit der Vielfalt rechtsextremer Musik, Internetstrategien etc. beschäftigen. Nichts davon muss auch falsch sein. Den Kern des Problems treffen diese Angebote jedoch nicht, wenn Sie dem soziologischen Verständnis von Rechtsextremismus folgen. Denn dann brauchen Sie auch ein Wissen über Ideologien und Menschenbilder im Rechtsextremismus, was an späterer Stelle im Lehrbuch präsentiert werden

wird.

Halten wir an dieser Stelle fest: Es gibt kein einheitliches Verständnis in Wissenschaft und Praxis zur Frage, was unter Rechtsextremismus zu verstehen ist. Alle vorgestellten Definitionen haben ihre Vor- und Nachteile. Urteilen Sie somit selbst: Welche Definition überzeugt Sie am meisten? Welche ist für die Soziale Arbeit geeignet und welche eher weniger? Sie sind frei in Ihrem Urteil, wichtig ist nur, sich selbst zu vergewissern, was Sie darunter verstehen. Und prüfen Sie bei Studien und Stellungnahmen bitte auch, mit welchem Begriffsverständnis dort gearbeitet wurde. Das vermeidet Missverständnisse und ermöglicht überhaupt erst Kommunikation.



Weiterführende und verwendete Literatur

Uwe Backes/Eckhard Jesse (1993): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn (Hrsg. Bundeszentrale für politische Bildung)
Julika Bürgin (2021): Extremismusprävention als polizeiliche Ordnung. Zur Politik der Demokratiebildung, Weinheim/Basel
Wilhelm Heitmeyer u. a. (1992): Die Bielefelder Rechtsextremismusstudie, Weinheim
Eckhard Jesse/Tom Mannewitz (2018): Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis, Bonn
Richard Stöss (2005): Rechtsextremismus im Wandel, Berlin

1.1.2 Rechtspopulismus und autoritärer Nationalradikalismus

Ein zweiter Kernbegriff ist der des Rechtspopulismus. Dieser ist in mehrfacher Hinsicht umstritten und wird perspektivisch vielleicht auch abgelöst werden. Erste Autor*innen sprechen stattdessen bereits vom autoritären Nationalradikalismus.

Im Begriff Rechtspopulismus ist das Wort »populus« enthalten. Übersetzt heißt es in etwa »volkstümlich« oder »volksnah«. Populismus ist dabei kein Privileg der Rechten, sondern es gibt ihn von links, in der Mitte der Gesellschaft und eben auch von rechts. Populismus ist somit zunächst eine Kommunikationsform, die der Demokratie nicht entgegenstehen muss. Eher ist sogar das Gegenteil der Fall: Viele beliebte Redner*innen benutzen häufig populistische Stilmittel im ursprünglichen Sinne des Wortes und bemühen sich um Volksnähe, die sie zur Erklärung ihrer Ziele nutzen wollen. Trotzdem ist die Bezeichnung des anderen als »Populist« kein Lob, sondern eher eine abwertende Beschimpfung. Dies hängt mit einer Verschiebung im Verständnis des Begriffes zusammen. Populismus war einst ein Synonym für eine »leicht

verständliche« Sprache – schwierige Sachverhalte wurden möglichst einfach und allgemein verständlich erklärt, blieben aber trotzdem schwierige Herausforderungen. Heute meint Populismus vor allem, dass man es sich zu leicht macht. Vor allem auf schwierige Herausforderungen wird im Populismus unterkomplex und stark vereinfacht geantwortet. Aus »leicht erklärt« wurde somit ein »wir machen es uns (zu) leicht«. Diese Weiterentwicklung im Wortverständnis hängt eng mit dem Aufblühen entsprechender Parteien in Europa zusammen.

Über Rechtspopulismus wird in der Forschung seit den 1990er Jahren gesprochen. Anlass waren europaweit die Erfolge einer neuen, rechtsorientierten Parteienfamilie, zu der u. a. die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und der frühere Front National (FR) in Frankreich gehörten. Die FPÖ gibt es schon seit Anfang der 1950er Jahre und gehörte bis etwa 1986 zur liberalen Parteienfamilie, zu der in Deutschland die FDP zählt. Der FR gründete sich hingegen erst 1972 und war von Beginn ein Zusammenschluss radikal rechter und rechtskonservativer Strömungen. In Deutschland gab es bis zur Gründung der AfD immer wieder Versuche, ähnliche Parteien (u. a. Die Republikaner, Deutsche Volksunion, Schill Partei, Bund freier Bürger) zu etablieren, die jedoch alle über kurz oder lang wieder von der Bildfläche verschwanden.

Die neue Parteienfamilie hatte einige Gemeinsamkeiten:

- Ihr Auftreten war gezielt bürgerlich.
- Sie grenzten sich zumindest verbal von bestehenden rechtsextremen Gruppen ab.
- Sie benutzten moderne Kommunikationsmethoden.
- Sie vertraten Inhalte und Thesen, die bisher dem eindeutig rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden konnten.
- Ihnen gelang es in unterschiedlichen Umfängen, Anschluss an bürgerliche Diskurse und Netzwerke zu finden.

In der Politikwissenschaft entbrannte in den 1990er Jahren ein Grundsatzstreit über die definitorische Einordnung dieser Parteien, der bis heute anhält. Zwei Positionen stehen sich dabei gegenüber (▶ Abb. 3).

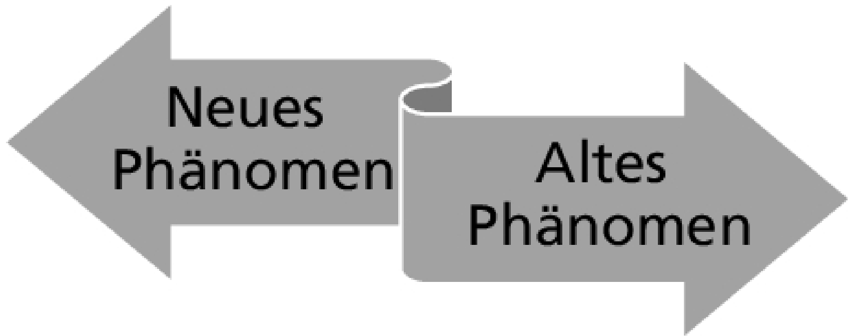


Abb. 3: Streit der Politikwissenschaft über rechtextreme Parteien in den 1990er Jahren

Einige Autor*innen vertreten eine Modernisierungstheorie. Für sie handelt es sich beim Auftauchen des Phänomens um eine Form des klassischen Rechtsextremismus, der lediglich seine Kommunikationsformen erneuert und verbessert habe. Die Vertreter*innen dieser Richtung verweisen auf die Geschichte: Unstrittig ist, dass auch Hitler schon für die damalige Zeit modernste Techniken (u. a. Radio, Flugzeug) nutzte, um seine Ideologie zu verbreiten. Oder sie verweisen auf andere radikale Strömungen wie z. B. die Salafisten: Diese nutzen schließlich auch Datenautobahnen und soziale Netzwerke für ihre Propaganda und Rekrutierung und werben so für ein Leben nach den Maßstäben von 710 n. Chr. in Wüstenregionen. Auch sie verbreiten somit rückwärtsgerichtete Ideologien mit modernsten Mitteln und dem Versuch, sie populär aufzuarbeiten. Rechtspopulismus in diesem Sinne ist somit eine Kommunikationsstrategie des bisherigen Rechtsextremismus.

Andere Autor*innen bestreiten diese Kernthese. Sie sehen in den Parteien ein tatsächlich neues Phänomen, das sich zwar an der einen oder anderen Stelle mit dem bisherigen Rechtsextremismus überschneidet, aber auch von ihm zu unterscheiden sei. Einer der bekanntesten Autor*innen dieser Richtung in Deutschland ist der Politikwissenschaftler Decker, der folgende Kriterien in den Parteien erkennt:

- Sie haben zumeist einen Bewegungscharakter und sind weniger stabil organisiert als z. B. Volksparteien.
-

Sie verfügen an ihrer Spitze zumeist über klar führende Köpfe mit großer Ausstrahlung und Autorität.

Hinzu kommt die gemeinsame Nutzung besonderer agitatorischer Mittel. Diese sind:

- die Vorliebe für radikale Lösungen (z. B. »Grenzen zu«, »Flüchtlinge raus«),
- die Gegenüberstellung von einer vermeintlich abgehobenen Elite und dem einfachen Volk, wobei diese Parteien sich als »wahre« Stimme des »gesunden« Volkes sehen (»Die da oben, haben doch keine Ahnung, was hier unten abgeht«),
- das Denken in Feindbildern (... was auch immer schief läuft, es waren immer z. B. Flüchtlinge),
- Verschwörungstheorien (z. B. »Lügenpresse«),
- Provokationen, um Aufmerksamkeit zu bekommen (»Das wird man doch noch mal sagen dürfen ...«),
- Tabubrüche (oft in Bezug auf den historischen Nationalsozialismus),
- Emotionalisierung und Angstmache (z. B. »Islamisierung Dresdens«).

Für Decker sind Parteien, Netzwerke und Personen, die mehrere dieser Aspekte begrüßen bzw. umsetzen, rechtspopulistisch. Sie enthielten einen eigenen Kern an Gedanken und Strategien, der bisher so nicht politisch sichtbar gewesen sei. So begründet Decker seine These eines neuen Phänomens. Diese agitatorischen Mittel sind heute auch zumeist gemeint, wenn ein politischer Gegner als »Populist« gebrandmarkt wird, und sie erklären den schlechten Ruf des Populismus.

Interessant ist dabei, dass vor allem mit Blick auf internationale Entwicklungen auf anderen Kontinenten (vor allem Süd- und Lateinamerika) die von Decker genannten agitatorischen Mittel mit anderen Inhalten auch von linker Seite genutzt werden. Mehrere Autor*innen sprechen daher auch gezielt von einem Oberbegriff des Populismus (z. B. Müller 2016) oder unterscheiden in einen rechten und linken Populismus (z. B. Priester 2012).

In der deutschen Sozialwissenschaft entbrannte mit dem Aufschwung der Alternative für Deutschland (AfD) ein neuer Streit um diesen Begriff. Während ein Mainstream in der Politikwissenschaft die AfD spätestens seit ihrer aggressiven Auseinandersetzung im Diskurs zu Flüchtlingen ab 2015 als rechtspopulistisch einordnete, kritisierte Heitmeyer den Begriff als »verharmlosend« und führte mit dem Begriff des »autoritären Nationalradikalismus« eine neue Option in den Diskurs ein. Heitmeyer erläutert den Begriff mittels einer komplexen Gesellschaftsanalyse, die den Umfang des Lehrbuchs hier sprengen würde. Wichtig an dieser Stelle ist der Hinweis Heitmeyers, dass es Parteien wie der AfD heute nicht mehr nur um Stimmungen gehe, sondern ihre konkrete Politik auch auf die Blockade und sogar Zerstörung demokratischer Grundstrukturen und -prinzipien ziele. Er begründet dies mit Seitenblicken auf die politischen Entwicklungen in Ungarn und Polen, aber auch mit Strategiepapieren der AfD, aus denen er ausgiebig zitiert. Dieses zerstörerische Prinzip ist deshalb an dieser Stelle wichtig, weil es auch auf die Strukturen der Sozialen Arbeit zielen kann. Da, wo solche Parteien an die Macht kamen, versuchten sie oft, nicht nur kritische Medienberichterstattungen zu unterbinden, sondern auch diejenigen zu schwächen, die weiterhin für Menschenrechte und demokratische Rechte stritten. Dazu gehörten fast überall auch Träger und Praktiker*innen der Sozialen Arbeit, aber auch alle Bereiche der politischen Bildung, der Schulen und Hochschulen. Erste Ansätze dafür zeigen sich dabei auch in Deutschland, wie erste empirische Analysen z. B. in Bezug auf rassismuskritische Ansätze in Schulen zeigen (vgl. Borstel 2021).

Wieder müssen Sie sich selbst entscheiden, welche Definition Sie am meisten überzeugt, und bei der Lektüre von wissenschaftlichen Studien genau prüfen, mit welchem Begriffsverständnis gearbeitet wird.



Weiterführende und verwendete Literatur

Frank Decker (2004): Der neue Rechtspopulismus, Wiesbaden
Wilhelm Heitmeyer (2018): Autoritäre Versuchungen, Berlin
Karin Priester (2012): Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, New York/Frankfurt
Jan Werner Müller (2016): Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin
Dierk Borstel (2021): Zivilgesellschaft unter Druck am Beispiel von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, Berlin (Hrsg. Aktion Courage e. V.)

1.1.3 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Ein weiterer, zunehmend wichtiger werdender Begriff ist die »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« – kurz GMF. Um das Konzept zu verstehen, betrachten wir zunächst einen sprachlich leicht korrigierten Interviewausschnitt mit einem Besucher einer »PEGIDA»-Demonstration in Dresden aus dem Jahr 2018.



Übungsaufgabe

Wie bewerten Sie vor dem Hintergrund der bisher gelernten Definitionen folgende Aussagen? Handelt es sich um eine rechtsextreme Person, oder wie schätzen Sie die Person ein?

Interviewer (I): Wofür steht Pegida für Sie?
Demonstrant (D) (männlich, ca. 50 Jahre alt, dunkelblaue Windjacke, helle Jeans, Lederschuhe, Drei-Tage-Bart, freundlich lächelnd): Pegida steht für Europäer gegen Islamismus. Statt patriotische Europäer könnte man auch sagen: nationale Deutsche – ja, warum denn auch nicht?
I: Um was geht es Ihnen denn heute hier?
D: Mir geht es darum, dass dieser radikale Islam, der gefährlich ist – Sie können das ja selbst nachlesen im Koran, der ja von denen verteilt wird – in Deutschland nicht Fuß fasst. Ich habe wirklich den ganzen Koran gelesen: Da steht, dass die Ungläubigen weniger wert seien als das Vieh, da gibt es Tötungsabsichten, Befehle für alle Muslime. Für mich gehören diese Leute nicht nach Deutschland, auch nicht nach Europa.
I: Welche Werte sehen Sie denn in Gefahr?
D: Wir sehen, dass insgesamt zu viele Ausländer nach Deutschland kommen. Hier in Dresden ist das vielleicht noch nicht so ein Problem. Aber da, wo ich herkomme, aus Süddeutschland bei Stuttgart, da gibt es ganze Stadtviertel voll mit Ausländern, die zum großen Teil keiner Arbeit nachgehen, die klauen und einbrechen usw. Ich war selbst fünfzehn Jahre bei der Polizei und kann Ihnen das somit professionell sagen, dass es so ist. Nur die Presse selbst möchte darüber nicht berichten.
I: Warum möchte das die Presse nicht sagen?
D: Das müssen Sie doch wissen. Fragen Sie doch mal Ihre Chefs. Vielleicht ist das so: Die großen Chefs wollen ein Bild mit Friede, Freude, Eierkuchen. Und die Presse arbeitet ja mit der Politik zusammen und heute wird ja keine

nationale Politik mehr gemacht. Es hat keiner was gegen Ausländer, die hier ordentlich arbeiten wie zum Beispiel die Italiener, die hier ihre Restaurants haben. Ich selbst war in über fünfzig Ländern zu Besuch. Es geht auch nicht um Touristen.
I: Um was geht es Ihnen dann aber?
D: Ich befürchte, dass Asylbewerber nach Deutschland kommen, die zum großen Teil die Bedingungen gar nicht erfüllen, um hier Asyl zu bekommen. (...) Ich bin auch dafür, die Grenzkontrollen wiedereinzuführen – zur Sicherheit des Bürgers. Es muss ja dann nicht jeder Bürger kontrolliert werden. Es geht einfach darum, dass Sichtproben gemacht werden. Man sieht aber ja doch – und das kann ich aus meiner Erfahrung als Polizeibeamter sagen – wer Dreck am Stecken und wer nicht – meistens jedenfalls (lacht).
I: Was heißt für Sie Patriotismus?
D: Das bedeutet, sich positiv für sein Volk einzusetzen. Und wie jedes andere Volk dürfen auch wir Deutschen stolz sein auf unsere Geschichte. Die Ecke, aus der ich komme: da wurden mit die meisten Erfindungen in der Geschichte der Menschheit gemacht – allein meine Stadt hat das Fahrrad und das Auto erfunden usw.

Auch wenn es spekulativ bleibt: Würde man den Herren fragen, wie er sich selbst gesellschaftlich verortet, würde er sich vermutlich zur (rechten?) Mitte zählen.

Bevor wir zur Beantwortung der Übungsfragen kommen, sei ein Blick auf seine konkreten Argumentationsweisen erlaubt:

- Er bildet Menschengruppen (u. a. »gute Ausländer«, »schlechte Ausländer«, Italiener, Deutsche, Muslime) und ordnet Ihnen automatische Wertigkeiten und Verhaltensweisen zu (z. B. Tötungsabsicht aller Muslime, Kriminalität der Ausländer in bestimmten Vierteln, fleißige Italiener) Das ist klassischerweise die Ideologie der Ungleichwertigkeit, wie wir sie bereits in der Rechtsextremismusdefinition von Heitmeyer kennengelernt haben.

- Er greift auf nicht nachvollziehbare, ihn aber selbst überzeugende Quellen zurück (»Meine Erfahrung als Polizeibeamter«, »Ich habe wirklich den ganzen Koran gelesen«).

- Er greift auf »oben« (›böse‹ Medien/Politiker) und »unten« (›Gute‹ – wie

er selbst) – Bilder zurück.

- Er betont mehrfach seine bürgerliche Herkunft (früher Polizeibeamter).

Zwei Aspekte finden sich in dem Ausschnitt nicht:

- Es gibt keine Hinweise auf eine Akzeptanz von Gewalt.
- Es gibt keine Hinweise auf eine aktiv kämpferische Haltung gegenüber der freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Wenn Sie sich an die Definitionen des Rechtsextremismusbegriffs erinnern, werden Sie rasch feststellen, dass diese für diesen Fall nicht recht passen. Für die Extremismustheorie fehlen Hinweise auf eine aktiv kämpferische Haltung und auch auf die Ablehnung der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Für das soziologische Verständnis findet sich ausgeprägt eine Ideologie der Ungleichwertigkeit, aber es gibt keine Hinweise auf eine Akzeptanz für Gewalt. Der Begriff scheint somit nicht recht zu passen. Was bedeutet das nun?

Heitmeyer warnte früh davor, solche Menschen pauschal als »Rechtsextremisten« oder gar »Nazis« zu bezeichnen, erkannte aber gleichzeitig die gemeinsame Schnittstelle im Denken – nämlich die Ideologie der Ungleichwertigkeit. Besonders interessierte ihn die Verortung dieser Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der gesellschaftlichen Mitte.

Ihm gelang es ab 2001, dieses Phänomen systematisch in einer Zehn-Jahres-Studie zu erforschen. Mittels zweier paralleler repräsentativer Befragungen versuchten er und sein Forscher*innenteam die Verbreitung entsprechender Teilelemente dieser Ideologie in der Mitte der Gesellschaft zu erfragen und genauer zu analysieren. Dabei ging er davon aus, dass Ungleichwertigkeitsvorstellungen selten allein vorkommen, sondern sich häufig gegenseitig bedingen. Wer somit anfängt, so zu denken, hört selten damit nach einer Gruppe auf, sondern wendet es auch auf andere Gruppen an. Zum anderen vermutete er eine Hierarchie zwischen starken Gruppen (zu denen man*frau sich selbst zählt) und vermeintlich schwachen Gruppen, die entsprechend abgewertet werden. Dieses Phänomen bezeichnet er als Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) und setzt es aus seiner Sicht aus folgenden Syndromelementen zusammen (▶ Abb. 4).



Abb. 4: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Tatsächlich gelang der empirische Nachweis dieser Zusammenhänge. Um einen Einblick in die Umfänge und Items zu geben, mit denen die Syndromelemente erfasst wurden, seien hier einige Daten aus dem zehnten und letzten Band der »Deutschen Zustände« wiedergegeben. Die Zustimmung ermisst sich aus jenen, denen diese Sätze »voll und ganz« oder »eher« zugestimmt haben. Die Items und der Forschungsansatz sind bis heute auch für aktuelle Einstellungsforschungen grundlegend (▶ Tab. 1).

Tab. 1: Zustimmung zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (Daten aus: Heitmeyer 2012)

Aussage	**Zustimmung in % in 2011**
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.	12,8 %
Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.	47,1 %
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer in ihre Heimat zurückschicken.	29,3 %

Frauen sollten sich wieder mehr auf ihre Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.	18,5 %
Für eine Frau sollte es wichtiger sei, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.	11,5 %
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	22,6 %
Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.	25,4 %
Die meisten Obdachlosen sind arbeitsscheu.	30,4 %
Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.	7,7 %
Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich interessiert daran, einen Job zu finden.	52,7 %
Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Nähe aufhalten.	40,1 %
Sinti und Roma sollten aus den Städten verbannt werden.	27,7 %
Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrer Heimat verfolgt zu werden.	46,7 %

Wichtiger als die einzelnen Zahlen ist vermutlich, was zusätzlich zu jenen Menschen erforscht wurde, die dieses Syndrom sehr umfassend verinnerlicht haben:

- Männer/Frauen (weitere Geschlechterformen blieben unerforscht) unterscheiden sich in ihren politischen Einstellungen generell wenig. Bei Einzelpunkten gibt es Unterschiede, z. B. ist der klassische Sexismus bei Männern ausgeprägter als bei Frauen, was auch nicht wirklich überrascht. Vorstellungen, die aber z. B. davon ausgehen, dass Frauen seltener menschenfeindliche Ideologien verträten, erwiesen sich als falsch.

- Diese Menschen verstehen sich selbst als »gesellschaftliche Mitte«. Ökonomisch ist diese Gruppe eher unauffällig, weil durchschnittlich.

- Sie wählen mehrheitlich entweder nicht oder die größeren Parteien (CDU/CSU/SPD und in Ostdeutschland auch DIE LINKE). Dabei ist zu ergänzen, dass es zum Zeitpunkt dieser Erhebung noch kein mit der AfD vergleichbares Parteiangebot gab.

- GMF gibt es in allen Bildungsschichten, ist jedoch bei den formal Bildungsschwächeren ausgeprägter.

- GMF steigt in Orten mit weniger Vielfalt und einer stärkeren gesellschaftlichen Homogenität. Oft ist z. B. in Orten ohne Flüchtlinge der

Rassismus gegenüber Flüchtlingen höher als in Orten mit mehr Begegnungschancen im Alltag. Ähnliche Zusammenhänge sind auch schon länger aus der Antisemitismusforschung bekannt. Antisemitismus funktioniert auch da am besten, wo es keine realen Begegnungen mit Jüd*innen gibt.

.

GMF geht auch oft einher mit Gefühlen, dass die eigene Gruppe »zu kurz komme« und andere Gruppen z. B. von »der Politik« bevorteilt würden.

Halten wir fest: Die Ideologie der Ungleichwertigkeit gibt es nicht nur bei überzeugten Rechtsextremist*innen, sondern ist deutlich weiterverbreitet – vor allem auch bei Menschen, die sich selbst als »Mitte der Gesellschaft« betrachten. Die Bielefelder Untersuchungen wurden 2012 eingestellt. Allerdings gibt es mehrere Folgeprojekte, in denen der hier skizzierte Grundansatz weiterentwickelt wird und vor allem auch immer wieder neue empirische Daten erhoben werden. Dazu gehören u. a. die sogenannten »Mitte«-Studien (vgl. Zick/Küppers 2021) oder auch die Leipziger Autoritarismusstudien (vgl. Decker/Brähler 2020).

Für die Praxis der Sozialen Arbeit ist dies in doppelter Hinsicht bemerkenswert. Einerseits erweitert sich so die Zahl potenzieller Adressat*innengruppen, da die Ideologie der Ungleichwertigkeit niemals mit den Menschenrechten kompatibel sein kann. Vor allem aber findet sich GMF auch in staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen – so auch in Trägerstrukturen der Sozialen Arbeit, ihrer Förderstrukturen und/oder staatlichen Partner*innen. Das Syndrom kleidet sich bürgerlich und kann auch nicht wie der Extremismus in der Extremismustheorie am »Rand der Gesellschaft« verortet werden. Auch die Soziale Arbeit selbst ist keine GMF-freie Zone und kann keinen Standort der Nichtbetroffenheit beziehen, sondern muss sich auch in den eigenen Reihen der oft nicht einfachen Auseinandersetzung mit entsprechenden Menschenbildern und Werturteilen stellen.

Mit dem GMF-Ansatz werden zunehmend auch Schattenseiten moderner Einwanderungsgesellschaften für die Soziale Arbeit greifbar. Die deutsche Rechtsextremismusforschung zielt primär noch immer auf einen Rechtsextremismus mit deutschem Hintergrund und einem völkischen Bekenntnis zu Deutschland. Vor allem in westdeutschen Großstädten haben sich aber längst durch die dort besonders spürbaren Einwanderungsprozesse auch neue Konfliktlagen entwickelt. Beispielweise beklagen in mehreren Städten wie Berlin, Frankfurt, Dortmund oder Hamburg liberale, türkische Muslime einen zunehmenden Einfluss rechtsextremer Kräfte mit türkischen Bezügen, obwohl deren Mitglieder in Deutschland leben, z. T. die Staatsbürgerschaft besitzen und z. T. auch in Deutschland geboren sind. Ein bekanntes Beispiel sind dafür u. a. die »Grauen Wölfe«, die in Deutschland agieren, deren Rechtsextremismus sich aber vor allem auf ein türkisches Reich und Volkstum bezieht. Ähnliche Ansätze

finden sich vereinzelt auch mit kroatischen, russischen, polnischen u. a. Hintergründen. Für die Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession wäre eine vollständige Konzentration auf den »deutschen« Rechtsextremismus trotz seiner schon zahlenmäßigen Dominanz ein Fehler. Zu Beginn jeder Konzeptionierung und Handlung steht immer die Ortsanalyse: Mit wem hat die Soziale Arbeit es hier zu tun? Wer ist mächtig, wer ist schwach? Welche Hintergründe haben die Gruppierungen usw.? Schält sich dabei heraus, dass sich hier Formen und menschenfeindliche Akteure jenseits des »deutschen« Rechtsextremismus zeigen, ist darauf zu reagieren.

Trotz alledem konzentriert sich dieser Band auf die größte Gruppe in Deutschland, was nicht bedeutet, dass Ansätze und Analysen in vielen Fällen mit nur geringen Modifizierungen auf andere übertragbar sein können. Etwas anders ist dies, wenn sich entsprechende Radikalisierungen selbst primär religiös begründen wie z. B. im Islamismus oder bei fundamentalistischen Christ*innen. In solchen Fällen braucht es eigene und spezifischere Ansätze in der Sozialen Arbeit, die nur z. T. vom Rechtsextremismus übertragen werden können (vgl. z. B. Daase/Deitelhoff/Junk 2019 und Kärgel 2017).



Weiterführende und verwendete Literatur

Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.) (2002 – 2012): Deutsche Zustände, Folgen 1 – 10, Frankfurt/Berlin

Kemal Bozay/Dierk Borstel (Hrsg.) (2017): Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft, Wiesbaden

Dierk Borstel/Kemal Bozay (Hrsg.) (2020): Kultur der Anerkennung statt Menschenfeindlichkeit. Antworten für die pädagogische und politische Praxis, Weinheim

Andreas Zick/Beate Küpper (Hrsg.) (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Berlin

Andreas Grau/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.) (2013): Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden, Weinheim/Basel

Andreas Zick/Beate Küppers (2021) (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Berlin

Oliver Decker/Elmar Brähler (2020) (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments, Gießen

Jana Kärgel (2017): »Sie haben keinen Plan B«. Radikalisierung, Ausreise, Rückkehr – zwischen Prävention und Intervention, Bonn (Hrsg. Bundeszentrale für politische Bildung)

Christopher Daase/Nicole Deitelhoff/Julian Junk (2019) (Hrsg.): Gesellschaft extrem. Was wir über Radikalisierung wissen, Frankfurt/New York

1.1.4 Demokratie und Bürger*innengesellschaft

Viele Förderprogramme gegen Rechtsextremismus tragen in ihrem Namen einen Bezug zu Begriffen wie »Demokratie«, »Toleranz« oder zur Stärkung der »Bürgergesellschaft«. Sie wollen nicht nur »gegen« etwas arbeiten, sondern auch signalisieren, »wofür« man einsteht. Demokratie und Bürger*innengesellschaft scheinen somit für viele die Antworten auf das Problem Rechtsextremismus zu sein. Es lohnt sich daher, die Begriffe genauer zu betrachten. Beginnen wir mit dem Begriff der Toleranz und einer kleinen Übung für zu Hause.



Übungsaufgabe

Sollten Sie mit einer Person zusammenwohnen, sagen Sie Ihrer*Ihrem Liebsten oder Ihren Mitbewohner*innen den folgenden Satz und beobachten Sie bitte die Reaktionen. Der Satz lautet: Ich habe über unser gemeinsames Zusammenwohnen nachgedacht und werde Dich weiter in dieser Wohnung tolerieren!

Vermutlich haben Sie sich in Aussicht auf die zu erwartenden Reaktionen dieser kleinen Übung verweigert. Warum eigentlich? Vermutlich war Ihnen der Toleranzbegriff nicht wertschätzend genug. Der Satz »Ich toleriere Dich« deutet im Alltagsverständnis auf ein Ungleichverhältnis hin. Die Person, die jemanden anderes toleriert, stellt sich über diese. Sie bestimmt und entscheidet und ist so gütig und großzügig, den anderen trotz seiner Untergebenheit (auf Zeit?) gewähren zu lassen. Dieser Beschluss kann dabei jederzeit widerrufen werden. Von Toleranz wird vor allem in Migrationsdebatten oder auch in Diskursen zu Fragen sexueller Vielfalt gesprochen. Signalisiert dieses Verständnis jedoch das, was hoffentlich angestrebt werden soll, nämlich die Akzeptanz von Vielfalt auf der Basis der Gleichwertigkeit aller Menschen? Die zu erwartenden Reaktionen ihrer Mitbewohner*innen deuten darauf hin, dass Toleranz auch ein Konzept sein kann, das trotz eines oberflächlich-positiven Versprechens in der Tiefe des Alltagsverständnisses zu Ungleichwertigkeiten, aggressiven Abwehrreaktionen und damit zu mehr Desintegration statt Integration führen kann.

Kritiker*innen mögen an dieser Stelle auf den wichtigen Stellenwert des Begriffs in der Geschichte der Philosophie verweisen und dürften an vielen Stellen damit Recht haben. Natürlich stellte das Konzept oft einen gesellschaftlichen Fortschritt dar und stand für Gleichwertigkeit und eine gemeinsame Menschenwürde. Dies ändert jedoch nichts an der Klangverschiebung im Alltag und kann somit als Konzept für eine moderne Einwanderungsgesellschaft nicht recht überzeugen.

Etwas anders könnte das mit dem Konzept der Demokratie sein: Die demokratische Idee hatte bekanntlich ihren Ursprung im antiken Athen. Im Kern geht es darum, dass ein Volk über sich selbst bestimmen möchte und dies über Wahlen und Abstimmungen regelt. Daran hat sich im Kern bis heute nichts geändert. Darüber hinaus gibt es jedoch zahlreiche unterschiedliche Verwendungen und Ideen, was konkret unter Demokratie verstanden werden kann. Die rechtsextreme Partei NPD heißt ausgeschrieben »Nationaldemokratische Partei Deutschlands«. Auch die DDR trug die Demokratie in ihrem Namen. Aus dem Blickwinkel der eingangs eingeführten Extremismustheorie haben weder die Befürworter*innen der NPD noch der DDR einen demokratischen Standpunkt im Sinne des Grundgesetzes. Eine konsensuale Begriffsbestimmung ist somit kompliziert und Grundlage zahlreicher Debatten der politischen Theorie.

Für dieses Lehrbuch hilfreich ist ein Ansatz des Demokratieforschers Himmelmann (2002). Mit Blick auf eine praktikable Verwendung in der politischen und schulischen Bildung entwickelte er ein Drei-Säulen-Modell mit folgenden Schwerpunkten (▶ Abb. 5).

Demokratie als …





… Herrschaftsform	… Gesellschaftsform	… Lebensform
☐ Menschenrechte	☐ Pluralismus	☐ Zivilität
☐ Wahlen	☐ Soziale Differenzierung	☐ Gleichwertigkeit
☐ Parlamentarismus	☐ Friedl. Konfliktregelung	☐ Vielfalt der Lebensstile
☐ Volkssouveränität	☐ Marktwirtschaft	☐ Solidarität
☐ Soziale Sicherung	☐ Öffentlichkeit	☐ Selbstorganisation
☐ Gewaltenteilung	☐ Bürgergesellschaft	☐ Chancenvielfalt

Abb. 5: Drei-Säulen-Modell nach Himmelmann

Ausgangspunkt des Demokratieverständnisses von Himmelmann ist die Frage: Wann ist eine Demokratie stabil? Seine Antwort lässt sich aus den drei Säulen ableiten. Um von einer stabilen Demokratie zu sprechen, braucht es drei Dinge:

1.

demokratische Herrschaftsstrukturen z. B. in Form eines demokratischen Staates,

2.

Menschen, die demokratische Werte auch im Alltag leben und darauf

aufbauend auch demokratische Institutionen mit demokratischen Werten füllen können und

3.

Menschen, die auch bereit sind, sich in demokratischen Organisationen zu engagieren, um darüber das demokratische System überhaupt erst zu ermöglichen.

> **Beispiel**
>
> Ein demokratisches Parlament (Herrschaftssystem) funktioniert nur dann, wenn es auch demokratische Organisationen wie z. B. Parteien (Gesellschaftsform) gibt, in denen wiederum Menschen bestimmend sind, die gewillt sind, demokratische Werte auch im Alltag und damit auch in der Partei zu leben (Lebensform). Wird eine dieser Säulen porös oder instabil, droht die Gesamtkonstruktion in sich zusammenzufallen.

Ein genauer Blick in die Säulen ermöglicht es auch, konkrete Andockungspunkte für die Soziale Arbeit zu finden. So gehören für Himmelmann zur Demokratie als Herrschaftsform unbedingt die Beachtung der Menschenrechte als Grundlage jeder Rechtsstaatlichkeit. Er zählt aber auch eine soziale (Grund-)Sicherung dazu. Teilhabe braucht ein Minimum an sozialer Sicherung, damit der betroffene Mensch sich nicht nur ums eigene Überleben kümmern muss.

Auch in der Lebensform finden sich für die Soziale Arbeit relevante Hinweise, z. B. dass das Handeln solidarisch sein soll, dass Vielfältigkeit und Chancengleichheit geschützt gehören, aber auch, dass Konflikte zivil und nicht gewalttätig auszutragen sind.

Viele Förderprogramme in Bund, Ländern und Kommunen, die aus der Engagementförderung gegen Rechtsextremismus entstanden sind, tragen die Forderung nach Demokratie in ihren Namen. Sinnvoll wäre vermutlich eine Erweiterung dieser Titel und Programminhalte um den Begriff des Rechtsstaates als eine wesentliche Säule zumindest parlamentarischer, liberaler Demokratie. Rechtsextremist*innen nutzen gerne Freiräume rechtsstaatlicher Kontrolle, versuchen rechtsstaatlicher Repression auszuweichen oder auch rechtsstaatliche Organe wie die Polizei zu unterwandern. Zum Rechtsstaat gehören dabei mehrere Prinzipien: Zentral ist, dass das staatliche Handeln verlässlich auf Gesetzen und Verordnungen fußen muss. Verlässt der Staat diese Grundlage und handelt damit willkürlich, kann auch er verklagt werden und für entsprechende Schäden zur Verantwortung gezogen werden. Die Gesetze gelten für alle und damit auch für jene, die den Inhalt der Gesetze ablehnen. Die Bürger*innen sollen gleichbehandelt werden und können ihre Rechte auch gegen andere oder den Staat einklagen. Der Rechtsstaat schafft die Legitimation

staatlichen Handelns, setzt demokratische Entscheidungen um und unterscheidet sich somit von Staaten, die willkürlich handeln. Rechtsextremist*innen wollen vor allem aufgrund ihrer Ideologie der Ungleichwertigkeit den Rechtsstaat überwinden und seine Organe z. B. in Form von Polizei und Justiz nur für die eigenen Zwecke und Ziele einsetzen.

In der Demokratie als Gesellschaftsform findet sich neben der Betonung eines öffentlichen Raumes zur Diskussion auch der für dieses Buch wichtige Begriff der Bürger*innengesellschaft. Damit ist eine Handlungssphäre zwischen Staat und dem privaten Leben der Menschen gemeint. Oder anders ausgedrückt: Immer dann, wenn Menschen sich gemeinsam engagieren und dies nicht im Rahmen staatlicher Institutionen oder nur im privaten Raum z. B. innerhalb einer Familie geschieht, handelt es sich um ein Engagement in der Bürger*innengesellschaft. Typische Akteure dafür sind z. B. gemeinnützige Vereine, soziale Träger, Stiftungen und Bürger*inneninitiativen.

Die Bürger*innengesellschaft hat innerhalb des demokratischen Gesamtkonstrukts eine Sonderrolle angesichts ihrer folgenden Funktionen:

- Bürgergesellschaftliches Engagement stärkt die soziale, politische und kulturelle Integrationsqualität einer Gesellschaft.
- In den bürgergesellschaftlichen Institutionen lernen die Teilnehmer*innen demokratische Spielregeln kennen.
- Die Bürger*innengesellschaft kann staatliches Handeln stärken oder auch kritisieren. Sie hat damit gegenüber dem Staat eine wichtige Korrekturfunktion, kann ihn ermahnen, an seine Aufgaben erinnern und Fehlverhalten veröffentlichen.
- In der Bürger*innengesellschaft werden wichtige Debatten öffentlich geführt. Oft wurden hier schon Diskussionen zu Themen geführt, die der Staat erst Jahre später für sich entdeckte. Sie ist somit auch ein Motor für gesellschaftlichen Fortschritt.

In den Debatten zur Prävention und Intervention im Bereich Rechtsextremismus spielt die Bürger*innengesellschaft eine entscheidende Rolle. Die meisten Förderprogramme gehen von folgendem Grundgedanken aus: Da, wo das demokratische System und die demokratische Kultur stark sind, weil es eine engagierte und attraktive Bürger*innengesellschaft vor Ort gibt, haben

rechtsextreme Bestrebungen wenig Raum zur Entfaltung. Die Förder*innen investieren daher in demokratisches Engagement, um über diesen Weg Rechtsextremismus zumindest zu begrenzen. Dieser Gedanke ist auch für viele Bereiche der Sozialen Arbeit im Themenfeld handlungsleitend. Hinzu kamen Analysen, dass auch rechtsextreme Strukturen sich zunehmend in kommunalen Bürger*innengesellschaften organisierten. Sie wollten »Kümmerer« vor Ort werden und so an Akzeptanz und Verankerung gewinnen. Auch dagegen richten sich die Förderungen der demokratischen Bürger*innengesellschaft. So sollte erst gar kein Freiraum vor Ort entstehen, den Rechtsextremist*innen dann füllen könnten.



Weiterführende und verwendete Literatur

Gerhard Himmelmann (2002): Demokratie-lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform, in: Gothard Breit/Siegfried Schiele (Hrsg.): Demokratie-lernen als Aufgabe der politischen Bildung, Bonn, S. 21 – 39 (Hrsg. Bundeszentrale für politische Bildung)

Thomas Olk/Birger Hartnuß (Hrsg.) (2011): Handbuch Bürgergesellschaftliches Engagement, Weinheim

Paul Nolte (2012): Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart, München

Gotthard Breit/Hubertus Buchstein/Peter Massing (Hrsg.) (2011): Demokratietheorien. Von der Antike bis zur Gegenwart, Berlin

Hedwig Richter (2020): Demokratie. Eine deutsche Affäre. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München

1.2 Anwendungsbezogene Theorien

Nach diesen definitorischen Grundlagen folgen einige ausgewählte anwendungsbezogene Theorien aus dem Kontext der Rechtsextremismusforschung, die wahlweise zur Interpretation örtlicher Situationen nötig sind oder von zentraler Bedeutung für die späteren Methoden und Praktiken sein werden (▶ Kap. 4).

1.2.1 Theorien der Integration und Desintegration

Wir beginnen dieses Kapitel mit einem etwas bösen Gedankenspiel. Angehende Sozialarbeiter*innen treibt häufig der Impuls, anderen Menschen zu helfen, Arme und Bedürftige zu unterstützen, die Emanzipation der Menschen zu ermöglichen oder Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Das ist unbedingt zu begrüßen

und als Impuls der Menschlichkeit auch zu erhalten. Trotzdem möchte ich Sie bitten, einmal Ihre »bösen Schattenseiten« zu zeigen oder sich zumindest welche auszudenken.



Übungsaufgabe

Erlauben wir uns einen – zugegeben – wirklich bösen Gedanken: Sie wollen jemand systematisch und nachhaltig fertigmachen. Morden und Foltern bleibt verboten. Fast alles andere erlaubt. Wie gehen Sie vor?
Nehmen Sie sich drei bis fünf Minuten Zeit und machen Sie sich Notizen!

Wenn Sie sich jetzt Ihre Notizen angucken: Könnten Sie dafür wieder Kategorien erstellen? Behalten Sie diese gerne im Blick, wenn Sie auf die folgende Tabelle schauen: Heitmeyer bildet dazu in seiner Desintegrationstheorie drei Säulen (▶ Tab. 2).

Tab. 2: Desintegrationstheorie nach Heitmeyer

[illegible]
[illegible]
[illegible]
Grundnormen wie fairer Umgang
[illegible]

Diese Theorie geht von folgender Grundannahme aus: Jede*r von uns braucht Anerkennung –immer wieder aufs Neue. In dieser Theorie gibt es dazu drei Bereiche: eine sozio-ökonomische, eine politische und eine sozial-kulturelle Säule. Was ist damit gemeint?

·

In der sozio-ökonomischen Säule geht es vor allem um den Zugang zu materiellen Gütern: Arbeit, Wohnung, Essen/Trinken – vor allem geht es aber auch um ökonomische Perspektiven. Habe ich eine Chance, auf eigenen Füßen zu stehen, vielleicht auch eine Familie zu gründen, mir materielle Wünsche wie Reisen, Einrichtungen etc. zu erfüllen? Sehr entscheidend ist dabei auch der Aspekt der Perspektive. Ist ein besseres Leben für mich zu erwarten und, wenn nicht für mich, vielleicht für meine Kinder oder Enkel?

·

In der politischen Säule geht es um Mitbestimmung. Hat der*die Einzelne eine Chance, seine*ihre Stimme zu erheben? Hört ihm*ihr jemand zu? Darf er*sie zumindest sein*ihr eigenes Umfeld mitgestalten? Ist es jemandem wichtig, was er*sie sagt? Den meisten Menschen ist es wichtig, nicht nur bestimmt und geführt zu werden, sondern zumindest das eigene Leben und Lebensumfeld mitgestalten zu dürfen. Sie wollen gehört und im Idealfall auch verstanden werden und auf keinen Fall ignoriert werden, wenn es um ihre eigenen Belange geht.

.

In der sozial-kulturellen Säule geht es um die Einbindung in soziale und/oder kulturelle Netzwerke. Dies können sein: Familien, Freundeskreise, Religionen, Fangemeinschaften, Jugendkulturen und vieles andere. Nahezu niemand ist auf Dauer gerne allein. Solche Kontakte und Netzwerke müssen dabei gar nicht immer real sein. Manchmal reicht auch die Vorstellung davon, Teil einer Gruppe, Bewegung oder anderen Gemeinschaft zu sein.

Jede*r sammelt zu jeder Tages- und Nachtzeit Anerkennung oder eben auch Nichtanerkennung in diesen drei Säulen und entwickelt aus der Addition seiner*ihrer Wahrnehmung aus den drei Säulen eine individuelle Anerkennungsbilanz.

Wichtig ist dabei der subjektive Faktor dieser individuellen Anerkennungsbilanz – das heißt: Es kommt darauf an, wie der*die Einzelne selbst sie bewertet und nicht wie jemand anderes meint, wie sie zu sein habe. Vor allem können sie auch negative Aspekte wahlweise innerhalb der Säulen oder zwischen den Säulen verschieben. Zwei Beispiele mögen dies verdeutlichen.

Beispiel 1

Sie studieren. Ihre finanzielle Situation mit etwas Bafög und Studentenjob ist eher mäßig – Sie kommen, wenn überhaupt, so gerade über die Runden, vertrösten sich aber auf die Zukunft. Später bekommen Sie vielleicht einen tollen Job, in dem Sie gut verdienen. In der Sozialen Arbeit ist das manchmal eine Fehlannahme – aber das soll ja hier auch nur ein Beispiel sein. Sie verschieben ihre Anerkennungsbilanz so in der ersten Säule, indem Sie nicht den Istzustand betonen, sondern die positiven Perspektiven, die sich durch das Studium ergeben.

Beispiel 2

Sie studieren. Ihre finanzielle Situation mit etwas Bafög und Studentenjob ist

eher mäßig – Sie kommen, wenn überhaupt, so gerade über die Runden. Die Bilanz in der ersten Säule ist somit eher negativ. Trotzdem haben Sie sich für ein Studium entschieden. Warum? Vielleicht weil sie es auch als Chance für sich sehen, sich selbst auszuprobieren, Projekte zu starten (Säule 2), oder Sie sagen sich: Dort lerne ich gleichgesinnte junge Menschen kennen, die mir gefallen könnten (Säule 3). Sie merken: Hier gleichen Sie Ihre negative Bilanz in der ersten Säule durch positive Bilanzen in anderen Säulen aus.

Ist Ihre individuelle Anerkennungsbilanz positiv, kann man Ihnen nur gratulieren. Vermutlich sind Sie ein sehr zufriedener und vor allem ein sehr gut integrierter Mensch. Viele erleben das nicht als Dauerzustand ihres Lebens. Üblicher sind Schwankungen und Verschiebungen. Lebensphasen verändern sich, Schicksalsschläge drohen usw. Die individuelle Anerkennungsbilanz ist somit nie statisch oder gar ewig, sondern immer im Fluss, veränder- und gestaltbar, im Positiven wie im Negativen.

Um auf das eingangs erwähnte Gedankenspiel zurückzukommen: Eine Systematik erreichen Sie, indem ein Mensch in allen drei Bereichen seiner Anerkennungsbilanz angegriffen wird. Er verliert dann auch die Möglichkeit, Anerkennungsdefizite in einer Säule durch positive Anerkennung in anderen Säulen auszugleichen. Spielen wir auch diesen Gedanken noch einmal konsequent zu Ende.



Übungsaufgabe

Wie können Menschen eine dauerhaft negative individuelle Anerkennungsbilanz verarbeiten? Was sind typische Handlungsmuster? Nehmen Sie sich ruhig ein paar Minuten Zeit und machen Sie sich Notizen!

Das folgende Schaubild zeigt für diesen Fall einige typische Verarbeitungsformen für den Fall einer negativen Anerkennungsbilanz (▶ Abb. 6).

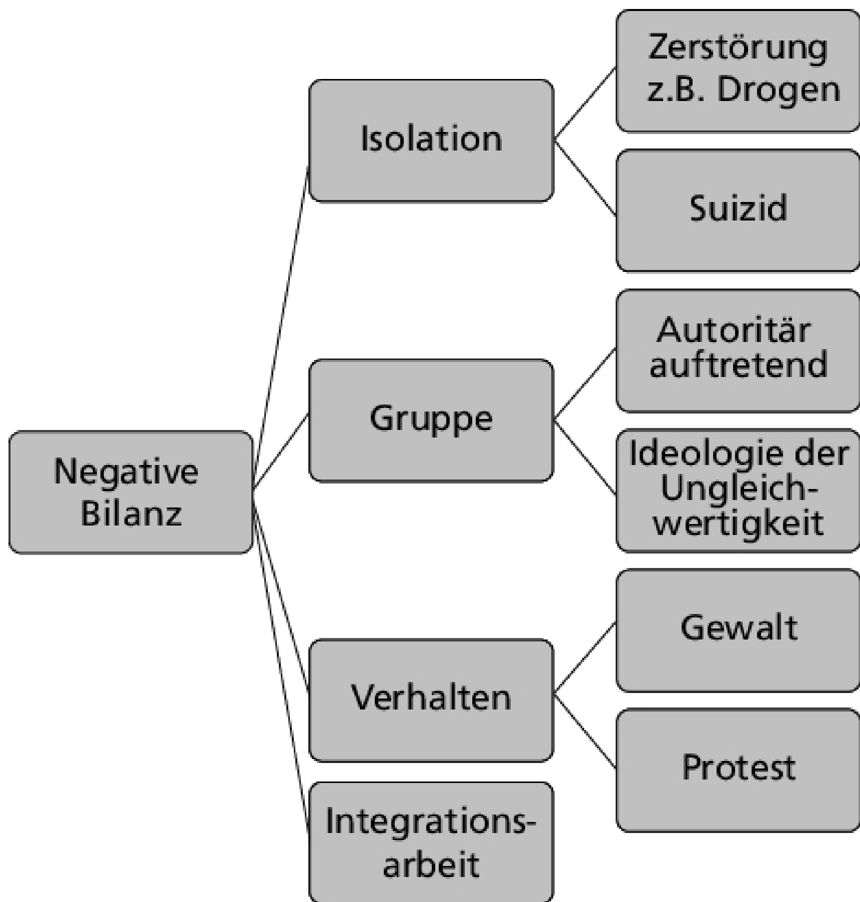


Abb. 6: Verarbeitungsformen für den Fall einer negativen Anerkennungsbilanz

Ein konstruktiver Weg wird hier mit Integrationsarbeit beschrieben. Der*die Einzelne prüft für sich, in welchem Bereich noch positive Optionen sind und versucht (gerne auch mit Hilfe der Sozialen Arbeit) seine*ihre Lage zu verbessern. Vielleicht geht er*sie doch zur Schule, fängt in einem Sportverein an, bemüht sich um Kontakt zu alten Freund*innen oder Ähnliches. Die Person beginnt somit an ihrer Anerkennungsbilanz zu arbeiten, holt sich dafür vielleicht Unterstützung und entwickelt Ideen zur Verbesserung ihrer Anerkennungsbilanz.

Das Gegenstück, die Aufgabe jeder Hoffnung, wird hier mit Isolation und Zerstörung beschrieben. Dies meint Menschen, die keinerlei Hoffnung mehr auf eine Verbesserung haben und entsprechend auch nicht mehr anfangen, etwas in ihrem Leben zu verändern, weil es für sie sinnlos erscheint. Typische Verarbeitungswege sind hier die Flucht in den Alkohol bzw. der Konsum anderer Drogen, von Medikamenten sowie der Rückzug aus allen sozialen Bezügen. Einige Wege führen in Kombination mit psychischen Erkrankungen

auch in die Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Diese Menschen schotten sich meistens ab, achten nicht mehr auf sich, ihre Gesundheit, ihre Interessen – einige bringen sich in ihrer Verzweiflung und Einsamkeit auch um. Diese Aufzählung zeigt, dass viele Adressat*innengruppen der Sozialen Arbeit mit Hilfe dieser Theorie besser verstanden werden können.

Andere Personen wiederum bilden Gruppen, denn Gruppen schaffen automatisch Anerkennung für alle Mitglieder, und sei es negative. Wer Teil einer Gruppe ist, ist wenigstens nicht allein. Das gilt auch für die, die von den anderen in der Gruppe nur ausgenutzt oder sogar gewalttätig behandelt werden. Selbst dann ist die Zugehörigkeit zu einer Gruppe für viele noch besser auszuhalten als der für sie so empfundene Absturz in die Leere der Einsamkeit und Isolation. Viele Personen hoffen auch auf eine Verbesserung ihrer Situation in der Gruppe, indem sie sich den Führungsfiguren andienen, Aufgaben übererfüllen, einen vorauseilenden Gehorsam entwickeln, und merken nicht oder spät, dass diese Strategien zumeist ihre Rolle nur festigen und nicht verändern. Im Bereich Rechtsextremismus wird dieser Punkt später noch wichtig, weil er ein Teil der Erklärung dafür ist, warum manchmal Personen, die sich innerlich bereits vom rechtsextremen Sein und Denken verabschiedet haben, trotzdem noch dabeibleiben, obwohl sie merken, dass sie so weder glücklich werden noch sich real eine für sie bessere Zukunft aufbauen können.

Eine noch größere Anerkennung versprechen übrigens Gruppen, vor denen andere Respekt oder sogar Angst haben. Das gelingt manchmal mit Ästhetik, mit einem pöbelnden oder sogar gewalttätigen Auftreten. Zeigen andere ihre Angst vor ihnen, fühlen sich diese Gruppen bestärkt, und das meint im Sinne der Theorie ›anerkannt‹. Oft wird ein solches Verhalten auch jenseits vom Rechtsextremismus mit maskuliner Ästhetik und machohaften Auftritten verbunden. Die eigene Gruppe markiert zu bestimmten Zeiten Räume vor Ort, besetzt diese faktisch und multipliziert so ihr eigenes Machtgefühl und damit ihre Anerkennung im Sinne der Theorie.

Einige dieser Gruppen greifen zur Ideologie der Ungleichwertigkeit, um sich auf diesem Weg aufzuwerten. Wenn Sie z. B. Rassist*in werden und sich selbst als Teil einer führenden Menschengruppe (unter Hitler waren das die sogenannten »Arier«) sehen, sind Sie automatisch etwas Besseres als die Gruppen, denen Sie mindere Fähigkeiten zusprechen. Sie werten sich selbst auf, indem Sie andere abwerten – und das auch noch kollektiv und vor allem ohne Leistungskontrolle. Sie sind dann in ihren Augen per se anderen gegenüber überlegen und höhergestellt und ernten so Anerkennung. Wichtig ist dabei der Aspekt, dass es durch die Ideologie dafür keinen Nachweis durch eigene Leistungen braucht. Selbst der Dümmste im Trupp kann sich so den Klügsten in der anderen Gruppe geistig und intellektuell überlegen fühlen und entsprechende Forderungen daraus ableiten. Er muss nur der Ideologie folgen. Folgendes Beispiel soll das noch mal plastisch verdeutlichen.

Beispiel

> Wenn Sie an die geistige Überlegenheit der »Blauen« gegenüber den »Pinken« glauben und sich selbst zur Gruppe der »Blauen« zählen, sind Sie automatisch allen »Pinken« geistig überlegen – egal wie dumm oder klug sie selbst sind – und können daraus entsprechende Machtansprüche der »Blauen« gegenüber den »Pinken« ableiten.

Dieses – zugegeben stark vereinfachte – Beispiel zeigt nebenbei, dass es beim Rassismus zumeist auch um konkrete Herrschafts- und Machtansprüche bzw. deren Legitimation geht. Rassismus ist daher nicht nur eine Ideologie, sondern auch ein Instrument zur Durchsetzung von Macht und so auch immens politisch.

Geradezu klassisch sind zwei weitere Verhaltensformen als Reaktion auf eine negative individuelle Anerkennungsbilanz: Gewalt und Protest. Protest meint den Versuch, öffentliche Aufmerksamkeit auf die eigene Desintegration zu erregen. Vielleicht haben Sie von den Brandstiftungen französischer Jugendlicher in den Pariser Vororten gehört? Das wäre ein typisches Beispiel für Protest, der eben nicht immer konstruktiv oder gar im Rahmen staatlicher Vorgaben ausfallen muss, sondern sich in diesem Fall direkt mit Gewalt verbindet. Die jungen Menschen in diesen Vororten fühlen sich unverstanden und ungehört, ausgegrenzt und abgewertet. Sie erleben zumeist nicht, dass sie mit Leistung z. B. durch Bildungsabschlüsse ihre Lage tatsächlich und vor allem auch als Kollektiv verbessern könnten. In solchen Situationen blühen dann im Alltag die organisierte Kriminalität und radikale Ideologien zugleich auf. Die organisierte Kriminalität verspricht den direkten Zugriff auf materielle Ressourcen und radikale Ideologien eine Lebensaufgabe und einen höheren Sinn, für den sich das Leben lohne. Mit Blick auf die Theorie bedienen die einen die erste und die anderen die dritte Säule. Oft ist der Druck durch Frust, Enttäuschung, Abwertung, Rassismuserfahrungen und Ausweglosigkeit so groß, dass er sich von Zeit zu Zeit eruptiv entlädt. Dann ziehen Jugendliche durch die Straßen, schreien und prügeln ihren Frust heraus, um auf ihre Lage zu verweisen, zünden aber auch Autos oder Gebäude an, stürmen Geschäfte, plündern sie und liefern sich Straßenschlachten mit der anrückenden Polizei. Zu gewinnen ist der Kampf so sicherlich nicht. Aus der Sicht der Beteiligten gibt es aber auch nicht mehr viel zu verlieren und der Rausch der gewalttätigen Nacht ist dann ein Schrei nach Anerkennung einerseits und andererseits ein Moment der Selbsterhebung und der eigenen Aufwertung.

Eine andere Verarbeitungsform ist Gewalt ohne Protest und Bewegung – vor allem bei jungen Menschen, übrigens trotz einer seit Jahren sinkenden Jugendkriminalitätsrate. Gewalt verspricht schnelle Aufmerksamkeit.

> **Beispiel**
>
> Wer sich auf dem Schulhof heftig prügelt, ist an dem Tag oft Gesprächsthema unter seinen Mitschüler*innen. Bilder werden in den sozialen Netzwerken

> geteilt und kommentiert. Die Prügler*innen kommen an dem Tag womöglich noch in Kontakt mit Lehrer*innen, Polizist*innen, Jugendarbeiter*innen, Psycholog*innen und vielleicht sogar mit den eigenen Eltern.

Anerkennung kann auf diesem Weg erzwungen werden, da auch negative Anerkennung oft als besser erachtet wird, als gar nicht gesehen zu werden. Kurzfristig ergibt Gewalt somit im Sinne der Theorie Sinn, langfristig natürlich nicht. Was hat das nun jedoch alles mit dem Thema des Lehrbuchs zu tun?



Übungsaufgabe

Wenn Sie sich diese Verarbeitungswege anschauen und sich an die Definitionen des Rechtsextremismus erinnern: Wo gibt es hier Schnittstellen?

Zur Erinnerung: Heitmeyer definierte Rechtsextremismus als Zusammenspiel aus ...

... einer Ideologie der Ungleichwertigkeit und
... der Akzeptanz von Gewalt.

Beide Punkte dieser Rechtsextremismusdefinition finden Sie in den Verarbeitungsformen unter »Gruppe»/»Aufwertung« und »Verhalten»/»Gewalt«. Heitmeyer leitet Rechtsextremismus in dieser Desintegrationstheorie als Folge von bzw. Reaktion auf gesellschaftliche Desintegrationserscheinungen und den damit verbundenen Verarbeitungsformen der subjektiv negativ empfundenen individuellen Anerkennungsbilanz ab. Hier zeigt sich auch der Beleg für die eingangs geäußerte These, dass Rechtsextremismus auch in Deutschland nicht ›nur‹ das Fortleben des historischen Nationalsozialismus bedeutet, sondern in den Folgeerscheinungen und Verwerfungen moderner Gesellschaften begründet ist. Vor allem bei der »akzeptierenden Jugendsozialarbeit« wird diese Theorie besonders wichtig werden (▶ Kap. 4.3.2).

Kritiker*innen dieser Theorie verweisen zumeist darauf, dass es auch sehr gut integrierte und mit ihrer individuellen Anerkennungsbilanz zufriedene Rechtsextremist*innen gebe. Das ist richtig, widerlegt aber nicht die Theorie an sich, sondern zeigt mal wieder, dass sozialwissenschaftliche Theorien keine hundertprozentigen Gültigkeiten beanspruchen sollten, sondern immer nur Teilbereiche der Gesellschaften und das Verhalten einzelner Personen und Gruppen erklären können und sollten. Heitmeyer selbst kombinierte später diese Theorie auch mit vielen anderen Erklärungsideen. Wer sich dem näher

widmen möchte, greife zur angeführten Literatur. Für dieses Lehrbuch reicht aber dieses Grundverständnis von Integrations- und Desintegrationsprozessen aus.



Weiterführende und verwendete Literatur

Reimund Anhut (2002): Die Konflikttheorie der Desintegrationstheorie, in: Thorsten Bonacker (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung, Opladen, S. 381 – 408

Wilhelm Heitmeyer (2018): Autoritäre Versuchungen, Berlin

Wilhelm Heitmeyer/Manuela Freiheit/Peter Sitzer (2020): Rechte Bedrohungsallianzen, Berlin

Axel Honneth (2003): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte, Frankfurt

Wilhelm Heitmeyer/Reimund Anhut (Hrsg.) (2000): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen, Weinheim

1.2.2 Raumordnungskonzeptionen

Wir starten wieder mit einem, vielleicht etwas absurd erscheinendem Gedankenspiel.



Übungsaufgabe

Stellen Sie sich vor: Wir sind eine kleine Gruppe pubertierender Jungs (ca. zwei Drittel der Gruppe) und wenigen Mädchen. Wir haben uns entschlossen: Es muss dringend was passieren! So geht Deutschland unter! Es braucht jetzt, hier und sofort nationalistisches Engagement! Wie, meinen Sie, legt eine solche Gruppe los? Was würden Sie an deren Stelle tun? Nehmen Sie sich wieder Blatt und Stift, fünf Minuten Zeit und notieren Sie mögliche Schrittfolgen!

Viele solcher Gruppen starten nach einer kurzen Findungs- und Kennenlernphase mit irgendeiner Form von Action, einer gemeinsamen Aktion, in der sich die Gruppe nach außen zeigt und nach innen eine gemeinsame Erfahrung macht. Fast nie ist der erste Schritt die Formulierung eines größeren

Programms oder das Erarbeiten einer formalen Struktur. Das folgt, wenn überhaupt, später.

Natürlich gibt es auch bei solchen Prozessen wieder keine Zwangsläufigkeit, aber es gibt Erfahrungen aus der Praxis, die in der sogenannten Raumordnungstheorie verarbeitet wurden. Den ersten Aufschlag machte Heitmeyer. Er nannte vier Schritte, wie folgende Abbildung zeigt (▶ Abb. 7).

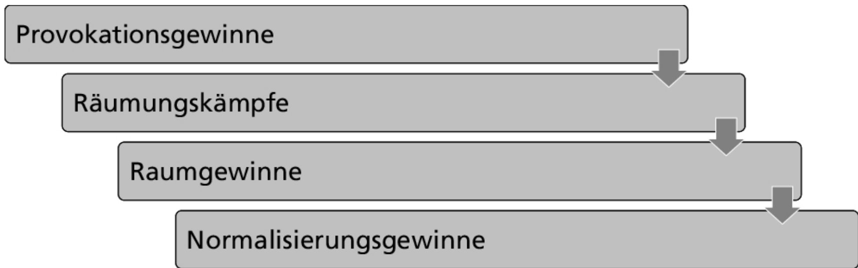


Abb. 7: Raumordnungstheorie nach Heitmeyer

Gruppen, die sich neu bilden, wollen zunächst oft auffallen, etwas aktiv tun und nicht nur intern reden. Action hält eine Gruppe auch früh zusammen. Ein typisches Mittel dafür sind Provokationen, z. B. Sprühereien, Transparente, spontane Aufmärsche, neue Internetseiten oder Ähnliches. Solche Aktionen brauchen nicht besonders viel Vorbereitung und Organisation und sie versprechen eine gewisse Spannung und Öffentlichkeit.

Hält die Gruppe zusammen, braucht sie meist im zweiten Schritt einen Raum, um sich zu treffen und zu sammeln. Attraktive, öffentliche Räume sind aber selten frei bzw. meistens von anderen Gruppen belegt. Diese müssen entsprechend verdrängt werden – zumeist mit Drohungen oder auch offener Gewalt. Das ist dann die zweite Stufe. In der kommunalen Öffentlichkeit wird dieser Schritt oft als Auseinandersetzung rivalisierender (Jugend-)Gruppen wahrgenommen oder interpretiert. Das ist einerseits auch schlüssig, unterschätzt aber andererseits den tieferliegenden Sinn der Gewalt. Es geht in diesen Kampfphasen um die Aufteilung von lokalen Räumen, um Gewinne und Verluste. Die Auseinandersetzungen enden oft erst, wenn eine Aufteilung sich dauerhaft manifestiert und es Gewinner und Verlierer gibt.

Gelingt die Verdrängung, muss der Raum dauerhaft etabliert werden. Es braucht dann eine organisatorische und ästhetische Präsenz, die den Raum eindeutig markiert. Der Raum muss dauerhaft gestaltet und verteidigt werden, um ihn als Raumgewinn zu etablieren. Im Jugendspektrum spielt Musik dabei bis heute eine herausragende Rolle. Wessen Musik gespielt wird, der entscheidet auch über die Regeln und Zugehörigkeiten in einem Raum. Wird in einem Jugendclub Punk gespielt, werden sich darin kaum die Freund*innen des deutschen Schlagers treffen. Mit rechtsextremer Musik tritt eine ähnliche Markierungs- und Verdrängungswirkung ein.

Ideal für rechtsextreme Gruppen ist es, wenn sie im Gemeinwesen etabliert bzw. normalisiert sind. Normalisiert heißt: Sie gehören unbestritten dazu, kaum jemand hinterfragt öffentlich ihr Denken und Tun. Wer dies dennoch macht, stellt sich abseits der örtlichen zumeist stillen Übereinkunft. Dabei geht es gar nicht darum, dass die Rechtsextremist*innen immer die Mehrheit stellen müssen. Zur Normalisierung reicht es, wenn sie als ›normaler‹ Bestandteil des Gemeinwesens begriffen werden, der allgemein akzeptiert wird und unhinterfragt dazu gehört. Ein kleines Beispiel möge eine solche Situation verdeutlichen.

Beispiel

In einem vorpommerschen Dorf gibt es jeden Sommer ein Fest mit Bier- und Grillstand. Im Dorf gibt es drei größere Lager: Die »Rechten«, die »Nicht-Rechten« und die »Sonstigen«. Die »Rechten« und die »Nicht-Rechten« sind die treibenden Kräfte im Dorf. Um das Fest und die Stimmung nicht zu gefährden, teilen sich beide Gruppen die Aufgaben auf und wechseln sich ab. Im ersten Sommer stellen die »Rechten« den Grill und die »Nicht-Rechten« die Getränke und im Jahr drauf ist es genau umgekehrt. Darüber wird vor Ort nicht mehr geredet und Nachfragen dazu sind wenig beliebt.

Keine Gruppe hat in diesem Dorf eine erkennbare Mehrheit. Die Stufe der Normalisierung des Rechtsextremismus ist trotzdem erreicht: Die »Rechten« gehören selbstverständlich dazu und sind bestens ins Dorfgefüge integriert. Das muss nicht allen von den »Nicht-Reden« gefallen. Eine reale Chance auf Thematisierung und Widerspruch haben sie jedoch nicht, ohne damit den eigenen Platz im Dorfgefüge zu gefährden. Es ist somit einerseits ›normal‹ geworden und wurde andererseits nicht öffentlich ausgehandelt, sondern hat sich als stille Übereinkunft so entwickelt und wirkt heute statisch und stabil.

Luzar und der Autor dieses Buches haben später diese Schritte von Heitmeyer konkretisiert. Die folgende Tabelle (vgl. Borstel/Luzar 2016: 43) enthält die Kriterien zum Erkennen der jeweiligen Stufe (▶ Tab. 3).

Tab. 3: Erweiterte Raumordnungskriterien

Typische Handlungen / Wirkung auf Nicht-Rechtsextreme
Provokation [illegible] Verteilung von Flyern
Raumkampf [illegible] Umgang, [illegible] Hilfe
Raumgewinn [illegible] Raums z. B. durch Musik, Symbole, Fahnen, integrierende Veranstaltungen für die eigenen Anhänger*innen, Einladung an Interessierte
Akzeptanz [illegible] möglich (Schweigen vor Ort) [illegible] z. B. in Vereine, soziale Einrichtungen u. a.

Diese Theorie soll dabei helfen, die Entwicklungsstufe rechtsextremer Gruppen

und Netzwerke genau einschätzen zu können. Dies wird später bei möglichen Interventionsmöglichkeiten wichtig werden: Einer Gruppe, die gerade erst provoziert, kann anders begegnet werden als einer Gruppe, die schon Normalisierungsgewinne zu verzeichnen hatte. Auch der Kontext für die Soziale Arbeit verändert sich in jeder Stufe. In der letzten Stufe ist fraglich, ob Soziale Arbeit überhaupt mit öffentlicher Unterstützung rechnen darf. In der zweiten Stufe gerät sie mitten in eine zumeist gewalttätige Auseinandersetzung und braucht entsprechenden Schutz, um überhaupt handeln zu können.

Teile dieser Theorie lassen sich auch auf den Bereich der onlinebasierten Radikalisierungen übertragen. Vor allem den sozialen Netzwerken wie Facebook, Instagram, Telegram oder Twitter werden dabei entscheidende Wirkungen zugeschrieben. Provokation ist bei Teilen von ihnen geradezu das Geschäftsmodell: Was provoziert, erzeugt Traffic und Reaktionen und die werden durch die Algorithmen mit Sichtbarkeit belohnt. Dies versuchen auch Rechtsextremist*innen und -populist*innen für sich auszunutzen. Auch in dieser Sphäre beginnen sie mit Provokationen, um sichtbar zu werden, und bilden dann eigene Kanäle und Netzwerke, die sie beständig mit ihren Inhalten, Aufrufen und Interpretationen füttern. Für diejenigen, die sich zunehmend vermehrt bis nur noch über diese Kanäle und Netzwerke informieren, entsteht zumindest der Eindruck einer neuen Normalität. Sie sind dann ›gefangen‹ in einer rechtsextremen Meinungsblase, in der abweichende Meinungen bekämpft und Grauzonen bzw. Kompromisse verpönt sind. Rechtsextreme und -populistische Strateg*innen verlieren aber auch hier nicht aus dem Auge, dass sie hoffen, dass ihre Inhalte auch jenseits der eigenen Blasen und Zirkel ›normalisiert‹ und somit als ›normale‹ Position im Meinungsstreit akzeptiert werden. Dies geschieht sogar mit Fakten, die zu bloßen »Meinungen« umgedeutet werden. Bei der Geschichte des Holocausts wird z. B. versucht, dessen Leugnung in eine von vielen vermeintlich möglichen Interpretationen umzudeuten, zu denen dann – gleichberechtigt – auch die Position gehöre, dass es ihn gar nicht gegeben hätte (vgl. einführend Gensing 2019, Augstein 2017, Ebner 2019). Auf die Theorie bezogen, lässt sich daraus ableitend, dass für den digitalen Bereich ein ähnliches Ziel vermutet werden kann, die Zwischenschritte aber im Detail andere sind. Eine entsprechende und systematische Anpassung der Theorie für diesen Bereich steht aber noch aus.



Weiterführende und verwendete Literatur

Wilhelm Heitmeyer (1999): Sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus – Zum Problem unzureichender politischer Gegenöffentlichkeit in Städten und Kommunen, in: Peter E. Kalb u. a. (Hrsg.): Rechtsextremistische Jugendliche – was tun?, Weinheim, S. 47 – 79

Dierk Borstel/Claudia Luzar (2016): Geländegewinne – Update einer Zwischenbilanz

rechtsextremer Erfolge und Misserfolge, in: Stephan Braun u. a. (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, 2. Auflage, Wiesbaden, S. 39 – 54
Lynn Berg/Jan Üblacker (2021) (Hrsg.): Rechtes Denken, Rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Diskurse, Bielefeld
Patrick Gensing (2019): Fakten gegen Fake News oder der Kampf um die Demokratie, Berlin
Jakob Augstein (2017) (Hrsg.): Reclaim Autonomy. Selbstermächtigung in der digitalen Weltordnung, Berlin
Julia Ebner (2019): Radikalisierungsmaschinen. Wie Extremisten die neuen Technologien nutzen und uns manipulieren, Berlin

1.2.3 Eskalationstheorie

In einer weiteren Theorie wird versucht, die Zusammenhänge unterschiedlicher rechtsextremer und angrenzender Phänomene und Bestrebungen miteinander in Verbindung zu setzen. Deutlich wurde dabei ein Eskalationsmechanismus. Folgendes Schaubild soll zum Verständnis beitragen (▶ Abb. 8).

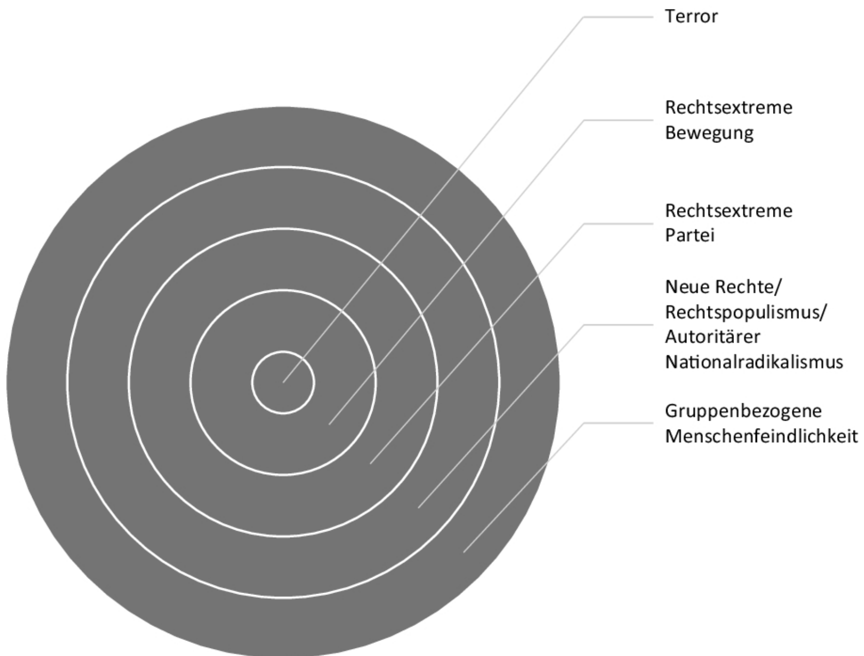


Abb. 8: Eskalationsmechanismus

Den äußersten Rahmen haben wir bereits kennengelernt. Wie Sie an dem Polizeibeamten auf der PEGIDA-Demonstration sehen konnten (▶ Kap. 1.1.3),

scheinen Rechtspopulist*innen und GMF eng miteinander verwandt zu sein. Beiden ist es wichtig, nicht als »extrem« angesehen zu werden und verorten sich in der »Mitte der Gesellschaft«. Beide betonen, dass es ihnen nicht um Revolutionen gehe, beide distanzieren sich öffentlich von Gewalt und dem historischen Nationalsozialismus. GMF ist dabei ein kultureller Resonanzraum menschenfeindlicher Ideologien und der erste Ring das dazu passende Politik- und Ideologieangebot.

Die nächste Stufe stellen offen rechtsextreme Parteien dar. Die NPD wäre dafür ein gutes Beispiel: Formal hält sie sich an die rechtlichen Vorgaben z. B. des Parteiengesetzes, hat aber inhaltlich völlig andere, mit dem Grundgesetz nicht kompatible Vorstellungen vom Staat und der Gesellschaft. Sie beteiligen sich aus strategischen Erwägungen heraus am demokratischen System, um es von innen heraus zu überwinden. Das Bundesverfassungsgericht hat das in seinem Urteil zum möglichen Parteienverbot der NPD sehr deutlich herausgearbeitet: Die Partei verfolgt nationalsozialistische Ziele und hält sich nur formal und aus taktischen Erwägungen heraus an die Regeln des demokratischen Rechtsstaates und versucht diesen von innen heraus zu überwinden. Damit unterscheidet sie sich in ihrer Radikalität vom Rechtspopulismus.

Rechtsextreme Bewegungen lehnen dieses strategische Denken bzw. die taktische Teilnahme am System ab. Sie wollen sich in der Regel nicht am System beteiligen, sondern es offen und konfrontativ bekämpfen. Gewalt ist dazu eine Option von vielen. Ihr Handlungsort ist vor allem die Straße – auf keinem Fall aber das Parlament. Nur in sehr seltenen Fällen, z. B. bei der Anmeldung von Demonstrationen, kooperieren sie mit staatlichen Stellen bzw. halten sich an rechtsstaatliche Spielregeln. Sie machen aus ihrem revolutionären Selbstverständnis keinen Hehl.

Rechtsterrorismus entsteht zumeist aus individuellen Erwägungen heraus aus der rechtsextremen Bewegung. Einzelne greifen zum letzten Mittel – zur Gewalt, oft zum expliziten Mord, um damit ein Symbol für den großen, nationalsozialistischen Aufbruch zu senden und die Ebene des Redens zu überwinden (»Taten statt Worte«). Oft reagieren Rechtsterrorist*innen dabei auf Impulse und Stimmungen aus den anderen Kreisen des Modells. Er stellt somit eine Form von Resonanzraum dar, der terroristisches Agieren anheizen, verstärken, aber auch drosseln kann. In diesem Verständnis ist auch die gängige These der »Einzelgänger*innen« mit Vorsicht zu genießen. Die meisten Terrorist*innen verstanden sich als Teil bzw. Avantgarde einer großen Bewegung und fühlten sich durch gesellschaftliche Diskurse wahlweise er- oder entmutigt.

Wichtig ist zum Verstehen der Theorie, das sich zwei Eskalationen erkennen lassen:

·

Je näher Sie der Mitte des Schaubildes (▶ Abb. 8) kommen, desto höher ist die Gewaltbereitschaft!

.

Je näher Sie in die Mitte kommen, desto weiter entfernen Sie sich von einem demokratischen Grundkonsens!

Die Eskalationstheorie hat drei Funktionen:

a.

Sie erlaubt es, Eskalationsstufen verschiedener rechter Strukturen/ Ebenen zu identifizieren. Dies hilft u. a. der Sozialen Arbeit bei der Erstellung lokaler Lageanalysen. Welche Strömung herrscht hier vor? Wer ist dominant und welche Gefährdungen zeichnen sich ab?

b.

Viele Personen in diesem Spektrum radikalisieren und deradikalisieren sich in ihren Leben in unterschiedlichen Stufen dieser Theorie. Es ermöglicht somit die Analyse der jeweiligen Radikalitätsstufe.

c.

Es zeigt einen Zusammenhang auf: GMF ist der Resonanzraum für alle Strömungen, die sich in der Mitte des Kreises finden. Sie feuern diese Strömungen (manchmal ungewollt) an, bestätigen diese in ihrem Glauben, Mehrheiten zu repräsentieren. Sie sind die Schnittstelle zur Mitte der Gesellschaft.

Wir werden diese Theorie später vor allem bei den Methoden der Sozialen Arbeit benötigen (▶ Kap. 4).



Weiterführende und verwendete Literatur

Dierk Borstel/Wilhelm Heitmeyer (2012): Menschenfeindliche Mentalitäten, radikalisierte Milieus und Rechtsterrorismus, in: Stefan Malthaner u. a. (Hrsg.): Radikalisierte Milieus, Frankfurt/New York, S. 339 – 368

Wilhelm Heitmeyer/Manuela Freiheit/Peter Sitzer (2020): Rechte Bedrohungsallianzen, Berlin

Dierk Borstel/Kemal Bozay (2020): Rechtsterrorismus – Gesellschaftliche Verantwortung statt Einzeltäterthese, in: dies. (Hrsg.): Kultur der Anerkennung statt Menschenfeindlichkeit. Antworten für die pädagogische und politische Praxis, Weinheim/Basel, S. 65 – 78

1.2.4 Theorie des Autoritarismus

In der letzten Theorie geht es um ein sozialpsychologisches Konzept aus dem Kreis der Kritischen Theorie, das in Abwandlungen und Weiterentwicklungen vor allen in Debatten zu den Ursachen des Rechtsextremismus bedeutend ist.



Übungsaufgabe

Stellen Sie sich folgende Familienkonstellation vor: Die Familie besteht aus Vater, Mutter, einem älteren Sohn und einer jüngeren Tochter. Der Vater schlägt regelmäßig die Mutter vor den Augen der Kinder, trinkt viel Alkohol und schimpft auf seine Familie. Mit seinem Job ist er unzufrieden. Er würde sich anstrengen, sei der Beste und Fleißigste im Team, immer pünktlich und immer zur Stelle, erledige sofort jeden Wunsch seines Vorgesetzten, klage nie über unbezahlte Überstunden und trotzdem würde sein Chef ihn nicht befördern. Er versteht das nicht. Zu Hause kann es ihm niemand recht machen. Sein Sohn sei ein »fauler Versager«, »Traumtänzer« und eine »Schande für die Familie«. Bringt der Sohn einmal gute Schulnoten mit nach Hause, sei das nur der »Blödheit der Lehrer« zu verdanken. Seine Tochter sei gar »so hässlich«, dass kein »anständiger Kerl« sie jemals auch nur angucken werde. Zu Hause hortet der Vater tausende Pornos auf seinem Rechner: »Das sind noch richtige Frauen und Kerle«, meint er dazu. In der Nachbarschaft gilt der Vater als unauffällig und freundlich. Schuld am allem sind für den Vater »fette Politiker in Berlin«, die »Asoziale« gezielt ins Land holten, weil sie Angst vor der Macht des Volkes hätten.
Wie lässt sich das Verhalten des Vaters erklären?

Für solche Muster hat Theodor W. Adorno einst das Bild des Fahrradfahrers geprägt: Nach oben wird gebuckelt, angebiedert und geschleimt und nach unten brachial getreten. Dahinter steckt ein zutiefst verunsicherter und unzufriedener Charakter, der Autoritäten braucht, um für sich selbst einen Platz in der Gesellschaft zu finden. In diesem Beispiel ist eine Autorität der Chef des Vaters. Ihm will er gefallen und greift dabei zu den gängigen Mitteln der Arbeitswelt: Pünktlichkeit, Fleiß, Unterwürfigkeit (»immer zur Stelle«) und kommt dennoch nicht zum Ziel. Seine Unzufriedenheit versucht er mit Alkohol zu betäuben – ohne viel Erfolg. Der Druck und die Unzufriedenheit sind so groß, dass er physisch und psychisch gewalttätig wird. Diese Gewalt richtet sich aus seiner Sicht an die Schwächeren in seiner Familie, er tritt somit nach unten. Er wertet seine Kinder und Frau ab und sich damit gleichzeitig auf. Ein zentrales Kampffeld ist bei ihm seine (gestörte) Sexualität. Mit ihr beschäftigt er sich einerseits überaus intensiv mit seiner Pornosammlung, findet aber

offensichtlich keinen Zugang zu irgendeiner Form tieferer Befriedung und innerer Gelassenheit. Seine Unsicherheit zeigt sich auch im außerhäuslichen Umgang. Dort will er auf keinen Fall auffallen.

Adorno prägte für diesen Typus den Begriff des »autoritären Charakters«. Kennzeichnend seien für ihn neun Variablen.

- Konventionalismus: starre Bindung an sicher geglaubte Werte (hier z. B. die Arbeitsnormen des Vaters).
- Autoritäre Unterwürfigkeit: Angst vor Autoritäten und Versuche, sich diesen zu unterwerfen, um so Zugang zu ihnen zu bekommen (Verhalten gegenüber seinem Vorgesetzten).
- Autoritäre Aggression: gewalttätige Abwertung vermeintlich Schwächerer (Verhalten gegenüber seiner Familie).
- Anti-Intrazeption: Abwehr jeder Sensibilität, emotionaler Zugänge und des Phantasievollen (jenseits von Verschwörungstheorien) (sein Pornokonsum).
- Aberglaube und Stereotype: Glaube an eigene Auserwähltheit und Überlegenheit (hier erkennbar im Nicht-Verstehen der fehlenden Beförderung).
- Machtdenken: befürwortet starke Kontraste z. B. »stark»/»schwach« (zeigt sich im Verhalten zu seinen Kindern).
- Destruktivität und Zynismus: verachtet jede Menschlichkeit (zeigt sich im Verhalten gegenüber seiner Familie und möglicherweise auch im Pornokonsum).
-

Projektivität: ist anfällig für übergeordnete Verschwörungstheorien (zeigt sich in der Einstellung gegenüber Politiker*innen).

.

Übertriebene Beschäftigung mit sexuellen Vorgängen, ohne dabei Zugang zur emotionalen Seite von Sexualität, Lust und Leidenschaft zu finden.

In der Ideologie der Ungleichwertigkeit wurde die Abwertung für als schwach empfundene Gruppen betont. Der Rechtsextremismus wendet zur Durchsetzung dieser Ideologie auch offene Gewalt an. Die Studien des autoritären Charakters werden in der Forschung wiederholt zu Rate gezogen, wenn nach den sozialpsychologischen Mustern der rechtsextremen Täter*innen gefragt wird. Diese Theorie ergänzt somit die eher soziologische Erklärung der Forschungen zu den Auswirkungen von Desintegrationserscheinungen in der Gesellschaft um eine spezifische individuelle Ebene. Vor allem in den Methoden der Deradikalisierung wird auf sie zurückzukommen sein (▶ Kap. 4.3.3). Auffallend oft spielen in den Biografien radikalisierter Menschen Stiefväter und/oder fehlende bzw. gestörte Beziehungen zu Vätern und erwachsenen Männern im Kinder- und Jugendalter eine Rolle. Kinder brauchen jedoch stabile Bindungen, um Selbstvertrauen und -bewusstsein dauerhaft entwickeln zu können (vgl. Bowlby 2021). Sie brauchen sowohl einen Schutzraum zum Finden ihrer selbst, lernen aber auch am Modell. Kommt es dazu nicht, folgt oft die Suche nach anderen Haltepunkten, die Orientierung liefern können. Autoritäre Strukturen im eben skizzierten Sinne bieten solche Orientierungen und Haltestrukturen an und werden dadurch attraktiv, vor allem wenn sie sich mit den biografisch entwickelten Erfahrungen decken.



Weiterführende und verwendete Literatur

Theodor W. Adorno (1996): Studien zum autoritären Charakter, 2. Auflage, Frankfurt
Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.) (2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Gießen
Lars Rensmann/Steffen Hagemann/Hajo Funke (2011): Autoritarismus und Demokratie. Politische Theorie und Kultur in der globalen Moderne. Schwalbach
John Bowlby (2021): Bindung als sichere Basis. Grundlagen und Anwendung der Bindungstheorie, 5. Auflage, München

1.3 Rechtsextreme Ideologie – Einführung in Kernbegriffe

In einem dritten Theorieabschnitt soll nun in einige Kernbereiche rechtsextremen Denkens eingeführt werden. Vielleicht stellen Sie sich die Fragen, wozu das nötig ist und ob es nicht sogar gefährlich ist, dieser Ideologie auch noch Raum zu geben? Spätestens im Konzept der Deradikalisierung findet sich dazu eine Antwort: Es gibt kein Verstehen des Menschen ohne ein Verstehen seines Denkens, seiner Wertvorstellungen, Hoffnungen, Ängste und Wünsche. Das gilt auch für Rechtsextremist*innen. Professionelle Soziale Arbeit funktioniert nie gegen einen Menschen, sondern nur mit ihm zusammen – auch dann, wenn sein Verhalten und Denken verstörend, selbstzerstörerisch oder menschenfeindlich sein mag. Die Raumfrage ist schwieriger und differenzierter zu beantworten. Vor allem mit Blick auf Opfer rechtsextremer Ideologie ist hier Sensibilität gefordert. Allerdings zeigt sich in der Praxis, dass viele Opfer ein großes Interesse daran haben zu verstehen, warum die Täter*innen ihnen etwas angetan haben. Auch dazu braucht es oft – wenn auch nicht immer – Grundkenntnisse der Ideologie und ihrer zentralen Prämissen.

Menschenbild oder wer oder was ist deutsch?

Beginnen wir wieder mit einem kleinen Gedankenspiel.



Übungsaufgabe

Stellen wir uns vor: Rechtsextremist*innen übernehmen – was hoffentlich nie wieder passieren möge – die Macht in dem Dorf oder in der Stadt, in der Sie gerade dieses Buch lesen: Wie soll aus der Sicht von Rechtsextremist*innen ihre Stadt/ihr Dorf wohl in zehn Jahren aussehen? Wer soll dort leben dürfen? Was hält den Ort zusammen, was wird gefeiert, wie wird gearbeitet und wie halten es die Geschlechter miteinander?

Eine Grundfrage jedes Gesellschaftsentwurfs lautet immer: Wer gehört dazu? Und damit verbunden: Wer gehört nicht dazu? Für (deutsche) Rechtsextremist*innen lautet die Antwort auf die erste Frage: das deutsche Volk. Doch auch da stellen sich die gleichen Fragen der Zugehörigkeit. Im rechtsextremen Denken ist das Volk ein einheitlicher und urwüchsiger Verbund von Menschen mit gleicher Herkunft, Kultur, Geschichte und daraus resultierenden Traditionen und Gebräuchen. Ältere Rechtsextremist*innen legen noch immer Wert auf eine vermeintlich biologische Ableitung: Deutsch sei, wer deutsches Blut in den Adern habe. Doch was soll das sein, deutsches Blut? Es gibt menschliches Blut und es gibt Blutgruppen – aber kein deutsches Blut. Modernere Rechtsextremist*innen vermeiden angesichts dieser

biologischen Grundkenntnis den alten Blut- und damit verbundenen Rassebegriff und sprechen lieber von Kultur, meinen aber faktisch dasselbe und verkleiden ihre Idee nur moderner.

Deutsch seien somit die Menschen, deren Vorfahren schon immer im Gebiet des heutigen Deutschlands gelebt hätten und in deren Familien nie ein Ortsfremder dazugekommen wäre. Angesichts dieses Denkens verwundert es nicht, dass die »Ariernachweise« der NS-Zeit auch im modernen Rechtsextremismus noch gerne gesehen sind.

Ausdruck dieser deutschen Gesellschaft sei eine abgrenzbare deutsche Kultur. Im modernen Verständnis der Kulturwissenschaften entwickeln sich Kulturen durch Austausch, Aufnahme und Verarbeitung neuer Einflüsse. Das sehen Rechtsextremist*innen anders und finden den Gedanken sogar gefährlich. Für sie ist die deutsche Kultur die Basis des deutschen Volkes und wurde allein von Deutschen – ohne Hinzunahme und Integration fremder Einflüsse und aus sich selbst heraus– entwickelt. Um sie zu bewahren und so weiterzuentwickeln, seien fremde Einflüsse sogar unbedingt zu verhindern.

Auf diesen Grundgedanken aufbauend behaupten moderne Rechtsextremist*innen, sie seien nicht »ausländerfeindlich« und würde das »Fremde« schätzen. Bedingung sei nur, dass das »Fremde« eben in der »Fremde« bleibe und sich die Völker auf keinen Fall vermischten. Deutschland solle dann das Land der Deutschen bleiben und Schweden das Land der Schweden. Besuche seien erlaubt, aber keine Vermischungen der »Völker«, denn das schade der Reinheit der Kultur und führe nur zu Unglück. Jeder Mensch habe eine enge Bindung an das Land seiner Ahnen und könne nur dort glücklich leben. Jede Form von Migration sei deshalb ein Verrat an den eigenen kulturellen Wurzeln, gefährde die eigene und die andere Kultur und gehöre deshalb unterbunden. Im rechtsextremen Denken ist völkische Inzucht somit ein übergeordnetes Ideal – sie allein garantiere die Reinheit der zu erhaltenen Kultur. Diese entwickle sich zwar auch dynamisch weiter. Das solle aber nur durch innere Impulse und ohne Anregungen, Ideen oder gar Vermischungen mit äußeren Einflüssen geschehen. Wenig überraschend sind dann auch die vermittelten Bilder z. B. in der rechtsextremen Musik und Ästhetik zur vermeintlichen Überlegenheit dieser »deutschen Kultur«. Als Beispiel sei ein Liedtext des in den rechtsextremen Szenen bekannten Liedermachers Frank Rennicke aus seiner »Frühwerk«-CD zitiert. Dort heißt es im Lied »Ich bin stolz«: »2000 Jahre, unser Land, hielt einem Ring von Feinden stand, weil immer da ein einig Volk trotzt der Gefahr«. Im Verlauf des Liedes behauptet er, dass alle Motoren, Raketen und Flugzeuge deutsche Erfindungen gewesen seien, von denen dann die ganze Welt profitiert hätte. Neben diesem Erfindungsreichtum seien in Deutschland »Wissenschaft und Kunst« besonders hoch angesehen und hätten das »neue Weltbild« erschaffen.

Das Lied ist trotz seiner Schlichtheit und der unreinen Reime interessant. Es suggeriert eine zweitausendjährige »deutsche« Geschichte in völkischer Einheit und gemeinsamer Abwehr aller »Feinde«. Diese gewachsene Gesellschaft habe

aus sich selbst heraus eine überlegende Kultur und führende Wissenschaft mit wegweisenden Erfindungen für die ganze Welt geschaffen. Der Autor verbindet mit dieser Kultur und Geschichte auch explizit eine emotionale Zuneigung. Nur zur Sicherheit: Mit der historischen Realität hat dieses Bild der Einheit nichts zu tun – im Gegenteil. Die Deutschen fanden selbst im europäischen Vergleich erst viel später als andere zu einer nationalen Einheit (vgl. Winkler 2010). Die Region der heutigen Bundesrepublik war über Jahrhunderte Schauplatz von Kriegen und Migrationsbewegungen zugleich. Und zur Überlegenheit der Kultur sei gefragt: Wie lebten und welche Keulen schwangen eigentlich unsere »deutschen Vorväter und -mütter«, als in China schon gerechnet, in Ägypten die Pyramiden gebaut und in Athen die Demokratie erfunden wurde? Wer diese Frage ehrlich beantwortet, kann über manchen Überlegenheitsgedanken im Rechtsextremismus nur schmunzeln.

Rechte Vordenker entwickelten diese Grundgedanken zu einer globalen Gesamtstrategie weiter, die sie »Ethnopluralismus« nennen. Ihr Idealbild ist eine Welt getrennter völkischer Nationalstaaten, die nebeneinander existieren, jeweils eigene Kulturen entwickeln, Waren untereinander austauschen dürfen, deren Völker sich auch besuchen, aber niemals vermischen dürfen. Sie sprechen dann z. B. von einem »Europa der Völker« und lehnen deshalb Ideen der europäischen Integration im Sinne gemeinsamer Strukturen, Verfahren und Kooperationen ab.

Doch denken wir dieses Weltbild noch einige Schritte weiter durch.

Was soll diese Gesellschaft zusammenhalten?

Die Menschenrechte gehen vom Individuum aus und stehen jedem und jeder Einzelnen zu. Für Rechtsextremist*innen steht das Kollektiv im Mittelpunkt. Die Parole »Du bist nichts – Dein Volk ist alles!« bringt diese Einstellung recht gut auf den Punkt. Der Mensch habe seine jeweilige Rolle für das Kollektiv zu erfüllen und nicht nach individuellem Glück zu streben.

Emotionale Zugehörigkeit suggeriert der im rechtsextremen Denken auch vieler Jugendlicher sehr wichtige Begriff der Kameradschaft. Die Band »Oidoxie« widmete dem Begriff eine Hymne, in der es u. a. heißt: »Kameradschaft ist nicht nur Wort, Kameradschaft heißt Zusammenhalt an jedem Ort«. Beschworen wird in der Rockballade ein ewiger Zusammenhalt der Kameraden, der bis in den Tod reiche.

Kameradschaft ist in der rechtsextremen Szene ein zentrales, oft auch mythisch aufgeladenes Versprechen, immer füreinander da zu sein, zur Not für den anderen in den Tod zu gehen und sich zu opfern. Der Schwur gelte für alle Zeit. Für Ausstiegswillige ist dieses Versprechen oft ein echtes Problem, denn Ausstieg bedeutet in der Szene nicht individuelle Veränderung, sondern zu ächtender Verrat am heiligsten, was die Szene zu bieten hat: den Bruch mit dem Kameradschaftsversprechen.

Zum Kollektivgedanken gehört auch die strikte Trennung der Geschlechter

und ihrer vermeintlich ›natürlichen‹ Aufgaben. Für die Frau ist die Rolle als Mutter vorgesehen, die für die Erziehung der Kinder zuständig sei und dem Mann eine treue und stille Begleiterin zu sein habe. Männer hingegen sehen sich als Ernährer und Vorsteher der Familien, aber auch als Verteidiger von Volk, Familie und damit dem Vaterland – was nicht zufällig so und nicht Mutterland heißt. An dieser Stelle ist es jedoch wichtig, dass es derweil auch im Rechtsextremismus eine ernst zu nehmende Strömung von Frauen gibt, die sich mit dieser Rollenaufteilung nicht zufriedengeben wollen und damit viele rechtsextreme Männer provozieren.

Das Volk ist dabei die zentrale Säule im Denken. Sein Überleben, seine Existenz sichert das Kollektiv und damit das Überleben. Es stehe im ständigen Verteidigungskampf gegen innere und äußere Feinde und müsse deshalb »stark« sein. Zur Stärke zählt sein autoritärer, quasi militärischer innerer Aufbau. Zentrale Muster lauten Unterordnung unter das Wohl der Gemeinschaft, Führerschaft und Gefolgschaft der Massen, Aufgabenerfüllung fürs Kollektiv statt individuellem Glücksstreben. Der innere Aufbau des Volkes ergebe sich dabei quasi von selbst. Das »Recht des Stärkeren« zeige, wer zur Führung und wer nur zur Gefolgschaft geboren sei.

Die Narrative von Widerstand und »großem Austausch«

In den letzten Jahren prägten zwei zentrale Begriffe weite Teile rechtsextremen Denkens und auch Handelns: Widerstand und die Behauptung des »großen Austauschs«.

Widerstand ist ein Narrativ, das Rechtsextremist*innen derweil mit vielen anderen, auch völlig diametralen politischen Strömungen teilen. Es zielt auf die moderne Gesellschaft und ruft zum Widerstand auf gegen jene, die für eine moderne, liberale, vielfältige und international solidarische Gesellschaft einstehen. Sie seien »Verräter« am Volk, unterlägen einem falschen Menschenbild und stürzten die Menschheit in schwerste Krisen, indem sie die isolierten Völker nicht schützten, sondern vermischten und damit auslöschten. »Widerstand« ist dabei auch ein ideologisches Angebot an alle anderen Systemgegner*innen. Es lädt ein, heute eine Gemeinsamkeit – das Dagegensein – in den Mittelpunkt zu stellen und die Differenzen über das Morgen zunächst noch auszusparen.

Ein zweites bei Rechtspopulist*innen wie -extremist*innen beliebtes Narrativ ist der sogenannte »große Austausch«. Eine kleine Kaste von Politiker*innen, Wirtschaftsbossen und anderen Eliten zielten nach diesem Ansatz angeblich darauf, gestandene Kulturen wie die deutsche systematisch durch – je nach Stoßrichtung – in sich vielfältige Gesellschaften auszulöschen oder sie unter islamische Herrschaft zu stellen. Das Volk solle »ausgetauscht« werden, um es sich für die eigenen Ideen und Interessen gefügig zu machen und den eben beschriebenen »Widerstand« dauerhaft und für die Ewigkeit zu brechen. Nur durch diese vermeintliche Schwächung bzw. Auslöschung aller

Widerstandsgeister könnten diese Eliten und Geheimbünde sich gegen den »natürlichen« Widerstand der Völker behaupten und so ihre Macht auf Dauer sichern.

Beide Narrative sind eng miteinander verknüpft. Sie sprechen dabei mehrere Ebenen im Menschen an. Der »große Austausch« hat eine emotionale Komponente, bestehend aus Gefühlen der Angst, der Abwehr, vielleicht von Hassgefühlen. Widerstand ist die daraus abgeleitete Handlungsanforderung und gleichzeitig auch Grundlage eines Selbstverständnisses als »Widerstandskämpfer*in« gegen das bestehende System und deren Repräsentant*innen. Einige Rechtsextremist*innen nutzen dieses Selbstverständnis heute als gedankliche Brücke, um sich als die wahrhaftigen Nachkommen von Widerstandskämpfer*innen wie z. B. der »Weißen Rose« zu bezeichnen. Dieses biegt und verkennt natürlich jeden historischen Kontext und dient auch der puren Provokation.

Prämissen und innere Geschlossenheit

Wie wirr und vielleicht auch irritierend einige dieser Gedankengänge auch sein mögen, in dem Moment, in dem einige Grundprämissen geteilt werden, entsteht schnell ein in sich geschlossenes Weltbild. Das ist für politische Ideologien, aber auch für religiöse oder esoterische Sekten durchaus üblich. In der Praxis erschwert es jedoch den kommunikativen Zugang zu diesen Personen, weil unvereinbare Werte, Bilder und Verständnisse schnell aufeinanderprallen. Kompromisse sind da kaum denkbar. Ideologische Anbiederung kann jedoch auch kein authentischer Weg sein. Für die Soziale Arbeit ist deshalb wichtig, intensiv über kommunikative Zugänge zu reflektieren. In diesem Lehrbuch geschieht dies im Kapitel zu den Methoden (▶ Kap. 4).



Weiterführende und verwendete Literatur

H. Joachim Schwagerl (1994): Rechtsextremes Denken. Merkmale und Methoden, Frankfurt

Volker Weiß (2017): Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart

Naika Foroutan/David Meiering (2020): Widerstand! Ein Brückennarrativ zur Legitimierung von Ungleichwertigkeitsideologien in der Radikalisierung von Gruppen, in: Dierk Borstel/Kemal Bozay (Hrsg.): Kultur der Anerkennung statt Menschenfeindlichkeit. Antworten für die pädagogische und politische Praxis, Weinheim, S. 46 – 64

Heinrich August Winkler (2010): Geschichte des Westens. Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert, München

2 Einblicke in rechtsextreme und rechtspopulistische Realtäten

In den bisherigen Ausführungen dürfte deutlich geworden sein, dass Rechtsextremismus kein einheitliches Phänomen ist, sondern vielmehr in sich differenziert ist und mit Blick auf die Eskalationstheorie im Kontext anderer Strömungen und mit Blick auf die Integrationstheorie immer wieder auch in Hinsicht auf gesellschaftliche Wandlungen und Entwicklungen zu betrachten ist. Für die Soziale Arbeit bedeutet das, mit einer verstehen-wollenden Haltung an das Thema heranzugehen. Etwas verstehen zu wollen bedeutet nicht, es zu akzeptieren oder gar für gut zu befinden. Doch nur wer sein Gegenüber versteht, kann kluge und passende Strategien des Umgangs mit souveränen, eigenen Methoden und Zielen entwickeln und umsetzen. Es ist daher wichtig, diesen Blick und methodischen Ansatz zu schärfen. Die folgenden Beispiele sollen dabei helfen, diesen Blick genauer zu beschreiben und zu erklären.

2.1 Beispiele für einen verstehen-wollenden Ansatz der Differenzierung

Oftmals wird verkannt, dass Rechtsextremismus kein einheitliches Phänomen ist. Es gibt innere Ausdifferenzierungen und Rollen, aber auch verschiedene Beweggründe, sich für diese Szenen zu entscheiden. Für die Soziale Arbeit ist es dabei wichtig, trotz der notwendigen Theoriebezüge nicht den Blick auf den jeweils individuellen Lebensweg und -entwurf zu verlieren. Nötig ist dafür ein rekonstruierender bzw. verstehen-wollender Ansatz der Analyse, der ethisch im Sinne der Menschenrechtsprofession begründet ist, aber nicht primär auf moralische Bewertung setzt, sondern dessen Triebkraft das Interesse am Gegenüber ist. Wie wurde dieser Mensch zu dem, was er heute ist? Welche biografischen Hintergründe gibt es? Und was sagen sie über diese Person aus? Viel zu oft zählt in der Praxis der Sozialen Arbeit nur das Defizit des Gegenübers oder der konkrete Hilfebedarf – und damit das Ergebnis eines Prozesses, nicht aber der Weg dorthin. Auch werden oft mögliche Ressourcen der Veränderung beim Gegenüber zu wenig betrachtet. Dieses Verstehen ist aber spätestens dann nötig, wenn mit der Person konkret gearbeitet werden soll oder muss.

Dieses Phänomen betrifft viele Bereiche der Sozialen Arbeit und ist z. B. auch aus den Forschungen zur Wohnungslosigkeit bekannt. Auch diese ist das Ergebnis eines längeren Prozesses, der schließlich zur Wohnungslosigkeit führte. Ansätze der Sozialen Arbeit, die nur darauf bedacht sind, den akuten Zustand der Wohnungslosigkeit zu beenden, mögen gut gemeint sein, verkennen aber die tieferliegenden Ursachen und greifen somit oft zu kurz.

Einige Menschen haben z. B. verlernt zu wohnen – sie bräuchten somit auch eine Begleitung, um wohnen überhaupt erst wieder zu lernen (vgl. Sonnenberg 2021). Übertragen auf dieses Thema bedeutet das: Ohne ein tiefergehendes Verstehen des Gegenübers gibt es keine gute Praxis der Sozialen Abwehr, sondern nur eine Arbeit an der Oberfläche des Problems.

Hinzu kommt: Sehr oft dominieren einfältige Vorstellungen davon, wie Rechtsextremist*innen zu beschreiben seien. Viele Journalist*innen bebildern ihre Texte zum Thema bis heute mit einem Springerstiefel und bedienen damit ein längst veraltetes Klischee. Oft ist auch zu hören, Rechtsextremist*innen müssten ›dumm‹ und einfältig sein. Die folgende Übersicht biografischer Skizzen erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, soll aber anhand anonymisierter und leicht veränderter Beispiele aus der Praxis eine erste Überblick geben. Probieren Sie sich gerne an der Analyse dieser biografischen Skizzen, bevor Sie die Erläuterungen dazu lesen. An dieser Stelle geht es dabei zunächst ›nur‹ darum, den verstehen-wollenden Ansatz kennenzulernen und noch nicht darum, darauf basierende Ansätze der Sozialen Arbeit zu entwickeln.

Beispiel

Holger ist um die 50 Jahre alt und vor Jahren in eine kleine, als rechtsextreme Hochburg geltende Kleinstadt gezogen. Seit fast dreißig Jahren engagiert er sich in verschiedenen rechtsextremen Vereinen, Parteien und Zusammenhängen. Mit Mühe und Not gelingt ihm nach einem fast endlosen Studium ein Abschluss als Jurist, seitdem verdient er sein weniges Geld als ›Szeneanwalt‹, der vor allem »Kameraden« aber auch sozial Schwache vor Gericht vertritt und juristisch berät. Er lebt ohne Familie für seine »Sache«, wie er betont. Im Gespräch verrät er, dass er aus einem sozialdemokratischen Elternhaus stammt. Seinen Vater und dessen Partei hätte er jedoch schon früh als »verlogen« eingestuft und arbeitet sich bis heute an ihm ab. Mit den »richtigen Nazis« kann er nicht viel anfangen. Die seien ihm zu extrem, was ihn nicht daran hindert, in einer Partei mit ihnen gemeinsam Politik machen zu wollen. Im Ort gilt er als engagiert und zeigt »Gesicht«, wo immer es geht.

Holger ist ein »sanfter« Fanatiker, der selbst nicht zuschlägt, aber Gewalttäter*innen hilft, sie ideologisch »anstachelt« und dem Rechtsextremismus ein bürgerliches und engagiertes Gesicht gibt. Der persönliche Antrieb scheint vor allem aus der Familiengeschichte herzurühren. Die Wurzel des Verstehens liegt vermutlich bei seinem Vater und bei mit ihm verbundenen Enttäuschungen, vielleicht auch Demütigungen und inneren Verletzungen. Dafür spricht auch seine eigene Bindungslosigkeit, die er durch die Teilhabe an der rechtsextremen Bewegung zu kompensieren versucht. Sie ist für ihn ein Familienersatz. Ohne sie wäre er einsam und sein bisheriges Leben ziemlich sinnlos.

An dieser Stelle lässt sich fragen, ob ein solcher verstehen-wollender Ansatz

nicht zu weit geht. Schließlich geht es bei Holger um einen engagierten »Nazi«. Ohne dieses tiefergehende Verstehen ist mit ihm jedoch niemals professionell zu arbeiten. Sollte sich Holger z. B. tatsächlich für einen »Ausstieg« entscheiden und an die Soziale Arbeit wenden, ist vor allem der Aspekt des Familienersatzes von enormer Wichtigkeit, ohne dessen Bearbeitung ein individuelles Ausstiegskonzept nicht funktionieren kann. – Betrachten wir ein zweites Beispiel.

> **Beispiel**
>
> Stefan ist 16 Jahre alt, schwänzt mit seinen ›Kameraden‹ oft die Schule und verbringt seinen Alltag bier- und wodkatrinkend am Rande des Parkplatzes vom örtlichen Supermarktdiscounter. Seine Eltern sind geschieden, mit seinem neuen Stiefvater hat Stefan nur Ärger. Manchmal schlägt der neue Freund der Mutter auch brachial um sich und trifft diejenigen, die gerade in seiner Nähe sind. Zu Hause ist Stefan seitdem kaum noch. Oft schläft er im Suff bei einem Kumpel auf dem Sofa. Seine Clique puscht sich gerne mit Nazi-Hardcore-Musik auf. Wenn alle betrunken und gelangweilt genug sind, gehen sie manchmal im Kiez auf »Beutezug« und suchen potenzielle Opfer, die sie nötigen oder schlagen können. Stefan sieht sich selbst als »richtig extrem rechts«. Er hasst vor allem Flüchtlinge. Die seien schuld, dass er keine Freundin habe und »Deutschland« untergehe. Auch schwule Männer möchte er »mindestens kastrieren«. Die seien »doch krank in der Birne«. Später will Stefan in einem »freien Deutschland« leben und hofft privat auf eine kleine Familie, einen anständigen Job und ein tolles Auto.

Auch bei Stefan fällt die Analyse nicht schwer. Er flüchtet vor der Gewalt seines Stiefvaters, gegen den er sich nicht wehren kann, und findet bei seinen leiblichen Eltern keinen Schutz. Den bietet ihm seine Clique. Sie wertet ihn auch auf. Seine Gewalt und Gedankenwelt lassen ihn Stärke fühlen, mit der er seine Unsicherheit und Überforderung zu kompensieren versucht. Gleichzeitig kann er andere Lebensentwürfe nicht akzeptieren und träumt von einer Welt, die ihm kleinbürgerliche Ordnung und Sicherheit verspricht. Wenn Ihnen das bekannt vorkommt, blättern Sie gerne noch mal zur Theorie des Autoritarismus zurück. Dort finden Sie die passende Erläuterung zu diesem Typus.

Auch hier kann die Frage wieder lauten: Verharmlost diese Analyse nicht einen brutalen Gewalttäter? Die Antwort könnte lauten, dass auch hier ein »erstehen-wollender Ansatz unerlässlich ist, wenn an einer Deradikalisierung und an seiner Gewaltakzeptanz ernsthaft gearbeitet werden soll. Stefan braucht Schutz, Verlässlichkeit und Sicherheit, um die rechtsextreme Szene verlassen zu können. Dass dies jedoch nicht genügt, zeigt sich später im Kapitel zu Deradikalisierung und Ausstiegshilfe (▶ Kap. 4.3.3).

> **Beispiel**

Ingos Mutter bezeichnet sich selbst als »links, alternativ und offen«: Der Mensch solle frei sein, ohne Regeln und Grenzen sein Glück erklimmen. Eine Erziehung von Ingo lehnt sie ab. Sie will ihn nicht einengen und lebt selbst ihre Freiheit in einer offenen Beziehung mit vielen Sexpartnern aus, konsumiert bewusstseinserweiternde Drogen in offener Selbstverständlichkeit und rät Ingo im Jugendalter, sich auch mal was »Gutes« zu gönnen, kein »verkrampfter Spießer« zu sein und die Schule nicht zu ernst zu nehmen. Seinen Vater hat Ingo nicht kennengerlernt – er war irgendeine Affäre für eine Nacht ohne weitere Bedeutung für seine Mutter und Ingo solle sich glücklich schätzen, so seine Mutter, dass es keinen Aufpasser in der Familie gebe. Mit Beginn der Pubertät geht Ingo in die Fankurve des örtlichen Fußballvereins, lernt dort ältere, rechtsextreme Hooligans kennen, mit denen er zuerst saufen und später auch schlagen und zu Auswärtsspielen reisen darf. Die Gruppe ist autoritär strukturiert und Ingo steigt langsam in der inneren Hierarchie auf. Es kommt zu Konflikten mit der Polizei, das Jugendamt nimmt sich der Sache an und Ingos Mutter versteht »das alles nicht«. Sie sei antifaschistisch und findet Ingos Weg unmöglich, steigert ihren Drogenkonsum und schmeißt Ingo aus der Wohnung, der daraufhin in eine rechtsextreme Wohngemeinschaft zieht und wenige Jahre später eine bekannte rechtsextreme Führungskraft in der Region wird.

Ingo sucht zwei Dinge: Feste Bindungen und die Anerkennung. Beides bieten ihm die rechtsextremen Hooligans. Ihre autoritären inneren Strukturen bieten Halt und klare Regeln, an denen Ingo sich orientieren kann und die es ihm ermöglichen, intern aufzusteigen, weil er versteht, woran er sich halten muss. Durch die Lebenseinstellung und Selbstbezogenheit seiner Mutter hatte Ingo kaum Möglichkeiten, die Anerkennung seiner Mutter mit den pubertätsüblichen Mitteln gewinnen zu können. Da die Mutter viele Tabus ignorierte, griff Ingo zu einem der letzten Mittel der Provokation. Das Bild vom »Nazihooligan« war mit den Vorstellungen seiner Mutter nicht kompatibel. Sie musste sich einerseits auf Druck der staatlichen Stellen mit ihm auseinandersetzen und ihm andererseits auch mit dem Rausschmiss erstmals klare Grenzen setzen. Damit hat sie ihn auch anerkannt, wenn auch nicht in einem positiven Sinne.

Auch bei Ingo ginge es somit im Falle eines Deradikalisierungsansatzes um Bindung, Sicherheit und Anerkennung. Wichtig wäre auch, Ingo auf der Suche danach zu unterstützen, was er selbst eigentlich mit seinem Leben anfangen wolle. Bisher arbeitet er sich an anderen ab und unterwirft sich Regeln. Was will er aber eigentlich selbst?

Beispiel

Karl wuchs in einer provinziellen Kleinstadt im Mittelgebirge auf. Seine Familie verstand sich als konservativ – aber nicht besonders christlich. Seine

> Mutter war Hausfrau, sein Vater beruflich selten zu Hause und viel unterwegs. Sein Opa war begeisterter Erzähler von der »glorreichen« Wehrmacht und erzählte spannende Geschichten vom Krieg und »ewiger Kameradschaft«, die Karl früh faszinierten. Er las auch rechtsextreme Hefte mit Kriegsberichten. In der Schule lernte Karl ein anderes Bild vom Zweiten Weltkrieg kennen. Dies irritierte ihn und er bat seinen Opa um Interpretation. Dieser betonte, dass Karl »den Lügen« in der Schule nicht glauben solle, und versorgte ihn weiter mit kriegsverherrlichender Literatur. In der Schule konfrontierte Karl seinen Lehrer mit diesem Wissen und erntete zunächst eine Verwarnung, dann ein Rektorengespräch und letztendlich eine Zwangsversetzung auf eine andere Schule, in der er als »junger Nazi« empfangen wurde. Der bisherige Rektor hatte die Kolleg*innen der neuen Schule vorgewarnt und Karl begann zunehmend, diese ihm zugewiesene Rolle auszufüllen. Keine Lehrerkraft diskutierte mit ihm je seine Thesen. Wenn er sie ansprach und damit provozierte, folgte wiederholt ein Schulwechsel, jeder Neuanfang war begleitet vom vorauseilenden Ruf, dass da ein unverbesserlicher »Nazi« käme.

Karl wuchs in einem familiären Milieu auf, in dem rechtsextreme Ideologien zwar offiziell geächtet, tatsächlich aber unwidersprochen und unaufgearbeitet weitergegeben wurden. Die Großeltern-Enkel-Beziehung gehört zu zentralen Sozialisationserfahrungen junger Menschen. Karls Großvater transportierte seine Wertvorstellungen mit einem Mix aus hoher Glaubwürdigkeit durch (vermeintlich) eigenes Erleben und innerer Werthaltigkeit (Kameradschaft, Mut). In seiner Pubertät entdeckte Karl dann, dass er mit diesen Vorstellungen seine Lehrer*innen einerseits überfordern konnte und sie ihm andererseits eine Welterklärung lieferten, in dem es »gut« und »böse«, »Lüge« und Wahrheit« gibt, die von ihm aus seiner Sicht mit Hilfe seines Großvaters durchschaut und erkannt wurde. Eklatant ist auch der Mangel an kritischer Auseinandersetzung mit ihm. Weder seine Eltern noch seine Lehrer*innen gingen mit ihm in den nötigen Konflikt und Streit um seine Werte. Stattdessen setzte die Schule auf Repression und bestätigte damit Karl in seinem Weltbild, anstatt mit ihm um eine andere Orientierung zu ringen. Als junger Erwachsener trug Karl übrigens braune Hemden, Mäntel, die der der SS ähnelten, ein »Hitlerbärtchen«, Seitenscheitel und versuchte in der NPD politische Karriere zu machen.

Diese vier Beispiele spiegeln individuelle Wege wider. Jeder Weg hat individuelle Eigenarten und Spezialisierungen. Wichtig ist es in der Praxis der Sozialen Arbeit, für Irritationen, Wegabweichungen und biografische Besonderheiten offen zu bleiben. Ihr obliegt nicht die moralische oder politische Bewertung, die privat gerne erfolgen kann, der Profession aber fernliegt. Hilfreich ist dabei ein grundlegendes und theoretisches Verständnis von Wegen der Radikalisierung. Das folgende Schaubild soll dabei helfen, Facetten und Zusammenhänge der Radikalisierung besser zu verstehen (▶ Abb. 9).

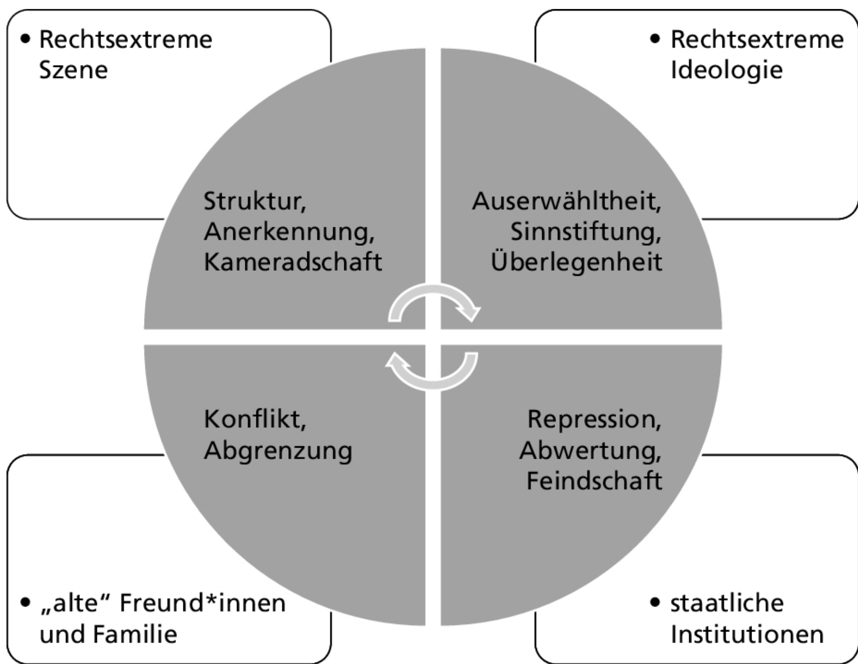


Abb. 9: Zusammenhänge der Radikalisierung

Radikalisierung ist ein facettenreicher Prozess, geprägt durch Anerkennungseffekte und Strukturen der Inklusion und Exklusion, die sich gegenseitig verstärken.

Rechtsextreme Szenen bieten eine in sich auf Dauer abgeschlossene Lebenswelt und auch einen kulturellen Lebensentwurf. Er basiert auf den oben genannten kulturellen Vorstellungen und dem Versprechen der gegenseitigen Unterstützung in Form der Kameradschaft. Dabei umfassen sie ästhetische Prämissen, z. B. Orientierungen am »Deutschtum«, »deutschen Traditionen« oder auch »dem Germanentum« als den vermeintlichen Quellen des »deutschen Wesens« – je nach Szene in unterschiedlichen Varianten und mit unterschiedlichen Schwerpunkten, mal mit religiösem Überbau (Odin, Wotan, Thor, Walhalla etc.) und mal ohne. Sie versprechen so ein kulturelles und historisches Fundament, auf dem die Moderne aufzubauen sei. Gepaart ist diese Grundlegung mit dem Versprechen des Zusammenhalts, ewiger Kameradschaft und dem gemeinsamen Schwur, trotz aller Fehler füreinander da zu sein und gemeinsam im historischen »Auftrag« unterwegs zu sein. Im Sinne der Integrationstheorie ist das zentrale Versprechen vieler rechtsextremer Szenen ein Höchstmaß an Anerkennung.

Dazu kommt die Rolle der rechtsextremen Ideologie. Auch sie verspricht Anerkennung in mehrfacher Art und Weise, selbst bei denen, die nur Rudimente von ihr kennen oder sie auf einfache Parolen runterbrechen müssen, weil Komplexität im Denken sie überfordert. Die rechtsextreme Ideologie verspricht

deren Anhänger*innen einerseits die eigene, sogar globale Auserwähltheit als »führende Rasse« gegenüber allen als minderwertig eingeschätzten Gruppen. Sie enthält einen historischen »Auftrag« zur »Führung der Völker« und zum Schutz der eigenen Gruppe, bei dessen Nichteinhaltung der Exodus des eigenen Volkes drohe. Im Alltag stößt sie auf Widerspruch. Aber selbst das kann zur eigenen Selbsterhöhung genutzt werden. Gängig ist die Vorstellung der »großen Propagandalüge« der »Alliierten« oder auch die Idee vom »großen Austausch«. Nach dieser Vorstellung hätten die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges im Rahmen ihrer »Reeducation«-Ideen gezielte Lügen über vermeintlich deutsche Verbrechen verbreitet, um das deutsche Volk dauerhaft zu »unterjochen«. Auf dieser Grundidee wachsen dann z. T. Zweifel am Holocaust bis hin zu dessen Leugnung und Interpretation als »reine Erfindung«. Psychologisch sorgt es für ein Maximum an Anerkennung, wenn sich das Gefühl ausbreitet, eine »große Lüge« entlarvt zu haben und dabei noch Träger der »Wahrheit« in einem Menschenmeer aus »Verblendeten« und »Anhängern der Lügen« zu sein. Sie ist dann auch Quelle von Kampf- und Selbstaufopferungsvorstellungen. Für die »große Sache« gelte es dann, die kleinen Widrigkeiten im Alltag zu ignorieren. Dazu gehört es auch, die inneren Widersprüche der rechtsextremen Szenen zu ignorieren, um nicht die eigene Mission aus dem Auge zu verlieren. Auch das eigene Leben müsse der Idee unterworfen werden. Opfer zu bringen, sollte selbstverständlich sein und auch von anderen verlangt werden können, um als »Kampfgemeinschaft« gegen die »Armeen der Feinde« auch im eigenen Land bestehen zu können. Solche ideologischen Vorstellungen ummanteln die Anerkennungsversprechen der rechtsextremen Szenen. Vor allem gleichen sie deren Defizite im Alltag aus. Selbst wenn die rechtsextreme Bewegung noch nicht perfekt sei, dürfte die Szene nicht verlassen werden, weil es doch eine gemeinsame, allem anderen übergeordnete »Mission« gebe.

Während somit die rechtsextremen Szenen mit Anerkennung locken, setzt parallel bei vielen, die sich auf diesen Prozess einlassen, eine Exklusionsbewegung von früheren, nicht rechtsextremen Kontakten und Einbindungen ein. Frühere Freund*innen sind irritiert, oft auch angewidert, überfordert, beschämt und wenden sich ab. In vielen Familien finden dramatische Konflikte mit schwersten gegenseitigen Verletzungen statt. Nicht selten haben nicht rechtsextreme Eltern das Gefühl, ihre Kinder an die Szene zu verlieren, sie nicht »halten« oder »leiten« zu können. Sie verstehen nicht, was konkret passiert ist und machen sich selbst Vorwürfe und suchen die »Schuld« bei sich. Dieser Prozess ähnelt dem in religiös-abgeschlossenen Sekten oder auch Subkulturen wie der Szene der Drogenkonsument*innen. Für den Prozess der Radikalisierung sind das Beschleuniger. Die Szene lockt und das frühere soziale Umfeld stößt die Person gleichzeitig ab und aus.

Nicht selten setzen mit der Integration in die rechtsextreme Szene auch Konflikte mit staatlichen Stellen ein. Es gibt erste Auseinandersetzungen z. B. in der Schule, bei Straftaten auch mit Polizei, Ordnungsämtern und der Justiz. Die polizeilichen Maßnahmen sichern einerseits das unerlässliche Gewaltmonopol

des Staates und schützen oft mögliche Opfer rechtsextremer Gewalt, verstärken als ungewollten Nebeneffekt aber auch den inneren Zusammenhalt der rechtsextremen Szene. Ein gemeinsamer Feind und der durch ihn aufgebaute Druck wirkt integrierend und erhöht oft den Zusammenhalt der Gruppe als »gemeinsame Kampfgemeinschaft«. Die rechtsextreme Szene ist für viele irgendwann der einzige Ort im Leben, in dem sie noch Freund*innen, Zuspruch und Anerkennung finden, und sie erleben andere Umfelder als feindlich und ausgrenzend. Sie leben dann in einem rechtsextremen Kokon und folgen einem Lebensentwurf mit inhärenten Werten, Aufträgen, Versprechen, Missionen und gemeinsamen Feindbetrachtungen und subjektiv empfundenen Feinderfahrungen.

Für die Soziale Arbeit ist das Wissen um solche Prozesse der Radikalisierung wichtig, um Wege zu finden, in den Kokon vorzustoßen, so Deradikalisierung überhaupt angestrebt wird. Selbst für Projektlinien, die sich den Opfern des Rechtsextremismus widmen, ist solches Wissen bedeutend. Es kann helfen, die örtlichen Szenen, deren Mitglieder und ihre Gewaltvorstellungen und -vorhaben besser zu verstehen, vielleicht sogar, deren Verhalten zu prognostizieren und dieses Wissen und diese Erfahrung zu nutzen, um Opfer besser zu schützen.



Weiterführende und verwendete Literatur

Christopher Daase u. a. (2019): Gesellschaft extrem. Was wir über Radikalisierung wissen, Frankfurt/New York

Matthias Quent (2016): Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät, Weinheim/Basel

Tim Sonnenberg (2021): Wohnungslosigkeit – eine phänomenologische Analyse, in: Dierk Borstel/Tim Sonnenberg/Stephanie Szczepanek (Hrsg.): Die »Unsichtbaren« im Schatten der Gesellschaft – Forschungen zur Wohnungs- und Obdachlosigkeit am Beispiel Dortmund, Wiesbaden, S. 19 – 76

2.2 Frauenrollen in den rechtextremen Szenen

Um den verstehen-wollenden Blick weiter zu schärfen, lohnt sich der Blick auf die Frauenrollen innerhalb der rechtsextremen Szenen. Die meisten empirischen Forschungen sprechen bei rechtsextremen Szenen von einem Frauen- und Mädchenanteil von ca. einem Drittel. Ein genauer Blick verrät, dass sich die Geschlechterbilder im Rechtsextremismus im Laufe der Geschichte ausdifferenziert haben.

Im Weltbild des historischen Nationalsozialismus dominierte die Vorstellung von der Frau als Mutter als Idealbild. Ihre Rolle bleibt komplett auf ihre Kinder

bezogen. Sie sollte sie zur Welt bringen, sie auf- und erziehen und damit Mittelpunkt von Haushalt und Familie sein, während der Mann (und Vater) als Finanzier, ideelles Vorbild und Beschützer gesehen wurde. Bei einigen rechtsextremen Frauen findet sich dieses »nostalgische« Bild bis heute – bis hin zur ästhetischen Nachahmung mit langen Röcken und Zöpfen –, die dem »Mann im Haus den Rücken freihält«, damit dieser seine Familie durch Arbeit stärken und das »deutsche Volk und Vaterland« zur Not im »tapferen Kampf« verteidigen könne.

Die übliche Regel ist das jedoch schon lange nicht mehr. Vielmehr variieren die Rollen je nach Integration in die Gruppen, je nach eigenem politischen Anspruch der Frauen und vor allem auch je nach Wunsch und Wille der Frauen, sich auch politisch zu organisieren.

Rechtsextreme Frauen in Führungspositionen rechtsextremer Organisationen sind sehr selten, aber möglich. Rechtsextreme Parteien bemühten sich in der Vergangenheit oft darum, wenigstens einen halbwegs vorderen Listenplatz mit einer Frau besetzen zu können, die sich zumeist um Familienthemen kümmern sollte. Nicht immer gelangen solche Besetzungen. In rechtsextremen Bewegungszusammenhängen sind rechtsextreme Frauen manchmal in Aktivistinnenrollen. Nicht selten irritiert das die rechtsextremen Männer. Der immanente Sexismus dieser Szenen wird dann zum Machtinstrument der Männer, um ihre vermeintlich natürlichen Führungsrollen zu verteidigen. Es kommt zu szeneinternen Konflikten – zwischen Männern und Frauen, aber auch zwischen Männern unter sich und Frauen unter sich.

Sehr viel häufiger spielen junge Frauen und Mädchen eine eher begleitende und untergeordnete Rolle vor allem in den Organisationskernen. Rechtsextreme Einstellungen sind dabei zwischen den Geschlechtern in etwa gleich stark ausgeprägt. Der Wille zum Engagement in einer festen Organisation ist jedoch bei rechtsextremen Männern ausgeprägter. Dieses grundsätzliche Phänomen trifft übrigens auch auf viele demokratische Parteien und Organisationen zu und ist somit nicht allein für die rechtsextremen Szenen typisch. So hat beispielsweise die CSU im Jahr 2020 einen Frauenanteil von gerade 21 % in ihrer Mitgliederschaft, bei der CDU sind es immerhin 26,5 % und bei der SPD ist es knapp ein Drittel. Von den im Bundestag vertretenen Parteien ist die AfD Schlusslicht mit weniger als 18 % weiblichen Mitgliedern.

Die begleitenden Rollen von Mädchen und Frauen werden in den rechtsextremen Szenen unterschiedlich bewertet. Ein sexistischer Szenebegriff im Rechtsextremismus ist in einigen Städten z. B. der der »Matratze«. Mädchen und Frauen werden hier auf eine sexuelle Verfügbarkeit für die Männer reduziert. Einige Frauen und Mädchen wechseln auch häufig ihre männlichen Beziehungen innerhalb der eigenen rechtsextremen Netzwerke. Oft erhoffen sich diese Mädchen und Frauen männlichen Schutz auch vor der szeneinternen Gewalt und ernten dafür noch mehr Demütigung, Gewalt und Abwertung.

Andere Mädchen und Frauen sehen sich als rechtsextreme Begleiterinnen ihrer Männer, halten sich aber aus der »Politik« raus, leben ihr jeweiliges Leben

und verhalten sich nicht selten eher unauffällig.

Umstritten und für viele irritierend ist hingegen ein weiteres Muster:



Übungsaufgabe

Vor einigen Jahren sorgte eine junge Profisportlerin für öffentliches Aufsehen. Sie war seit mehreren Monaten in einer festen Beziehung mit einem jungen Mann, der von der örtlichen Antifagruppe als »rechtsextremer Kader« und Mitglied einer örtlichen rechtsextremen Kameradschaft geoutet wurde. Von der Lokalpresse befragt, äußerte sich die Sportlerin offen erstaunt. Sie hätte solche Anschauungen bei ihrem Freund im Alltag nicht bemerkt, kenne seine Freunde nur oberflächlich und lehne jede Form rechtsextremen Denkens und vor allem der Gewalt entschieden ab.

Was meinen Sie? Kann es so etwas geben, oder versucht die Sportlerin auf Kosten ihres Freunds ihre Karriere zu retten, indem sie sich vom Rechtsextremismus aus taktischen und wenig glaubwürdigen Gründen distanziert?

Eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine gute Praxis der Sozialen Arbeit ist es, sich immer wieder neu von anderen Lebensentwürfen und -welten überraschen zu lassen. Was dem einen unvorstellbar ist, ist dem anderen möglich. Ein Gespräch über politische Einstellungen ist nicht in jeder Beziehung eine Selbstverständlichkeit – vielleicht sogar ein Tabu, weil Politik oft als langweilig oder konfliktbehaftet betrachtet wird. Manchmal haben Sozialarbeiter*innen auch eine falsche Vorstellung vom privaten Aktivismus rechtsextremer Menschen. Die meisten von ihnen führen ein Privatleben, was zumindest nicht direkt, plakativ und durchgehend von Politik bestimmt sein muss. Somit ist es sehr gut denkbar, ein gemeinsames Privatleben zu organisieren, in dem es, wie in dem oben genannten Beispiel angedeutet, keinen Austausch über politische Grundgedanken gibt, sondern das z. B. durch gemeinsames Kochen, Reisen, Filmegucken, Spaziergehen, Sport, Kuscheln, Sex oder Feiern geprägt ist. Vor allem hat die Soziale Arbeit kein moralphilosophisches Mandat, was es erlauben würde, die Lebenswelten nach eigenen Maßstäben zu bewerten. Somit wäre selbst ein bewusstes Ausklammern der rechtsextremen Ideen und Freund*innen (»Davon will ich nichts wissen!«) erst einmal als Entscheidung der Frau zu akzeptieren und nicht moralisch zu verurteilen.

Der Blick auf die Geschlechterverhältnisse wiederholt das Bild, dass es keine einheitliche rechtsextreme Szene gibt. Sie ist in sich ausdifferenziert und damit

auch durch die Einflüsse der Moderne wie Individualisierung und Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Teilgruppen innerhalb eines eigenen Systems mitgeprägt, obwohl sie sich in ihren Zielen genau gegen diese Einflüsse zu wenden versucht.



Weiterführende und verwendete Literatur

Dierk Borstel (2017): Radikalisierung und Deradikalisierung – Für Ehre, Volk und Vaterland, in: TALENTE. Zeitschrift für Bildung und Bildungsorientierung, Nr. 27, S. 56 – 65

Bernd Wagner (2014): Rechtsradikalismus in der Spät-DDR. Zur militant-nazistischen Radikalisierung. Wirkungen und Reaktionen in der DDR-Gesellschaft, Berlin

Anne Otto (2019): Woher kommt der Hass? Die psychologischen Ursachen von Rechtsruck und Rassismus, Gütersloh

Ursula Birsl (2013): Rechtsextremistisch orientierte Frauen und Männer, in: Heike Radvan u. a. (Hrsg.): Gender und Rechtsextremismusprävention, Berlin, S. 131 – 150

2.3 Rechtspopulismus und Soziale Arbeit

In den 1990er Jahren entstand – wie eingangs erwähnt – in vielen (west-)europäischen Ländern ein neuer Parteientypus, für den sich im wissenschaftlichen Diskurs zunehmend der Begriff des Rechtspopulismus durch setzte. Im Gegensatz zu den bestehenden rechtsextremen Parteien verfügte dieser häufig trotz radikaler thematischer Agenda über ein modernes und bürgerliches Image, überdies traten ihre Führungskräfte im Umgang mit Medien oft professionell auf. In ihrer Rhetorik peitschten seine Vertreter*innen menschenfeindliche Ideologien in die Diskurse, versuchten sich auf Kosten von Minderheiten zu profilieren, definierten sich selbst als Avantgarde gegen »die da oben«, pflegten ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken und artikulierten stark vereinfachte Lösungen für offensichtlich komplexe Angelegenheiten. In vielen Ländern Europas erlangten diese Parteien schnell zweistellige Ergebnisse, in Österreich wurde sie sogar an der Regierungsbildung auf Bundesebene beteiligt.

Deutschland blieb lange von dieser Herausforderung verschont, obwohl diverse Studien auf ein mit anderen europäischen Staaten vergleichbares Wählerpotenzial verwiesen. Diese (vermeintliche) Lücke füllt derweil die Alternative für Deutschland (AfD) aus und ist damit ungemein erfolgreich. Gestartet als elitäre Kritikerin vor allem der Politik der Europäischen Union, erweiterte sich die Partei zunehmend und radikalisierte sich in Teilen zugleich. Vor allem der formal aufgelöste »Flügel« der Partei gilt als Verbindungsglied

und Schnittstelle zum Rechtsextremismus. Tatsächlich verbindet die Partei (Stand Herbst 2021) noch mehrere Milieus miteinander. So konkurrieren und kämpfen in ihr rechtskonservative, liberalkonservative und rechtsextreme Kräfte um parteiinterne Macht und Strukturen.

Trotz dieser inneren Spannungen zeigte sich die AfD in Wahlen erfolgreich. Auf Bundesebene war sie in der 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages stärkste Oppositionspartei. In einigen Bundesländern wurde sie zweitstärkste Partei und ist derweil in allen Landtagen, im Bundestag, in vielen Kommunalparlamenten sowie im Europaparlament vertreten. Es dürfte sich bei der AfD um die erfolgreichste Parteigründung in Deutschland seit 1949 handeln. Damit verbunden ist auch eine Machtzunahme in diversen Verwaltungsstrukturen. Vor allem auf kommunaler Ebene übernimmt sie je nach Stärke auch Spitzenpositionen in Verwaltungsbereichen und betreibt erfolgreich eine Personalpolitik, die auf die Bildung von nachhaltigen Machtnetzwerken setzt.

2.3.1 Gesellschaftliche Folgen und Diagnosen

Die politische und gesellschaftliche Kultur der Bundesrepublik hat sich wie in vielen anderen Ländern in den vergangenen Jahren merklich verschärft. Menschenfeindliche Ideologien in der Mitte der Gesellschaft sind – wie beschrieben – seit Jahrzehnten bekannt und verhältnismäßig stabil. Den rechtspopulistischen Parteien ist es gelungen, diesen Einstellungen politisches Gewicht und diskursives Gehör zu geben. Im Gegensatz zu den rechtsextremen Parteien musste dabei nicht unbedingt eine gesellschaftliche Isolierung für den*die Einzelne* verbunden sein – eher im Gegenteil: In der AfD kann dasselbe gesagt werden wie in Teilen der NPD und der*die Einzelne kann trotzdem gesellschaftlich und beruflich Karriere machen, ohne Angst vor Ächtung oder Ausgrenzung haben zu müssen. Das ist neu.

Entgegen kommt diesem Trend jedoch auch der tiefgehende Wandel des Kommunikations- und Informationsverhaltens weiter Teile der Gesellschaft. Mit dem zunehmenden Einfluss sozialer Medien als Informationsquelle und Diskussionsorgan gingen Einflüsse bisheriger Medien, die sich um journalistische Qualitätskriterien zumindest bemühen, deutlich zurück. Wenn gesellschaftliche Diskurse nicht mehr auf gründlich recherchierten Fakten beruhen bzw. wenn Gewichtung und inhaltliche Einordnungen von Fakten fehlen, geraten gesellschaftliche Diskurse leicht aus dem Ruder. Ungefilterter Menschenhass, z. T. angestachelt von Bots und Scheinidentitäten, die – von Künstlicher Intelligenz gesteuert – nur dem Entfachen von Hass und Verunsicherung dienen, fand jetzt ungebremst Gehör, Selbstbestätigung und Leserschaft. Die rechtspopulistischen Parteien bedienten sich schon früh dieser digitalen Möglichkeiten und verstärkten die Diskurse durch professionelle Kampagnen.

Bei näherer Betrachtung der Ursachen des Aufstiegs fällt eine mehrdimensionale Spaltung der Gesellschaft auf. Tiefe gesellschaftliche Gräben sind für eine Demokratie immer problematisch, weil z. B. Konsens- und Kompromissfindung immer voraussetzt, dass verschiedene Konfliktpartner*innen gehört und sich am Diskurs beteiligen können. Entfällt diese Kommunikation über Gräben hinweg, setzt sich der Starke durch und die Gefahr, dass er die Rechte der Minderheiten verletzt, ist zumindest groß.

Welche Spaltlinien zeigen sich nun? Wesentlich dürften eine soziale und eine kulturelle Spaltlinie sein. Die soziale Frage mit ihrem Kern der sozialen Ungleichheit z. B. zwischen armen und reichen Milieus und der damit verbundenen ungleichen Verteilung von Chancen, Zukunftsperspektiven, Ressourcen und konkreten Mitteln hat die Soziale Arbeit in ihrer Geschichte geradezu begründet. Soziale Ungleichheit gewinnt an Problemkraft, wenn sie als zunehmend ungerecht empfunden wird und nicht allein z. B. als Ausdruck ungleicher Leistungen. In der Geschichte war damit immer auch eine Ausdifferenzierung unterschiedlicher sozialer Milieus mit eigenen kulturellen Eigenheiten verbunden.

Zusätzlich dazu vertiefte sich in vielen westlichen Gesellschaften ein kultureller Graben. Getrieben von Prozessen der Individualisierung und Globalisierung wurden Gewinner*innen und Verlierer*innen dieser Entwicklung sichtbar. Vor allem in den Großstädten kam es zu rasanten Entwicklungen: Die Stadtgesellschaften wurden vielfältiger und internationaler, Digitalisierung beschleunigte den Alltag und neue Formen der Arbeitsgesellschaft versprachen Chancen und internationale Beweglichkeit. Zeitgleich veränderte sich das Leben anderer Menschen deutlich weniger und viele wollten diese Veränderungen und Beschleunigungen auch nicht, sondern waren mit ihren Lebensbedingungen zufrieden oder konnten den neuen Anforderungen nicht in der gewünschten Form folgen. Ihnen war das örtliche Schützenfest näher, vertrauter und wichtiger als der Wochenendtrip nach London oder Barcelona. In einigen Forschungen wird dabei von »Somewheres« und »Anywheres« gesprochen (vgl. Goodhart 2017). Die »Anywheres« leben und denken in dieser Analyse dabei kosmopolitisch, die »Somewheres« sind an einen konkreten Ort gebunden. Beide Milieus könnten nebeneinander bestehen. Zum kulturellen Konflikt wuchsen jedoch Diskurse und Einschätzungen, in denen die »Anywheres« den »Somewheres« mit zunehmender Abwertung begegneten. Deren Heimattreue sei unmodern, defizitär, zumeist auch völkisch und »hinterwäldlerisch« – in jeden Fall aber nicht adäquat für die moderne Zeit und Ausdruck von kulturellen und sozialen Defiziten. Auf diese Abwertung der vertrauten und gewachsenen Lebenswelten reagierten einige »Somewheres« wiederum mit zunehmender Abgrenzung und Verachtung gegenüber den »Anywheres«. Diese seien abgehoben, antisozial und ihrerseits menschenfeindlich und mindestens arrogant und hochnäsig. Schauplatz solcher kulturellen Zuspitzungen waren auch Diskurse im Kontext der sogenannten Identitätspolitik – vor allem um eine neue rassismuskritische und

gendersensible Sprache. Solche zunächst eher akademischen Diskurse wurden zunehmend als Anmaßung empfunden, wenn diejenigen, die sich daran nicht unmittelbar beteiligten und/oder ihre Sprache nicht verändern wollten, als rassistisch oder anderweitig menschenfeindlich deklariert wurden.

In dieser Theorie stehen sich somit zwei Gruppen weitgehend unversöhnlich gegenüber. Die Realität dürfte auch hierbei wieder bunter und vielfältiger und mit mehr Graubereichen ausgestattet sein. Oft wechseln Menschen auch z. B. in familiären Rahmen zwischen den Gruppen hin und her. Trotzdem zeigt die Theorie einen interessanten Graben in der Gesellschaft auf, der für das Verstehen des Rechtspopulismus bedeutend sein dürfte.

Eine besondere Dynamik entwickeln dabei auch Konstellationen, in denen sich die sozialen Konflikte mit den kulturellen verbinden und gegenseitig als Brandbeschleuniger fungieren. Dies ist dann der Fall, wenn die soziale Abgrenzung der Ressourcenstarken mit einer vermeintlich kulturellen Überlegenheit gebündelt wird, von der aus auf die »da unten«, »auf dem Land beim Rest« bzw. »die Zurückgebliebenen« herabgeguckt wird. Manche Zielgruppen der Sozialen Arbeit geraten so in ein doppeltes Visier der Abwertung: Zu ihren sozialen Problemen treten kulturelle Abschätzigkeit hinzu, die wiederum Selbstvertrauen kosten, Probleme verstärken und auch eigene Radikalisierungen auslösen können.

Der Rechtspopulismus reitet auf der Empörungswelle dieser doppelten Konfliktlinie. Dabei schadet es ihm nicht, dass dessen Vertreter*innen eher selten aus finanz- und ressourcenschwächeren Zusammenhängen kommen und ihre Politik die Gräben nicht reduziert, sondern häufig sogar bewusst vertieft. Trotzdem fühlen sich viele zumindest ›verstanden‹, und das scheint zunächst mehr zu zählen als eine Idee für eine konkrete Lösung des jeweiligen Problems.

2.3.2 Folgen für die Soziale Arbeit

Diese Konfliktlagen haben vielfältige Auswirkungen auf die Soziale Arbeit: Viele Adressat*innengruppen der Sozialen Arbeit stehen im Fadenkreuz menschenfeindlicher Ideologien. Sie werden diskreditiert, ausgegrenzt, verachtet und/oder instrumentalisiert, indem z. B. »deutsche« Obdachlose gegen Flüchtlinge ausgespielt werden – frei nach dem Motto: Ohne Flüchtlinge hätte es für den Obdachlosen eine Wohnung gegeben. Sie seien somit für dessen Schicksal verantwortlich.

Rechtspopulistische Diskurse und Politik erschweren zusätzlich die Lebensumstände dieser Adressat*innengruppen. Es drohen Leistungskürzungen, Einschränkungen der persönlichen Freiheiten z. B. durch zentralisierte Unterkünfte und eine Verwaltungskultur des »Dagegenseins« und »Im-Zweifel-unmöglich-Machens«, um so politische Vorgaben z. T. vorauseilend zu erfüllen. Wenn diese Tendenz und These stimmen sollte, hätte sie auch wesentliche Folgen für die Sozialen Arbeit. Es lohnt sich, darüber kurz

nachzudenken.



Übungsaufgabe

Wenn rechtspopulistische Parteien die Macht ergreifen, erschwert dies die Lebensumstände vieler Adressat*innengruppen. Sie werden diskreditiert, ausgegrenzt oder ideologisch instrumentalisiert. Welche unmittelbaren und mittelbaren Folgen hat eine solche Politik für die Soziale Arbeit?

Ein Zusammenhang ist zunächst banal: Je komplexer und schwieriger sich die Lebenswelt der Adressat*innengruppen gestaltet, desto herausfordernder und schwieriger ist die Begleitung und das Empowerment dieser Menschen und Gruppen durch die Soziale Arbeit. Was häufig vergessen wird, sind aber auch die veränderten Mandatslagen der Sozialen Arbeit: Die Aufträge staatlicher Stellen verändern sich, und zwar zumeist verschärfend auf den häufigen Konflikt zwischen erstem (Interessen der Zielgruppen) und zweitem Mandat (Interessen der Auftraggeber, Kontrollfunktion). Die Anforderungen beider Mandate driften oft ins Unvereinbare auseinander. Umso wichtiger ist die Entwicklung einer eigenen Haltung der Sozialen Arbeit, um professionell und normativ fundiert diesem Konflikt begegnen zu können.

Ein Blick in die Geschichte der Sozialen Arbeit im Nationalsozialismus zeigt hier aufkommende Gefahren im neuen Gewand. Soziale Arbeit ohne klares menschenrechtliches Fundament kann zum Erfüllungsgehilfen der Unmenschlichkeit werden. Sie kann bei der Fundierung völkischer Konzepte unterstützen oder die Entmenschlichung ihrer Zielgruppen mit vorantreiben, indem sie sich z. B. an der Kriminalisierung und Entwertung von Menschen und Menschengruppen beteiligt.

Aus dieser veränderten Mandatslage kann auch ein neuer Konflikt entstehen: Wenn ihre Adressat*innengruppen kriminalisiert werden, kann die Soziale Arbeit der Beihilfe zur Kriminalität verdächtigt oder auch schuldig gesprochen werden.

Beispiel

In einigen Staaten ist Homosexualität ein Straftatbestand. Eine Soziale Arbeit, die sich dort dem Empowerment dieser Menschen widmet, vielleicht zu sozialen und rechtlichen Fragen berät, macht sich strafbar, weil sie ›kriminelles‹ Handeln fördert. In der Regel erfolgt eine solche Politik nicht von heute auf morgen – sie breitet sich schleichend aus: Bestehende Aufträge laufen aus, neue und anders formulierte Ausschreibungen erfolgen, kritische

> Trägerstrukturen werden durch politische konforme ausgetauscht, Zieldefinitionen und formale Vorgaben werden verändert. Soziale Arbeit tut gut daran, nicht auf einen ›großen Knall‹ zu warten, sondern schleichende Veränderungen genau zu beobachten und frühzeitig problematische Entwicklungen zu artikulieren.

Begleitet werden solche Prozesse, auch kulturelle Diskursverschiebungen, in Verwaltungen, bei Geldgeber*innen, in Beiräten und Kuratorien, durch Hochschulen und intellektuelle Diskurse. Der moderne Rechtspopulismus setzt auf eine gezielte Personalpolitik auf möglichst vielen Ebenen und damit auch im sozialen und kulturellen Bereich. Je mehr Mandate, Aufgaben und Funktionen von dieser Seite besetzt werden, desto geringer werden die Handlungsspielräume einer menschenrechtlich orientierten Sozialen Arbeit, auch dann, wenn sie sich für unersetzbar, professionell und gesellschaftlich notwendig erachtet. Argumentationen in diese Richtung gehen von einem falschen Gedanken aus. Rechtspopulist*innen wollen keine Lösungen sozialer Konflikte, im Gegenteil: Sie brauchen Konflikte und heizen sie an, um ihre Macht zu sichern. Soziale Arbeit will soziale Konflikte zugunsten ihrer Adressat*innen lösen. Beides ist schlicht unvereinbar.

Zunehmend mit dem Einfluss rechtspopulistischer Parteien und Strömungen gerät somit auch die Soziale Arbeit selbst in politische Kämpfe und muss sich gezielter Angriffe erwehren. Das ist in der Form für viele eine neue Erfahrung. Vor allem jene Fachkräfte, die sich mit menschenfeindlichen Ideologien, Demokratieförderungen oder dem Schutz und Empowerment besonders betroffener Gruppen beschäftigen, müssen sich zunehmender Angriffe – online, vor Ort und auch im politischen Raum – erwehren. Wie kann das aber funktionieren?



Übungsaufgabe

Über welche Methoden verfügt professionelle Soziale Arbeit, um sich Angriffe rechtspopulistischer Parteien und Politiker*innen zu erwehren?

Die Antwort darauf ist gar nicht so schwer: über dieselben Methoden, die sie für ihre Zielgruppen anbietet. Es geht um Empowerment, Netzwerkarbeit und konkrete, auf Diagnosen beruhenden Handlungsplänen. Wichtig ist vor allem Solidarität untereinander – auch über unterschiedliche Ansätze und Methoden hinweg. Tatsächlich scheiterte es in der Vergangenheit schon oft an diesem Punkt: Gerieten einzelne Personen oder Träger unter Druck, blieb die Solidarität nicht selten auf der Strecke. Statt Unterstützung gab es Schweigen oder auch versteckte Unterstützung der Angriffe, wenn die Angriffe

einem*einer Konkurrent*in im Feld trafen. Ohne Solidarität untereinander wird es Soziale Arbeit im Zweifel aber schwer haben, sich dauerhaften Angriffen zu erwehren. Es muss darum gehen, niemanden in solchen Konfliktfällen allein zu lassen. Nicht selten erfolgen solche Angriffe personalisiert und gezielt, und die, die es trifft, sind fast immer überfordert. Und spätestens an der Stelle brauchen sie Partner*innen an ihrer Seite. Es wird dann gezielt darum gehen, Netzwerke der Unterstützung zu aktivieren. Konkret braucht es z. B. rechtliche, politische und/oder auch psychologische Unterstützungen, die es zu schaffen und zu stabilisieren gilt. Einige Graswurzelbewegungen im Themenfeld des Lehrbuches vor allem in kleineren ostdeutschen Kommunen haben dazu noch Handlungswissen aus den 1990er Jahren, an das es sich zu erinnern lohnt. Ein erster Schritt wäre es, dieses Wissen noch einmal zu systematisieren und anderen zur Verfügung zu stellen.

Dieser Grundgedanke der Solidarität sollte nicht nur regional oder national, sondern auch international gedacht werden. Auf dem Weg der Professionalisierung in einer modernen Gesellschaft und zunehmend vernetzten Welt wäre es ein schwerer Fehler der Sozialen Arbeit, als nationaler Tanker in internationalen Gewässern nur im Heimathafen im Kreis zu fahren. Was national gilt, ist auch als Handlungswissen für eine internationale Kooperation nutzbar: identifizieren, kennenlernen, vernetzen, kommunizieren und im Ernstfall für den*die andere*n Einspruch erheben und ihm*ihr – so möglich – Unterstützung bieten.

Mit diesem Rucksack mit theoretischem Wissen ändern wir nun die Blickrichtung und wenden uns den Methoden und Ansätzen der Sozialen Arbeit im Umgang mit rechtsextremen Herausforderungen zu. Dazu ist es zunächst wichtig, sich mit einigen Kontextbedingungen der Sozialen Arbeit näher zu beschäftigen.



Weiterführende und verwendete Literatur

Jan Werner Müller (2016): Was ist Populismus?, Berlin

Bernd Dewe/Gerd Stüwe (2016): Basiswissen Profession. Zur Aktualität und kritischen Substanz des Professionalisierungskonzeptes für die Soziale Arbeit, Weinheim/Basel

Katrin Haase/Gesine Nebe/Matthias Zaft (Hrsg.) (2020): Rechtspopulismus – Verunsicherungen der Sozialen Arbeit, Weinheim/Basel

Sabine Hering/Richard Münchmeier (2014): Geschichte der Sozialen Arbeit. Eine Einführung, 5. Auflage, Weinheim/Basel

Cornelia Koppetsch (2019): Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter, Bielefeld

David Goodhart (2017): The Road to Somewhere. The Populist Revolt and the Future of Politics, London

3 Kontexte der Arbeit – ein praxisorientierter Check

Soziale Arbeit gegen Rechtsextremismus findet in vielschichtigen gesellschaftspolitischen Kontexten, mit verschiedenen Aufträgen, Zielgruppen und auch mit in Teilen widersprüchlichen Zielen statt. Schon die verbreitete Grundannahme, dass vorhandener und sichtbarer Rechtsextremismus vor Ort zumeist als Problem gesehen werde, stimmt oft, aber eben nicht ausnahmslos. Das folgende Kapitel bietet daher anhand von Leitfragen eine Checkliste für mögliche Ansätze, Möglichkeiten und Grenzen der Sozialen Arbeit. Gerade bei der Projektentwicklung zum Projektstart ist es zentral, die eigene Position und den Kontext der eigenen Arbeit in der jeweiligen Kommune genau zu kennen.

3.1 Kontexte der Sozialen Arbeit

Wo arbeite ich eigentlich? Diese Frage mag zunächst überraschen, ist aber tatsächlich wesentlich. In vielen Mediendiskursen gibt es bis heute eine Trennlinie zwischen Ost- und Westdeutschland, die immer in Gefahr gerät, das Problem vor allem als ein ostdeutsches zu interpretieren und den Westen damit freizusprechen. Tatsächlich gab es bedingt durch die historischen Verläufe und durch die Transformationsgeschichten vor allem in den 1990er Jahren Unterschiede, die bis heute nachwirken. Zentral ist beispielsweise, dass bis heute politische und gesellschaftliche Strukturen wie Parteien, zivilgesellschaftliche Netzwerke, Interessenverbände, aber auch Kirchen in den ostdeutschen Ländern deutlich und nachweislich schwächer verankert sind als in westdeutschen Bundesländern. Fast noch bedeutender für unser Thema dürften jedoch die unterschiedlichen Erfahrungswelten hinsichtlich der Entwicklung der modernen Migrationsgesellschaft sein.

Vor allem in den ländlichen und kleinstädtischen Räumen Ostdeutschlands treffen wir bis heute auf deutlich homogenere Gesellschaften mit entschieden weniger Migrationseinflüssen und -erfahrungen als im Westen der Republik. Die DDR war ein sehr homogener Staat mit rigider Migrationspolitik. In vielen Orten gab es nahezu keine Menschen mit Migrationserfahrungen. Migrant*innen kamen wahlweise, um zu studieren oder um temporär in der DDR zu arbeiten. Eine dauerhafte Integration war von Seiten des Staates explizit unerwünscht. In vielen größeren Städten konnten Arbeitsmigrant*innen z. B. nur in getrennten und abgeschirmten Wohnblocks leben, wurden oft auch auf den Arbeitsstellen nicht mit der deutschen Belegschaft gemischt und blieben so unter sich. Es gab festgelegte Rückreisetermine mit z. T. sehr fragwürdigen Regelungen. Beispielweise mussten schwangere Viertnamesinnen wahlweise

ihre Kinder abtreiben oder nach Vietnam bringen und ohne sie wiederkommen. Migrantische Infrastrukturen und Gewerbe, die in Westdeutschland seit Jahrzehnten vor allem die Städte prägen, sind in Ostdeutschland in den großen Städten erst seit wenigen Jahren und in vielen kleinen Kommunen kaum oder noch gar nicht entwickelt. Für den Blick auf den Rechtsextremismus ist das wichtig: Je weniger positive Kontakte und Erfahrungen es vor Ort mit Menschen unterschiedlicher Herkunftsgeschichten gibt, desto einfacher hat es oft der Rassismus und damit auch der Rechtsextremismus.

Habermas prägte früh das Wort einer »nachholenden Entwicklung« für Ostdeutschland. Diese Bezeichnung trifft jedoch nur teilweise zu. Denn die ostdeutschen Kommunen erleben ihre neuen Migrationserfahrungen nicht im Kontext einer ökonomisch aufwärtsdriftenden, sozialen Marktwirtschaft, sondern unter den Druckwellen globalen Wirtschaftens und im Kontext von Banken-, EU- und derzeit Covid-19-Krisen, die sich alle nicht durch ein Mehr, sondern ein Weniger an sozialer und ökonomischer Sicherheit auszeichnen – trotz des Abbaus der Arbeitslosigkeit seit den 2000er Jahren. Hinzu kommt, dass der Zuzug in den ländlichen Raum Ostdeutschlands durch Migrant*innen nur selten freiwillig erfolgt. In der Regel sind es Flüchtlinge, die nach dem Königsberger Schlüssel verteilt werden und nicht kommen, um zu bleiben, sondern im festen Bewusstsein, diesen Zuzug nur als Zwischenstation zu betrachten. Auch dieser Faktor erschwert eine dauerhafte, auf Gleichwertigkeit bedachte Integration dieser Menschen ins örtliche Gemeinwesen.

Waren diese in Teilen berechtigten, in Teilen aber auch diskreditierenden Ost-West-Unterschiede in Bezug auf das Thema Rechtsextremismus viele Jahre in Medienberichten, aber auch in der Wissenschaft prägend, scheint sich zunehmend ein anderes Differenzierungsmuster durchzusetzen. Es sieht wie folgt aus (▶ Tab. 4).

Tab. 4: Differenzierungsmuster Großstadt/ländlicher Raum

	Groß	Ländlicher Raum
• aufwärtsdriftend		
• abwärtsdriftend		

Was ist damit gemeint? Aufwärts- und abwärtsdriftende Regionen unterscheiden sich nicht nur in ihrer ökonomischen Entwicklung. Vielmehr geht es um eine Kombination aus ökonomischen, sozialen, aber auch kulturellen Faktoren. Die aufs Wesentliche reduzierte Kernfrage könnte lauten: Wie ist der Blick in die (nahe) Zukunft vor Ort? Herrscht eine optimistische Grundstimmung vor, dass es der örtlichen Wirtschaft in Zukunft gut gehen wird, viele Arbeit finden, Ältere dort ein ›gutes Leben‹ führen und junge Menschen vor Ort eine ›gute‹ Zukunft haben können? Oder dominiert ein skeptisch-

negativer Blick auf die Entwicklung? Verspricht der Ort eher keine gute Zukunft? Gibt es bereits oder droht eine größere Arbeitslosigkeit, verlassen die Jungen die Region und droht örtlich der Abbau und Verlust von wichtiger Infrastruktur?

Für die Arbeit vor Ort macht diese Unterscheidung einen großen Unterschied. Rechtsextremist*innen brauchen die Krise der Demokratie als Lebenselixier für ihren Hass und ihre geschürte Unzufriedenheit. In abwärtsdriftenden Regionen spielen sie die Klaviatur der Krise gnadenlos aus und können auf deutlich größere Unterstützungen in der Bevölkerung hoffen als in den Regionen, in denen das demokratische System mit positivem Fortschritt und einer lebenswerten Perspektive verbunden wird. In abwärtsdriftenden Regionen ist Soziale Arbeit somit einerseits umso nötiger, agiert aber andererseits in einem erheblich schwierigeren Kontext – vor allem auch in einem, den sie selbst und allein nur begrenzt ändern kann.

Im großstädtischen Raum kommt als Binnendifferenzierung noch dazu, dass Rechtsextremist*innen bisher vor allem in ausgewählten Stadtteilen Schwerpunkte setzen. Ob sich das zukünftig mit dem Erstarken und der Radikalisierung innerhalb der AfD ändern könnte, steht bisher nicht fest – erscheint aber entgegen einiger medialer Unkenrufe zumindest nicht zwingend.

Der ländliche Raum ist entgegen landläufiger Meinungen nicht nur durch dörfliche, sondern auch durch kleinstädtische Strukturen geprägt. Auch hier lohnt ein grundsätzlicher Blick.



Übungsaufgabe

Was unterscheidet eigentlich das alltägliche Leben in großstädtischen von ländlichen Regionen? Und was könnte das mit unserem Thema zu tun haben?
Nehmen Sie sich ruhig ein paar Minuten Zeit und notieren Sie Ihre Gedanken!

Ländliche Räume neigen zur Homogenität und Großstädte zur Vielfalt. Dies gilt sogar für Meinungen. Je kleiner ein Raum ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit homogener Meinungen – zumindest der öffentlich geäußerten. In ländlichen Räumen ist die soziale Kontrolle (auch der öffentlich geäußerten Meinungen) erheblich größer, vor allem dort, wo ›jeder jeden kennt‹. In Großstädten gibt es viel mehr Angebote, Träger, Netzwerke, Rückzugsorte und Chancen auf Anonymität. Ländliche Räume haben hingegen oft informelle Netzwerke, die integrativ wirken und nicht selten jenseits der formalen Machtstrukturen organisiert sind. Manchmal ist der beliebte Fußballtrainer im Dorf wichtiger als der Bürgermeister, der ohne

Gegenkandidat*in gewählt wurde.

Auch hier gilt es wieder für die Soziale Arbeit, den Kontext der eigenen Arbeit genau zu beobachten und zu interpretieren. Besondere Bedeutung hat die These der Homogenisierung der Meinungen. Gewinnen Rechtsextremist*innen in Dörfern an diskursiver Macht und kultureller Anerkennung, drohen hier Sondersituationen der Meinungsherrschaft, die mindestens den Anschein erwecken können, das ganze Dorf könne ›rechtsextrem‹ eingestellt sein. Hier droht dann jene Stufe in der eingangs erwähnten Raumordnungstheorie, in der Rechtsextremismus als ›normal‹ angesehen wird und ein Zustand eintritt, in der eine Problematisierung dieser Normalität aus dem Dorf selbst heraus kaum noch möglich ist. Soziale Arbeit gegen Rechtsextremismus verliert dann seine lokale Basis vor Ort.

Bezogen auf dörfliche Strukturen fiel bereits das Stichwort der informellen Strukturen. Oft gibt es vor Ort lokale Größen, deren Stimme im Dorf besonders wichtig sind. Dies können Funktionsträger*innen sein, manchmal sind es auch Alteingesessene oder Personen, die sich ohne Funktion in besonderer Weise für das dörfliche Gemeinwesen engagieren. Solche Personen sind zur Verankerung der Sozialen Arbeit vor Ort von nicht zu überschätzender Bedeutung. Gegen sie geht wenig – mit ihnen dafür viel! Oft hilft vor Ort das schlichte Zuhören, um diese Personen zu identifizieren. Hilfreich ist manchmal jedoch auch der Blick auf den Dorftypus. Recht anonym geht es häufig in reinen Pendler*innendörfer in der Nähe von Großstädten zu. Anders sind Dörfer, die durch bestimmte Berufsgruppen historisch und aktuell geprägt werden, z. B. landwirtschaftlich geprägte »Bauerndörfer«, Fischerdörfer am Meer oder Handwerksdörfer. In solchen Dörfern ist eine professionelle Soziale Arbeit gegen den Willen der jeweiligen Berufsgruppe meist chancenlos. Es ist somit im ländlichen Raum immer sinnvoll, so früh wie möglich zu verstehen zu versuchen, was den jeweiligen Ort in seinem Innersten zusammenhält, um diese inneren Strukturen zu nutzen und nicht versehentlich gegen sie zu agieren und dann meist chancenlos zu sein.

In Großstädten gibt es oft auf Stadtteilebene bzw. in noch kleineren Kiezen und Vierteln ähnliche informelle Strukturen. Trotzdem sind die formellen Strukturen hier dominanter und wichtiger. Oft gibt es auch mehr Konkurrenz innerhalb der Sozialen Arbeit durch unterschiedliche Träger und deren Ansätze. Von enormer Bedeutung ist deshalb die professionelle Verankerung der eigenen Struktur auch im politischen Raum sowie ein guter und vertrauensvoller Kontakt zur Verwaltung. Entsprechendes Handlungswissen findet sich an anderer Stelle (vgl. Borstel/Fischer 2018).

Wie agiert meine Kommune?

Unabhängig davon, ob es sich um einen großstädtischen und/oder ländlichen Raum handelt, gibt es unterschiedliche Ausgangslagen für die Soziale Arbeit, die u. a. davon abhängen, welche Probleminterpretationen vor Ort vorherrschend

sind, welche Ziele anvisiert werden, aber auch mit welchen Begriffen und Netzwerken gearbeitet wird. Auch hier lohnt sich zur Kontextualisierung der Sozialen Arbeit ein genauer Blick auf gängige Strategien. Einschränkend sei erwähnt, dass diese Idealtypen in der sozialen Praxis auch kombiniert oder je nach Situation variiert werden.

Problem-wahrnehmung	• Offenheit • Verdrängung
Framing	• Für Demokratie • Gegen Nazis
Opferperspektive	• integriert und aufsuchend • abwehrend
Zielsetzung	• Ruf der Kommune sichern • Aufbau professioneller Netzwerke und Strukturen zum Thema • Zersetzung und Ausgrenzung

Abb. 10: Kommunale Strategien

Sehr entscheidend für jede Praxis der Sozialen Arbeit ist die Beantwortung der Frage: Ist die Kommune bereit, ein Problem namens Rechtsextremismus intern und/oder nach außen auch als solches zu benennen? Oder dominieren Strategien der Leugnung, Verdrängung oder dauerhafter Relativierungen? Manche Kommunen bangen z. B. um ihren ›Ruf‹ und befürchten Nachteile u. a. bei der Ansiedlung von Firmen oder im Tourismusgeschäft, wenn ihr Ort z. B. als ›rechtsextreme Hochburg‹ bekannt würde. Es macht Sinn, solche Ängste zumindest ernst zu nehmen und auch darauf zu verweisen, dass Probleme nur gelöst werden können, wenn sie auch offensiv bearbeitet werden.

Interessant sind auch Evaluationsergebnisse zu der Frage, welche kommunale Framingstrategie erfolgversprechend ist und welche eher nicht. Mit Framing ist eine Kommunikationsstrategie gemeint, die darüber befindet, mit welchen Bildern, Zuschreibungen und Schwerpunkten ein Thema öffentlich kommuniziert wird. Viele Kommunen setzen auf Gegnerschaft, z. B. in Strategien »gegen rechts« oder »gegen Nazis«. Andere betonen ein positives Ziel, z. B. »für Demokratie«. Erste Untersuchungen zeigen, dass das positive Framing mehr Menschen zur Mitarbeit motiviert und diese Kommunen meistens nachhaltigere und damit erfolgreichere Netzwerke aufbauen konnten. Besonders schwierig ist eine Position »gegen rechts« – fühlen sich damit doch

auch viele Wertkonservative oder Liberale angesprochen und ausgegrenzt, die sicherlich keine Rechtsextremist*innen sind.

Zusätzlich lohnt sich zu Beginn die Frage, ob die Kommune bereits Aktivitäten im Themenfeld gestartet hat oder neu beginnt. Gibt es bereits Aktivitäten, und wenn ja, welcher Art? Wie sind die Erfahrungen der Kommune mit diesen Ansätzen? Droht hier Konkurrenz oder gibt es Synergieeffekte? Es lohnt sich gerade zu Beginn, das Feld der Träger und Initiativen genau zu betrachten. Manchmal drohen auch hier Blockaden und Konkurrenzen statt befruchtender Kooperationen. Nicht zu unterschätzen sind dabei besonders sogenannte ›Platzhirsche‹ – gemeint sind Personen oder Akteure, die sich schon sehr lange dem Thema widmen. Nicht selten kommt es hier auch zu zwischenmenschlichen Kränkungen, wenn die ›Neuen‹ aus der Sicht der ›Platzhirsche‹ den ›nötigen Respekt‹ vermissen lassen, mediale Aufmerksamkeit auf sich ziehen, die man selbst gerne hätte und/oder erwartet, oder gar Änderungen verlangen oder anderen methodischen Prämissen folgen.

Von besonderer Wichtigkeit ist auch der Umgang von Kommunen mit (potenziellen) Opfern rechtsextremer Gewalt. Auf Bundesebene gibt es hier inzwischen sehr positive Entwicklungen. Während Bundeskanzler Helmut Kohl sich noch weigerte, die Opferfamilien in Mölln und Solingen zu besuchen bzw. an deren Trauerfeiern teilzunehmen, haben sich die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundespräsidenten wie Joachim Gauck oder Franz Walter Steinmeier nach jüngeren Anschlägen klar solidarisch mit den Opferfamilien gezeigt. Vor Ort ist eine solche Haltung jedoch noch immer keine Selbstverständlichkeit. Manchmal werden Opferfamilien als störende Stimmen wahrgenommen, die an Unangenehmes erinnern und mit Interpretationen wie z. B. »das waren Ausländer« ausgegrenzt werden. Andere Kommunen stellen sich dagegen schützend vor Opfergruppen und zeigen sich uneingeschränkt solidarisch. Vor allem für Projekte der Sozialen Arbeit, die mit Opfern oder Opferfamilien arbeiten, ist diese Unterscheidung von großer Wichtigkeit – schließlich drohen im Alltag wahlweise Blockaden oder es ergeben sich Unterstützungskulturen.

Am schwierigsten zu eruieren ist die Frage nach dem ›eigentlichen‹ Ziel der Kommune im Themenfeld. Leider geht es nach wie vor einigen Kommunen vor allem darum, ihren ›guten Ruf‹ nicht zu gefährden. Sie haben Angst vor ökonomischen Standortnachteilen im Vergleich mit anderen Kommunen. Solche Kommunen neigen oft zu Symbolpolitik mit einer nach außen gerichteten Blickrichtung, die die Lösung konkreter Probleme bestenfalls nicht tangiert, manchmal aber auch behindert.

In anderen Kommunen neigen kommunale Spitzen zu einer überraschenden Aggression. Dort soll Rechtsextremismus dann ›zersetzt‹ oder mindestens ›unterdrückt‹ werden. Polizei und Justiz sollen dann mit ›harter Hand‹ die Probleme lösen. In einigen solcher Kommunen gab es in der Vergangenheit auch merkwürdig viel Verständnis für gewalttätiges Handeln gegen Rechtsextremist*innen z. B. aus antifaschistischen Gruppen heraus in

Situationen, in denen es keine Notwehrsituation gab.

Für die Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession sind flexible Konstellationen jenseits starker Parolen günstiger. Sinnhaft ist z. B. eine Strategie, die Opferhilfen mit Komponenten der Demokratieentwicklung verknüpft, den Rechtsstaat konsequent durchsetzt und trotzdem Türen für Deradikalisierung und Ausstiege eröffnet. Professionelles Handeln ist dann das Ziel und nicht die starke Parole. Wie das genau funktioniert, wird im Kapitel zum Community Coaching aufgezeigt werden (▶ Kap. 4.4.3).

In welchem Auftrag arbeite ich?

Die Frage des Auftrags ist für die Soziale Arbeit immer bedeutend, schließlich drohen im doppelten Mandat der Sozialen Arbeit immer Differenzen zwischen den Wünschen der Adressat*innen und des Auftraggebers. Im Feld der Rechtsextremismusprävention und -intervention agieren sowohl staatliche als auch zivilgesellschaftliche Akteure.

Zivilgesellschaftliche Akteure ohne staatliche (Voll-)Finanzierung haben großen Spielraum bei der Entwicklung und Formulierung eigener Werte, Methoden, Ziele und Zielgruppen.

Etwas anders gelagert ist die Arbeit bei staatlichen Stellen. Hier sind die Aufträge zumeist klar und eindeutig formuliert. Das ist ein großer Vorteil im Vergleich zu unklareren Strukturen. Allerdings ist die Hemmschwelle zur Kontaktaufnahme bei vielen Zielgruppen dieser Arbeit auch höher, weil dann auch juristische Automatismen drohen, die abschreckend wirken können.

> **Beispiele**
>
> Beispiel 1: Eine Mutter sucht Rat in Bezug auf ihren Sohn, der sich rechtsextrem radikalisiert hat, an Schlägereien teilgenommen hat und Propagandastraftaten begeht. Sie sucht Rat im Umgang, hat aber Angst, ihren Sohn z. B. an die Polizei zu »verraten«. Oder sie befürchtet das Einschreiten des Jugendamtes, mit dem unterschiedlich gute und schlechte Erfahrungen im Rahmen eines vorherigen Scheidungsverfahrens gemacht wurden.
> Beispiel 2: Eine ausstiegswillige Mutter möchte ihren rechtsextremen Mann verlassen und will sich an die Ausstiegsberatung wenden. Diese ist in ihrer Region jedoch beim Verfassungsschutz angesiedelt. Sie hat Angst, dass der Verfassungsschutz sie aus Eigeninteresse drängen wird, ihre Kenntnisse zur militanten rechtsextremen Szene zu offenbaren und sich die Szene danach an ihr rächen wird.
> Beispiel 3: Ein Opfer rechtsextremer Gewalt möchte keine Anzeige zu einer Gewalttat gegen sich aufgeben. Er war in der Vergangenheit mehrfach beim Drogenkonsum und -verkauf aufgegriffen worden und hat kein Vertrauen in die örtliche Polizei.
> Wohin werden sich diese Personen wenden?

Auch wenn die Skepsis und die Ängste in den Fällen nicht berechtigt sein sollten, so sind sie doch als subjektive Hürden da und damit ernst zu nehmen. Zivilgesellschaftliche Akteure haben deshalb oft den Vorteil, als unabhängige Fachstelle wahrgenommen zu werden, denen im Vergleich zu staatlichen Stellen mit einem Vertrauensvorschuss begegnet wird.

Diese kurze Ausführung soll kein Plädoyer für oder gegen eine der beiden Strukturen sein. Beide haben ihre Stärken und Schwächen und es braucht eine Zusammenarbeit und keine Trennung. Wichtig ist jedoch für die Soziale Arbeit, ihre Mandate und ihre Spiel- und Interpretationsräume innerhalb der Mandate genauso zu reflektieren wie die jeweiligen Auswirkungen auf ihre Zielgruppen.

Welche Unterstützung habe ich?

Weit verbreitet ist der leider naive Gedanke, dass es im aktiven Kampf gegen den Rechtsextremismus eine große Einheit gebe. Tatsächlich gibt es heute – von regionalen Ausnahmen abgesehen – keine größere gesellschaftlich-relevante Gruppierung oder Struktur mehr, die sich offen zum Rechtsextremismus bekennen würde. Im Vergleich z. B. zur Weimarer Republik ist das ein gewaltiger Fortschritt. Schließlich zeigten sich zumindest in der Endphase Weimars größere Teile der Wirtschaft, des Militärs, des damals noch wichtigeren Adels, der Justiz und der Bürokratie offen für autoritäre und antidemokratische Staatsmodelle. Das ist heute anders, bedeutet aber noch lange nicht, dass daraus eine aktive Unterstützung im Konkreten folgen muss. Ein Beispiel aus der Praxis möge das verdeutlichen.

> **Beispiel**
>
> Eine Großstadt engagiert sich stark im Bereich Rechtsextremismus. Eine kommunale Spitzenkraft wendet sich dabei im Namen der Stadt auch gezielt an Aussteiger: »Wir reichen jedem die Hand, der aussteigen will.« An die lokale Aussteigerberatung wendet sich derweil ein junger Mann aus der rechtsextremen Szene in akuter Not. Die Gewalt der Szene, mit der er mitgelaufen war, hatte sich im Suff gegen ihn gerichtet. Er ist verletzt, sucht Halt und Unterkunft für die nächste Nacht. Er will raus aus der Szene. Die Ausstiegsberatung richtet sich mit der Bitte um Unterstützung an den städtischen Koordinator. Der lehnt die Hilfe jedoch ab. Es sei Samstag, und vor Ort gebe es ein wichtiges Fußballspiel. Der junge Mann möge in eine Obdachlosennotübernachtung gehen. Die Ausstiegsberatung lehnt dieses Angebot ab, weil im Wachschutz der Notunterkunft auch bekannte Rechtsextremisten arbeiten. Stattdessen kümmert die Beratungsstelle sich schließlich um eine private Unterkunft.

Verlässlichkeit zeigt sich nicht in der Anzahl öffentlicher Verkündungen oder privater Versprechen, sondern im konkreten Handeln. Für die Soziale Arbeit ist

es wichtig, sich unabhängig von ihrer konkreten Ausrichtung eine Übersicht zu verschaffen, welche Netzwerke tatsächlich krisenfest und verlässlich sind, welche nur symbolisch agieren, welche nur im Falle von »Win-Win-Situationen« funktionieren und welche sich vielleicht in Konkurrenz wähnen oder sogar eine Abwehrhaltung einnehmen.

Soziale Arbeit beginnt fast immer mit einer Lageanalyse. Oft werden dabei jedoch die eigene Rolle, der eigene Standpunkt, der eigene Arbeitskontext und die Stärke der eigenen Netzwerke vernachlässigt, schließlich geht es um die Unterstützung von Adressat*innengruppen und nicht um das eigene Ego. So sympathisch der dahinterstehende Grundgedanke sein mag, so unterkomplex ist er dennoch: Denn die Unterstützung der Adressat*innen ist geknüpft an Arbeitsbedingungen. Je genauer und kritischer diese von Beginn an reflektiert wird, desto professioneller kann die Soziale Arbeit agieren.



Weiterführende und verwendete Literatur

Dierk Borstel/Ute Fischer (2018): Politisches Grundwissen für die Soziale Arbeit, Stuttgart

Heinz Lynen von Berg/Kerstin Pallocks/Armin Steil (2007): Interventionsfeld Gemeinwesen. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus, Weinheim/München

Rainer Strobl/Stefanie Würtz/Jana Klemm (2003): Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Weinheim/München

3.2 Eine kleine Sammlung der Irrtümer

Beim Verständnis von Rechtsextremismus gibt es leider noch immer viele Irrtümer und Vorurteile. Die für die Soziale Arbeit vermutlich wichtigsten sollen hier kurz widerlegt werden.

Rechtsextremismus lässt sich anhand von Kleidung und Symbolen erkennen.

Natürlich gibt es rechtsextrem aufgeladene Symbole, z. B. Hakenkreuze oder andere Abzeichen aus dem historischen Nationalsozialismus. Nur ein kleiner Bruchteil aktiver Rechtsextremist*innen bedient sich jedoch dieser ›Klassiker‹. Vorbei ist auch die Zeit der ästhetisch klar erkennbaren Jugendkultur der 1990er Jahre. Die Szene hat sich ausdifferenziert, mit anderen Szenen – z. B. der

Ultra-Kultur – vermischt und sogar Ästhetiken der militanten Linken adaptiert. Viele Rechtsextremist*innen kleiden sich völlig unauffällig, sportlich, elegant, gepflegt oder ungepflegt. Rechtsextremismus ist vor allem eine Ideologie, aus der Handlungsmuster entspringen können, aber nicht müssen. Rechtsextremismus lässt sich somit nur selten mit den Augen, sondern vor allem mit den Ohren erfassen. Es geht ums Zuhören und Verstehen.

Rechtsextremismus ist ein Jugendproblem

Sehr viele Förderprogramme zum Rechtsextremismus auf Landes- und Bundesebene sind bis heute an den jeweiligen Jugendministerien angesiedelt. Rechtsextremismus wird hier leicht zu einem ›Jugendproblem‹ erklärt, was immer auch die Hoffnung mitschwingen lässt, dass sich dieses Problem schon mit dem Älterwerden ›auswachse‹. Leider war und ist das Unsinn. Alle Einstellungsforschungen sind sich einig: Rechtsextremismus gibt es in allen Bevölkerungsschichten und Altersstrukturen. Zur Ehrenrettung der Jugendlichen sei gesagt, dass in neueren Studien rechtsextreme Einstellungen bei den Jüngsten sogar deutlich seltener festgestellt werden als bei der älteren Generation. Ein Blick auf die führenden Köpfe rechtsextremer Strukturen verrät ebenfalls schnell und unmittelbar, dass die obige These das Problem tendenziell kleinzureden versucht.

Rechtsextremismus ist was für ›Dumme‹ und Bildungsferne

Viele Forschungen stimmen darin überein, dass rechtsextreme Einstellungen und geringere (formale) Bildung eng zusammenhingen. Tatsächlich gibt es eine Häufung rechtsextremer Einstellungen in dieser Bevölkerungsgruppe. Daraus jedoch den Schluss im Sinne der oben genannten These zu ziehen, ist ein Fehler. Rechtsextremismus gibt es auch unter Intellektuellen, Studierenden, Gymnasiast*innen und Menschen, die vielleicht keinen hohen, formalen Bildungsabschluss haben und trotzdem klug und ernst zu nehmen sind.

4 Ansätze der Sozialen Arbeit im Umgang mit Rechtsextremismus

Die konkreten Ansätze und Methoden der Sozialen Arbeit zum Umgang mit Rechtsextremismus können einerseits anhand der Ziele und andererseits anhand der Zielgruppen sortiert werden. Eher präventiven Charakter haben Ansätze der Demokratieentwicklung sowie von antirassistischen Bildungsangeboten und Schulprojekten. Unmittelbarer am rechtsextremen Feld arbeiten Angebote der Opferberatung, der Familienhilfe, der akzeptierenden Jugendsozialarbeit sowie der Deradikalisierung bzw. Ausstiegsberatung.

Vorab gilt es jedoch, Aspekte der Haltung in der Sozialen Arbeit noch konkreter zu fassen, bevor es auf eine mögliche Umsetzungsebene geht.

4.1 Professionelle Haltung und Soziale Arbeit

Ein sehr entscheidender Faktor für die Professionalisierung der Sozialen Arbeit liegt in der Entwicklung einer geeigneten und angemessenen Haltung. Rechtsextremismus ist vielen Menschen ein wichtiges, wenn nicht gar ein Herzensthema. Das ist einerseits erfreulich, weil es Sensibilität für damit verbundenen Probleme zeigt und oft auch eine enorme Ressource für ein Engagement im Themenfeld sein kann. Andererseits können damit auch Emotionen wie Abwehr, Scheu oder sogar Hass verbunden sein, die in einer professionellen Praxis der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Erscheinungen hinderlich sein können. Es lohnt sich daher, über die eigene Haltung zum Themenfeld selbstkritisch nachzudenken.



Übungsaufgabe

Nehmen Sie sich etwas Zeit für folgende Frage: Auf Basis welcher Werte und welcher daraus abgeleiteten Haltung sollten Sozialarbeiter*innen in diesem Themenfeld agieren?

Ein naheliegender Gedanke könnte so lauten: Rechtsextremist*innen stehen eindeutig »rechts«. Entsprechend könnte daraus ein Selbstverständnis in Gegnerschaft somit als politisch »links« stehend abgeleitet werden. Mehrere Probleme tauchen dabei auf: Zum einen fällt es zunehmend schwer, den Begriff

bzw. das Selbstverständnis als »links« näher zu definieren. Hinzu kommt, dass es auch im linken Spektrum Ansätze z. B. von Militanz und Ausgrenzung gibt, die kaum als konstruktiv im Sinne einer Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession bezeichnet werden können. Zusätzlich stellt sich die Frage, ob mit dem Beharren auf den »Rechts-links-Gegensatz« nicht genau die Polarisierung künstlich erhöht wird, die die rechtsextreme Szene so liebt. Es braucht somit eine Alternative.

Vereinzelt beziehen sich Sozialarbeiter*innen auf den Begriff des Antifaschismus. Hier steht die Gegnerschafft zum »Faschismus« im Mittelpunkt. Problematisch erscheint hier vielen Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen, dass der Faschismusbegriff einerseits sehr unterschiedlich definiert wird und er andererseits auch wiederholt politisch u. a. auch von stalinistischen Bestrebungen zur Legitimation von Gewaltherrschaften genutzt wurde. Vor allem der SED-Staat in der DDR nutzte den Begriff für sich und rechtfertigte damit u. a. den Bau der Berliner Mauer und das Handeln des Ministeriums für Staatssicherheit (Stasi).

Unübersichtlich ist auch der Faschismusbegriff an sich und damit das Phänomen, gegen den sich Antifaschismus im Wortlaut richtet. Folgende Verständnisweisen sollen das exemplarisch belegen.

- Faschismus als abgeschlossene Zeitperiode: Vor allem der Berliner Historiker Ernst Nolte definierte Faschismus als eine kurze Epoche ähnlicher, autoritärer Herrschaften in den 1920er und 1930er Jahren in Europa. Antifaschismus wäre demnach eine Distanzierung von einer bereits vergangenen Zeit und kein aktuelles Konzept.

- Faschismus als bürgerliche Herrschaftsform: Grundlage hierfür ist eine marxistische Deutung der Gesellschaft. Die herrschende Gesellschaftsklasse aus Unternehmertum, Adel, Militär und Verwaltung greife zur Unterdrückung der (Arbeiter-)Massen. Immer wenn diese untere Klasse machtvoll und für die Privilegien der herrschenden Klasse gefährlich werde, installiere diese ein faschistisches Herrschaftssystem als Bollwerk gegen die Arbeiter*innen und den Sozialismus. Eine häufige Kritik an diesem Ansatz besteht u. a. darin, dass so der Holocaust kaum erklärt werden könne. Auch scheint die heutige Gesellschaft trotz aller Klassentendenzen komplexer zu sein als in diesem statischen Modell.

- In der DDR wurde Faschismus definiert als Herrschaftsform der aggressivsten Kräfte des (Finanz-)Kapitalismus. Kapitalismus führe quasi

zwangsläufig zum Faschismus. Gegen dieses Verständnis spricht schon der Hinweis, dass in Ländern mit sehr langer Kapitalismuserfahrung wie z. B. Großbritannien zwar faschistische Bewegungen existieren, diese aber noch nie an der Macht waren. Auch stellt sich zumindest heute die Frage, warum Firmen wie Google oder Amazon heute zu Faschismus und Krieg neigen sollten. Ihre Geschäfte laufen im Frieden viel besser und für sie gibt es auch kaum Grenzen, die durchbrochen werden müssten.

Möglicherweise konnten diese Faschismustheorien Sie nicht völlig überzeugen. Es bleibt somit die Frage: Was könnte stattdessen eine geeignete Alternative für die eigene Haltung und normative Grundlage sein?

Eine solche lässt sich gut ableiten aus der eingangs erwähnten, soziologischen Definition von Heitmeyer mit den beiden Säulen der Ideologie der Ungleichwertigkeit in Kombination mit der Akzeptanz von Gewalt. Die Alternative zur Ideologie der Ungleichwertigkeit ist die Vorstellung von der Gleichwertigkeit aller Menschen – dass sie in aller Unterschiedlichkeit doch eine gleiche zu bewahrende Würde und auch gleiche Rechte (und Pflichten) haben. Dieser Gedanke ist zentral für die Entwicklung und Ausformung der individuellen Menschenrechte, auf die sich die Profession der Sozialen Arbeit normativ bezieht. Die gedankliche Alternative zum Rechtsextremismus ist somit kein linker Gegenentwurf, sondern ein strikt menschenrechtlicher Grundansatz, der für alle Menschen gilt. Wichtig ist dieser letzte Halbsatz: für alle Menschen! Menschenrechte gelten auch für die, die sie abschaffen wollen und sich nicht an ihnen orientieren, z. B. auch für Rechtsextremist*innen.

In der Praxis ist dieser Gedanke manchmal schwer durchzuhalten, heißt es doch, sich im Zweifel auch für die Rechte von Rechtsextremist*innen einzusetzen, wenn deren Rechte beschnitten werden sollen. Gerade ein solches Verhalten, macht Sie jedoch zu einer sozialarbeiterischen Fachkraft und oft gleichzeitig zu einer offenen Provokation für viele, denen im Kampf gegen Rechtsextremismus (fast) jedes Mittel recht ist. Dieser Gedanke leitet über zu den Fragen, was Sie mitbringen sollten, wenn Sie sich in diesem Arbeitsfeld einbringen wollen, sowie welche Kontexte zu beachten sind, um überhaupt professionell arbeiten zu können.

Checkliste: Eignung für das Arbeitsfeld

Worauf ist zu achten, bevor die Entscheidung für oder gegen die Arbeit in diesem Feld fällt? Wichtig ist zunächst, die Akteurskonstellationen zu betrachten, in denen sich Soziale Arbeit bewegt. Egal, in welchem Bereich konkret Soziale Arbeit agiert, die folgende Konstellation ist immer ähnlich (▶ Abb. 11).

Opfer

Soziale Arbeit

Täter*
-innen

Dritte

Abb. 11: Akteurskonstellationen

Soziale Arbeit bewegt sich in diesem Themenfeld immer zwischen (potenziellen) Opfern, Täter*innen und diversen Dritten. Zu den Dritten gehören je nach Arbeitsschwerpunkt z. B. Polizei, lokale Verwaltung und Politik, Gerichte, Rechtsanwält*innen, Justizvollzugsbeamt*innen, andere Sozialarbeiter*innen, Eltern und Angehörige. Diese dritten Gruppen können je nach Ansatz und Ereignis variieren. An der Begegnung mit Opfern und Täter*innen führt jedoch kaum ein Weg vorbei. Selbst wenn Sie sich z. B. auf die Begleitung von Opfern spezialisieren, werden Sie Rechtsextremist*innen z. B. im Gerichtssaal begegnen. Es wird möglicherweise auch Berichte z. B. in den sozialen Medien über Sie geben, die teilweise böse, zynisch und verletzend sein werden.

Die Frage, die angehende Sozialarbeiter*innen sich somit stellen müssen, lautet: Sind Sie dem gewachsen? Der folgende Fragenkatalog mag Ihnen bei der Beantwortung helfen.



Übungsaufgabe

Beantworten Sie folgende Thesen mit »ja«, »eher ja«, »eher nein« oder »nein«:

- Ich kann es aushalten, wenn sich Menschen mir oder anderen gegenüber rassistisch äußern.

- Ich kann es aushalten, wenn sich Menschen mir oder anderen gegenüber sexistisch äußern.

- Ich kann es aushalten, wenn ich Geschichten mit Gewaltinhalten z. B. von Körperverletzungen, sexuellen Nötigungen, Brandstiftungen und Ähnlichem höre und/oder entsprechende Bilder sehe bzw. Lieder höre.

- Ich habe gute Freund*innen oder Angehörige, die mich auffangen, wenn in den sozialen Netzen Rechtsextremist*innen oder andere politische Gruppen über mich herziehen oder mir alles zu viel wird.

- Ich habe mich ausführlich mit dem Gedanken der Menschenrechtsprofession und ihrer Bedeutung für dieses Themenfeld auseinandergesetzt.

- Ich traue mir zu, mich – gut vorbereitet und mit Sicherheitskonzept – in gewalttätigen Kontexten zu bewegen.

- Ich bin in der Lage, mit sehr unterschiedlichen Menschen aus verschiedenen sozialen Milieus und mit diversen Bildungsniveaus respektvoll und auf Augenhöhe zu kommunizieren.

Jede »Nein»- oder »eher Nein«-Antwort sollte Sie nachdenklich machen, ob dieses Arbeitsfeld tatsächlich etwas für Sie ist oder nicht. Manchmal lohnt sich ein Einblick über Praktika oder auch schlicht der ehrliche Austausch mit

erfahrenen Kolleg*innen, bevor Sie sich grundsätzlich entscheiden. Nicht jede*r ist für jede Zielgruppe geeignet. Manchmal sind Ekel, Abscheu, Hass oder biografische Verletzungen so stark, dass sie mit einer Zielgruppe nicht professionell arbeiten können. Bitte prüfen Sie sich dabei ehrlich. Entscheidend ist nicht, ob Sie diese Zielgruppe interessiert, sondern ob Sie z. B. die körperliche Nähe aushalten wollen, ob sie sich auf Ideologien und Lebensgeschichten zunächst akzeptierend einlassen können und wollen oder auch nicht.

Sehr wichtig ist auch eine offene Auseinandersetzung mit eigenen Ängsten. Blockieren Sie diese bereits in der Kontaktaufnahme? Falls ja, ist dies nicht ihr Fachgebiet und andere Zielgruppen könnten deutlich besser zu Ihnen passen.

4.2 Arbeitsfelder – Was sich aus aktuellen Entwicklungen lernen lässt

In der Eskalationstheorie wird von einem Übergang vom bewegungsförmigen Rechtsextremismus in den Rechtsterrorismus gesprochen. Diesem Modell entsprachen und entsprechen tatsächliche viele Radikalisierungsverläufe. Sie reichen sogar historisch weit zurück. Beispielhaft zeigt das eine Studie zum rechtsextremen Terrorismus in der Weimarer Republik. Dieser war mit seinen prominenten Morden z. B. gegen den damaligen Außenminister Rathenow eingebettet in paramilitärische Gruppierungen, die sich oft aus ehemaligen Frontkämpfern des Ersten Weltkrieges zusammensetzten und – angefeuert von parlamentarischen Rechtsaußenparteien – in diesen militärischen Milieus radikalisierten und in deren Schutze mordeten. Sie einte der Hass und das Gefühl, Verlierer der Geschichte zu sein, denen jetzt auch noch die »Heimat« genommen werde.

Bei den modernen Rechtsterrorist*innen z. B. der NSU gibt es dazu erstaunliche Parallelen. Sie wurden im Kameradschaftsnetzwerk in Thüringen sozialisiert, erhielten Unterstützung der damals noch stärkeren Partei NPD und erhielten in den Jahren des Mordens aus diesen Kreisen auch praktische Unterstützungen. Diese Form der Radikalisierung ist weiterhin möglich.

Allerdings hat sich parallel dazu ein zweiter Täter*innentyp zunehmend zu erkennen gegeben. Dessen Radikalisierung erfolgt zumeist online und ohne Anbindung an real präsente Gruppen. Im Gegensatz zu den Täter*innentypen des NSU ist er*sie kein Mitglied in einer Kameradschaft, die sich Face to Face trifft und agiert, sondern fühlt sich als Teil einer rechtsextremen Bewegung, die sich für ihn*sie online in speziellen Chatgruppen, Teilbereichen der Gamerszene und im Darknet zeigt.

Erstes prominentes und international bekannt gewordenes Beispiel für diesen Täter*innentyp ist der Norweger Breivik, der 2011 bei seinen Anschlägen in Oslo und auf der Insel Utøya insgesamt 77 vor allem sehr junge Menschen gezielt ermordete. Er sah sich selbst als Teil einer auserwählten

rechtsextremen Armee, die sich für ihn online zeigte, und meinte in Notwehr zu handeln, weil in seinen Augen Europa von Muslim*innen besetzt werde, dadurch unterzugehen drohe und er sich ein Europa und Norwegen ohne Zuwanderung und vor allem ohne Muslim*innen wünschte. Tatsächlich plante Breivik seine Anschläge allein und nicht im Kontext einer Kameradschaft. Dieses Muster entspricht auch der Strategie des sogenannten »führerlosen Widerstands« in den rechtsextremen Strategiediskursen. Dort wird dazu aufgerufen, Kleinstzellen aus ein bis zwei Personen zu bilden, sich zu bewaffnen, Anschläge als Symbol für eine nationalsozialistische Erhebung zu planen, nicht auf ein Führerkommando zu warten und selbst zu entscheiden, wann der Moment für die Tat gekommen sei. Breivik selbst verbrachte die Jahre vor dem Anschlag zumeist sozial isoliert und online am Rechner. Er hatte jenseits seiner Mutter kaum reale Kontakte – vor allem nicht zu Frauen. Seine Zeit verbracht er mit Onlinespielen und dem Surfen in rechtsextremen Onlinenetzwerken. Zusammen ergab das eine Mischung aus Frust, Einsamkeit, gekränktem Narzissmus, dem Gefühl, für Großes berufen zu sein, Abstumpfung gegenüber jeder Form von Gewalt, Frauenhass, Rassismus, Antisemitismus und einem Selbstverständnis, auserwählter Teil einer immer größer werdenden Armee rechtsextremer Befreiungskämpfer*innen zu sein – tatsächlich schlief er nach den Tagträumen am Rechner jedoch allein im Kinderzimmer und ließ sich von seiner Mutter vorm Einschlafen noch eine heiße Milch bringen. Realität und Fantasie wichen somit stark voneinander ab, ohne dass dies bei Breivik zu einem kritischen Hinterfragen seiner Ideologie und Ziele geführt hätte.

Breivik wurde zum Vorbild für Nachahmungstäter – so auch in Deutschland für die Täter in Hanau und Halle. Analytisch interessant ist im Vergleich dieser Personen die zunehmende Bedeutung von Verschwörungstheorien, die zumeist antisemitische Kerne beinhalten. Ihre Verbreitung erfolgt übers Netz. Beim Täter in Hanau kam ein zweiter Punkt noch dazu, der vor allem im internationalen Rechtsterrorismus zunehmend an Bedeutung gewinnt: der explizite Hass auf Frauen im Milieu der sogenannten Incels. Damit sind Männernetzwerke gemeint, die unfreiwillig im Zölibat leben und keinen Sex mit Frauen haben. Während katholische Priester sich für ein solches Leben für Gott und ohne Sex freiwillig entscheiden, leben diese Männer unfreiwillig sexfrei, meinen jedoch als Mann ein natürliches Recht auf Sex mit Frauen zu haben. Dieses würde ihnen jedoch von den Frauen verwehrt, um die Männer zu quälen und zu demütigen, und die Frauen müssten deshalb auch mittels brutaler Gewalt und sogar durch Morde bestraft werden. Was einigermaßen absurd klingen mag, erlebt im Netz in den entsprechenden Foren jedoch ein großes und stark emotionalisierendes Eigenleben. Die Männer feuern sich gegenseitig an, bestärken sich in ihrem verkrampften Hass, sexistischen Selbstbildern und bejubeln daraus entstehende Gewaltphantasien und -taten.

Was kann Soziale Arbeit bei einem solchen Tätertyp leisten?

Gegen Rechtsterrorismus kurz vorm Anschlag hilft in der Regel nur noch ein starker Rechtsstaat. Soziale Arbeit kommt da meist zu spät bzw. findet keinen kommunikativen Zugang zu den Tätern mehr und verfügt auch über keine passenden Methoden und Ansätze, um erfolgreich einschreiten zu können. Soziale Arbeit hat somit, das zeigt dieses Beispiel, sehr klare Grenzen. Das gilt im Feld des Rechtsextremismus in besonderer Weise. Weder lassen sich alle Opfer rechtsextremer Gewalt schützen, noch warten besonders viele rechtsextreme Täter auf ein verstehendes Gespräch mit einer Fachkraft der Sozialen Arbeit, und findet dieses doch statt, endet es zumeist nicht mit einer menschenrechtlichen Wendung des Rechtsextremisten. In wenigen Feldern verbieten sich naive Auftragsvorstellungen und Selbstüberhöhungen bei den Einschätzungen der eigenen Möglichkeiten so sehr wie beim Rechtsextremismus. Nie darf auch vergessen werden, dass es sich um ein gewaltaffines Feld handelt, in dem Morde und schwere Gewalttaten zwar nicht alltäglich, aber doch immer eine Möglichkeit darstellen.

Trotzdem lassen sich aus den biografischen Skizzen und Analysen der Tätertypen wichtige Hinweise für Präventions- und Interventionsaufträge der Sozialen Arbeit ableiten. Präventionsansätze brauchen z. B. dringend eine thematische Erweiterung um Aspekte von Einsamkeit, Umgang mit digitalen Medien und Geschlechterbildern und -erfahrungen. Entwickeln wir vor dem Blick in die Praxis noch eine letzte, kurze soziologische Skizze zum besseren Verständnis:

Etwa um das Jahr 1900 herum begann in der soziologischen Theorie eine Debatte um den Prozess der Individualisierung der Gesellschaft. Der Begriff meint eine gesellschaftliche Entwicklung, in der mehrere Prozesse gleichzeitig von statten gehen. Die Gesellschaft im 19. Jahrhundert und noch mehr davor war recht starr und unflexibel organisiert. Die Ständegesellschaft, ökonomische Abhängigkeiten und bittere Armut der Massen gepaart mit Ordnungsansprüchen der Kirchen und des Adels sorgten für klare (Klassen-)Verhältnisse. In der Regel entschied die Geburt über den weiteren Werdegang: Adel blieb Adel, Bauer blieb Bauer, Arbeiter blieb Arbeiter. Verschiedene Emanzipationsbewegungen, die zunehmende Schwäche der Kirchen und ökonomische Gelegenheitsstrukturen weichten dieses feste Gesellschaftsbild langsam auf. Freiheit wurde zum Ziel und für erste Frauen und Männer eine reale Option. Dies war einerseits eine Freiheit von z. B. Armut oder festen Rollen, aber auch eine Freiheit, z. B. einen eigenen Lebensentwurf zu entwickeln und zu verwirklichen. Dazu gehörte zunächst überhaupt erst eine Idee davon zu entwickeln, dass das eigene Leben anders sein könnte als das der Eltern. Literatur, Kunst, Philosophie, aber auch die Kämpfe der Arbeiter- und Frauenbewegung spielten dabei eine erhebliche emanzipative Rolle.

Individualisierung meint dabei den Prozess, dass der*die Einzelne eine Chance bekommt, sein*ihr eigenes Leben im Rahmen seiner*ihrer Fähigkeiten und Interessen zunehmend eine eigene Gestalt und Form zu geben. Mitte der 1980er Jahre bekam dieser Diskurs mit den Forschungen von Ulrich Beck neuen

Rückenwind. Er prägte den Begriff der Bastelbiografie und entwarf ein optimistisches Aufstiegsbild der Gesellschaft mit zunehmenden Freiheiten und Möglichkeiten der Einzelnen zur Gestaltung eines eigenen Lebenswurfs. Die Konsequenz daraus sei eine neue Gesellschaft der Vielfalt in den Geschlechterverhältnissen und -vorstellungen, ökonomischen Lebensentwürfen und Leistungsvorstellungen. Vorgeformte Wege der Vergangenheit könnten in diesem Bild, müssten aber nicht mehr bestritten werden. Für Beck war dieser Prozess der Individualisierung ein Kern seines Verständnisses von der »neuen Moderne«.

Während Beck somit vor allem Chancen der Individualisierung betonte, fragten andere Forscher*innen früh, welche Kehrseiten ein solcher Prozess haben könne. Freiheit steht dabei oft in einem Spannungsfeld zur Sicherheit. Starre Regeln mögen beengen, aber sie versprechen auch Sicherheit: Der Weg des Lebens ist dann vorgezeichnet, klar und es bedarf dafür keiner schwierigen oder ungewissen Entscheidungen über Schritte in die Zukunft. Zur Kehrseite gehörten deshalb schon früh jene Personen, die diese neuen Freiheiten schlicht überforderten und/oder die keine eigene Idee für ihre eigene »Bastelbiografie« entwickeln konnten oder wollten, die sich nach den alten Sicherheiten sehnten und von den neuen Vielfalten und Freiheiten überfordert waren.

Für diese Personenkreise bietet der Rechtsextremismus bis heute ein klares Angebot. Sein Gesellschaftsbild ist – wie beschrieben – eindeutig, autoritär und damit auch eine Alternative zur Freiheit. Einige Zeitdiagnosen betitelten diesen Prozess sehr treffend als »Sehnsucht nach Unfreiheit« und damit auch nach Sicherheit. Rechtsextreme Ideologien zielen auf Ängste und versuchen diese in ein politisches Programm zu fassen. Es geht darin um »Widerstand«, »Abwehr« und ein »Zurück« in das gesellschaftliche Korsett alter Verhältnisse als eine vermeintlich ›natürliche‹ Ordnung.

Was bedeutet das nun für die Soziale Arbeit?

Es braucht in den Präventionsideen der Soziale Arbeiten einen mehrdimensionalen Blick auf ...

- ... diejenigen, die die neuen Freiheiten für sich nutzen wollen und können und dabei Hilfe zur Selbsthilfe brauchen. Soziale Arbeit zielt dabei auf Emanzipationsunterstützung und Empowerment.

- ... diejenigen, die sich von Freiheit überfordert fühlen, für sich keinen Weg finden wollen oder können und somit drohen, Verlierer*innen dieser Entwicklung zu werden. Auch hier braucht es Empowerment-

Ansätze.

.

.... diejenigen, die diese Entwicklungen der Moderne ablehnen und alternative Gesellschaftsentwicklungen bevorzugen. Hier geht es für die Soziale Arbeit nicht um moralische Bewertungen, sondern um ein Verständnis als Menschenrechtsprofession. Ist die alternative Gesellschaftsvorstellung z. B. mit den Menschenrechten kompatibel oder handelt es sich auch um eine neue Form von Freiheit? Bekämpft sie jedoch die Prämissen der Humanität und Menschlichkeit, ist Deradikalisierung ein Auftrag der Sozialen Arbeit.

.

... diejenigen, die sich aus der Gesellschaft herauszuziehen versuchen und drohen in Einsamkeitsfallen zu versinken.

Erinnert sei an dieser Stelle auch an den Professionsdiskurs der Sozialen Arbeit. Dort war die Idee einer Profession verankert, die direkt mit Menschen arbeiten will. Je nachdem wie streng dieses Kriterium bewertet wird, ergeben sich daraus Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Sozialen Arbeit im Präventionsbereich. Gehört z. B. die Erstellung einer Ausstellung über Opfer rechtsextremer Gewalt zur Sozialen Arbeit? Das kommt vermutlich auf den konkreten Prozess an. Erfolgt die Erstellung z. B. direkt mit Betroffenen oder Jugendlichen, wäre dies ein mögliches Feld der Sozialen Arbeit. Erfolgte die Konzeptentwicklung z. B. ›nur‹ mit anderen Wissenschaftler*innen, wäre es streng genommen ein Beitrag zur politisch-wissenschaftlichen Bildung, aber möglicherweise keine Soziale Arbeit im engeren Sinne.

Für die folgenden Ausführungen zu den Präventionsmöglichkeiten und -aufträgen der Sozialen Arbeit wurde vor diesem Hintergrund ein Mittelweg gewählt. Es konzentriert sich auf die Bereiche, in denen direkt mit Menschen im Sinne des Professionalitätsdiskurses gearbeitet wird. Zusätzlich werden Methoden und Ansätze der Demokratieentwicklung und -stärkung dargestellt. Eine Menschenrechtsprofession braucht eine politische Rahmung, die es ihr ermöglicht, ihre Aufträge zu erfüllen. Diese fußt aus Sicht des Autors auf zwei Grundpfeilern: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Ihre Stärkung und Sicherung ermöglichen erst die Erfüllung der Aufträge der Sozialen Arbeit. Deshalb kann es nicht verkehrt sein, sich an diesem Prozess ebenfalls zu beteiligen.

In den folgenden Kapiteln werden systematisch vier Arbeitsbereiche der Sozialen Arbeit im Umgang mit Rechtsextremismus einführend beleuchtet. Die folgende Graphik gibt dazu eine Übersicht (▶ Abb. 12).

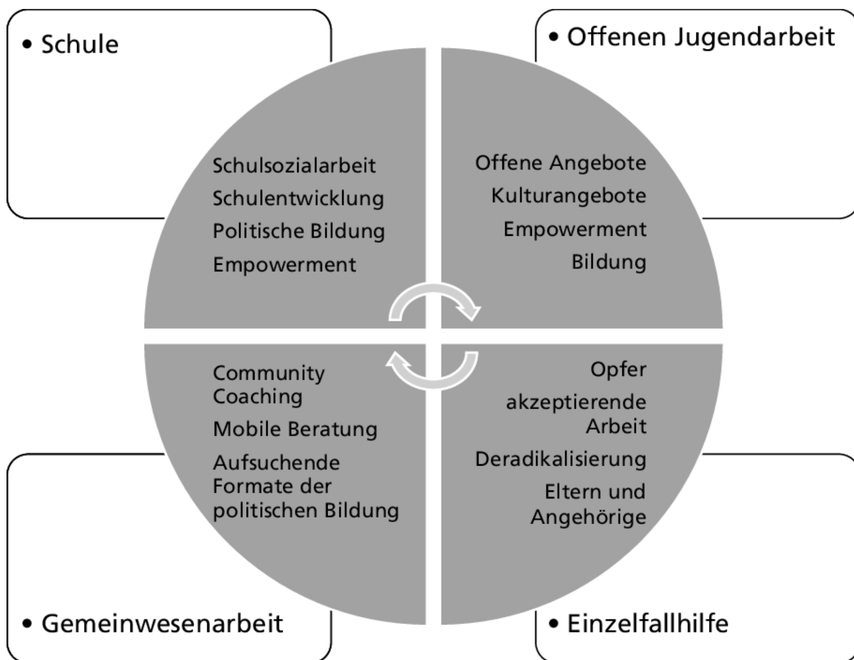


Abb. 12: Vier Arbeitsbereiche der Sozialen Arbeit im Umgang mit Rechtsextremismus

Einzelfallhilfe und Gemeinwesenarbeit gehören zu den klassischen Methoden der Sozialen Arbeit (vgl. Galuske 2013: 75 ff), innerhalb derer sich Spezialisierungen wie z. B. das Case Management oder die klient*innenorientierte Gesprächsführung entwickelten.

Bei der Einzelfallhilfe werden drei Kerngruppen als Ziel Sozialer Arbeit definiert: Opfer rechtsextremer Gewalt, Angehörige sowie Rechtsextremist*innen selbst. Gezeigt werden dabei unterschiedliche methodische Ansätze mit ihren jeweiligen Stärken und Schwächen sowie konzeptionelle Weiterentwicklungen. Für Vertiefungen werden die Kapitel wieder mit weiterführender Literatur enden.

Auf der Ebene des Gemeinwesens findet der Gedanke der Demokratieentwicklung und -stärkung seinen Platz. Dabei wird zu zeigen sein, dass diese Ansätze oft eine Rahmung sein können für die Einzelfallhilfen, die diese wahlweise fördern oder erschweren können.

Zusätzlich sollen mit dem Handlungsort Schule sowie der allgemeinen, offenen Jugendarbeit zwei weitere Handlungsorte besonders mit einem Blick auf verstärkte Chancen der Sozialen Arbeit bei der Prävention beschrieben werden.



Weiterführende und verwendete Literatur

Anne Otto (2019): Woher kommt der Hass? Die psychologischen Ursachen von Rechtsruck und Rassismus, Gütersloh
Florian Huber (2020): Rache der Verlierer. Die Erfindung des Rechtsterrors in Deutschland, Berlin
Susanne Kaiser (2020): Politische Männlichkeit. Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriachat mobilmachen, Berlin
Ulrich Beck/Anthony Giddens/Scott Lash (1996): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse, Frankfurt
Wilhelm Heitmeyer/Jürgen Mansel/Thomas Olk (2011): Individualisierung von Jugend. Zwischen kreativer Innovation, Gerechtigkeitssuche und gesellschaftlichen Reaktionen, Weinheim/Basel
Peter Ulrich Wendt (2017): Lehrbuch Methoden der Sozialen Arbeit, 2. Auflage, Weinheim/Basel

4.3 Einzelfallhilfen

Einzelfallhilfen gehören seit Alice Salomon zu den meist verwendeten Methoden der Sozialen Arbeit. Trotz aller Variationen z. B. in eher sozial-psychologische oder problemlösende Richtungen haben die meisten Ansätze eine Gemeinsamkeit, die sich aus der Konzentration auf das Individuum ergibt. Der Hilfeprozess beginnt immer mit einer ausführlichen Fallstudie. Aus ihr heraus ergeben sich Arbeits- und Problemfelder, die bearbeitet werden sollen, und darauf aufbauend kann in einem gemeinsamen Diskussionsprozess ein individueller Hilfe- und Maßnahmeplan entwickelt werden. Dieser Dreischritt gilt für alle der folgenden Einzelfallberatungen, fällt jedoch im Detail anders aus, wie zu zeigen sein wird.

4.3.1 Opferperspektive und Opferberatung

Einer der bekanntesten Rechtsterroristen weltweit ist, wie schon ausführlich erwähnt, der Norweger Anders Behring Breivik. Am 22. Juli 2011 ermordete er auf bestialische Weise 77 Menschen, darunter 69 Kinder und Jugendliche, die Mitglieder der sozialdemokratischen Jugend Norwegens waren. Die Opfer standen für ihn symbolisch für die Idee einer offenen und vielfältigen Gesellschaft, für Demokratie und soziale Rechte für alle. Im Netz veröffentlichte Breivik einen ideologischen Gegenentwurf: Ihm schwebte ein rassistisch strukturiertes, christliches Norwegen vor allem ohne Muslim*innen vor. Für diese Idee war er bereit zu morden und sah sich selbst in einer Notfallsituation. Er wollte die Bevölkerung »erwecken« und mutig erste Schritte im Kampf gehen. Er bereitete sich über Monate auf den Anschlag vor, besorgte sich Waffen und Sprengstoff und wollte zunächst den Regierungssitz in Oslo sprengen. Als

dies nicht vollständig gelang, entschied er sich vermutlich spontan, auf die naheliegende Insel Utøya überzusetzen, wo die sozialdemokratische Jugend ihr traditionelles Sommerzeltcamp abhielt. Dort angekommen schoss er auf alle Jugendlichen, die er finden konnte, z. T. auch aus unmittelbarer Nähe. Er selbst nannte vor Gericht seine Taten »barbarisch, aber notwendig«.

In der deutschen Rechtsextremismus- und Terrorforschung gibt es kaum Beiträge ohne Bezüge zu Breivik. Für dieses Lehrbuch ist jedoch ein anderer Aspekt viel interessanter: die Reaktion der norwegischen Öffentlichkeit und Politik. Dazu wieder eine kleine Denkaufgabe vorweg:



Übungsaufgabe

Oft werden Täter*innen- und Opferperspektiven unterschieden. Was könnten im Falle eines solchen Anschlags wohl diese Perspektiven bedeuten?

Als die Mordserie des Nationalsozialistische Untergrunds (NSU) in Deutschland aufgedeckt wurde, konzentrierten sich zunächst viele öffentliche Diskurse vor allem auf die Täter*innenseite. Wer waren die drei Mitglieder der Terrorzelle? Was waren ihre Interessen? Wie sind sie vorgegangen? Das primäre Interesse zielte auf die Täter*innen. Das war in Norwegen anders. Dort standen die Opfer von Beginn an im Mittelpunkt der öffentlichen Diskurse und des Interesses. Zwar zeigten sich viele Norweger*innen fassungslos darüber, dass ein Norweger der Täter war. Viel ausgeprägter war jedoch die Beschäftigung mit den Opfern. Wie waren ihre Namen, ihre Geschichten? Hunderttausende versammelten sich kurz nach dem Anschlag zu einer »Rosenwache« und öffentlichem Gedenken in vielen Städten des Landes. Zügig gab es eine offizielle Trauerfeier, in der Namen aller Opfer verlesen wurden und Bilder aller Opfer zu sehen waren. Der König sprach dort unter offenen Tränen allen Opferfamilien sein Beileid und seinen Beistand aus. Spitzen aus Politik und Kultur zeigten Präsenz und verstanden den Angriff als Attacke auf Grundideen des Landes. Der damalige Regierungschef Stoltenberg prägte schon am Tag des Anschlags die grundlegende Richtung des Gedenkens: Hass sollte mit Liebe begegnet werden, Norwegen würde sich nicht ändern und die Demokratie würde nicht eingeschränkt, sondern weiter ausgebaut werden. Kein Opfer dürfe dabei je vergessen werden. Norwegen konzentrierte sich somit auf die Opfer des Anschlags und nahm damit eine Opferperspektive ein.

Täter*innenperspektiven konzentrieren sich auf die Täter*innen. Im politischen Diskurs dominieren dann z. B. schnell mit dem Anschlag begründete Gesetze zur Einschränkung von Grundrechten, um so ein höheres Maß an Sicherheit zu gewährleisten. In Deutschland folgte in der Vergangenheit darauf

ritualisiert die Forderung nach mehr Verboten und Überwachung, um so den Druck auf rechtsextreme Szenen zu erhöhen. Derweil scheint sich dies etwas zu wandeln; aber das soll hier keine größere Rolle spielen, da es zunächst nur um das Grundprinzip und -verständnis geht. Auch in Norwegen gab es Debatten, warum es den Sicherheitsorganen nicht gelungen war, die Radikalisierung Breiviks früher zu erkennen, und vor allem darum, warum es der Polizei erst so spät gelang, Breivik auf der Insel gefangen zu nehmen. Hier sollte nachjustiert werden, Fehler behoben, aber nicht ein neues Sicherheitssystem eingeführt werden – und das macht einen Unterschied.

Aufschlussreich war auch das Gerichtsverfahren gegen Breivik. Großer Konsens war in Norwegen, dass es für Breivik keine Sonderrechte geben dürfe. Das Verfahren solle genauso ablaufen, wie alle anderen Verfahren auch. Zwar fand es auch unter verschärften Sicherheitsmaßnahmen angesichts des weltweiten Interesses statt, die inneren Regeln blieben aber unverändert. Dazu gehörte z. B. auch das Ritual, dass sich die Staatsanwälte per Handschlag dem Angeklagten vorstellten und diesen so auch im Prozess begrüßten. Auch von den überlebenden Opfern der Insel Utøya wurde immer wieder betont, wie groß das Vertrauen in die Fairness der norwegischen Justiz sei. Sie solle z. B. mittels wissenschaftlicher Gutachten die Schuldfähigkeit des Täters beurteilen und ein entsprechendes Urteil fällen.



Weiterführende und verwendete Literatur

Äsne Seierstad (2016): Einer von uns. Die Geschichte eines Massenmörders, Zürich

In Norwegen stehen die Opfer im Mittelpunkt des Gedenkens und nicht der Täter. Ihnen gilt das vorrangige Interesse und nicht dem Täter. Dies nennt sich Opferperspektive!

Norwegen vertraut dabei mehrheitlich seinem Rechtsstaat und fordert einen gerechten Prozess – ohne zusätzliche Gesetzesverschärfungen, ohne Rache, ohne Sonderbehandlungen, sondern nach den Regeln und Gesetzen, die für alle gelten.

Aus der Opferperspektive entwickelten sich im Themenfeld Rechtsextremismus ab Mitte der 1990er Jahre auch spezielle Konzepte der Opferberatung. Dazu braucht es wieder eine Vorüberlegung:



Übungsaufgabe

Welche Opfergruppen rechtsextremer Gewalt gibt es? Machen Sie sich gerne Notizen!

Die Auswahl der Opfergruppen ergibt sich aus der rechtsextremen Ideologie. Einige von ihnen werden schlicht entmenschlicht, andere werden zu Gegner*innen ernannt, gegen die Gewalt legitim sei. Wiederum andere Menschengruppen sollten aus rechtsextremer Sicht nicht dauerhaft in Deutschland leben. Entsprechend breit gefächert sind dann auch die vorhandenen Opfergruppen: Zu ihnen zählen u. a.

- Menschen mit vermeintlichem Migrationshintergrund,
- politischer Gegner*innen (Linke, Antifas, engagierte Demokrat*innen),
- Schwule/Lesben/Trans-/Intersexuelle,
- Polizist*innen,
- Aussteiger*innen,
- alternative Jugendkulturen (z. B. Punks),
- Menschen mit Behinderung,
- Juden*Jüdinnen,
- Muslim*innen,

.

engagierte Menschen gegen Rechtsextremismus.

Wichtig ist in der Praxis der Opferberatungen eine Unterscheidung in zwei unterschiedliche konzeptionelle Ansätze (▶ Abb. 13).

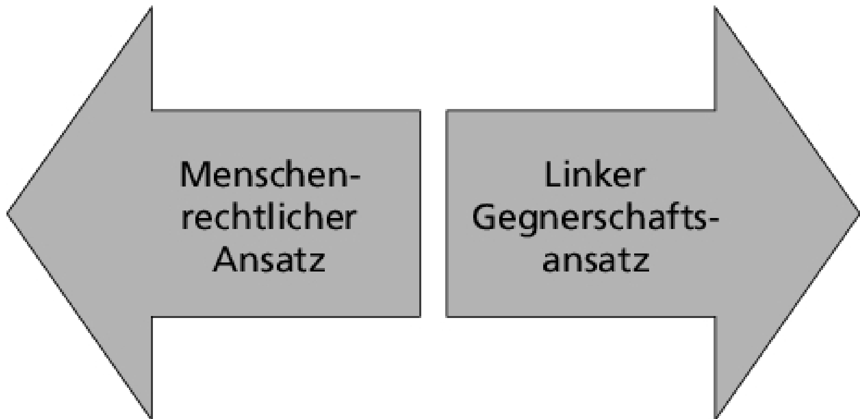


Abb. 13: Konzeptionelle Ansätze der Opferberatungen

In Deutschland existieren verschiedene Beratungsstellen für Opfer unterschiedlicher Gewalttaten oder krimineller Handlungen. Ein bekanntes Beispiel ist dafür der »Weiße Ring«. Spezifisch zum Thema Rechtsextremismus entwickelten sich eine Initiative in diesem Bereich Ende der 1990er Jahre zunächst im Raum Berlin/Brandenburg, die sich auch offiziell »Opferperspektive« nannte und eine entsprechende Organisation gründete. Ihren Ursprung hatte diese Initiative im regionalen Umfeld autonomer Antifastrukturen. Sie verstanden sich als eine Hilfestruktur zugunsten der Opfer rechtsextremer Gewalt mit einem explizit eigenem, in diesem Fall linksautonomen Standpunkt. Ihre ›natürlichen‹ Bündnispartner waren zunächst linke Antifagruppen und -initiativen im Land. Von ihnen und ihren Recherchen erfuhren sie zunächst von rechtsextremen Gewalttaten vor allem in Brandenburg und somit von möglichen Opfern rechtsextremer Gewalt, denen dann Hilfe angeboten werden konnte. Später erweiterte und pluralisierte sich das Netzwerk deutlich und auch das Selbstverständnis wurde weiterentwickelt. Dies erfolgte zunächst ehrenamtlich, wurde aber zusehends über Gelder vor allem des Bundes und des Landes gefördert und damit professionalisiert.



Übungsaufgabe

Wenn eine Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt einen eigenen, in diesem Fall sehr linkem Grundverständnis folgt und von Angehörigen dieser politischen Richtung maßgeblich geprägt wird: Welche Probleme können damit verbunden sein? Beziehen Sie in Ihre Überlegungen gerne die Erfahrungen aus Norwegen sowie die Übersicht der Opfer rechtsextremer Gewalt mit ein.

Ein solcher Gegnerschaftsansatz (rechts gegen links) ist für Menschen ohne explizit »linkes« Selbstverständnis wenig einladend. Dies trifft z. B. auf viele Polizist*innen zu, aber auch auf Aussteiger*innen aus rechtsextremen Szenen und andere Menschen z. B. mit religiös-konservativen Hintergründen. Er richtet sich somit primär an die ›eigenen Leute‹ mit einem ähnlichen politischen Weltbild. In der Praxis droht somit eine beschränkte Offenheit für die vielfältigen Opfergruppen.

Beispiel

Am deutlichsten ist dies am fiktiven Beispiel einer Polizistin erkennbar: Möglicherweise hat sie gewalttätige Erfahrungen in der polizeilichen Begleitung linksautonomer Demonstrationen gemacht. Selbst wenn die Mitarbeiter*innen des gegnerschaftlichen Opferansatzes selbst nicht an den Demonstrationen teilnähmen, wird die Polizistin im Falle eines rechtsextremen Angriffs auf sie kaum zu einer Initiative gehen, mit deren Sympathisant*innen sie ebenfalls gewalttätige Erfahrungen machen musste.

Das ist beim menschenrechtlichen Ansatz anders. Er fußt auf den Ideen der Menschenrechte und des Professionsgedankens der Sozialen Arbeit und nicht auf den eigenen politischen Standpunkten, ohne sich dabei irrigerweise als unpolitisch zu begreifen. Dieser Ansatz strebt an, für alle Opfer rechtsextremer Gewalt nicht nur theoretisch da zu sein, sondern auch praktisch so gestaltet zu sein, dass er möglichst viele Opfergruppen rechtsextremer Gewalt erreichen kann und einladend und zugänglich für sie ist. Dies schließt eigene, linke Selbstverständnisse nicht aus. Sie stehen aber einerseits nicht im Mittelpunkt und prägen andererseits im Idealfall auch nicht das Projekt in der eigenen Zusammensetzung. Oft setzen sich diese Projekte in ihrer Mitarbeiter*innenschaft auch möglichst vielfältig zusammen, um auch über diesen Weg Andockungspunkte in diverse soziale und kulturelle Milieus zu haben, in denen es regelmäßig Opfer rechtsextremer Gewalt zu beklagen gilt. Dieser Ansatz geht dabei noch von einem weiteren Gedanken aus.



Übungsaufgabe

Oft hört man in der Praxis folgenden Satz: »Ideale Opfer sind selten. Grauzonen sind häufiger.«
Was könnte damit gemeint sein?

In konkreten Situationen vermischen sich manchmal Täter*innen und Opfer-Interaktionen. Wer hat wann angefangen? Wer hat wen vermeintlich provoziert usw.? Die Opferperspektive bewertet das nicht (... und schon gar nicht moralisch), sondern steht an der Seite der Opfer, egal was diese Person selbst gemacht hat. Ein Beispiel aus der Praxis soll dieses Dilemma verdeutlichen.

Beispiel

Die Opferberaterin begleitet einen jungen Mann vor Gericht. Angeklagt ist eine Führungsfigur der örtlichen Kameradschaftsszene. Der Vorwurf lautet: Verdacht auf schwere Körperverletzung. Das Opfer behauptet vom Rechtsextremisten mit schweren Faustschlägen zugerichtet worden zu sein. Der Bericht des Krankenhauses belegt diverse Verletzungen des Opfers, die zum Vorwurf passen könnten. Vor Gericht bestreitet der Angeklagte nicht die Gewalt, deutet sie aber als Notwehr im Rahmen einer rechtsextremen Musikveranstaltung. Das Opfer habe ihm zuerst »sexuell angemacht«, sich ausgezogen und wollte ihn zu sexuellen Handlungen zwingen. Vor Gericht präsentiert er dann Unterwäsche des Täters, Gürtel und benennt Zeugen. Der Angeklagte habe sich dieser Aggression nicht anders erwehren können und hätte in einer körperlichen Auseinandersetzung das Opfer weggestoßen. Der Richter spricht den Angeklagten später aus Mangel an Beweisen frei. Aussage stehe gegen Aussage.

Was bedeutet ein solches Fallgeschehen nun für eine Opferberatungsstelle? Beim menschenrechtlichen Ansatz obliegt ihr keine moralische Bewertung des Geschehens. Es ist für sie unerheblich, ob die Tat im Rahmen einer rechtsextremen Veranstaltung geschah, ob es sexuelle Handlungen gab oder nicht, wer angefangen hat oder wer nicht. Ihre Position ist an der Seite des Opfers rechtsextremer Gewalt. Sie ist dessen Mandatsvertretung und unterstützt das Opfer mit einem Ansatz der Hilfe zur Selbsthilfe – auch dann, wenn das Opfer Handlungen begangen hat, die als wenig sinnvoll, politisch oder moralisch fragwürdig oder auch selbstverletzend bewertet werden könnten.

Wie sieht nun eine ›gute Praxis‹ eines solchen menschenrechtlichen Ansatzes aus? Eine der Vordenkerin dieser Richtung, Claudia Luzar, hat dazu in ihrem Grundlagenwerk zentrale Prämissen benannt: Menschenrechtliche Projekte der Opferperspektive verstehen sich als eigenständige »dritte« Akteure. Sie unterstützen, beraten und begleiten Opfer rechtsextremer Gewalt auf Basis des menschenrechtlichen Ansatzes. Staatliche Stellen z. B. der Polizei, Justiz oder

der örtlichen Kommune können, so der Einzelfall dies sinnvoll erscheinen lässt, Partner*in in der Fallbetreuung sein – beispielsweise, wenn es um die Option möglicher Anzeigen bei der Polizei geht. Die Opferberatung berät in solchen Fällen ihre Klient*innen über das für und wider einer Anzeige – akzeptiert aber auf jeden Fall die Entscheidung der Opfer auch dann, wenn eine andere Entscheidung für sinnvoller erachtet werden könnte. Die Beratungsstelle ist in einem solchen Fall auch nicht der ›verlängerte Arm‹ der staatlichen Stellen, sondern handelt autonom. Sie übernimmt keine Aufträge der Polizei oder örtlicher Ämter, sondern handelt selbstbestimmt auf Basis der eigenen Werte und Ziele und entscheidet darauf aufbauend über die eigenen Aktivitäten, ohne sich von anderen drängen zu lassen.

Eine solche Position als »dritte« Kraft kann nur entwickelt und durchgehalten werden, wenn die eigenen Werte und Ziel klar sind. Für die Opferberatung verbietet sich jeder Gedanke an Rache und mag er noch so menschlich sein. Die Ziele jeder Interaktion müssen Deeskalation und Schutz der Opfer sein. Die eigenen Mittel müssen konsequent dem Gedanken der Gewaltfreiheit verpflichtet sein, was das rechtlich verankerte Recht auf Notwehr in wenigen, sehr begrenzten Bereichen nicht aushebelt. Nur so lässt sich auch der Schutz des Rechtsstaates ernsthaft und authentisch einfordern.

Sehr wichtig ist auch eine sehr gute Verankerung des Projekts in den Sozialräumen. Ideal sind Netzwerke des Vertrauens z. B. zu Ärzt*innen, Psycholog*innen, anderen Beratungsstellen, aber auch – so möglich – zur Polizei, zum Ordnungsamt, regionalen Medien und zur kommunalen Politik. Die Mitarbeiter*innen brauchen jedoch auch exzellente Kenntnisse der regionalen rechtsextremen Szene. Fast alle Opfer rechtsextremer Gewalt erhoffen sich Erklärungen und Einordnungen dessen, was sie erleben mussten. Dazu müssen die Mitarbeiter*innen sprachfähig sein. Vor allem helfen die Erkenntnisse auch präventiv: Wo gibt es Hotspots der Gewalt? Welche Anlässe lassen sich identifizieren? Welche Täter*innentypen gibt es vor Ort? Mit diesem Wissen kann es gelingen, potenzielle Opfer auch präventiv zu schützen und sie zu beraten.

Opferberatungsstellen leben dabei ganz entscheidend vom Vertrauen, das ihnen von Seiten möglicher Opfer entgegengebracht wird und das sie nicht enttäuschen dürfen. Opfer erleben Momente schwerster Verunsicherungen auch jenseits möglicher physischer Verletzungen. Eine ›gute Praxis‹ geht sensibel damit um und versucht neue Enttäuschungen unbedingt zu verhindern. Dabei ist z. B. enorm wichtig, die Möglichkeiten und Grenzen des eigenen Tuns sinnvoll einzuschätzen und darauf aufbauend nur das zu versprechen, was realistisch auch geleistet und garantiert werden kann.

Als vertrauensbildend hat sich dabei ein aufsuchender und unverzüglicher Ansatz erwiesen. Beides zusammen bedeutet konkret, dass eine menschenrechtliche Opferberatung nicht auf Nachfragen wartet, sondern selbst an den Ort des Geschehens geht, sobald sie von Hinweisen auf Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund erfährt, und dort versucht, die Opfer ausfindig zu

machen und Unterstützung anzubieten. Ein solcher Ansatz ist ungemein herausfordernd für die Mitarbeiter*innen, da er mit geregelten Arbeitszeiten kaum kompatibel ist. Andererseits zeigen die Praxiserfahrungen, dass Kommstrukturen z. B. in Beratungsbüros seltener aufgesucht werden. Vor allem aber brauchen Opfer oft schnelle, erste Hilfe und Unterstützung. Wer diese professionell bieten kann, bekommt oft einen enormen Vertrauensvorschuss, der sich in der späteren Betreuung auszahlt.

Die Personengruppen und Gewaltbeispiele, mit denen die Soziale Arbeit konfrontiert wird, sind dabei ebenso vielfältig wie die jeweiligen Verarbeitungsformen der Opfer. Einige Opferberatungen setzen dabei auf das Empowerment der Opfer als Gruppe. Diese Zielrichtung klingt zwar gut, ist aber inhaltlich bei genauerem Blick auch fraglich. Konkrete (Gewalt-)Opfererlebnisse sind zutiefst individuelle und zunächst keine kollektiven Erfahrungen. Entsprechend unterschiedlich sind die Umgangswünsche: Einer wünscht sich ein schnelles Gerichtsverfahren, eine andere beginnt zu hassen, eine Person ist schwer traumatisiert und hat Angst, der nächste will sich ›nicht runterkriegen lassen‹, ein anderer meint es ›sportlich‹ nehmen zu wollen und dass er dieses Mal verloren und nächstes Mal gewinnen würde. Oft verbindet verschiedene Opfer relativ wenig miteinander jenseits dessen, dass Rechtsextreme sie jagten. Der Empowerment-Ansatz setzt jedoch auf die kollektive Stimme einer Gruppe. Diese Gruppe ist in diesem Fall aber konstruiert und damit künstlich.

Sinnhafter als solche Kollektivierungen sind deshalb individuelle Unterstützungsansätze durch die Soziale Arbeit. Wobei kann der Person geholfen werden, was wünscht sie sich, welche Folgen hat eine Handlung, braucht sie Begleitung z. B. bei Ärzt*innen oder vor Gericht, bei der Polizei oder will sie lieber auf eine Anzeige verzichten? Eine professionelle Soziale Arbeit bleibt bei der Beantwortung solcher Fragen an der Seite des Opfers und geht auf dessen Wünsche und Bedürfnisse ein – auch dann, wenn das Verhalten aus der Sicht der Sozialen Arbeit vielleicht nicht optimal erscheint.

Manchmal wünschen sich Opfer rechtextremer Gewalt Gespräche im Rahmen eines Täter-Opfer-Ausgleichs oder werden von Gerichten darauf gelenkt. Opferberatungen können entsprechende Gespräche mitorganisieren, so alle Beteiligten dazu ernsthaft bereit sind, Interesse signalisieren und gewaltfreie Settings garantiert sind. Gegen den Willen eines Opfers oder zu dessen Ungunsten im Gerichtsverfahren dürfen sie jedoch nicht eingesetzt werden und professionelle Opferberatungen geben ausführlich Auskunft über deren Vor- und Nachteile, Risiken und Chancen.

Hilfreich bei solch einem aufsuchenden Ansatz ist auch eine gender- und kultursensible Zusammensetzung der eigenen Mitarbeiter*innen. In Regionen mit z. B. vielen Überfällen auf Schwule und Lesben macht es Sinn, Mitarbeiter*innen im Team zu haben, die mit deren Communities vertraut und in ihnen gut vernetzt sind. Gleiches gilt für verschiedene Religionen, Migrationshintergründe usw.



Weiterführende und verwendete Literatur

Claudia Luzar (2016): Rechtsextremismus in sozialräumlichen Kontexten, Schwalbach
Andreas Böttger u. a. (2014): Opfer rechtsextremer Gewalt, Wiesbaden
Gesa Köbberling (2018): Beratung von Opfern rechter und rassistischer Gewalt, Bielefeld
Gabriele Bingel Kögel u. a. (2016): Bewältigung von Gewalterlebnissen durch außergerichtliche Schlichtung. Täter-Opfer Ausgleich und opferunterstützende Instrumente, Weinheim/Basel

Zusätzlich zur Opferperspektive gibt es in den Einzelfallhilfen auch täter*innenorientierte Konzepte , z. B. die sogenannte akzeptierende Jugendsozialarbeit (▶ Kap. 4.3.2), die streng genommen auch mit Gruppen sowie mit Einzelpersonen arbeitet. Auffallend ist dabei, dass sich viele Praktiken ausschließlich an Jugendliche wenden, obwohl Rechtsextremismus bekanntlich kein Jugendproblem ist. Etwas anders ist das bei Konzepten der Deradikalisierung und Ausstiegsberatung (▶ Kap. 4.3.3). Um die Konzeptentwicklung aber verstehen zu können, braucht es einen kurzen historischen Rückblick.

4.3.2 Konzepte der Jugendarbeit

Historische Entwicklungen in der Jugendarbeit

Die heutigen Konzepte der Jugendarbeit lassen sich nicht ohne Rückblick auf ihre Vorgänger verstehen. Sie waren zumeist Weiterentwicklungen, reagierten auf Kritiken an den vorherigen Konzepten bzw. auf veränderte, gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Die folgende Abbildung gibt dazu eine erste Übersicht (▶ Abb. 14).

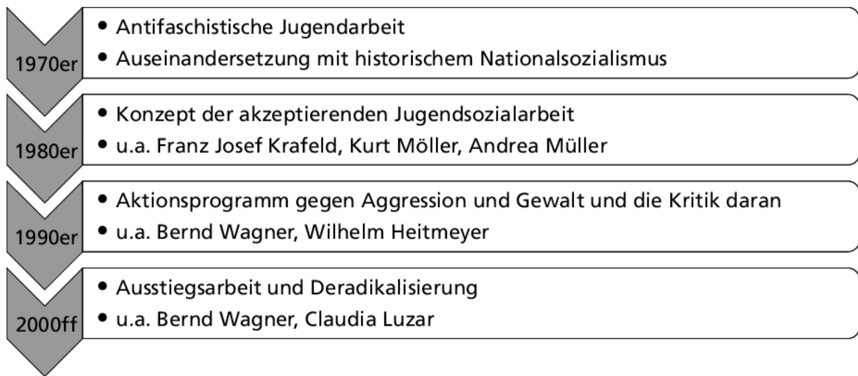


Abb. 14: Entwicklung der Jugendarbeit

Wir müssen somit zunächst zurückblicken. Die ersten Konzepte nannten sich häufig noch »antifaschistisch«. Sie fußten oft theoretisch auf Adornos Schrift zur »Erziehung nach Auschwitz« mit dem bekannten Zitat:

> »Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. Sie geht so sehr jeglicher anderen voran, daß ich weder glaube, sie begründen zu müssen noch zu sollen.«

Bezugsrahmen war somit die nationalsozialistische Vergangenheit. Über sie sollte aufgeklärt werden in der Hoffnung, auf diesem Weg aus der Vergangenheit in dem Sinne zu lernen, dass sich Geschichte nicht wiederhole. Es sollten u. a. Empathie für die Opfer entwickelt werden, das Funktionieren der Diktatur verstanden und auch über Formen des Widerstandes aufgeklärt werden. Sie werden entsprechende Maßnahmen heute noch kennen. Typische Konzepte sind bis heute:

- Aufklärungsveranstaltungen (politische Bildungsveranstaltungen),
- Gedenkstättenfahrten,
- Zeitzeug*innengespräche,
- lokale Geschichtswerkstätten,
-

Gedenkveranstaltungen,

.

biografisches Arbeiten.

Sie zielen vor allem auf Jugendliche, aber nicht nur.



Übungsaufgabe

Überlegen Sie mal: Das Jahr 1945 ist jetzt über ein dreiviertel Jahrhundert her. Was bedeutet das für diese Formen der Auseinandersetzungen in der jungen Generation? Welche Probleme können auftauchen?

Für die junge Generation gibt es kaum noch unmittelbare, direkte familiäre Bezüge zum historischen Nationalsozialismus. Die meisten Zeitzeug*innen sind gestorben oder sehr alt. Zum anderen ist die Gesellschaft heute entschieden vielfältiger als früher und durch Einwanderung geprägt. Es gibt somit auch vielfältigere und grundsätzlich andere familiäre Perspektiven auf diese Zeit, z. B. aus der Sicht türkischer, arabischer, russischer und weiterer Familiengeschichten. Das alles zusammen verlangt nach neuen pädagogischen Formaten, die auf diese Veränderungen reagieren.

Der Aufklärungsansatz kann aber auch anders an Grenzen stoßen, nämlich dann, wenn Jugendliche über die NS-Zeit aufgeklärt sind, diese aber gut finden oder Verbrechen wie den Holocaust schlicht leugnen. Rechtspopulist*innen bevorzugen hier eine Vorstufe mit dem Versuch der Relativierung des Nationalsozialismus als eine vermeintlich sehr kleine und damit eigentlich wenig bedeutende Zeitspanne in einer ansonsten angeblich »glorreichen deutschen Geschichte«.

Solche Situationen mehrten sich zu Beginn der 1980er Jahre zunächst in Westdeutschland und verstärkt nach der Wende in Ostdeutschland und machten neue Antworten der Sozialen Arbeit erforderlich. Durchgesetzt hat sich damals zunächst das Konzept der akzeptierenden Jugendsozialarbeit nach Krafeld und Möller.



Weiterführende und verwendete Literatur

Theodor W. Adorno (1973): Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt

Akzeptierende Jugendsozialarbeit

Die akzeptierende Jugendsozialarbeit entstand im Kontext der Hochschule Bremen um den Erziehungswissenschaftler Krafeld in einem Zusammenspiel aus Wissenschaft und Praxis. Anlass war das Auftreten neuer gewalttätiger, rechtsextremer Jugendgruppen, die mit den bis dahin üblichen politischen Bildungsangeboten nicht zu erreichen waren. Krafeld und seine Mitstreiter*innen entwickelten daraufhin ein neues Arbeitskonzept. Zentral waren dabei folgende Gedanken:

- Die Soziale Arbeit sollte sich nicht mit den Problemen beschäftigen, die diese Jugendlichen machen (das war eher Aufgabe der Polizei), sondern sich um die Probleme kümmern, die diese Jugendlichen haben und wegen derer sie rechtsextrem geworden seien.

- Und: Angelehnt an Heitmeyer kämen Belehrungen nicht gegen Erfahrungen an. Eine reine Wissensvermittlung z. B. in Form von Aufklärungen über die NS-Zeit führe nicht zu veränderten politischen Einstellungen. Nötig seien vielmehr neue Erfahrungen, z. B. durch werteorientiert arbeitende Sozialarbeiter*innen.

Im Kern sollte somit ursachenbezogen gearbeitet werden. An dieser Stelle lohnt ein Rückblick auf die Integrationstheorie von Heitmeyer.



Übungsaufgabe

Was war noch mal die Integrationstheorie?

Heitmeyer leitete den Rechtsextremismus aus fehlender Integration ab. Er bildete dazu drei Säulen. Blättern Sie im Zweifel gerne noch mal zurück: Heitmeyer ging davon aus, dass die Bilanz fehlender Anerkennung aus den drei Säulen in der individuellen Anerkennungsbilanz Ursache des rechtsextremen Seins der Jugendlichen seien (▶ Tab. 2). Die (fehlerhafte) Verarbeitung der Desintegration führe somit zum Problem Rechtsextremismus, zur Gruppenbildung, Gewalt und Ideologie der Ungleichwertigkeit.

Krafeld drehte diese Theorie um und machte sie sich zu Nutzen. Sein Gedanke war: Gelingt es, die individuelle Anerkennungsbilanz (subjektiv) zu verbessern,

fielen die Ursachen und Gründe für den Rechtsextremismus weg. Soziale Arbeit sollte somit alles daransetzen, die individuelle Anerkennungsbilanz der Jugendlichen zu verbessern und sich nicht stattdessen an der rechtsextremen Ideologie und/oder Gewalt der Jugendlichen abarbeiten. Nur wenn die Ursachen des Rechtsextremismus beseitigt werden könnten, wäre der*die betroffene Jugendliche in der Lage, sich so zu stabilisieren, dass es keiner rechtsextremer Verarbeitung mehr benötige. Möller formulierte den Kerngedanken des Ansatzes wie folgt: »Nicht an den Problemen anknüpfen, die die Jugendlichen schaffen, sondern an denen, die sie haben ...« (Möller 1993: 35). Dieser Ansatz sollte dabei mehreren Grundprinzipien angelehnt an klassische Ansätze der Jugendarbeit beinhalten. Dazu gehörte eine akzeptierende Grundhaltung der Sozialen Arbeit, Angebote der Beziehungsarbeit, die Hilfe bei Alltagslösungen, die gezielte Raumgebung, Suche nach Ressourcen und Unterstützung von Ansätzen der Selbstorganisation. Dahinter verbarg sich auch ein Menschenbild, das bei den Jugendlichen nicht nur Defizite, sondern auch Ressourcen zur positiven Veränderung sah, so diese Räume, Unterstützung und Zutrauen bekämen.

Akzeptierend bedeutet dabei, die rechtsextreme Gesinnung zunächst zu akzeptieren, was nicht bedeutet, sie gut zu finden oder gar zu unterstützen. Eher im Gegenteil: Die Soziale Arbeit sollte gerade mit einer klaren Wertehaltung den Jugendlichen gegenübertreten und durch Vorbildlichkeit und Verbindlichkeit für ihre Werte werben. Die Autor*innen sahen diese Akzeptanz vor allem als Bedingung an, um überhaupt einen vertrauensvollen Zugang zur Zielgruppe zu erreichen, Arbeitsbeziehungen aufzubauen, um so mit den Klient*innen an der individuellen Anerkennungsbilanz zu arbeiten. Im Mittelpunkt sollte dabei die Hilfe bei alltäglichen Konflikten und Bedarfen stehen. Oft ging es somit primär um alltägliche Jugendprobleme, vor denen auch Rechtsextremist*innen nicht verschont bleiben wie z. B. Ärger mit den Eltern, Schulprobleme, Schulden, Drogen- und Gewalterfahrungen, Liebeskummer oder berufliche Orientierungsprobleme. Mit der Lösung dieser Konflikte wurde eine verstärkte Integration erhofft.

Zum Konzept gehörte auch die Idee der Raumgebung. Den Jugendlichen sollten – so möglich – aus Straßenszenen in feste Strukturen der Jugendhilfe überführt werden. Angestrebt wurde somit ein zunächst aufsuchender Ansatz, der dann jedoch möglichst in festen Raumstrukturen z. B. in Form von Jugendclubs oder anderen Jugendeinrichtungen münden sollte. Die Kontaktaufnahme erfolgte dabei so niedrigschwellig wie möglich. Im Mittelpunkt sollten Themen stehen, die die Jugendlichen aktuell bewegten. Konflikte sollten vermieden werden und eine allmähliche Gewöhnung an die Soziale Arbeit erfolgen, die dann zum Vertrauensaufbau genutzt werden könnte. Das Angebot fester Räume war dabei ein zusätzliches Lockmittel. In der Praxis waren dies oft Angebote der offenen Jugendarbeit. Dort erhoffte man sich einen verbesserten Zugang zur Zielgruppe, verminderten Stress für die Jugendlichen und klare Haltestrukturen für die Jugendlichen, in denen sie sich selbst besser

organisieren und finden könnten.

Ein weiteres Ziel des Ansatzes war es, nicht allein die Probleme, die die Jugendlichen haben, dauerhaft zu bearbeiten, sondern auch deren Ressourcen und Fähigkeiten zu stärken. Die Jugendlichen würden sowieso oft die Erfahrung der Ausgrenzung und Abwertung machen und sollten über die Suche nach Stärken und Ressourcen neue Erfahrungen der Selbstwertfindung erfahren können. Dazu gehörte auch der generelle Respekt vor den Teilhabeansprüchen aller Jugendlichen (und Erwachsenen), die nicht an vorab definierte Werte- und Normvorstellungen gebunden seien.

Explizit nicht im Blickfeld des sozialarbeiterischen Ansatzes waren zunächst die ideologische Konfrontation der Jugendlichen, die Arbeit an deren Gewaltbereitschaft oder ideologischen Feindbildern. Diese Punkte wurden primär als Probleme verstanden, die die Jugendlichen machten, und nicht als welche, die sie selbst hatten. Der Aspekt des »Akzeptierens« wurde dabei von Kritiker*innen des Ansatzes oft falsch gedeutet – an keiner Stelle ihrer Konzeptionen und Ideen unterstützen die Erfinder*innen des Ansatzes eine Pädagogik der Übernahme rechtsextremer Ideologien oder deren offenen Unterstützung im Handeln oder Denken. Im Gegenteil: Die Soziale Arbeit solle wertegebunden handeln und gerade deshalb mit diesen Jugendlichen arbeiten und ihnen eine Chance zur Veränderung im Sinne eines emanzipatorischen und humanistischen Menschenbildes geben.

Dieses Grundkonzept war vor allem in den 1990er Jahren weit verbreitet. Es gab mehrere Bundesprogramme, die seine Verbreitung förderten. Schnell wurde jedoch auch Kritik daran laut.



Übungsaufgabe

Haben Sie schon eine Idee, was daran auch kritisch sein könnte? Ein kleiner Tipp: Erinnern Sie sich an die Raumordnungstheorie ...

Der Ansatz der akzeptierenden Jugendsozialarbeit geht davon aus, dass rechtsextrem orientierte Jugendliche desintegriert und damit de facto gesellschaftlich isoliert oder gar ausgestoßen seien. Sie zielt darauf, diese Jugendliche wieder in die verschiedenen gesellschaftlichen Systeme zurückzuführen, sie somit zu (re-)integrieren. Dort, wo Rechtsextremismus jedoch die höchste Stufe der Raumordnungstheorie (»Normalität«) erklommen hat (▶ Abb. 7), sind Rechtsextremist*innen gar nicht unbedingt desintegriert, eher im Gegenteil: Sie sind ausgesprochen gut integriert ins Gemeinwesen, akzeptiert, z. T. auch ökonomisch gefestigt.

Dieser sozialarbeiterische Ansatz unterschätzte an vielen Orten insbesondere Ostdeutschlands in den 1990er und folgenden Jahren auch die Wirk- und

Integrationskräfte rechtsextremer Netzwerke und Organisationen und deren Jugendarbeit kolossal. Einige Angebote scheiterten geradezu grotesk. An einigen Orten wurden bekennende Rechtsextremist*innen als Jugendarbeiter*innen von den Kommunen eingestellt, da sie angeblich den besten Zugang zur Klientel hätten. Diese bekamen dann Räume der Jugendarbeit, die zu Schulungs-, Freizeit- und Rekrutierungsstätten der örtlichen rechtsextremen Szenen umfunktioniert wurden. Internationale rechtsextreme Bandprojekte probten in kommunalen, staatlichen Jugendclubs, die mit diesem Ansatz arbeiteten, und erhielten dort Unterricht, Instrumente und Technik finanziert aus Steuergeldern, mit denen sie mit ihrer Musik und ihren Konzerten neue Jugendliche in die rechtsextremen Szenen lockten. Selbstorganisation führte dort nicht zu einer Auflösung rechtsextremer Strukturen, sondern zu deren Festigung. Die Soziale Arbeit verkam in einigen Projekten zu einer ›Handlanger- und Kellnerfunktion‹ rechtsextremer Strukturen. Sie stützten sie, stellten Ressourcen und wurden so zunehmend – wenn auch fast immer ungewollt – zu einem Teil des Problems und nicht zu dessen Lösung. Beispielhaft zeigt sich dieses Problem in der Geschichte der drei Mitglieder des NSU. Ihre Sozialisation und Radikalisierungsgeschichte begann u. a. in einem Jugendclub, der mit dem beschriebenen Ansatz arbeitete und dabei auch noch kommunal mit dem Problem weitgehend alleingelassen wurde.

Die Vordenker*innen der akzeptierenden Jugendsozialarbeit stellten sich vor diesem Hintergrund Ende der 1990er Jahre einer detaillierten und mit Schärfe geführten öffentlichen und fachinternen Debatte. Sie änderten daraufhin auch einige Grundprämissen und sprachen z. T. von einer »gerechtigkeitsorientierten Jugendarbeit«, die den ursprünglichen Ansatz ablösen sollte. Inhärent war dabei auch Selbstkritik. So wurde erkannt, dass der ursprüngliche Ansatz in örtlichen, rechtsextremen Dominanzverhältnissen scheitern müsse. Im Ansatz dominant, wenn auch wenig beantwortet, blieben zwei Kernfragen: Die Frage nach den Ursachen sowie die Frage, wohin die Jugendlichen geführt werden sollten.

Einige Kritiker*innen griffen diese Fragen jedoch kaum auf. Von antifaschistischer Seite wurde der Ansatz als »Glatzenpflege auf Staatskosten« einerseits verspottet und andererseits nahezu jede Soziale Arbeit mit der rechtsextrem orientierten Jugendlichen generell abgelehnt. Ein *Warum* oder ein *Wohin* waren darin gar nicht mehr vorgesehen. Stattdessen sollten nahezu ausschließlich linke und alternative Jugendkulturen gefördert werden, wobei nicht erklärt wurde, was mit den verbliebenen rechtsextrem orientierten Jugendlichen geschehen solle.

Differenzierter äußerten sich erste ostdeutsche Fachkräfte und Ansätze von Nichtregierungsorganisationen im Feld, aus denen heraus dann Ansätze der Deradikalisierungs- und Ausstiegsarbeit entwickelt wurden, die später vorgestellt werden (▶ Kap. 4.3.3). Sie kritisierten faktenbasiert viele konkrete Praktiken, die mit dem Ansatz arbeiteten, und verwiesen auch auf fehlende Anpassungen westdeutsch basierter Theorien auf ostdeutsche und damit

andere gesellschaftliche Verhältnisse. Sie kritisierten auch schon früh eine verbreitete Naivität in der Ausführung: Viele Ansätze z. B. in der offenen Jugendarbeit betonten ihre generelle Offenheit für alle Jugendlichen. Das war zumeist auch ernst gemeint, verkannte aber den Raumordnungsansatz der rechtsextremen Seite und deren Verdrängungen anderer Jugendlicher – insbesondere von potenziellen Opfergruppen rechtsextremer Gewalt. So kam es zu Situationen, in denen Kommunen ihre ›offene‹ Jugendarbeit lobten, in der Alltagspraxis jedoch nur rechtsextrem orientierte Jugendliche die Angebote der Jugendarbeit dort nutzten und faktisch nutzen konnten, weil alle andere Jugendlichen sich nicht mehr in diese Einrichtungen trauten, die aber vermeintlich allen offen stünden.

Im Gegensatz zu den antifaschistischen Ansätzen verwarfen sie jedoch nicht alle Prämissen des Ansatzes und erkannten deren Potenziale für bestimmte Zielgruppen unter bestimmten Bedingungen und in besonderen kommunalen Netzwerken. Die folgende beispielhafte Übung möge dies verdeutlichen.



Übungsaufgabe

Stellen Sie sich folgendes vor: Sie sind Schulsozialarbeiter*in und treffen in ihrer Gesamtschule auf Mandy. Sie ist 14 Jahre alt und wurde gerade von ihrer ersten großen Liebe, Kevin, mit einem anderen Mädchen betrogen. Ihre Beziehung mit Kevin war sieben Monate lang »richtig schön«. Kevin ist drei Jahre älter als Mandy und Mitglied einer rechtsextremen Kameradschaft. Mandy erzählt Ihnen unter Tränen ihre Geschichte: »Kevin war immer total lieb zu mir. Der hat mich auch zu seinen Freunden mitgenommen. Wir haben dann Musik gehört und Spaß gehabt. Mit nach Hause nehmen durfte ich ihn nicht – da war mein Stiefvater voll dagegen. Der haut auch sofort um sich, wenn ich nicht so funktioniere, wie er sich das vorstellt, und meine Mutter heult dann, sagt aber nichts. Kevin hat mir erklärt, warum das so wichtig ist, dass wir Deutschen zusammenhalten und uns gegen die Türken und so wehren, die hier nicht hingehören. Die Jungs haben dann auch oft zugeschlagen. Toll fand ich das nicht, aber ich finde auch, dass wir Deutschen uns nicht alles gefallen lassen dürfen. (...) Ich würde später schon gerne noch das Abitur machen. Zuletzt habe ich aber oft Schule geschwänzt, um mit Kevin Zeit zu haben.« Sie beschließen, sich um Mandy zu kümmern. Wie gehen Sie vor? Nehmen Sie sich gerne etwas Zeit und notieren sich Ihre Gedanken.

Bei Mandy böten sich Elemente der akzeptierenden Jugendsozialarbeit unmittelbar an. Sie befindet sich zwar in rechtsextremen Umfeldern und versteht oder unterstützt auch erste rechtsextreme Ideologiefragmente. Ihr

Zugang erfolgte aber eindeutig über ihre erste Liebe und nicht aus innerer Überzeugung. Durch das Fremdgehen ihres Freundes ist das Verhältnis zu ihm und damit auch zur Gruppe gestört – ein guter Moment der Kontaktaufnahme für die Soziale Arbeit. Völlig eindeutig ist auch, was Mandy bei Kevin gesucht hat: Halt, Stärke, Anerkennung und damit genau das, was sie familiär nicht erlebt. Dort muss sie sich der Gewalt chancenlos unterordnen und erlebt durch ihre Mutter eine schwache Unterstützung und lernt am Vorbild nur, dass sie gegen die Gewalt keine Chance habe.

Nimmt man nun die Desintegrationstheorie von Heitmeyer zur Hand, so hat Mandy in der zweiten und dritten Säule der Theorie massive Desintegrationserfahrungen. Sie dort zu stabilisieren, in dem sie z. B. mit Hilfe des Jugendamtes aus dem Gewaltumfeld des Stiefvaters entfernt wird, neue Gruppen und Freund*innen findet, vielleicht in einem Angebot des betreuten Wohnens unterkommt, macht sicherlich Sinn. In der ersten Säule signalisiert sie selbst Wille und Engagement und will die Chance zum Abitur doch noch ergreifen. Auch darin sollte sie unterstützt werden. Die Chance, dass Mandy in neuen, sicheren Umfeldern und mit neuen Anerkennungsquellen den Rechtsextremismus nicht mehr braucht, scheint dabei hoch zu sein.

Das Beispiel zeigt auch, wie mit Hilfe der Theorie verfahren werden kann, um mit Mandy zu arbeiten. Ihre Fallgeschichte kann mit Hilfe der Theorie besser verstanden werden und daraus lassen sich schnell konkrete und systematische Handlungsmaßnahmen ableiten.

Ein solcher, ursachenbezogener Ansatz der Sozialen Arbeit bedarf jedoch, um erfolgreich zu sein, der ideologischen Begleitung. So wäre zu prüfen – und das geht nur mit Provokationen und Diskussionen –, inwieweit Mandy selbst schon rechtsextreme Ideologiefragmente verinnerlicht hat. Sie wäre damit auch zu konfrontieren, die Ideologien zu erklären, zu hinterfragen und alternative Werte und Normen im Sinne der Menschenrechtsprofession vorzustellen und glaubhaft zu vertreten. Diese Konfrontation liefe einerseits über die Ausstrahlung und das konkrete Handeln der Fachkraft der Sozialen Arbeit, sollte aber andererseits auch Bestandteil des Maßnahmeplans für Mandy sein.

Das Mädchen ist eine typische Mitläuferin und für solche Zielgruppen können Elemente der akzeptierenden Jugendsozialarbeit durchaus greifen. Dazu bedarf es jedoch auf Seiten der Sozialen Arbeit eine erhöhte Reflektionsfähigkeit und Wissen über rechtsextreme Dominanz- und Wirkverhältnisse, um nicht Fehler der Vergangenheit durch Naivität oder Selbstüberhöhung zu wiederholen. Soziale Arbeit darf mit der Zielgruppe auch nicht allein gelassen werden. Erinnert sei an die Bedingungen der Profession: Zu ihnen gehörte die feste Einbettung in Netzwerke des Gelingens und eine klare Definition eigener Möglichkeiten und Grenzen.



Weiterführende und verwendete Literatur

Franz Josef Krafeld/Kurt Möller/Andrea Müller (1993): Jugendarbeit in rechten Szenen. Ansätze-Erfahrungen-Perspektiven, Bremen

Kurt Möller (1993): Jugendarbeit und Rechtsextremismus – Gängige Verständnisse bröckeln weiter, in: Franz Josef Krafeld/Kurt Möller/Andrea Müller: Jugendarbeit in rechten Szenen. Ansätze-Erfahrungen-Perspektiven, Bremen, S. 11 – 97

Franz Josef Krafeld (2000): Zur Praxis der pädagogischen Arbeit mit rechtorientierten Jugendlichen, in: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland – Eine Bilanz, Bonn, S. 271 – 291

Franz Josef Krafeld (2021): Den Rechtsextremismus bekämpfen. Emanzipatorische Alternativen zu notorischen Wirkungsschwächen, in: Politische Bildung. Journal für politische Bildung, Nr. 2, S. 4 – 7

Peter E. Kalb u. a. (Hrsg.) (1999): Rechtsextremistische Jugendliche – was tun? 5. Weinheimer Gespräche, Weinheim/Basel

Wilhelm Heitmeyer (1989): Belehrungen kommen gegen Erfahrungen nicht an, in: Erziehung und Wissenschaft, Nr. 9, S. 6 – 10

4.3.3 Deradikalisierung und Ausstiegsarbeit

Die Konzepte der Deradikalisierung und Ausstiegsarbeit waren u. a. das Ergebnis einer kritischen Reflektion und Auseinandersetzung mit dem Konzept der akzeptierenden Jugendsozialarbeit. Der Kerngedanke war: Nicht alles sei schlecht, es müsse aber weiterentwickelt werden.

Als positiv und unerlässlich wird weiterhin der akzeptierende Zugang bezeichnet. Um es zu betonen: Akzeptanz meint hier keine Akzeptanz des Rechtsextremismus an sich. Im Gegenteil: ein eigener, menschenrechtlich fundierter Standpunkt der Sozialen Arbeit wird explizit vorausgesetzt. Akzeptanz meint hier, den rechtsextrem orientierten Menschen zunächst so zu akzeptieren, wie er gerade ist. Als Ziel wird hier explizit eine prozesshafte Veränderung (»Deradikalisierung«) möglichst bis zum Ausstieg aus den rechtsextremen Szenen und Ideologien genannt. Dabei müssen wir zunächst zwei Begriffe klären.



Übungsaufgabe

Erinnern Sie sich an die anfänglichen Definitionen des Begriffs Rechtsextremismus. Was könnte vor dem Hintergrund dieser Verständnisweisen ein sinnvolles Verständnis von »Ausstieg« für die Soziale Arbeit sein?

Die Antwort hängt davon ab, wie Sie Rechtsextremismus definieren. In der Praxis der Ausstiegsarbeit orientieren sich viele Kolleg*innen am soziologischen Verständnis von Heitmeyer. Dessen Begriff hat – zur Erinnerung – zwei Säulen: Ideologie der Ungleichwertigkeit und Akzeptanz von Gewalt (▶ Kap. 1.1.1). In Bezug auf den Begriff des Ausstiegs ließen sich daraus ebenfalls zwei Säulen und Kriterien ableiten (▶ Abb. 15).

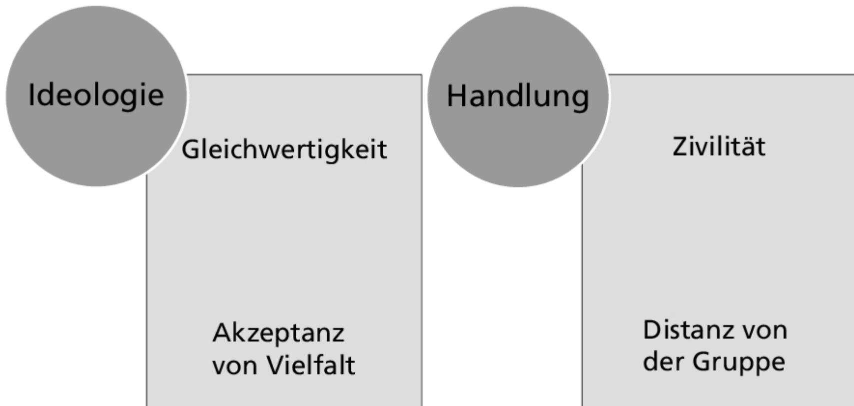


Abb. 15: Zwei Säulen des Ausstiegs

Nach dieser Ableitung kann ein Ausstieg dann als erfolgreich oder vollständig angesehen werden, wenn vier Aspekte erreicht sind:

a.

Überwindung der Ideologie der Ungleichwertigkeit durch eine Akzeptanz der Idee der Gleichwertigkeit aller Menschen.

b.

Ergänzend zum ersten Punkt gehört die Akzeptanz von Vielfalt und Unterschiedlichkeit aller Menschen und deren gleichzeitige Gleichwertigkeit.

c.

Zivilität im Umgang der Menschen untereinander und als Mittel der Konfliktlösung anstelle von Gewalt.

d.

Distanz von rechtsextrem orientierten Gruppen.

Wichtig ist dabei die Kombination dieser Aspekte. Sie gehören unmittelbar zusammen und ergeben nur zusammen einen inhärenten Sinn.

Der zweite Begriff, der geklärt werden muss, lautet Radikalisierung:

Radikalität muss nichts Schlechtes sein. Seinem Wortsinne nach bedeutet sie, vom Ursprung oder den Wurzeln her denkend und handelnd. Radikalität ist auch nicht per se menschenfeindlich, im Gegenteil: Radikale Demokrat*innen oder radikale Menschenrechtler*innen kämpfen für umfassende Gleichwertigkeit in Theorie und Praxis.

Radikalisierung in unserem Kontext meint jedoch etwas anderes und bezieht sich auf die oben genannte Definition von Heitmeyer mit ihrer Ideologie der Ungleichwertigkeit der Menschen gepaart mit der Akzeptanz von Gewalt (▶ Kap. 1.1.1). Radikalisierung ist dabei kein Endzustand, sondern ein individueller Entwicklungsprozess in die verschiedenen Bereiche der Eskalationstheorie hinein sowie auch innerhalb der verschiedenen Stufen, der im schlimmsten Fall in der Akzeptanz eines mörderischen Terrorismus enden kann.

Individueller Prozess

Radikalisierung als individueller Prozess beginnt mit einer ideologischen Aufnahmebereitschaft. Das ist zumeist keine ausgefeilte Ideologie oder politische Position, sondern kann auch eine ästhetische oder emotionale Aufnahmebereitschaft sein. Vor allem bei Jugendlichen ist es eher selten eine primär politische oder religiöse Hinwendung. Oft treibt eine Sehnsucht nach Stärke, Zusammenhalt, Anerkennung aber auch nach Sinnstiftung – eine Idee von etwas Größerem, für das es sich zu leben lohne, eine Interpretation der Gesellschaft und ein Weg raus aus den faden Wegen nihilistischer und konsumorientierter Bastelbiografien. Radikale politische und religiöse Strömungen bieten für diese Sehnsüchte Andockungspunkte, Sehnsuchtsorte und angepasste Denkwelten.

Hilfreich ist dabei der jeweilige kulturelle Ausdruck. Jede dieser Strömungen verfügt über eigene ästhetische Angebote wie Musik, Videos, Symbole, Sinnsprüche, aber auch Bücher oder Diskussionsplattformen im Netz. Die politische Sozialisation erfolgt zumeist über die Beschäftigung mit diesen Angeboten.

Entscheidend ist vor allem bei jungen Menschen die Kontaktphase. Diese kann sich real, aber auch virtuell darstellen. Früher – in der Zeit vor dem Siegeszug des Internets in unseren Alltag – brauchte es noch reale Treffen oder direkte Kommunikation, das ist heute anders. Foren und Gruppen im Netz ermöglichen auch einen virtuellen Einstieg in die jeweilige Szene, ohne dafür das Kinderzimmer verlassen zu müssen. Es reicht das Gefühl, Teil einer neuen Gemeinschaft, einer Sinnstiftung zu sein. Radikale Szenen geben Neulingen schnell eine Form von Anerkennung und vor allem eine Rolle im großen Ganzen. Häufig sind auch kleinere Aufträge und Angebote auf Gemeinschaftserlebnisse. Die Integration erfolgt wiederum nicht über politische Schulungen, sondern eher nebenbei über Gespräche, vorgelebte Normen und den kulturellen Habitus. Die große Politik kommt – wenn überhaupt – meist erst später, wenn die Hinwendung zur Szene schon vertiefter erfolgt ist.



Übungsaufgabe

Ein Berliner Aussteiger aus einer rechtsextremen Kameradschaft erklärte nach seinem Ausstieg: »Die ganz Jungen, die neu zu uns kamen oder die wir erfolgreich angesprochen haben, haben wir mit politischer Bildungsarbeit und so zunächst in Ruhe gelassen. Das kam meistens erst nach Monaten. Wichtiger waren vorher Angebote wie Grillen, Fußball, Saufen usw.«
Welcher Logik folgt dieser Ansatz?

Politik ist nur für sehr wenige Jugendliche eine interessante Thematik oder gar Beschäftigung. Beliebter sind ›klassische‹ Angebote der Jugendarbeit. Das wusste auch dieser Aussteiger. Um die Jungen zu locken und zu integrieren und gleichzeitig nicht mit ›Politik‹ im weitesten Sinne zu erschrecken, verzichtete er zunächst auf Schulungen und baute auf Prozesse der sozialen und kulturellen Integration. Er baute Vertrauen zu ihnen auf, leistete Beziehungsarbeit, schaffte gemeinsame Erlebnisse, verlockende Angebote, und die Jugendlichen sollten an seinem Beispiel lernen und seine Werte und Ideen teilen lernen bzw. sie sich bei ihm abgucken. Tatsächlich handelt es sich im methodischen Ansatz weitgehend um eine Form akzeptierender Jugendsozialarbeit – allerdings mit rechtsextremer und nicht mit menschenrechtlicher Basis.

Wichtig ist dabei zu erkennen, dass es unterschiedliche Triebkräfte gibt, sich zu radikalisieren. Nun ist zwar jeder Weg individuell und zu jedem Typen gibt es Ausnahmen oder Mischformen. Dennoch lassen sich mehrere Grundmuster in unterschiedlicher religiöser oder politischer Färbung wiedererkennen.

- Eine Triebkraft ist die Lust auf Gewalt, auf den Kitzel des Verbotenen, der Trieb, hart mit sich und anderen ins Gericht zu gehen. Es geht um einen ›Kick‹, eine Grenzüberschreitung, eine Lust darauf, eine Grenze zu überschreiten und sich selbst zu beweisen, dass man ›hart‹ und stark sei. Die jeweilige Ideologie dient hier primär zur Auswahl und Legitimation der Opfer und ist zumeist nicht sonderlich vertieft.

- Andere suchen vor allem die Gemeinschaft. Die Ideologie ist da nur Beiwerk und Gewalt Teil des Daseins, der dazugehört, aber nicht unbedingt geliebt wird. Zumeist sehen sich diese Personen im Widerstand gegen irgendwas, z. B. gegen das »System« oder die Flüchtlinge oder die Ausbreitung der »Ungläubigen«. Wichtig ist diesem

Kreis das Gefühl und Bewusstsein, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen und das im Kreis gleichgesinnter Auserwählter, mit der historischen ›Wahrheit‹ im Verbund und auf »ewige Treue« zueinander versprochen.

.

Die dritte Triebkraft ist tatsächlich die ideologische Sinnsuche und damit eine primär politische. Dieser Personenkreis kritisiert das bestehende Gesellschafts-, Staats- und Wirtschaftsmodell und fordert dessen komplette, zumeist revolutionäre Überwindung für eine nachfolgende Zeit der Befreiung von der bürgerlich-liberalen Verlogenheit und den sozialen Ungerechtigkeiten moderner Gesellschaften. Sie fordern nichts weniger als ein neues Gesellschaftsmodell nach ihren Vorstellungen, gerne auch einen »neuen Menschen«, der phönixgleich aus der Asche der nationalsozialistischen Revolution auferstehe, sobald die Fesseln des heutigen Daseins zerrissen seien und die Menschen ihre »wahre« Bestimmung erkennen könnten. Hier findet sich dann auch das Heilsversprechen für diejenigen, denen es eher um die Gruppe an sich geht. Die Zukunft ist hell erleuchtetes Glück, der Weg dahin aber steinig und gegen viele Widerstände zu erkämpfen, die die Schwere des heutigen Daseins erklärten.

Radikale Gruppen leben von der ständigen Aktion. Sie schweißt Gruppen genauso zusammen wie die Definition klarer Feinde, an denen es sich auf dem Weg zum Glück abzuarbeiten gelte. Die jeweils »Neue Zeit« braucht immer die Überwindung des Heutigen. Hinzu kommen ritualisierte Formen des Lebens, des Wohnens, des Medienkonsums, der Alltagsgestaltung, die zumindest angeboten werden. Von den Einzelnen wird der Einsatz für das Kollektiv erwartet. Das heißt vor allem Unterordnung der Eigeninteressen unter das Kollektiv. Die Gruppe ist der Theorie nach alles, der*die Einzelne gehe in ihr auf, erfährt deren Anerkennung und Unterstützung und soll sich ihr mit allem, was er*sie hat, ergeben.

Die Praxis sieht oft anders aus: Selbst in den Gruppen, die ideologisch Hierarchien abzubauen versprechen und für Befreiung kämpfen, gibt es oft klare innere, hierarchische Abstufungen. Zumeist bestimmen Aktivist*innen den Alltag. Mitläufer*innen werden nicht selten nur benutzt, ausgebeutet, insgeheim ausgelacht und fallen gelassen, wenn sie ihren Dienst an der Führung nicht zu deren Zufriedenheit erfüllen.

Radikalisierungsstufen

Radikalisierung gibt es immer in unterschiedlichen Stufen, mit vielen Graubereichen und unterschiedlichen gesellschaftlichen Konsequenzen. Am

Beispiel der rechtsextremen Radikalisierung kann man diese Übergänge in der Eskalationstheorie gut darstellen. Das folgende, bereits bekannte Schaubild soll beim Verständnis helfen (▶ Abb. 16).

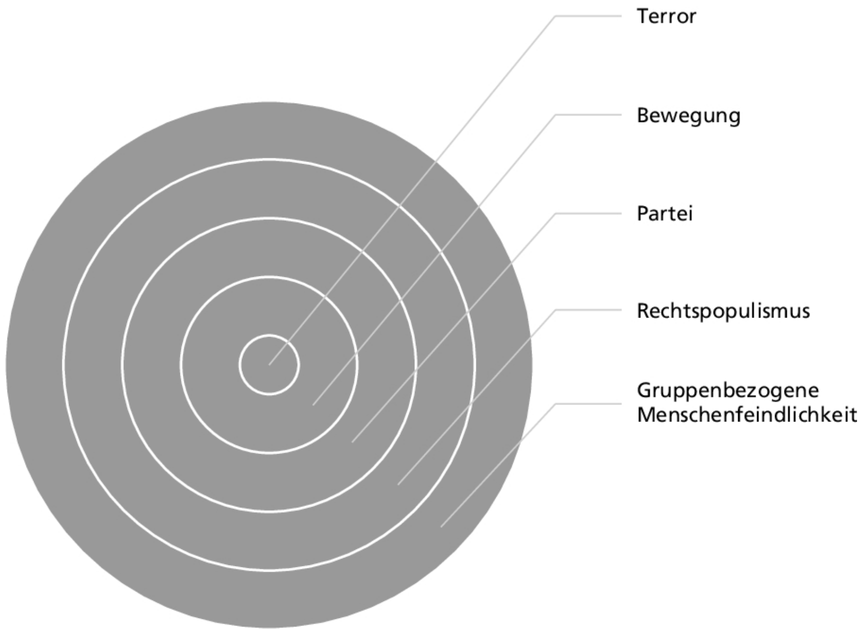


Abb. 16: Eskalationsmechanismus

Zur Erinnerung bzw. Wiederholung: Es gibt nicht die ›eine‹ Radikalität von rechts, sondern unterschiedliche Formen und Akteure, die sich untereinander unterscheiden und dennoch zusammengedacht werden müssen. Sie lassen sich differenzieren nach Gewaltbereitschaft und der Kompatibilität mit dem demokratischen Rechtsstaat.

Die höchste Akzeptanz von Gewalt und Distanz zum Rechtsstaat hat der Rechtsterrorismus, z. B. der NSU-Zelle und ähnlicher Gruppen. Morde sind hier ein politisches Konzept und Militanz Ausdruck des politischen Ziels der Überwindung bestehender gesellschaftlicher, ökonomischer und staatlicher Verhältnisse.

Viele Rechtsterrorist*innen wurden sozialisiert im bewegungsförmigen Rechtsextremismus, die NSU-Mitglieder z. B. im Kameradschaftsnetzwerk des selbst ernannten »Thüringischen Heimatschutzes«. Mit »bewegungsförmig« sind jene Organisationen und Kerne im Feld gemeint, die für radikal rechte Ideen streiten, dabei aber nicht zu terroristischen Mitteln greifen. Dies können z. B. Kameradschaften, Jugendgruppen, Musiknetzwerke oder auch neue Strömungen wie die »Identitäre Bewegung« sein. Die Bewegung zeichnet ein revolutionäres Grundverständnis aus, dass die Teilnahme am »System« soweit es geht ausschließt.

Parteien wie die NPD, die »Rechte« oder »Der dritte Weg« verfolgen ebenfalls revolutionäre Ziele und setzen sich oft aus Mitgliedern der Bewegung zusammen oder kooperieren eng mit ihnen. Die Differenz besteht darin, dass diese Parteien sich pro forma am System beteiligen, um den Staat somit mit seinen eigenen Mitteln zu besiegen. Die Bühne des Parlaments und das Geld der Parteiförderung sollen genutzt werden, um die Demokratie zu besiegen und eine völkische Gesellschaft zu etablieren. Dafür werden sie von überzeugten Bewegungsteilnehmer*innen als »korrumpiert« und »zu angepasst« kritisiert.

Auch im Rechtspopulismus kommt es oft zu Parteigründungen. Diese verkünden als Ziel jedoch nicht die vollständige Überwindung der Demokratie, sondern eher deren Neubelebung. Zumeist wird im Namen des vermeintlich »kleinen Mannes« gegen schwache Gruppen und Minderheiten gehetzt. Hinzu kommt eine ausgeprägte Abneigung gegen jede Form der Veränderung der Nationalstaatlichkeit z. B. im Rahmen der europäischen Integration. Rechtspopulismus nimmt dabei eine Scharnierfunktion von der Mitte der Gesellschaft in gewaltbereite Szene wahr.

Den äußersten Rahmen zeichnet die sogenannte »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« aus. Diese meint feindselige Einstellungen vor allem in der Mitte der Gesellschaft gegenüber schwachen Gruppen. Typische Beispiele sind z. B. der bekannte Alltagsrassismus gegenüber Flüchtlingen oder bestimmten Migrant*innengruppen, antisemitische Stereotype oder auch hasserfüllte Positionen gegenüber Schwulen und Lesben. Radikale Gruppen brauchen das Gefühl der gesellschaftlichen Verankerung wie der Fisch das Wasser. Ohne zumindest die Suggestion, dass die eigene Bewegung ausspreche, was sich andere doch vermeintlich wünschten oder was für sie gut wäre, wenn sie denn nicht so »verblendet« wären, kommt kein Radikalismus aus.

Radikale Gruppen horchen somit immer in die Diskurse der Gesellschaft rein und suchen Resonanzräume, in denen sie ein positives Echo für ihr jeweiliges Anliegen erhoffen, erwarten oder auch bekommen. Passende Themen werden dann immer wieder aufs Neue reproduziert, um so Stimmung in eigener Sache zu machen. Die sozialen Medien im Netz spielen dabei heute eine herausragende Rolle. Für die eigene Gruppe eher strittige Themen werden hingegen gemieden. Ein typisches Beispiel dafür ist ein Strategiepapier der Alternative für Deutschland. Darin wünscht sich der Parteivorstand in kommenden Wahlkämpfen eine Konzentration auf Themen wie Flüchtlinge und Kriminalität. Davon erhoffen sie sich innerparteilichen und gesellschaftlichen Rückenwind. Die Forderung nach Abschaffung des Mindestlohns soll hingegen nicht thematisiert werden. Sie könnte strittig sein und vor allem die davon betroffenen Milieus abschrecken (Strategiepapier liegt dem Autor als Kopie vor).

Ähnliche Übergänge und Radikalisierungsstufen finden sich auch im linken und salafistischen/islamistischen Spektrum. Radikalisierte Biografien zeichnen oft aus, dass sie im Laufe ihres Lebens unterschiedliche Stufen der Radikalisierung ›ausprobiert‹ haben. Eine der größten Hürden ist dabei der

Schritt zur Gewalt. Er eröffnet dem*der Einzelnen neue Mittel und Risiken. Die Übergänge zeigen auch, dass sich das jeweilige Verhältnis zu den normativen Grundlagen der Gesellschaft im Laufe radikaler Biografieverläufe verändern kann. Radikalisierung darf man sich dabei nicht als Zustand, sondern immer nur als Prozess vorstellen mit Höhen und Tiefen. Die wenigsten Menschen sind immer radikal. Phasen der Mäßigung folgen oft auf Spitzen- und Aktionsphasen. Verantwortlich dafür sind oft auch Agendathemen im Umfeld. Kommen z. B. viele Flüchtlinge ins Land, mobilisiert das die politische Rechte. Das wiederum können Linke so nicht stehenlassen und mobilisieren ihrerseits. Im individuellen Prozess kommen auch private Zufälle dazu: Ausbildungen, Familiengründungen, Krankheiten, Gewalterlebnisse, die wahlweise radikalisierend oder deradikalisierend wirken können.

Deradikalisierung

Genauso wie Radikalisierung erfolgt auch Deradikalisierung nicht von Jetzt auf Gleich, sondern ist ebenfalls als Prozess zu begreifen. Er beginnt zumeist mit der Kommunikation mit einem Menschen jenseits der eigenen Gruppe und Ideologie. Das klingt banal, ist in der Praxis aber für beide Seiten hoch ambivalent und schwierig. Der*die Radikale redet mit einem »Ungläubigen«, »Verblendeten« oder gar »Verräter von der anderen Seite« und macht sich in seinen*ihren eigenen Gruppenzusammenhängen angreifbar. Der andere wird gesehen im Dialog mit einem »Gewalttäter«, »Gutmenschen«, »Nazi«, »Linksextremisten« oder »Islamisten« und sorgt so in seinen sozialen Kreisen für Irritation. Und dennoch beginnt Deradikalisierung häufig mit dieser Öffnung für andere Ansichten. Hilfreich sind dabei fünf typische Motivlagen für Deradikalisierung.

- Abschreckende Gewalt: Zwischen der Propagierung und der Durchführung von (massiver) Gewalt besteht ein deutlicher Unterschied. Manche*r Wortführer*in kam mit dem Anblick der tatsächlichen Folgen von Gewalttaten emotional doch nicht so klar, wie vorher gedacht, und erschrickt so über die Folgen des eigenen Handelns bzw. des Denkens. Er*sie beginnt sich zu hinterfragen, ob Gewalt sein*ihr Mittel der Wahl bleiben kann und soll.

- Andere verzweifeln an der Verlogenheit vieler radikaler Gruppen. Die Differenz zwischen dem, was offiziell verkündet und dem was real gelebt wird, wird zu groß. Widersprüche tun sich dann auf und können selbst mit klebrigen Lügen nicht mehr verdeckt werden.

- Gängig ist auch das Gefühl, das eigene Leben zu zerstören, ohne dabei dem politischen Ziel nähergekommen zu sein. Das Engagement für die Sache zermürbt und erscheint zunehmend sinnlos, weil Erfolge sich nicht einstellen.

- Nicht steuerbar, aber wunderbar deradikalisierend kann die Liebe wirken. Die neue Flamme des Herzens lebt oft anders, kennt neue Menschen, hört andere Musik, kocht und liebt ohne ideologische Vorgabe. Dies eröffnet neue Perspektiven für das Leben und Denken zugleich und oft müssen sich diese Menschen entweder für die Liebe oder die alte Szene entscheiden.

- Die wenigsten – aber auch die gibt es – beginnen tatsächlich an der Ideologie zu zweifeln und suchen nach einem Ausweg aus ihrem geistigen Engpass. Bei vielen kommt dieser Punkt eher zu einem anderen Motiv hinzu, ist aber nicht der ursprüngliche Grund.

Zur Verdeutlichung dieser Motivlagen sollen an dieser Stelle noch mal ausgewählte Beispiele aus der Praxis für einige Motivlagen benannt werden:

Beispiele

Motiv Gewalt

Eine rechtsextreme Führungskraft zur Wendezeit erlangt bundesweite Prominenz u. a. durch gezielte Hausbesetzungen in Berlin, gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei und diversen Opfergruppen rechtsextremer Gewalt. Er ruft zum Aufstand und zur nationalsozialistischen Revolution auf. Viele junge Menschen folgen ihm und seinen Worten. Als in Rostock Lichtenhagen dann jedoch die Häuser tatsächlich in Brand gesteckt werden, erschrickt der Anführer über die Wirkungen seiner gewalttätigen Worte. Er hat Schwierigkeiten, die Situation emotional auszuhalten, und hat damit vorher nicht gerechnet. Aus einem Mythos und einer Idee von Gewalt wurde eine konkrete Aktion, für die er mit verantwortlich war. Er erschrickt über diese Gewaltwelle und sich selbst und beginnt an sich und seinem Tun zu zweifeln.

Motiv Verlogenheit

Ein junger Rechtsextremist log vor Gericht für seinen Kameradschaftsführer und übernahm die Verantwortung für Gewalttaten, die nicht er selbst, sondern der Kameradschaftsführer begangen hatte. Das Urteil: über zwei Jahre Jungendgefängnis. Der Anführer lockte mit dem Versprechen, dass er mit seiner Lüge ewigen Dank der Kameraden erwarten könne. Der Führer sei für die Bewegung unverzichtbar und der Opfergang ins Jugendgefängnis werde unvergessen bleiben. Der junge Rechtsextremist war derweil frisch verliebt und die Kameraden versprachen, sich um seine Freundin zu kümmern. Seine Freundin zog wenige Tage nach seiner Inhaftierung beim Kameradschaftsführer ein, wurde knapp zehn Monate später erstmals Mutter und die Kameradschaft stellte den Kontakt zu dem Inhaftierten recht zügig ein. Dieser verstand: Er war ausgenutzt worden und die Versprechen nur verlogener Schall und Rauch.

Motiv Sinnlosigkeit

Vor allem im Kontext von Justizvollzugsanstalten taucht bei Inhaftierten manchmal die Frage der Sinnhaftigkeit des bisherigen Tuns auf. Einige radikalisieren sich dort noch mehr, entwickeln Hass auf das System und hoffen auf einen Aufstieg innerhalb der rechtsextremen Szene, wenn sie sich als unzerbrechlich und stark gezeigt hätten. Andere hingegen stellen sich Fragen nach ihrem weiteren Leben: Lohnt sich der Einsatz für die rechtsextreme Sache wirklich? Gibt es Fortschritte, Hoffnung oder ist es nur verschwendete Lebenszeit und eine Lebensidee, die dazu immer wieder im Gefängnis enden wird? Einige erkennen daraufhin, dass sie vielleicht viel Lebenszeit und Kraft investiert haben, ohne dass sich erwünschte Erfolge eingestellt hätten.

Alle fünf Motivlagen sind Typologien, das Leben ist oft bunter und komplexer und dennoch zeigen sich diese Motive in unterschiedlichen Variationen immer wieder. Wichtig ist dabei, dass das Motiv allein oft noch nicht reicht, um die jeweilige Szene wirklich zu verlassen. Kerne jeder Deradikalisierung sind der *Zweifel* am bisherigen Lebensentwurf sowie eine Ahnung, Vorstellung und im Idealfall auch Sehnsucht von und nach einem anderen Leben. Professionelle Deradikalisierung versucht den Zweifel zu verstärken und gleichzeitig Szenarien eines anderen Lebens zu eröffnen.

Was so vielleicht etwas romantisch klingt, ist für die Betroffenen oft hochproblematisch. Keine Szene lässt ihre Mitglieder gerne gehen, vor allem aber nicht, wenn die Person viel Wissen über illegale Machenschaften, Gruppeninterna oder persönliche Geheimnisse fortzutragen oder z. B. an staatlichen Stellen oder politische Feinde weiterzugeben droht. Rache und Angriffe auf den jeweiligen »Verräter« sind kein Mythos, sondern oft auch blutige Realität. Zur Frage der Sicherheit kommen aber noch weitere Fragen, vor allem auch der sozialen und ökonomischen Basis, hinzu. Wo kann die Person wie mit wem und auf welcher finanziellen Basis (gut) leben?

In Kenntnis dieser Prozesse arbeitet das Konzept der Deradikalisierung in folgenden Schritten.

a Kontaktaufnahme mit einer radikalen Person

Umstritten im Fachdiskurs ist der Zeitpunkt der Kontaktaufnahme. Einige Konzepte versuchen offensiv und aktiv aufsuchend Kommunikation und Kontakte zu rechtsextrem orientierten Personen zu bekommen. Sie suchen öffentliche rechtsextreme Treffpunkte auf und halten sich in der Nähe z. B. von Kundgebungen oder Demonstrationen auf, versuchen so Präsenz zu zeigen und erste beiläufige Kontakte aufzubauen. Sie diskutieren auch im Netz mit Rechtsextremist*innen und schaffen Themenplattformen, die verlockend für Rechtsextremist*innen sein können, um so Kontaktflächen aufzubauen.

Andere Projekte laden eher zur Diskussion ein, ohne dabei so offensiv erste Schritte zu gehen, indem sie z. B. Rechtsextremist*innen nicht aus öffentlichen Veranstaltungen werfen und dort mit ihnen in Kontakt kommen. Sie reagieren eher auf Nachfragen.

Weniger strittig ist, dass eine solche Kommunikation, wie oben beschrieben, zwar schwierig, aber unerlässlich für entsprechende Projektansätze ist. Die wenigsten Klient*innen kommen als vollendete Aussteiger zu Projekten der Deradikalisierung oder Ausstiegsarbeit. Im Gegenteil: Sie kommen als Suchende und selbst das wissen sie nicht immer selbst oder wehren den Gedanken noch ab.

Wie muss man sich solche Gespräche nun vorstellen? Die Antwort auf diese Frage ist nicht ganz einfach, weil es dafür kein ›Patentrezept‹, sondern eher individuelle Varianten gibt, die von der konkreten Personenkonstellation abhängen ist. Zunächst sind solche Gesprächsanfänge immer abtastend. Sie zielen auf ein gegenseitiges Kennenlernen und Respektieren und nicht auf Überwältigung oder Überzeugung des*der anderen. Geprüft werden fast immer drei Aspekte:

·

Ehrlichkeit
Lügen zerstören jedes Vertrauen, in der Liebe wie in der Sozialen Arbeit. Schon verlogen erscheinende Anbiederung hat den Hauch der Lüge in sich und beendet fast jedes Gespräch in diese Richtung. Die Fachkraft der Soziale Arbeit darf sich nicht verstecken, sondern muss bereit sein, Haltung und Persönlichkeit offen zu präsentieren und damit verbundene Einstellungen und Positionen zumindest auf Nachfrage auch offensiv zu vertreten und nichts zu verheimlichen.

·

Authentizität
Eng verwandt mit der Ehrlichkeit ist Authentizität. Sie meint aber mehr. Es geht in den Gesprächen darum, auf Augenhöhe zu kommen, ernst genommen zu werden und den anderen ernst zu nehmen. Das geht nicht mit Schauspielerei, sondern nur mit eigener Persönlichkeit. Wie diese genau gestaltet ist oder was sie prägt, ist dabei gar nicht das Wichtigste. Sie muss nur erkennbar und ›echt‹ sein. Unbedingt zu vermeiden sind moralische Überhöhungen, wie sie leider manchmal auch in der Sozialen Arbeit zu finden sind.

.

Respekt
Ohne eine grundsätzliche Haltung, die von Respekt gegenüber dem anderen Menschen und dessen Leben gekennzeichnet ist, hat professionelle Soziale Arbeit keine Chance auf den Aufbau einer Beziehung. Die Gespräche dienen anfangs dem Kennenlernen und nicht der Verurteilung oder sofortigen Veränderung des Gegenübers. Das schließt nicht aus, vor allem auf Nachfrage auch offen und ehrlich einzelne Punkte zu kommentieren.

Fachkräfte im Feld müssen dazu jeweils eigene passende Wege finden und ausprobieren. Solche Aspekte müssen praktisch eingeübt, gemeinsam im Team reflektiert und fortentwickelt werden. Dazu gehört es, Fehler zu machen, sich über vermeintlich ›schlechte‹ Kommunikationsabläufe zu ärgern und sich selbst nicht zu wichtig zu nehmen. Es gibt dafür auch keine generellen und verallgemeinerbaren Vorgaben: Jede*r muss dabei seinen*ihren eigenen Stil finden und entwickeln können.

b Kommunikation zur Deradikalisierung

Der Kern jedes Prozesses einer Deradikalisierung ist Kommunikation auf der Basis der oben genannten Maßstäbe. Deradikalisierung kann mehrere Ziele verfolgen. Dazu gehören die folgenden.

.

Verringerung der Gewaltaffinität der radikalisierten Person und damit Rückführung der Person im obigen Kreissystem der Eskalationstheorie in weiter außen gelegene Bereiche: Dies schützt Opfer und mögliche Täter*innen auch vor sich selbst. Es führt aber nicht unbedingt zu einem Ausstieg im Sinne der obigen Definition.

.

Verschiebung der Lebensschwerpunkte: Manchmal bedeutet Deradikalisierung auch, zunächst Menschen zu demobilisieren, indem sie z. B. an die Bedeutung anderer Aufgaben in ihrem Leben erinnert werden z. B. an die Verantwortung gegenüber ihrer Familie, ihrer Gesundheit oder auch ihres Jobs. Kritiker*innen werden hier einwenden, dass so möglicherweise ›Zeitbomben‹, sprich hoch gewaltaffine Personen nur ›geparkt‹, aber nicht ›entschärft‹ werden. Das stimmt auch in manchen Fällen und ist somit keine dauerhafte Lösung. Es kann aber Zeitfenster entstehen lassen, die für dauerhafte Lösungen genutzt werden können, und ist somit ein Zwischenschritt, der nicht dazu dienen sollte, die Person aus dem Blick zu verlieren oder deren mögliche Gefährlichkeit zu unterschätzen.

·

Vorbereitung eines Ausstiegsprozesses: Deradikalisierung ist oft, aber nicht immer einem Ausstiegsprozess vorgeschaltet. Ausnahmen sind Prozesse z. B. mit hoher Dynamik aufgrund akuten Gewaltgeschehens, die Szenemitglieder veranlassen, sofort auszusteigen und erst dann sortiert zu bekommen, was das für sie eigentlich bedeutet. Üblicher sind jedoch andere Wege. Deradikalisierung heißt vor allem die Arbeit, Zweifel am rechtsextremen Sein und Denken zu nähren und alternative, das heißt nicht rechtsextreme Lebenswürfe zu einer realen Option für die radikale Person werden zu lassen. Die neuen Lebensentwürfe dürfen dabei nicht illusionär oder gar verlogen sein, sondern zu der Person, müssen zu ihrer Geschichte und zu ihren Ressourcen passen. Voraussetzung dafür ist auf Seiten der Fachkraft der Sozialen Arbeit der verstehen-wollende Ansatz zur Analyse der Biografie.

c Analyse der Biografie

Der zweite Schritt und der erste Sinn der Kommunikation ist die umfassende Fallanalyse, die sich im Gegensatz zur akzeptierenden Jugendarbeit nicht nur auf Fragen von Desintegration und Integration bezieht, sondern umfassend biografisch arbeitet. Geklärt werden in ausführlichen, dokumentierten Gesprächen folgende Aspekte:

·

biografischer Verlauf,

·

sozio-ökonomische Lage,

- politisches Umfeld,
- soziales und familiäres Umfeld,
- Einstiegsmuster (wie und warum wurde die Person radikal?),
- Radikalitätsmuster (Action, Gewalt, Ideologie?),
- Radikalitätsstufe (z. B. im Rahmen der Eskalationstheorie),
- mögliches Motiv für Deradikalisierung (siehe oben),
- besondere Sicherheitsproblematiken (Gewaltaffinität der Umfelder, Wissensbestände der Person, Einbezug des persönlichen Umfeldes vor allem von Kindern usw.),
- konkrete Wünsche, Vorstellungen und Hoffnungen im Falle eines Ausstiegs.

Mit diesen Informationen ist es möglich, ein umfassendes Lagebild für die betroffene Person anzufertigen, das wiederum Grundlage für konkrete Maßnahmen sein soll.

Manchmal taucht bei dieser Arbeit ein Sonderproblem für die Soziale Arbeit. Zwar haben staatlich anerkannte Sozialarbeiter*innen nach § 203 Strafgesetzbuch ein Zeugnisverweigerungsrecht z. B. gegenüber der Polizei. Zu den Berichten der Rechtsextremist*innen können aber auch Hinweise auf schwere Straftaten bzw. grundsätzliche Planungen gehören und hier greift dann recht schnell § 138 Strafgesetzbuch, der das Nichtanzeigen geplanter Straftaten unter Strafe stellt. Wird die Fachkraft z. B. im Rahmen einer polizeilichen Befragung aufgefordert, entsprechendes Wissen weiterzugeben, sieht das Gesetz eindeutig vor, dass dies auch zu geschehen habe. Für das

Vertrauensverhältnis gegenüber dem*der Klient*in kann das ein ungeheures Problem werden. Greift die Fachkraft jedoch zur Lüge gegenüber der Polizei oder gibt Gedächtnislücken vor und wird dabei überführt, macht sie sich selbst strafbar. Es macht daher Sinn, auch diesen Punkt von Beginn an klarzustellen, dass entsprechende Probleme auftauchen können.

d Hilfe und Maßnahmeplan

Auf der Basis dieser Biografieanalyse kann ein individueller Hilfe- und Maßnahmeplan entwickelt werden. Darin müssen folgende Fragen möglichst umfassend beantwortet werden:

- Welche Schritte müssen in den Bereichen Ideologie und Handlung noch weiter unternommen werden, um von einem Ausstieg im oben genannten Sinne sprechen zu können? Welche Hilfen und Unterstützungen sind dafür nötig?
  Diese Frage erscheint prioritär. In der Praxis ist deren Beantwortung eher eine Daueraufgabe, die stetig im Blick zu behalten und zu bearbeiten ist.

- Wie kann das konkrete Szenario des Ausstiegs aussehen?
  Es gibt unterschiedliche Wege des Ausstiegs, die von der jeweiligen Person und deren Konstellation abhängig ist. Einige Personen versuchen, der früheren Szene langsam und unauffällig zu entgleiten. Manche geben längere, z. B. beruflich begründete Aufenthalte jenseits des Wohnortes vor und bauen sich in der Zeit ein neues Lebensumfeld auf. Andere verkünden ihren Ausstieg (szene-)öffentlich und setzen auf einen ›großen Knall‹, der keine Zweifel an der Ernsthaftigkeit aufkommen lässt und oft auch als Signal an andere Zweifelnde in der Szene zu verstehen ist. Wichtig ist dabei, die jeweiligen erwartbaren Reaktionen vorab zu durchdenken, um nicht zu sehr überrascht zu sein. Vor allem in Hinblick auf mögliche Sicherheitsfragen ist es unerlässlich, mögliche Reaktionsweisen der verlassenen Szenemitglieder frühzeitig zu prognostizieren, um darauf präventiv vorbereitet zu sein und in Bezug auf mögliche Gefahrenlagen kritisch zu reflektieren.

- Wie wird die Gegenseite reagieren? Gibt es Sicherheitsproblematiken? Falls ja, wie kann ihnen begegnet werden?
  Dieser Aspekt ist der schwierigste Teil der Arbeit und überfordert die

meisten Träger der Sozialen Arbeit. Es ist daher unerlässlich, sich dazu ein professionelles und vertrauensvolles Netzwerk aufzubauen, das zu Sicherheitsanalysen und -einschätzungen tatsächlich befähigt ist. Generell gilt: Radikale Gruppen geben ihre Mitglieder ungerne ab. Erinnert sei auch an den Kameradschaftsschwur: Ausstieg ist danach ein »Verrat« am innersten der Szene und dem konkreten »Kameraden« gegenüber, dem man »ewige Treue« geschworen habe. Rechtsextreme Gruppen antworten darauf oft mit massiver Gewalt und nicht mit moderierten Gesprächskreisen. Wie diese Gewalt jedoch jeweils aussehen könnte, ob sie eher verbal oder physisch, spontan oder vorbereitet, mörderisch oder eher nur einschüchternd ist, hängt sehr von den jeweiligen Gruppen, ihren Eigenarten, Führungen und Mitgliedern ab. Es braucht oft einen jahrelang geschulten Blick, um entsprechende Einschätzungen treffen zu können. Soziale Arbeit sollte an dieser Stelle unbedingt vorsichtig sein, sich nicht selbst überschätzen und Unterstützung von Fachkräften mit entsprechend spezialisierter Fachexpertise suchen.

.

Wie sieht eine mögliche soziale und ökonomische Zukunft des*der Klient*in aus?
Oft verlieren Ausstiegswillige im Fall der Fälle auch den Großteil ihres persönlichen Umfeldes und manchmal auch ihre ökonomische Existenz. Eine Ausstiegsberatung, die diese Aspekte nicht mitbedenkt, arbeitet unterkomplex und damit unprofessionell. Beachtet werden sollte dabei frühzeitig, dass vielen Aussteiger*innen mit großen Zweifeln in der Öffentlichkeit begegnet wird. Sind sie glaubwürdig? Nicht selten gibt es auch Einstellungen in der Bevölkerung, nach denen Aussteiger*innen keine neue Chance im Leben zu geben sei. Zu groß sei ihre moralische Schuld oder die Gefahr der Reradikalisierung, so dass es oft einer langen Suche und/oder viel Überzeugungs- und Vertrauensarbeit braucht, um Aussteiger*innen neue ökonomische Chancen zu ermöglichen.

.

Müssen weitere Familienmitglieder, insbesondere Kinder, geschützt werden?
In einigen, besonders rassistischen Gruppen sind Kinder auch ein politisches Projekt der »Arterhaltung« oder der »völkischen Zukunftspflege«. Im Ausstiegsfalle kommt diese Komponente manchmal noch zu sonstigen Sorgerechtsstreitigkeiten hinzu. Entsprechende Fälle beschäftigten auch schon die höchsten deutschen Gerichte und stärkten z. T. dabei die Rechte der Kinder auf ein freies Leben ohne Gewalt. Für die Soziale Arbeit bedeutet dies besondere Vorsicht und unbedingte

Beachtung bei der gemeinsamen Entwicklung von Sicherheitsstrategien. Auch hier gilt: Bitte spezialisierte Fachkräfte im Netzwerk dazu suchen und sich nicht selbst überschätzen. Die Kosten tragen dann im Zweifel die Kinder.

Wichtig ist bei allem, dass konkrete Schritte gemeinsam mit dem Ausstiegswilligen geplant werden. Ausstiegsprozesse können nur begleitet werden – Subjekt des Handelns bleibt die betroffene Person. Sie muss die Maßnahmen umsetzen und kann dabei unterstützt und begleitet werden. Das bedeutet im Umkehrschluss auch, dass Ausstiege manchmal auch rückgängig gemacht oder abgebrochen werden. Das mag dann bedauerlich sein, liegt aber immer in der Entscheidung der Person und muss im Zweifel von der Sozialen Arbeit auch akzeptiert werden.

e Nachbearbeitung

Ausstiege im Sinne einer Deradikalisierung sind prägende Prozesse mit langjährigen Nachwirkungen. Viele Aussteiger*innen brauchen auch nach der Akutphase umfassende Begleitung, die Möglichkeit der Reflektion wie auch die Hilfe bei juristischen Verfahren, Klärungen mit der Familie und bei anderen Themen des Alltags.

Wichtig ist dabei auch der Umgang mit Schuld und Verantwortung. Ziel der Ausstiegsarbeit ist die Eröffnung neuer Perspektiven für (ehemalige) Rechtsextremist*innen. Dies befreit sie jedoch nicht von individueller Schuld und Verantwortung. Zur Verantwortungsübernahme zählt auch die Bereitschaft, sich der eigenen Verantwortung vor allem gegenüber Opfern zu stellen. Ein Ausstieg schützt auch nicht vor juristischer Auseinandersetzung – im Gegenteil: ein kooperatives Verhalten kann hier Teil eines Ausstiegsprozesses sein.

Ausstiegsarbeit oder Arbeit an Deradikalisierungsprozessen gehören zu den anspruchsvollsten Arbeitsansätzen der Sozialen Arbeit im Themenfeld Rechtsextremismus. Eine Arbeit in interdisziplinären Netzwerken vor allem mit Psycholog*innen und Jurist*innen ist dabei zwingend und Ausdruck von Professionalität im Handeln. Vor allem der Aspekt der Sicherheit aller beteiligten Personen ist eine Daueraufgabe, bei der Fehler schwerstens bestraft werden können und die auch andauernden Druck auf alle Beteiligten erzeugt. Umso wichtiger ist es daher, professionelle Arbeitsbedingungen zu haben oder zu entwickeln, ohne die diese Arbeit kaum möglich ist. Am Ende des Kapitels folgen dazu noch einige Hinweise (▶ Kap. 4.3.5). Vorweg sei jedoch noch auf eine besondere Chance des Einsatzes von Aussteiger*innen innerhalb von Deradikalisierungsprojekten verwiesen sowie das Handlungsfeld der Eltern- und/oder Umfeldberatung vorgestellt.

»Contrapropaganda« durch Aussteiger*innen

Für einige Aussteiger*innen gehört zur Verantwortungsübernahme und zur Aufarbeitung der eigenen Biografie auch der Einsatz in verschiedenen Bereichen der politischen Bildung. Die Möglichkeiten und Grenzen solcher ›Einsätze‹ lassen sich wieder anhand eines Praxisbeispiels aufzeigen.

Beispiel

Die Sozialarbeiterin in einem Jugendgefängnis schlägt Alarm bei ihrer Anstaltsleitung. Zu ihren Inhaftierten gehören viele ältere Jugendliche aus rechtsextremen Zusammenhängen in der Region. Sie wurden u. a. wegen vermehrter Propagandadelikte, Widerstand gegen die Staatsgewalt und vor allem diverser Körperverletzungen und Sachbeschädigungen zu Jugendstrafen zwischen einem und in einem Ausnahmefall fast zehn Jahren verurteilt. Die Sozialarbeiterin beobachtet zunehmend die Bildung informeller, rechtsextremer Strukturen innerhalb der Vollzugsanstalt. Den Ausbilder*innen gelinge es nicht, sich dieser Thematik in ihren zumeist handwerklich ausgerichteten Bereichen adäquat zu stellen. Gerne würde sie über zusätzliche Maßnahmen der politischen Bildung mit den Jugendlichen ins Gespräch kommen, um über ihre Werte und Ein- und Anbindungen an die rechtsextremen Szenen zu diskutieren und so vielleicht deradikalisierende Impulse zu setzen. »Ihre« Jugendlichen sind dabei von ihrer formalen Bildung her sehr heterogen. Wie könnte so ein Angebot somit aussehen und wie könnte sie ins Gespräch kommen? Haben Sie Ideen?

Viele Projekte im Themenfeld wollen in diversen Veranstaltungsformaten über »Rechtsextremismus« aufklären. Sie werden bei dieser Zielgruppe in der Regel brachial scheitern. Die Jugendlichen kennen sich bereits aus und das vermutlich sogar besser als die eingeflogenen Expert*innen. Im schlimmsten Falle machen diese sich lächerlich, weil sie über aktuelle Trends vielleicht nicht genügend informiert sind oder an sprachlichen Differenzen scheitern.

Denkbar wäre auch, über die Themen der rechtsextremen Jugendlichen zu diskutieren, z. B. über die Anzahl von Migrant*innen in der Region oder (vermeintliche) Einflüsse von Jüd*innen in der globalen Welt. Dies verspricht vor allem anstrengend, didaktisch aber auch leicht entzündbar und kontraproduktiv zu werden. Zum einen stellt sich die Frage nach dem Umgang mit den völlig unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen der Teilnehmer. Vermutlich braucht es völlig unterschiedliche, z. B. eher kognitive oder eher emotionale Zugänge zu den Jugendlichen, um sie überhaupt erreichen zu können. Zum anderen droht zumindest die Gefahr, dass die wortgewandteren Jugendlichen die Gelegenheit nutzen, blanke Parolen in den Raum zu stellen, Diskurse so zu entfachen, indirekt ihre Mitinhaftierten damit zu schulen, ohne auf Einwände groß einzugehen. Es würde so auch rechtsextremen Ideologien ungemein viel Raum gegeben. Vor allem mit größeren und sehr heterogenen Gruppe erweist sich dieser Ansatz als sehr schwierig, was im Umkehrschluss

nicht bedeutet, dass in anderen Settings solche Debatte nicht enorm wichtig und erfahrungsgemäß auch fruchtbar sein können. Was wäre somit eine gute Alternative?

Einen fast sicheren Zugang haben Referent*innen, die die Lebenswelt der Inhaftierten selbst erlebt haben, diese somit hautnah und aus eigenem Erleben kennen und fast automatisch ein hohes Verständnis für die Inhaftierten, deren Sorgen, Potenziale und Probleme haben. Aussteiger*innen aus der rechtsextremen Szene verfügen genau über diese Erkenntnisse und eignen sich somit ideal als Referenz- und Reizpersonen. Ihre Fachexpertise ist unbestritten und sie stehen mit ihrer Biografie, ihren Brüchen und Lebensentscheidungen für eine lebendige Option eines nicht rechtsextremen Lebens. Sie kennen die Beweggründe für den Einstieg in diese Szenen, haben das Innenleben mit ihren Höhen und Tiefen, Lockungen und Paradoxien, inneren Brüchen, Halte- und Gehstrukturen am eigenen Leib erfahren und sich entschieden, diesen Lebensentwurf für sich zu verwerfen und einen anderen zu wählen. Sie zeigen damit auch in Persona, dass selbst in gefühlten Ausweglosigkeiten biografischer Verirrungen und Verwicklungen ein anderes Leben immer möglich ist. Sie stehen auch für den Mut zum Aufbruch, zur Reflektion, kennen die Momente des Zweifelns am rechtsextremen Dasein und können diese in »ich-Form« anderen aufzeigen.

Der*die Sozialarbeiter*in sollte zunächst eine solche Veranstaltung, in der der*die Aussteiger*in aus seinem*ihrem Leben und seinen*ihren Gründen in und aus der Szene heraus berichtet und den Jugendlichen anbietet, darüber zu sprechen, Fragen zu stellen und diese Entscheidung auch kritisch zu hinterfragen, zunächst nur beobachtend begleiten. Oft zeigen sich in diesen Diskussionen Brüche in vermeintlich hermetisch abgeriegelten rechtsextremen Gruppen. Wer ist besonders interessiert, wer wehrt das Gesagte nur ab? Wer zeigt sich verängstigt, wer macht sich lustig, um die eigene Unsicherheit zu überspielen? Wer lässt vielleicht eigene Zweifel zu und falls ja, an welchen Themen und Schnittstellen lassen sie sich erkennen? Solche Veranstaltungen laden somit zur individuellen Nachbereitung ein, die dann bei Einzelnen die erwünschten Zweifel als Vorlauf jeder Deradikalisierung stärken können.

Aufmerksamen Leser*innen ist vielleicht der irritierende Titel des Kapitels aufgefallen. Der Begriff der »Contrapropaganda« stammt aus dem Bereich politisch-militärischer Sicherheitsstrategien. Keine Personengruppe wird von der jeweiligen ideologischen Partei so abgewehrt und z. T. gehasst wie der*diejenige, der*die früher zur eigenen Gruppe gehörte und diese öffentlich verließ und mit dem Insiderwissen womöglich noch öffentlich zu konfrontieren und kritisieren wusste und gleichzeitig noch zeigt, dass es ein Leben jenseits der bisherigen Gruppe in Freiheit, Würde und Autonomie geben kann. Diese Person ist immer ein Vorbild für Nachahmer*innen und damit besonders gefährlich für den Zusammenhalt von Ideologie und Gruppe. In Sicherheitsstrategien werden diese Personen bevorzugt eingesetzt, um ideologisch nicht völlig gefestigten Personen zu signalisieren, dass sich ein

Aufbruch zu neuen gedanklichen und lebensweltlichen Ufern lohnen kann. Sie sind somit Vorbilder für neue Wege.

So sinnvoll und ehrenhaft der Einsatz von Aussteiger*innen in der Bildungsarbeit auch sein mag, so birgt er auch eine Gefahr in sich. Aussteiger*innen definieren sich weiterhin über ihre frühere Biografie – sie waren rechtsextrem und sind daraus ausgestiegen. Was folgt aber als nächster Schritt in ihrem Leben? Was ist das Eigene oder wie gelingt eine neue Freiheit, die sich nicht mehr nur aus der Abgrenzung vom früheren Weg definiert? Der Status »Aussteiger*in« ist im Idealfall nur ein Zwischenschritt zu einer nächsten Lebensphase, die sich an den eigenen Bedürfnissen und Idealen orientiert. Der dauerhafte Einsatz von einer Bildungsmaßnahme zur nächsten kann diese gewünschte Weiterentwicklung auch verhindern und sollte auch von Seiten der Fachkräfte immer wieder thematisiert und kritisch betrachtet werden.



Weiterführende und verwendete Literatur

Johanna Sigl (2018): Biografische Wandlungen ehemals organisierter Rechtsextremer, Wiesbaden

Bernd Wagner (2017): EXIT-Deutschland. Historie, Ansätze und Praxis, in: Bozay, Kemal/Borstel, Dierk (Hrsg.): Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft, Wiesbaden, S. 413 – 434

Bernd Wagner (2020): »Ich will raus« – Deradikalisierung und Ausstiegsarbeit, in: Borstel, Dierk/Bozay. Kemal (Hrsg.): Kultur der Anerkennung statt Menschenfeindlichkeit. Antworten für die pädagogische und politische Praxis, Weinheim/Basel, S. 269 – 308

Peter Riecker (Hrsg.) (2014): Hilfe zum Ausstieg? Ansätze und Erfahrungen professioneller Angebote zum Ausstieg aus rechtsextremen Szenen, Weinheim/Basel

Dierk Borstel (2021): Mit Rechten reden? Eine Standortbestimmung, in: Gegen Vergessen – Für Demokratie (Hrsg.): Konstruktive Kommunikation in der Demokratie. Ein Baustein in der politischen Bildung, Berlin, S. 80 – 94

4.3.4 Eltern – und Umfeldberatung

Eine anderer Beratungsstrang in der Sozialen Arbeit zielt auf das Umfeld von rechtsextremen Personen. Für Freund*innen und Familienmitglieder ist es oft nur schwer auszuhalten, wenn ihre Angehörigen sich in die rechtsextremen Dunkelkammern des Denkens und Handelns zurückziehen oder dieser Schritt droht. Auch wenn sich viele Fragen und Herausforderungen für die Soziale Arbeit mit Familien und anderen Umfeldern wie Freund*innen, Vereinsmitgliedern u. a. ähneln, macht es im Detail dennoch Sinn,

Familienberatung und andere Umfelderberatungen getrennt zu behandeln.

Familienberatung

Familienberatung in diesem Bereich basiert nicht auf einem engen, biologischen Verständnis von Familie, sondern ist sozial weiter zufassen und kann z. B. auch enge Freund*innen, Vertraute oder sonstige wichtige Bezugspersonen umfassen. Ein ›Klassiker‹ aus der Beratungspraxis wird in der folgenden Übungsaufgabe beschrieben.



Übungsaufgabe

Sie sind Mitarbeiter*in einer Familienberatung zum Thema Rechtsextremismus und haben über Weihnachten Notfalldienst am Telefon. Am ersten Weihnachtstag erreicht sie der Anruf eines Vaters mit brüchiger Stimme. Sie hören sich seine Geschichte an: Es handelt sich um eine vierköpfige Familie. Die Söhne sind 11 und 14 Jahre alt und leben mit Mutter und Vater zusammen in einer Mietwohnung in einer westdeutschen Kleinstadt. Beide Elternteile arbeiten, weil das Geld sonst nicht reicht. Er fährt Lastwagen für eine Spedition und war die letzten Wochen nur selten für einige Tage zu Hause. Die Mutter arbeitet halbtags als Sprechstundenhilfe bei einer Ärztin und musste in der Pandemie häufig Überstunden schieben. Beide Söhne verstünden sich zumeist gut. Der Ältere ist ein PC-Nerd, der gerne stundenlang Onlinegames spielt, während der Jüngere begeisterter Sportler im Verein ist. Heiligabend ist die Familie erstmals seit langen wieder mit Ruhe zusammengekommen. Der ältere Sohn hat dann erzählt, dass er neue Freunde im Netz gefunden habe. Sie kämpfen im Netz gegen »Kinderschänder«, »Kriminalität« und »für ein starkes, weißes Vaterland« im Kampf der Kulturen. Der Vater hat abends – neugierig wie er war – noch nach den Freunden gegoogelt und dabei entdeckt, dass es sich um eine Gruppe junger, rechtsextremer Menschen aus der Gamerszene handelt. Sie kommunizieren beim Spielen und in gesonderten Foren über jüdische Herrschaften, Ausländerkriminalität und für die »Reinheit des Blutes«. Ein Kosename in den Chats erinnert den Vater an eine typische Redensart seines Sohnes. Sollte sein Sohn sich tatsächlich dahinter verbergen, hätte er in den Foren bereits eine führende, weil moderierende und aufrufende Rolle angenommen. Heute Morgen wollte er seinen Sohn fragen. Der hat jedoch nur sein Zimmer abgeschlossen und geschrien, dass er mit der »Familienstasi« nichts mehr zu tun haben wolle und seine Eltern sich doch sowieso nie für ihn interessierten und sie jetzt nicht so tun sollten, als würde sich das auf einmal ändern. Seine Freunde würde er sich selbst

aussuchen und der Vater solle sich vielleicht auch mal eigene suchen und sich um sein eigenes Leben kümmern. Die Mutter hat nur geweint und ihren Mann gebeten, nicht »wieder« das schöne Fest kaputt zu machen. Der jüngere Sohn ist weinend in seinem Zimmer verschwunden und in dieser Situation ist der Vater rausgegangen, hat im Netz diese Nummer gefunden und bittet Sie nun um Rat.
Was würden Sie als Sozialarbeiter*in am Notfalltelefon diesem Vater raten?

Zunächst wird es natürlich darum gehen, den besorgten Mann überhaupt zuzuhören und zu beruhigen, bevor überhaupt an eine Beratungsstrategie gedacht werden kann. Nehmen wir an, dass das schnell gelingt, was passiert dann? In der Beratungslandschaft gibt es dazu zwei divergierende Ansätze. Ein Strang wurde vor allem im Kontext von Ausstiegsberatungen entwickelt. Ein anderer orientiert sich eher an sozial-psychologischen Ansätzen allgemeiner Sozialer Arbeit und versucht systemisch zu beraten. Die Unterschiede beider Ansätze, die in der Praxis natürlich oft Überschneidungen haben, ergeben sich aus der formulierten Zielrichtung.

Der erste Ansatz aus der Ausstiegsberatung fragt primär, welche Ressourcen und Ansätze entwickelt werden können, um Prozesse der Deradikalisierung zu initiieren. Der zweite Ansatz ist offener und fragt nach den Wünschen und Zielen der zu beratenden Person. Diese können vom ersten Ansatz abweichen. Im Fall dieses Vater wäre es z. B. auch ein mögliches Ziel, überhaupt wieder in Kommunikation mit seinen Kindern zu kommen oder die Familie ›zusammenzuhalten‹ oder eben auch alles zu tun, so dass der Sohn sich nicht noch weiter radikalisiert. Im Mittelpunkt des ersten Ansatzes steht somit der Wunsch nach Veränderung bei der radikalisierten Person. Der zweite Ansatz setzt auf die Stärkung des Beratungssuchenden, was auch bedeuten kann, gezielt nicht auf Aktivitäten zu setzen, die auf Deradikalisierung in diesem Falls des Sohns gerichtet sind.

Ein erster Schritt wäre somit nach der immer notwendigen gemeinsamen Lageanalyse die Definition eines Beratungsziels. Was soll erreicht werden? Welche Ressourcen gibt es dafür? Welche Probleme tauchen dabei möglicherweise auf? Welche externe Hilfe braucht es eventuell zur Erreichung des Ziels? In den Blick genommen wird dabei das System Familie und nicht nur die Einzelperson. Im obigen Beispiel wird z. B. sehr deutlich, dass mehrere Problemlagen zusammengedacht werden müssen. Dazu gehören die offensichtlich beruflich und finanziell nötigen Abwesenheiten der Eltern und deren Verarbeitungen durch die beiden Kinder, das pubertäre Verhalten des älteren Sohnes, der Rückzug von Mutter und jüngerem Sohn sowie der Wunsch der Mutter, den Konflikt nicht auszutragen, um den ›Familienfrieden‹ zumindest oberflächlich nicht zu gefährden. Bei dem älteren Sohn ist seine Radikalisierung auch verwoben mit seinem zentralen Hobby.

In solchen Gemengelagen ist es dann nicht einfach, Handlungsstrategien sofort zu erkennen. Dies gelingt auch nur, wenn das Ziel tatsächlich klar

formuliert ist. Will der Vater einfach Ruhe, reicht vielleicht ein kurzer Abstand und der Hinweis an seine Familienmitglieder, dass er sich beruhigt und gesammelt habe. Will er hingegen mit seinem Sohn reden, müsste überlegt werden, wie der Kontakt aufgenommen werden kann, welches Ziel mit dem Gespräch verfolgt und wie es entsprechend gestaltet werden kann. Hofft er z. B. durch eine stärkere Präsenz zu Hause wieder mehr Kontakt zu allen Familienmitgliedern zu bekommen, könnte auch das ein Ansatz für ein Beratungsprozess sein. Bei der Folgeanalyse, die jedem Schritt vorangeht, ist dabei stets das vollständige System zu betrachten. In lernenden Systemen wie der Familie führt jede Veränderung in einem Teilsystem zu gesamtsystemischen Veränderungen mit Folgen für alle Beteiligten. Nicht immer lassen sich diese klar prognostizieren. Trotzdem gehört zu der Ethik einer Beratung, sicht- und erwartbare Veränderungen durch einzelne Schritte vorab zu diskutieren und auf möglicherweise auftretende Folgen und Probleme hinzuweisen.

Auch in diesem Beratungsbereich spielt wieder der verstehen-wollende Ansatz eine bedeutende Rolle. Grundsätzlicher Respekt vor allen Beteiligten, eine Kultur, die auf Vorwürfe verzichtet, und andere Lebenswelten respektiert, sind unersetzlich für diese Arbeit. Oft machen sich Familienmitglieder – insbesondere Eltern – auch große Vorwürfe und kämpfen mit eigenen Schuldgefühlen. In diesem Beispiel könnte sich z. B. der Vater die ›Schuld‹ geben, dass der Sohn so viel am PC sitzt, weil er zu wenig Zeit für ihn gehabt habe. Völlig unabhängig davon, ob die Fachkraft der Soziale Arbeit diese Position teilt oder nicht, geht es darum, nach Auswegen und Ressourcen für den Vater zu suchen, ihn in seiner Position zu stärken und nicht mit zusätzlichen Vorwürfen seine bereits vorhandenen Schuldgefühle noch zu bestärken. Soziale Arbeit darf niemals ein moralisches Gericht sein, das über andere Menschen urteilt, sondern setzt im Sinne ihrer Professionsnormen auf die Stärkung der Würde der Menschen – auch dann, wenn deren Lebenswelten seltsam oder fehlerhaft erscheinen.

Eine wichtige Hilfe für viele Eltern ist dabei auch der Kontakt zu anderen Eltern mit ähnlichen Erfahrungen. Dies kann individuell oder auch als Selbsthilfeorganisation mit oder ohne professionelle Begleitung erfolgen. Vor allem die schon erwähnten Schuldgefühle und Selbstvorwurfsprobleme sind dabei oft ein Thema – zumindest am Anfang. Vielen hilft es zu sehen, dass sie mit ihren Fragen und Erfahrungen nicht allein sind und dass auch andere Eltern keinen ›perfekten‹ oder gar ›fehlerfreien‹ Weg fanden, um mit ihren jeweiligen Herausforderungen umzugehen. Solche Gruppen entwickeln manchmal auch die Dynamik einer gemeinsamen Ideenschmiede, die wieder Mut macht oder auch Eltern in Momenten begleitet, in denen sie gegen alle inneren Widerstände ihre Kinder loslassen müssen und meinen, sie damit zu verlieren, und sie manchmal auch tatsächlich verlieren. Wichtig ist auch hierbei, keine falschen Versprechungen oder Illusionen zu verbreiten: Wenn junge Menschen sich entscheiden, rechtsextreme Wege zu bestreiten, werden sie dies tun und im Zweifel damit glücklich oder auch unglücklich werden. Die Eltern können ihre

Kinder davor weder beschützen noch sie ›retten‹. Sie können nur immer wieder Angebote unterbreiten, versuchen in Kontakt und im Gespräch zu bleiben – dies gelingt jedoch nur, wenn die Eltern versuchen, auch ihr eigenes Leben weiterzuleben, sich dafür Zeit zu nehmen und sich somit selbst zu stärken.

Interessant ist in diesem Bereich, dass sich hier zunehmend auch Onlineformate auf dem Markt etablierten, wie z. B. die Onlineberatung gegen Rechtsextremismus des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie. Die Zugangshürde für Ratsuchende scheint hier angesichts der zugesicherten Anonymität geringer zu sein. Andererseits stoßen diese Formate auch gerade wegen dieser räumlichen Distanz manchmal an Grenzen, wenn es um den Aufbau konkreter Beratungsnetzwerke vor Ort geht. Gerade aber für Erstberatungen scheint es hier ein interessantes Potenzial auch für die Soziale Arbeit zu geben.



Weiterführende und verwendete Literatur

Wilfried Hosemann/Wolfgang Geiling (2013): Einführung in die Systemische Soziale Arbeit, München

Liane Czeremin/Julia Wolrab/Martin Ziegenhagen (2018): online gut beraten. Bestandaufnahme und Transfermöglichkeiten der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus, Berlin (Hrsg. Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.)

Peter Riecker (2019): Familie und Rechtsextremismus – Rechtsextremismus und Familie, in: Reiner Becker/Sophie Schmitt (Hrsg.): Beratung im Kontext von Rechtsextremismus. Felder – Methoden – Positionen, Frankfurt, S. 199 – 211

Umfeldberatung

Der Familienberatung recht ähnlich, in der Projektlandschaft jedoch oft den Ansätzen der mobilen Beratung zugeordnet, sind Anfragen aus den privaten und/oder beruflichen Umfeldern von Rechtsextremist*innen. Typische Beispiele kommen aus Sportvereinen, Kirchengemeinden oder auch von Nachbar*innen und Ausbildungsstellen.

Ähnlich wie bei der Familienberatung gibt es auch hier wieder zwei Ansätze, die sich in der Praxis manchmal überschneiden. Der eine Strang zielt auch hier vor allem auf die Suche nach Chancen und Andockungspunkten für einen Deradikalisierungsprozess bei der rechtsextremen Person. Der andere, systemische Ansatz will vor allem die unmittelbare ratsuchende Person in ihren Ressourcen und Möglichkeiten stärken. Dies kann Ansätze zur Suche nach Deradikalisierungsoptionen beinhalten, eine Pflicht ist es aber nicht, und auch Entscheidungen, die vielleicht eher Radikalisierungen fördern, können möglich sein, so sie im Sinne des*der Ratsuchenden sind.

Im Gegensatz zu Familien haben Anfragen aus klaren Organisationen für die Beratungspraxis meist einen wichtigen Vorteil.



Übungsaufgabe

Ein Jugendtrainer wendet sich an die örtliche Fachkraft zum Thema Rechtsextremismus. Ein 16-jähriger Spieler hat seinen Freund zum Training eingeladen. Die Mitspieler freuen sich ob seines Könnens und freundlichen Auftretens im Probetraining. Ein zweiter Mitspieler schickt dem Trainer später eine Nachricht: Der »Neue« sei an seiner Schule als »Nazi« bekannt, sei mehrfach mit Propagandadelikten wie Hakenkreuzschmierereien, aber noch nicht mit Gewalt aufgefallen. Er sei auch nicht der »hellste Stern« am Himmel und eher »Mitläufer«.
Der Jugendtrainer bittet Sie als Fachkraft um Rat: Was soll er tun? Und: Was würden Sie ihm raten?

Der entscheidende Unterschied zu den Eltern ist bei dem Trainer: Er kann die Aufnahme des neuen Spielers verweigern und hat damit viel mehr Freiheiten des Handelns. Hinzu kommt: er kann sich auf formale Strukturen berufen und mit ihnen argumentieren. Was bedeutet das nun? Konkret hat er z. B. folgende Handlungsoptionen:

a.

Er kann den Spieler aufnehmen und von Beginn an klar machen, dass es im Verein Regeln und im Sport Werte gibt. Nur wenn er sich an diese hält, kann er mitspielen. Hält er sich nicht daran, fliegt er aus der Mannschaft.

b.

Er kann die Aufnahme des Spielers verweigern und muss dies nicht öffentlich begründen. Er entscheidet, wen er (mit-)spielen lässt und wen nicht.

Mehrere Aspekte sollten – ganz unabhängig von seiner persönlichen Entscheidung – dabei beachtet werden:

.

Der Trainer muss sich seiner Möglichkeiten und Grenzen bewusst sein. Schafft er es z. B. im Fall von Weg a auch tatsächlich die Regeln durchzusetzen?

- Der Trainer sollte so eng wie möglich mit seiner Mannschaft kommunizieren. Sind die bisherigen Spieler auch bereit, seine Entscheidung mitzutragen? Kann er sie für seinen Weg gewinnen?

- Hat der Trainer Rückhalt im Verein, falls der Spieler sich z. B. über ihn beschwert? Eine Einbindung des Vereinsvorstands oder z. B. der Jugendleitung wäre dringend anzuraten.

- Sollte er sich für Weg a entscheiden: Verfolgt er damit über den Sport hinausgehende Ziele oder nicht? Falls ja: Hat er dafür Unterstützung und ein grundlegendes Verständnis von dem, was er sich vornimmt?

- Das ursprüngliche Ziel seiner Tätigkeit sollte nicht vergessen werden. Mittelpunkt der Trainertätigkeit sollte der Sport bleiben und die Ausbildung, Begleitung und Vorbereitung seiner Mannschaft. Das schließt pädagogische Aufgaben mit ein. Mit Verantwortung und Aufgaben überladen sollten diese zumeist ehrenamtlich Engagierten jedoch nicht werden.

Die Aufgabe der Sozialen Arbeit ist es an dieser Stelle nicht, dem Trainer Antworten auf diese Fragen abzunehmen, sondern die Fragen zu stellen und gegebenenfalls mit ihm mittels einiger gezielter Nachfragen ehrliche Antworten zu finden, mögliche Unterstützungsbedarfe zu identifizieren und dazu passende Angebote anzubieten oder mit ihm zu organisieren. Welchen Weg er jedoch einschlägt, entscheidet allein der Trainer und nicht die Fachkraft der Sozialen Arbeit.

Generell empfiehlt es sich bei Vereinen, aber auch in Betrieben klare Regeln z. B. in Satzungen oder in Betriebsvereinbarungen zu erarbeiten, die Verhaltensweisen, die mit den Werten und Zielen des Vereins bzw. Unternehmens nicht übereinstimmen, deutlich reglementieren. Sie können im Zweifel auch genutzt werden, um zum Schutz der eigenen Tätigkeit Regelbrecher*innen leicht entfernen zu können. Mustervorlagen gibt es z. B. von Seiten vieler Verbände, von Gewerkschaften, aber auch von vielen Beratungsteams im Feld.



Weiterführende und verwendete Literatur

Rainer Litten (2009): Einschränkungen rechtsextremer Handlungsräume – Möglichkeiten und Grenzen des Verwaltungsrechts, in: Braun, Stephan u. a. (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden, S. 507 – 525

4.3.5 Voraussetzungen der Sozialen Arbeit

Professionelle Soziale Arbeit in diesen Themenfeldern ist an einige besondere Voraussetzungen gebunden. Diese betreffen die Sozialarbeiter*innen selbst, aber auch deren berufliche Kontexte.

Rechtsextremismus gibt es nicht ohne Gewalt und professionelles Arbeiten in Gewaltkontexten geht nie komplett gefahrlos. Zu den beruflichen Kontexten gehören deshalb:

- Träger und Förderstrukturen sowie Projektleitungen, die sich im Zweifel für die Sicherheit ihrer Mitarbeiter*innen entscheiden und sie nicht zu Abenteuern verleiten wollen.

- Arbeit im Team ist wichtig: Sie brauchen in diesem Bereich Austausch, Unterstützung und Kolleg*innen, mit denen sie vertrauensvoll auch über schwierige Fragen wie Ihre Ängste oder persönlichen Unsicherheiten sprechen können

- Verlässliche Arbeitsstrukturen: Egal ob Opfer, Familien oder Aussteiger*innen – alle Adressat*innen erwarten Verlässlichkeit und Konstanz, um überhaupt Vertrauen aufbauen zu können. Mit kurzzeitig befristeten Stellen können sie keine Verlässlichkeit bieten.

- Professionelle Unterstützung z. B. durch Supervision oder Unterstützung bei Fallbesprechungen: Es geht um Ihre und die Sicherheit Ihrer Klient*innen. Da braucht es ein Mehraugenprinzip bei der Fallanalyse und Sicherheitseinschätzung – gerne auch in interdisziplinär zusammengestellten Netzwerken oder Teams.

Sie müssen jedoch auch einige eigene Voraussetzungen erfüllen. Gehen Sie dazu gerne noch mal die eingangs formulierte Checkliste durch (▶ Kap. 4.1). Nicht jede*r ist für jede Zielgruppe geeignet. Sehr wichtig ist dabei auch eine offene Auseinandersetzung mit Ihren eigenen Ängsten. Blockieren Sie diese bereits in der Kontaktaufnahme? Falls ja, sind Rechtsextremist*innen nicht ihre Zielgruppen.

Voraussetzung ist weiterhin ein eigener, menschenrechtlicher Standpunkt im Sinne der Profession der Sozialen Arbeit. Dieser ist Ihr Fundament und Ihr Wegweiser in den ideologischen Debatten mit Rechtsextremist*innen und Populist*innen. Sehr gute Kenntnisse zu den Themen, Ideologien und Strukturen sind natürlich hilfreich. Niemand hat aber vollständiges Wissen – Sie müssen jedoch neugierig sein und Lust auf Auseinandersetzungen haben. Ohne geht es nicht.

Ein grundlegend anderer Ansatz jenseits der Einzelfallhilfen in der Sozialen Arbeit zielt auf die Stärkung der ›Gegenseite‹ zum Rechtsextremismus und wird oft mit Begriffen wie Demokratieentwicklung oder Stärkung der demokratischen Zivil- oder Bürger*innengesellschaft tituliert. Was verbirgt sich dahinter und wie sehen konkrete Methoden und Ansätze aus? Auch dazu braucht es zunächst wieder eine kleine theoretische Begründung.

4.4 Soziale Arbeit und Demokratiequalität

In der Politikwissenschaft gibt es seit ihrer Entstehung in Deutschland Debatten zur Demokratisierung und Demokratieentwicklung. Mit der Einflussnahme amerikanischer Studien zur politischen Kultur verfestigte sich auch hier der Gedanke, dass die formale Struktur des demokratischen Rechtsstaates durch eine dazu passende, gesellschaftliche Umgangskultur stabilisiert, gefestigt und weiterentwickelt werden muss. Wenn Parlamentarier*innen in Parlamenten aufeinander einprügeln oder gar schießen, mag es zwar demokratischen Strukturen geben. Demokratische Souveränität signalisieren solche Bilder jedoch nicht, sondern offenbaren unmittelbare Schwächen der demokratischen Kultur, die dann eben auch die demokratischen Verfahren in den formal gesehen demokratischen Strukturen unmöglich machen.

Der Begriff der politischen Kultur ist dabei schwer zu fassen. Es ist umstritten, was damit konkret gemeint sein könnte. Einige Autoren bezeichneten bereits den Versuch einer Definition als ebenso hoffnungsloses Unterfangen wie ›einen Pudding an die Wand zu nageln‹. Und trotzdem zeigt das Beispiel die Notwendigkeit, den Aspekt nicht zu vernachlässigen.

Welche Rolle könnte dabei aber die Soziale Arbeit spielen? Tatsächlich zeigt sich ein größeres Arbeits- und Aktionsfeld bei näherer Betrachtung. Hilfreich ist dabei folgende Dreiteilung im Verständnis grundlegender Demokratieansätze (▶ Abb. 17).

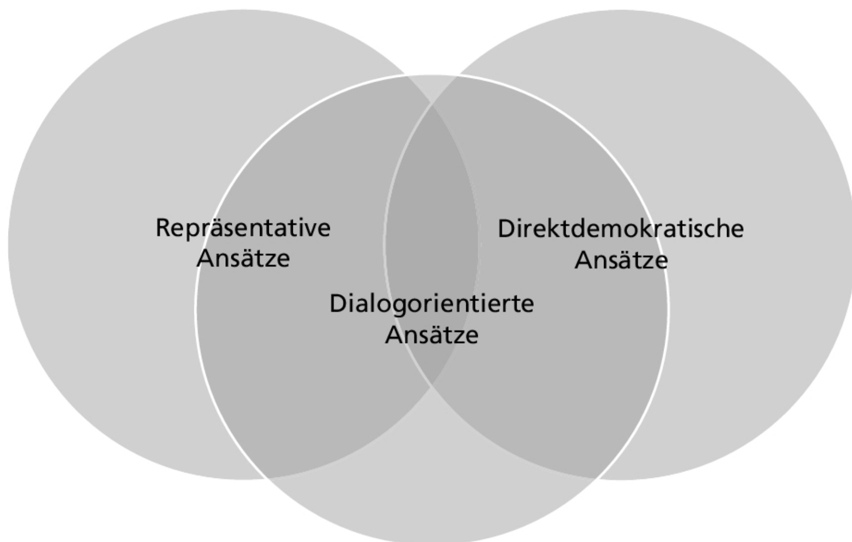


Abb. 17: Dreiteilung der Demokratieansätze

Die repräsentativen Ansätze setzen auf die Stärke der Parlamente. Sie sollen die gesellschaftlichen Debatten und Mehrheiten repräsentieren und dort sollen die entscheidenden Debatten und Entscheidungen gefällt werden. Direktdemokratische Verfahren hingegen setzen auf die unmittelbare Beteiligung der Bürger*innen. Sie sollen direkt über ihre Anliegen entscheiden – ohne Umweg übers Parlament. Dialogorientierte Ansätze ergänzen diese beiden Ansätze, aber wollen sie nicht ersetzen. Ihr Ziel ist, mit den Bürger*innen früh in den Dialog über relevante Themen zu treten, deren Ideen zu sammeln, Ängste aufzunehmen und zu begegnen, Transparenz über Verfahren und Entscheidungen zu gewährleisten – ohne jedoch die Entscheidungsgewalt der beiden anderen Ansätze zu beschneiden. Empirische Studien zeigen, dass Kommunen mit dialogorientierten Ansätzen eine merklich höhere Demokratiequalität haben und damit die Zufriedenheit mit den demokratischen Strukturen erhöhen können. Diese wiederum erhöht die Chance, dass rechtsextreme Strukturen weder Raum noch Rückhalt zur Entfaltung bekommen, und kann somit als präventiver Ansatz bewertet werden. Dialogorientierte Ansätze sind somit eine Investition in die demokratische Kultur einer Gemeinde und ein Handlungsfeld der Sozialen Arbeit mit dem Fokus auf gemeinwesenstärkende Methoden.

Im Kontext sozialarbeiterischer Maßnahmen bei rechtsextremen Herausforderungen tauchen drei größere Aktionsfelder auf. Recht konsensual ist zumeist die Förderung dialogorientierter Ansätze (▶ Kap. 4.4.1). Schwieriger und oft anders gelabelt sind Integrationsansätze in Stadtteilen mit besonderen sozialpolitischen Herausforderungen, die umgangssprachlich gerne als »Problemquartiere« bezeichnet werden (▶ Kap. 4.4.2). Ein drittes Feld betrifft Kommunen mit aktuellen und konkreten, rechtsextremen Herausforderungen

(▶ Kap. 4.4.3). Für alle drei Bereiche werden im Folgenden Modelle und Methoden der Demokratieförderung beschrieben.

4.4.1 Dialogorientierte Ansätze

Die Beteiligungspyramide

Bei der konkreten Ausgestaltung der Dialogformen sind den Ideen und der Kreativität der Beteiligten kaum Grenzen gesetzt. Wichtig ist lediglich, dass in ihnen von Beginn an festgelegt und präsent gemacht wird, welche Stufe der Beteiligung konkret erreicht werden soll. Hilfreich ist dazu die Arbeit mit der Beteiligungspyramide, die es derweil in verschiedenen Ausformungen und Ausdifferenzierungen gibt. In den meisten Fällen enthält sie folgende Stufen (▶ Abb. 18).

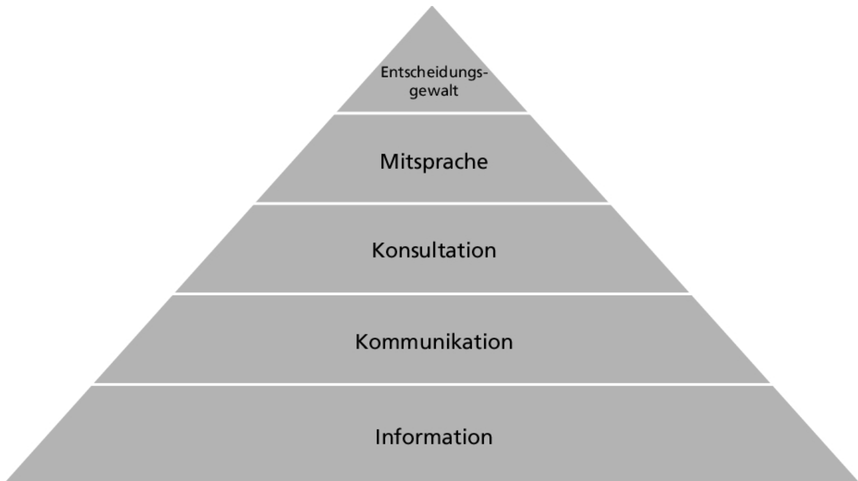


Abb. 18: Beteiligungspyramide

Mit jeder höheren Stufe nimmt der Grad der Beteiligung zu. Eine klassische Form ist die Informationsveranstaltung. Hier geht es streng genommen noch nicht um Austausch, sondern die Informationsweitergabe erfolgt einseitig: Eine Seite informiert die andere und schafft somit Transparenz in einem Anliegen, ohne jedoch eine Einladung zur aktiven Mitgestaltung auszusprechen.

Das ist in der zweiten Stufe bereits anders. Hier erfolgt zwar auch eine Information. Das Ziel ist jedoch das gemeinsame Gespräch über ein Anliegen. Somit können hier auch Kritik und Verbesserungsvorschläge eingebracht werden.

In der dritten Stufe erfolgt nicht nur eine allgemeine Einladung zur

Kommunikation, sondern vor allem die von einer Entscheidung unmittelbar betroffenen Personen werden aktiv aufgesucht, aktiv angesprochen und somit konsultiert. Die Entscheidung über ein Anliegen trifft bis zu dieser Stelle nur eine Seite.

Das ändert sich in der vierten Stufe. Erst hier gibt es ein tatsächliches Mitsprachrecht – oft in Form eines Vetorechts für beide Seite. Die Entscheidungsgewalt ist somit geteilt. In der höchsten Stufe der Beteiligung geht die Entscheidungsgewalt von der einen vollständig auf die andere Seite über. Oft sind damit direktdemokratische Verfahren wie Volksentscheide oder kommunale Abstimmung aller Bürger*innen gemeint.

Konkrete Praxis der Sozialen Arbeit

Recht häufig binden kommunale Verwaltung Träger der Sozialen Arbeit in entsprechende Verfahren mit ein oder beauftragen sie mit der Organisation und Durchführung. Wichtig ist dabei immer, dass die Rolle der Sozialen Arbeit transparent bleibt: Ist sie unabhängig oder führt sie den Willen der Verwaltung aus? Hat sie sich inhaltlich zu einer Frage positioniert oder ist sie eine neutrale Akteurin, die das Verfahren lediglich organisiert und moderiert? Eine öffentliche Klarheit zu diesen Fragen ist unbedingt angeraten.

Geradezu ein ›Klassiker‹ entsprechender Verfahren ist die Einrichtung eines »Runden Tisches gegen Rechtsextremismus«. Was ist dabei zu beobachten? Die folgende Übung mag uns dazu einige Anregungen geben.



Übungsaufgabe

In einer größeren sächsischen Stadt lädt der Bürgermeister zu einem »Runden Tisch gegen Rechtsextremismus« ein. ›Seine‹ Soziale Arbeit wird nachdrücklich aufgefordert, die Veranstaltung vorzubereiten und sie zu moderieren. Das Programm gibt die Verwaltung vor, die Verschickung an verschiedene Akteure in der Stadt erfolgt jedoch auf dem Briefpapier des sozialen Trägers. Das Programm sieht nach einem Grußwort des Bürgermeisters den Input eines externen Wissenschaftler*innenteams vor. Dieses habe zuletzt eine GMF-Untersuchung in mehreren Orten der Republik – so auch in der sächsischen Stadt – durchgeführt und solle nun ihre Ergebnisse präsentieren. Noch vor der Durchführung der Veranstaltung wird eine Presseerklärung vorbereitet. Sie sieht ein Statement des Bürgermeisters vor. Der Tenor: In Nachbarstädten seien die GMF Zahlen deutlich höher ausgefallen als in seiner Stadt. Die Stadt stünde somit sehr gut dar und der »Runde Tisch« mit seinem guten Besuch zeige, dass man »wachsam« sei und sich »den Anfängen« erwehre.

Was ist aus Ihrer Sicht hier geschehen?

Der »Runde Tisch« verkommt hier zu einer »Alibiveranstaltung« zur Vermeidung konkreten Handelns und die Soziale Arbeit wird zu einer Erfüllungsgehilfin einer politischen Agenda, die mit ihren Werten eigentlich nicht kompatibel ist. Durch den Vergleich mit anderen Städten wird das Bild erzeugt, vor Ort gebe es wenige bis keine Probleme – der Blick soll nicht nach innen, sondern nach außen auf andere Orte gerichtet werden. Es ist eine Ablenkungsstrategie und der »Runde Tisch« steht symbolisch für städtisches Handeln, verkommt aber in dieser Form zu einer Kulisse für eine fragwürdige politische Agenda und verbleibt in einer passiven Rolle. Er ist Kulisse einer vorab vorbereiteten Erklärung und Kommunikationsstrategie – mehr Werbeorgan denn Aktions- oder Diskussionsort.

Dabei ist es gerade die Kernidee eines »Runden Tisches«, gemeinsames Engagement auf Augenhöhe zu entwickeln, indem unterschiedliche Sichtweisen erkannt, Engagementstrategien miteinander verknüpft und so gemeinsame Lagebilder und Handlungssynergien geschaffen werden. Dazu ein anderes Beispiel.



Übungsaufgabe

In einem Berliner Bezirk lädt die Bezirksbürgermeisterin zusammen mit einer Fachstelle der Sozialen Arbeit zum Thema Rechtsextremismus ins Rathaus. Gemeinsam werden verschiedene Akteure in der Stadt gezielt angesprochen und auch eine interessierte Öffentlichkeit eingeladen. Die Veranstaltung soll zweigeteilt sein: Die Bürgermeisterin will ins Thema einleiten, ein Angebot unterbreiten und bittet danach um Stellungnahmen, Ideen und Angebote aus der Mitte der Gemeinschaft. Konkret spricht sie nach einer Begrüßung von einem zunehmenden Problembewusstsein zu Formen des Rechtsextremismus und Ideologien der Menschenfeindlichkeit. Sie erklärt, dass sie immer wieder Lagebilder z. B. von der Polizei bekäme und auch »dieses und jenes« höre, ihr aber eine Gesamtübersicht fehlen, um passgenaue Angebote zu unterbreiten. Sie habe deshalb die Fachstelle gebeten, eine entsprechende Lageanalyse zu erstellen. Diese Veranstaltung sei ein erster Schritt in diesem Projekt: Sie wollten vor allem zuhören, Hinweise aus der Veranstaltung aufnehmen, erste Erfahrungen sammeln und Netzwerke knüpfen, auf die im Rahmen der Analyse zurückgegriffen werden könne. Zusätzlich sei dies der Beginn und nicht das Ende – selbstredend würde die Lageanalyse dem »Runden Tisch« später präsentiert und solle dort auch diskutiert werden.

Was für ein Prozess findet hier statt?

Dieser »Runde Tisch« ist ein Raum für gleichwertige Kommunikation und des Austausches. Verschiedene Akteure und Personen können hier ihre jeweiligen Erfahrungen und Sichtweisen einbringen. Es werden dabei keine Entscheidungen gefällt. Er ist vielmehr ein Raum des offenen Diskurses, der auf dem Prinzip freiwilliger Teilnahme beruht und jederzeit verlassen werden kann. Er lädt zur Teilnahme ein, nimmt auch Einzelaspekte ernst und ermöglicht es, unterschiedliche Sichtweisen kennenzulernen. Wie wichtig das sein kann, wird sich noch im Konzept des Community Coachings zeigen. »Runde Tische« erfüllen zunächst diese kommunikative Funktion und werden in der Praxis doch oft mit Erwartungen überladen. Natürlich können dort im Konsens auch Handlungsschritte vereinbart werden – das sind dann besondere Momente, die die Macht von Diskursen zeigen.

Die Soziale Arbeit tut gut daran, die Chancen und Grenzen »Runder Tische« zu reflektieren. Besonderes Augenmerk sollte dabei auch auf der Zusammensetzung liegen. Oft wird in »Runden Tischen« über Adressat*innen der Sozialen Arbeit gesprochen, sehr viel seltener, aber direkt mit ihnen. Argumentativ wird dabei oft der »schwierige Zugang« zu diesen Personen angeführt. Dabei könnte die Soziale Arbeit unterstützen. Es ist z. B. einfacher über Aussteiger*innen aus der rechtsextremen Szene zu sprechen als mit ihnen. Gleiches gilt für Opfer rechtsextremer Gewalt – vor allem, wenn diese möglicherweise noch kritische Fragen an einzelne Teilnehmer*innen in der Runde haben. Nicht gemeint ist dabei jedoch eine Einladung an bekannte Rechtsextremist*innen. Dies würde jede Vertrauensgrundlage des Ansatzes zerstören.

Generell empfiehlt sich eine selbstbewusste und selbstständige Positionierung der Sozialen Arbeit in solchen Prozessen. Wichtig ist, dass die eigene Rolle klar ist, Abhängigkeiten genauso wie Unfreiheiten z. B. durch Handlungsaufträge transparent gemacht werden. Dazu kann es auch gehören, sich offensichtlicher Instrumentalisierungsversuche zu entziehen oder diese als solche zu kritisieren. Leitend sind dabei die Werte und Methoden der Profession.



Weiterführende und verwendete Literatur

Patrizia Nanz/Miriam Fritsche (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen, Bonn

Kerstin Pallocks/Armin Steil (2008): Von Blockaden und Bündnissen. Praxismaterialien zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Gemeinwesen, Weinheim/München

Rainer Strobl/Stefanie Würtz/Jana Klemm (2003): Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Weinheim/München

4.4.2 Demokratiearbeit in großstädtischen, sozialen Brennpunkten

Vor allem in großstädtischen Kontexten geraten vermehrt Stadtteile mit besonderen sozialen Problemlagen in den Fokus von Rechtspopulist*innen und Rechtsextremist*innen. Tatsächlich sind diese Stadtteile nur manchmal Hochburgen dieser Strömungen – immer sind sie aber eine Projektionsfläche für ihre angstbringende Propaganda und ihre Ideologien. Soziale Arbeit findet hier ein vermehrtes Aktionsfeld in vielen ihrer klassischen Arbeitsbereiche, z. B. ihrer Arbeit mit Drogenkonsument*innen, Wohnungslosen, Flüchtlingen, armen und kinderreichen Familien usw. Zusätzlich entstehen nunmehr auch Ansätze, die die Idee der Stärkung der Bürger*innengesellschaft z. B. im Rahmen von Quartiersmanagement-Angeboten aufgreifen und somit nicht an den Problemen, sondern den Ressourcen in diesen Stadtteilen ansetzen wollen, um so demokratiefördernd zu wirken. Hier lohnt sich wieder ein Moment des Nachdenkens.



Übungsaufgabe

Viele großstädtische ›Problemquartiere‹ leben mit weit verbreiteten Stigmatisierungen. Zahllos sind die Problemdiagnosen – wahlweise in wissenschaftlich nüchterner, gerne aber auch in reißerischer Art spezifischer Boulevardangebote. Sollten Sie solche Stadtteile kennen oder vielleicht sogar dort leben: Gibt es aus Ihrer Sicht auch besondere Ressourcen in diesen Stadtteilen, die zur Stärkung der demokratischen Kultur gefördert und genutzt werden könnten?

Dieselbe Frage stellten sich die Göttinger Forscher*innen um Klatt und Walter und kamen in ihrer empirischen Analyse »Entbehrliche der Bürgergesellschaft?« (Klatt/Walter 2011) zu sehr hilfreichen und praxisnahen Ergebnissen, auf denen aufbauend sich demokratiefördernde Maßnahmen entwickeln lassen.

Eine Kernthese der Studie lautet, dass die untersuchten Stadtteile alle – trotz ihrer sozialen Problemlagen – über beeindruckende bürgergesellschaftliche Ressourcen verfügten. Diese stellten sich jedoch anders dar als in

prosperierenden Stadtteilen und bräuchten oft eine andere Ansprache und Einbindungsstrategie, um sichtbar und damit wirksamer zu werden. Oft seien es auch eher informelle Netzwerke jenseits der formalisierten Strukturen, die es zu entdecken gelte. Aus ihren Daten entwickelten sie dabei eine Anzahl idealtypischer Bewohner*innen in diesen Quartieren, die mal Teil von Lösungen und mal eher als Problemträger*innen beschrieben werden. Diese Idealtypen sehen wie folgt aus:

- »**Viertelkinder**«
  ließen sich auch als ›Ureinwohner*innen‹ und deren Nachwuchs beschreiben. Ihr Alltag findet z. T. seit Generationen in ihrem Kiez statt, den einige auch nur selten und ungerne verlassen. Mit ihm verbinden sie eine positive Identität, obwohl sie das negative Image kennen und um die daraus abgeleiteten negativen Folgen für sie selbst wissen. Sie sind in der Regel eher Ziel- denn Aktivist*innengruppe für bürgergesellschaftliches Engagement. Entsprechende Angebote müssen für sie sinnhaft mit ihrem Alltag verwoben sein. Aus ihrer Sicht abgehobene und fremde Ideen, noch dazu von außen in ›ihren‹ Kiez hineingetragen, haben zumeist keine Chance auf Verankerung. Der Kiez gibt ihnen Sicherheit bei der Alltagsgestaltung und neue Verhältnisse ängstigen sie zunächst.

- »**Viertelgestalter*innen**«
  sind der zentrale Baustein und Kern jeder Engagementstrategie in solchen Sozialräumen. Dies sind Personen, die im Kiez hervorragend vernetzt und hoch angesehen, oft aber nicht in formelle Strukturen angebunden sind. Fast jede*r kennt sie vor Ort und sie kennen auch fast alle – und können mit ihnen kommunizieren, wissen von deren Problemen und Ressourcen, helfen vielen niedrigschwellig und organisieren eine kleinräumige Ordnung oft ohne staatliche Repressionsorgane. Ihnen wird vertraut und sie vertrauen anderen. In vielen westdeutschen Stadtteilen haben Viertelgestalter*innen einen Migrationshintergrund und stoßen in ihren Biografien selbst auf blockierte Aufstiegswege. Sie verfügen somit oft selbst über Erfahrungen mit Rassismus, Klassismus und sozialer Ausgrenzung und damit über Erfahrungen, die auch viele andere in diesen Stadtteilen gemacht haben und machen. Dies erleichtert das Verständnis, wirkt aber auch vertrauensbildend.

- **Aufstiegsorientierte**

nutzen gerne die örtlichen sozialen Angebote und Möglichkeiten vor allem im Bildungsbereich. Ihr Interesse zielt jedoch auf das individuelle Weiter- und damit zumeist auch Fortkommen aus dem Kiez heraus. Kurzfristig kann es dabei Interessensüberschneidungen mit Engagementangeboten geben, nachhaltig sind diese meist jedoch nicht.

.

Isolierte
sind zumeist Zielgruppe klassischer Angebote der Sozialen Arbeit und angesichts eigener, sie selbst überwältigender Probleme für Engagementangebote jenseits niedrigschwelliger Hilfsangebote nur selten erreichbar. Isolierte umfasst Menschen, die bereits aus Systemen rausgefallen sind oder sich völlig zurückgezogen haben. Einige flüchten sich in Drogen- oder Medikamentenkonsum, andere werden wohnungslos oder verlieren jeden Lebensmut und geben sich selbst auf.

.

Junge Männer
werden oft eher als Problemträger betrachtet und zumindest Teile von ihnen genießen und kultivieren diesen Ruf und sichern sich so eine Anerkennung, die sie sonst nicht bekommen könnten. Für eine Engagementkultur ist diese Zielgruppe jedoch nicht verloren – eher im Gegenteil. Oft haben sie sogar Interessen oder ›coole‹ Ideen jenseits eingefahrener Wege und warten regelrecht auf deren Verwirklichung. Wichtig sind hier der kommunikative Zugang und Brückenbau. Sozialarbeiter*innen müssen hier auf Augenhöhe kommunizieren und zunächst Akzeptanz ohne Anbiederung gewinnen.

.

Jüngere Frauen und Mütter
oft mit Migrationshintergrund spielen eine herausragende Rolle in jeder Strategie der Engagementförderung. Sie sind ein Brückenkopf zu den Männern und in die Familien und zu den Kindern. Dabei spielt Religion oft, aber nicht immer eine wichtige Rolle. Diese Zielgruppe engagiert sich nicht selten bereits sehr stark in ihren jeweiligen Kontexten, ohne dabei ein Verständnis davon zu haben, dass diese (oft von ihnen selbst für selbstverständlich gehaltenen) Tätigkeiten eine gesellschaftlich immens wichtige Bedeutung haben. Sie agieren meist auch nicht offen sichtbar und eher still jenseits formaler Strukturen wie Vereine. Zur Win-Win-Situation werden Installationen, die durch gezielte Angebote oft in Bezug auf Kinder die informellen, bestehenden Strukturen mit formellen Angeboten verknüpfen.

Eine gute Engagementstrategie eruiert im ersten Schritt die örtlichen Verhältnisse, beobachtet und hört zu. Sie sortiert die Alltagsphänomene und versucht mittels der Idealtypen eine Alltagsbeschreibung der örtlichen Situation. Besonders wichtig ist die Suche nach Viertelgestalter*innen. Wurden diese identifiziert, ist es wichtig, sie für eine gemeinsame Idee zu gewinnen. Das wird in der Regel nicht funktionieren, indem sie mit Ideen und Erwartungen überschüttet werden – im Gegenteil. Oft haben diese Personen recht genaue Bedarfsvorstellungen und Ideen. Wer diese unterstützen kann und sich bei der Umsetzung konstruktiv beteiligt, kann ernst genommen werden und Vertrauen aufbauen. Ist dies gelungen, können zahlreiche Projektinstallationen z. B. gezielt für junge Frauen, Männer und Kinder angedacht und umgesetzt werden, die mittelfristig zu einer Stärkung der örtlichen Anerkennungskulturen führen, so einen Beitrag zur Integrationsqualität leisten und damit auch demokratiestabilisierend wirken können.

Eine solche Arbeit setzt somit nicht an, wenn Radikalisierungen fortgeschritten sind, sondern arbeitet präventiv. Sie trägt im Titel auch fast nie den Begriff des Rechtsextremismus, gehört aber dennoch zu den Ansätzen des Umgangs damit, weil diese Stadtteile rechtsextreme Diskurse prägen und andererseits auch Brutstätten von Radikalisierungen sein können.



Weiterführende und verwendete Literatur

Johanna Klatt/Franz Walter (2011): Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement, Bielefeld

Michaela Kötting/Dieter Röh (Hrsg.) (2019): Soziale Arbeit in der Demokratie – Demokratieförderung in der Sozialen Arbeit. Theoretische Analysen, gesellschaftliche Herausforderungen und Reflexionen zur Demokratieförderung und Partizipation, Opladen/Berlin/Toronto

4.4.3 Community Coaching

Ein explizites Modell der Demokratieentwicklung gegen Rechtsextremismus ist hingegen der Ansatz des Community Coachings, der Ende der 1990er Jahre in Ostdeutschland entwickelt und erprobt wurde. In seiner theoretischen Begründung orientiert er sich am Modell des amerikanischen Community Organization und überträgt dessen Prämissen auf die hiesigen Verhältnisse. Auch hier lohnt sich die Mühe einer kleinen Übung zum Einstieg.



Übungsaufgabe

Stellen wir uns eine kleine Stadt mit ca. 50.000 Einwohner*innen vor. Die Polizei berichtet der örtlichen Bürgermeisterin von rechtsextremen Schmierereien in der Innenstadt. Außerdem habe es zwei Anzeigen von »alternativ aussehenden« Jugendlichen gegen von ihnen sogenannte »Rechtsextremisten« gegeben, die versucht hätten, sie mit einer Eisenstange von ihrem Treffpunkt in der Innenstadt zu vertreiben.

Die Bürgermeisterin ruft Sie an und bittet zum Gespräch. Sie sind der*die örtliche Streetworker*in und für die örtliche freie Jugendarbeit zuständig. Die Bürgermeisterin bittet Sie um Rat. Was kann die Stadt jetzt tun? Wie könnte eine ›gute Praxis‹ der Auseinandersetzung aussehen? Nehmen Sie sich dazu gerne etwas Zeit und machen Sie sich bitte Notizen!

Oft reagieren Kommunen in solchen Situationen mit einem wilden Aktionismus. Das bringt leider manchmal nicht besonders viel außer Beschäftigung für viele und öffentliche Aufmerksamkeit. Sinnvoller ist es, systematisch, aktivierend und nachhaltig vorzugehen.

Die Kommune ist ein Ort der konkreten, politischen, sozialen, kulturellen und kommunikativen Auseinandersetzungen. Hier begegnen sich unterschiedliche politische Gruppen und Menschen mit ihren Ideen, Handlungen, Einstellungen und Plänen konkret, von Angesicht zu Angesicht. Dies gilt auch für rechtsextreme Erscheinungsformen wie Parteien, Jugendgruppen oder Kameradschaften. Wo sie existieren und wirken, kann die Auseinandersetzung mit ihnen nicht mehr abstrakt oder aus sicherer Entfernung erfolgen. Es braucht somit als Mosaikstein einer Gesamtstrategie der Rechtsextremismusbekämpfung auch explizit kommunale Handlungsansätze für lokale Akteure und Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus vor Ort engagieren wollen. Der Ansatz des Community Coachings ist ein solches Konzept. Er entstand aus der konkreten Beratungspraxis, wurde Stück für Stück weiterentwickelt und zielt heute auf eine explizit offensive und strategisch ausgerichtete Auseinandersetzung mit rechtsextremen Herausforderungen.

Die Entstehungsgeschichte

Der Community-Coaching-Ansatz entstand im Rahmen einer konkreten Beratungssituation Ende der 1990er Jahre.

Beispiel

Im Berliner Stadtteil Hohenschönhausen traf sich auf Einladung der damaligen Bezirksbürgermeisterin anlässlich einer NPD-Veranstaltung im

Kiez ein illustrer Kreis engagierter Menschen. Sie einte der Wunsch, sich der NPD entgegenzustellen. Schnell zeigte sich jedoch auch, was sie trennte. Ihre Wahrnehmungen des lokalen Rechtsextremismus vor allem im Alltag waren grundverschieden und schienen z. T. sogar konträr und unvereinbar zu sein. Die grundsätzlichen Einschätzungen schwankten zwischen der Annahme, Rechtsextremismus gebe es vor Ort gar nicht, bis zur Beschreibung des Stadtteils als rechtsextreme Hochburg mit kommunalen Angstzonen. Einige Differenzen erklärten sich aus den jeweiligen Sichtweisen der Anwesenden. Ein Polizist argumentierte z. B. streng anhand seiner Gewalt- und Kriminalitätsstatistiken. Dies regte eine Mutter enorm auf. Ihr Sohn sei von Rechtsextremisten schon zusammengeschlagen worden. Eine Anzeige hätte er aus Angst vor der Rache der Täter nicht gestellt, so erschien er auch nicht in der Statistik der Polizei, Angst habe er aber trotzdem. Ein Jugendclubleiter unterstützte die Mutter: »Seine« Jugendliche mieden ganze Bereiche des Kiezes aus Angst vor Angriffen. Das konnte der Schulleiter, dessen Schule in dem Bereich lag, nicht glauben. Auf seinem Schulhof hätte es schon lange keine gewalttätigen Auseinandersetzungen mehr gegeben.

Die Ausgangslage und die Wahrnehmungen vor Ort waren somit diffus. Positiv war die Diskussion dennoch, weil sie zeigte, dass es in diesem Kreis keine Ignoranz zum Thema gab. Schwierig war jedoch, dass die Basis einer guten Zusammenarbeit in Form einer von möglichst vielen geteilten Einschätzung der lokalen Lage fehlte. Hier setzt dann der Ansatz des Community Coachings an.

Schritt 1 – Die Lageanalyse

Der Ansatz des Community Coachings hat eine zentrale Voraussetzung. Es braucht jemanden aus der Kommune, der die Umsetzung des Ansatzes wünscht. Gegen eine Kommune ist er nicht durchführbar.

Der erste Schritt besteht darin, die im obigen Beispiel genannten unterschiedlichen Wahrnehmungen und Hinweise zu einer wissenschaftlich sauberen Lageeinschätzung zusammenzuführen. Da diese Studie auch unangenehme oder wunde Punkte ansprechen können muss, ist die Erstellung durch eine unabhängige, zumeist nicht ortssässige Person z. B. der Sozialen Arbeit dringend anzuraten.

Wichtig ist dabei, unterschiedliche Wahrnehmungen zunächst zu akzeptieren. Natürlich kann es immer sein, dass eine Person lügt oder Fakten beschönigt oder verfälscht oder bewusst oder unbewusst verdrängt. Viel häufiger ist es jedoch so, dass Wahrnehmungen sehr stark von der eigenen Lebenswelt und den eigenen sozialen Umfeldern abhängen. Wer z. B. sehr oft mit Polizist*innen und Jurist*innen im Alltag zu tun hat, blickt möglichweise mit einer starken ›juristischen Brille‹ auf mögliche Vorfälle und sortiert für sich z. B. strafrechtlich nicht relevantes Verhalten eher aus, während z. B. ein Opfer rechtsextremer

Gewalt auch sensibel auf beispielshafte abwertende Blicke oder Sprüche reagiert, die strafrechtlich nicht geahndet werden können. Überhaupt haben Opfergruppen oft eine verstärkte Sensibilität, die ernst zu nehmen ist. Hinzu kommt ein Standardproblem in hierarchischen Systemen: Je höher eine Person in einem hierarchischen System steht, desto ausgewählter und oft auch zusammengefasster sind oft deren Einschätzungen. Ein Beispiel möge dies verdeutlichen.

> **Beispiel**
>
> In einer Gesamtschule breitet sich ein kleiner Drogenhandel auf dem Schulhof auf. Viele Schüler*innen wissen schnell, wer was verkauft und wer konsumiert (Hierarchiestufe 1). Eine zugewandte Klassenlehrerin, die engen und vertrauensvollen Kontakt zu den Schüler*innen hat, wird zumindest von den groben Strukturen des Handels noch etwas mitbekommen (Hierarchiestufe 2). Möglichweise wird sie einen Teil des Wissens und Hinweise in der Klassenleiter*innenkonferenz erwähnen (Hierarchiestufe 3). Ob deren Leitung dieses Thema jedoch so wichtig ist, dass sie es dem Rektorat (Hierarchiestufe 4) vorträgt, bleibt offen. Möglicherweise erreicht das Rektorat somit keine oder nur einen sehr ausgewählten Teil an Informationen und die Person könnte die Meinung vertreten, es gebe kein Problem mit Drogen an der Schule.
>
> Je höher somit eine Person in einer Hierarchie steht, desto mehr muss sie sich aktiv bemühen, differenziertes Detailwissen aus der Organisation zu bekommen. Möglich sind auch Brüche in der Weitergabe vor allem problembehafteter Informationen. Übertragen auf das Thema des Lehrbuchs bedeutet dies: Denkbar sind z. B. Schulleitungen, die sehr überzeugt davon sind, dass es keinen Rechtsextremismus an ihrer Schule gebe – auch dann, wenn sich dort längst rechtsextreme Strukturen ausgebreitet haben. Die Schulleitung leugnet sie nicht bewusst, sondern aus Mangel an Informationen aufgrund ihrer Rolle in dem hierarchischen System.

Der Ansatz des Community Coachings sammelt in der Phase der Erstellung der Lageanalyse zunächst die verschiedenen Wahrnehmungen und versucht Objektivierbares erkennbar zu machen. Das Ziel ist dabei eine möglichst präzise Beschreibung der konkreten Interaktion rechtsextremer Personen und Strukturen mit nicht rechtsextremen Personen und Strukturen vor Ort. Die Datenerhebung erfolgt mit Hilfe der Methoden der qualitativen Sozialforschung – das sind leitfadengestützte Interviews, Beobachtungen und Textanalysen. Folgende Detailziele werden dabei verfolgt:

- Genaue Beschreibung der örtlichen rechtsextremen Szenen und – so vorhanden – ihrer Unterstützermilieus – oft wird sich dabei an der

Eskalationstheorie und an den Raumordnungskriterien orientiert.

- Genaue Beschreibung der Tätigkeiten, Einstellungen und Potenziale der Nicht-Rechtsextremist*innen.

- Genaue Beschreibung der konkreten Berührungspunkte: Wann begegnen sich wo und wie Rechtsextremist*innen und Nicht-Rechtsextremist*innen? Explizit wird dabei auf Raumordnungskategorien eingegangen.

- Erkennen von Opfer(-Gruppen) rechtsextremer Gewalt und Sammlung ihrer Problemwahrnehmungen und Erfahrungen mit den Akteuren vor Ort.

- Sammlung und Analyse der bisherigen Maßnahmen der Auseinandersetzung mit der rechtsextremen Szene vor Ort.

- Übersicht über bisheriges Engagement, mögliche weitere Engagementpotenziale, aber auch Darstellung von Blockaden oder denkbaren Verweigerungshaltungen vor Ort, so diese zu finden sind.

Anhand dieser Aspekte wird ein wissenschaftlich fundiertes und vor allem sehr konkretes Lagebild zur Interaktion rechtsextremer und nicht rechtsextremer Phänomene für den konkreten Ort erarbeitet. Es enthält sowohl eine Problem- als auch eine Ressourcenbeschreibung, benennt Konflikte und deren bisherigen Lösungsstrategien. Es basiert dabei auf wissenschaftlichen Standards.

Schritt 2 – Die Spiegeldiskussion und der Verständigungsprozess

Die Lageanalyse an sich ist noch wertlos, sie muss vor Ort auch akzeptiert und als Handlungsgrundlage wahrgenommen werden. Dazu braucht es eine offene Debatte mit allen Interessierten vor Ort über die Ergebnisse. Auch Expert*innen machen Fehler und müssen sich korrigieren können. Vor allem sind die Bürger*innen vor Ort immer die wahren Expert*innen. Sie kennen auch die nicht-öffentlichen Netzwerke, private Hintergründe oder verborgenen

Kommunikationsstrukturen.

Die Ergebnisse der Lageanalyse müssen somit in der Kommune offen diskutiert, vielleicht im Detail korrigiert, am Ende eines breiten Diskussionsprozesses aber als Handlungsgrundlage akzeptiert werden. Dieser Prozess wird als »Spiegeldiskussion« bezeichnet. Die Studie spiegelt eine Situationswahrnehmung – die kommunale Gemeinschaft wird aber diskutieren, ob sie sich realistisch dargestellt fühlt, vielleicht unangenehme Empfindungen haben oder auch viel Positives sehen. Wichtig ist, dass eine größtmögliche Akzeptanz eines gemeinsamen Kerns der Lageanalyse angestrebt wird. Fallen Lageanalyse und Selbsteinschätzungen in der Kommune sehr weit auseinander, wird eine weitere Zusammenarbeit oft schwierig oder zumindest steinig und unbequem für alle Seiten.

Gelingt hingegen eine weitgehende Einigung über Grundprämissen der Lageeinschätzung, kann die Diskussion konkretisiert werden. Folgende Fragen müssen dann in einem offenen und ehrlichen Diskussionsprozess mit allen Interessierten beantwortet werden:

- Was sind die konkreten Handlungsfelder, mit denen man sich vor Ort beschäftigen muss und will?
- Wer hat welche Möglichkeiten des Handelns in Bezug auf die ausgewählten Handlungsfelder und wer davon ist auch bereit zu handeln?
- Welche Hoffnungen oder Erwartungen werden mit diesem Handeln verbunden?
- Wie sollen die Handelnden in der Zukunft miteinander kommunizieren? Wie und wer organisiert einen regelmäßigen Austausch?

Mit Hilfe dieser Fragen können dann konkrete Maßnahmen beschlossen werden, die in der Sammlung einen lokalen Handlungs- und Aktionsplan ergeben. Um dabei eine Systematik zu haben, empfiehlt sich der sogenannte Strategiekompass als Orientierungshilfe. Er besteht aus vier miteinander verknüpften Handlungsebenen (▶ Abb. 19).

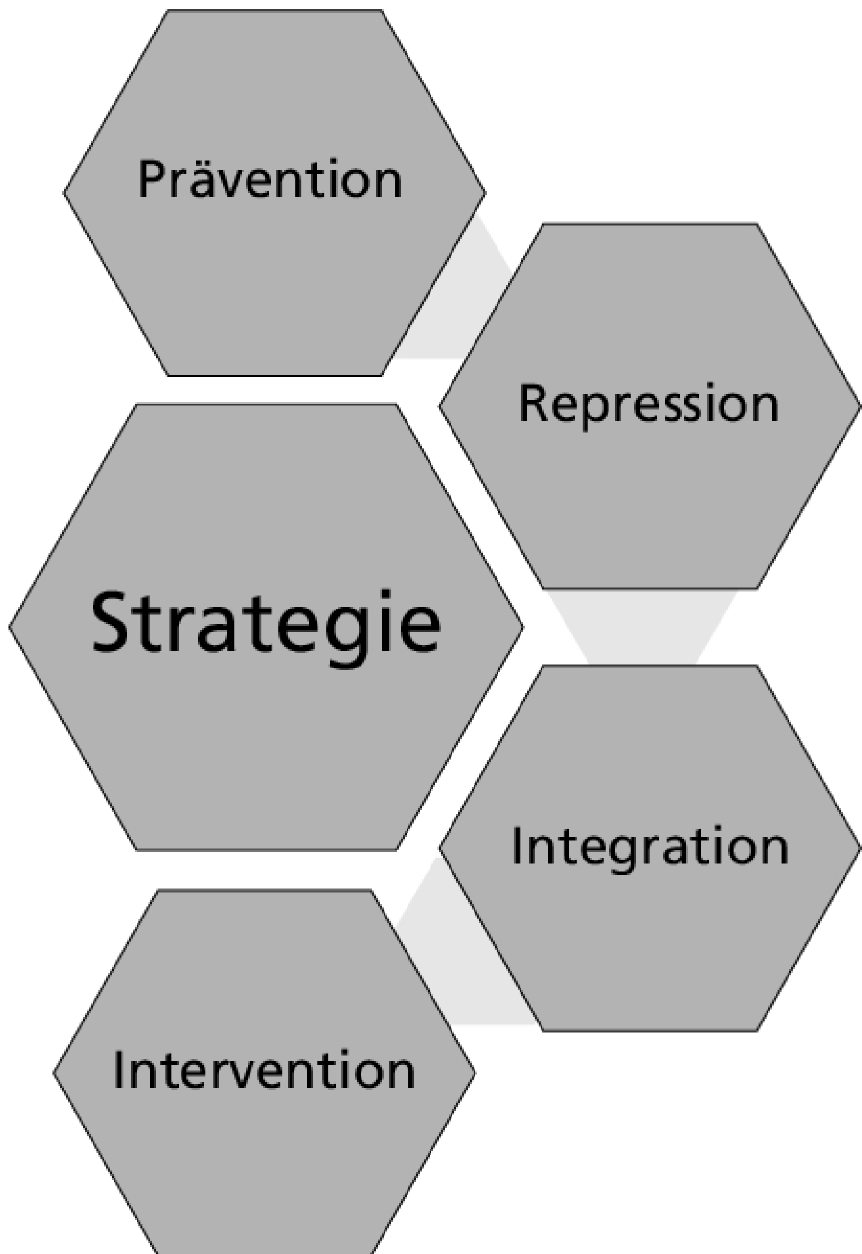


Abb. 19: Strategiekompass

Vier Strategien gilt es im Aktionsplan zu verknüpfen:

a.

Prävention ist nie verkehrt, beugt vor, kommt aber zu spät, wenn ein

Problem schon aufgetaucht ist.

b.

Repression durch Maßnahmen der Polizei, Justiz und der Verwaltung setzt das staatliche Gewaltmonopol durch und ist vor allem bei massiven Gewalt- und Angstkulissen nötig. Es schützt auch das demokratische Engagement und vor allem die Opfergruppen vor Ort.

c.

Integration meint alle Maßnahmen, die zur sozialen und kulturellen Demokratieentwicklung beitragen. Dies sind vor allem Förderungen bürgergesellschaftlichen Engagements und Projekte zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts auf menschenrechtlicher Basis. Erinnert sei an dieser Stelle an die Integrationstheorie von Heitmeyer (▶ Kap. 1.2.1), die hier angewendet werden kann.

d.

Intervention umfasst Angebote, die sich direkt, professionell und ausstiegsorientiert ans rechtsextreme Feld wenden.

Der Strategiekompass dient dabei als Steuerungshilfe für die Maßnahmen. Je nach örtlichem Bedarf, je nach konkreter Problemlage, kann mit seiner Hilfe überlegt werden, welche Maßnahmen sinnvoll miteinander zu verknüpfen sind. Wichtig ist dabei, dass die verschiedenen Strategieelemente sich gegenseitig ergänzen und nicht gegeneinander ausgespielt werden. Besonders trifft dies auf den Bereich Intervention zu: Sie braucht unmittelbar die kommunale Unterstützung und kann nur greifen, wenn in den drei anderen Elementen entsprechende Aktivitäten gestartet wurden.

Ein guter Aktionsplan leitet sich unmittelbar aus der Lageanalyse ab und entwickelt konkrete Angebote im Sinne des Strategiekompasses für die Probleme und Situationen vor Ort.

Schritt 3 – Umsetzung und Reflektion

Papier ist geduldig und der Aktionsplan nur dann von Wert, wenn die darin aufgezählten Maßnahmen auch tatsächlich umgesetzt werden. Dazu braucht es viel Kommunikation unter allen Beteiligten. Wichtig ist es dabei, Realitäten zu akzeptieren und nicht mit ›ungedeckten Schecks zu rechnen‹. Ist z. B. eine bestimmte Schule ein wichtiger Ort des Konflikts und der Schulleiter nicht offen für eine Problemwahrnehmung, macht es wenig Sinn, im Aktionsplan alles aufzuzählen, was der Schulleiter tun könnte oder sollte – wenn klar ist, dass er es sicherlich nicht machen wird. Vielmehr ist es dann Aufgabe des Aktionsplans Wege aufzuzeigen, was ohne den Schulleiter getan werden sollte und könnte.

Wichtig ist auch eine realistische Einschätzung der eigenen Ressourcen. Wer

kann und soll tatsächlich welchen Beitrag in welchem Zeitraum leisten? Je konkreter solcher Fragen beantwortet werden können, desto größer ist der Gewinn für das kommunale Handeln. Dazu gehört auch das ehrliche Eingeständnis, was aus der Kommune heraus nicht geleistet werden kann. Einiges davon kann vielleicht mit externer Hilfe geleistet werden, anderes lässt sich vielleicht auch kurzfristig tatsächlich nicht ändern, was nicht immer zufriedenstellend ist. Trotzdem gehören auch solche Einsichten zum Prozess dazu, weil sie zeigen, was möglich ist und was eben auch nicht.

Wichtig ist bei der Umsetzung dann die Einsicht, dass es sich beim Rechtsextremismus um ein lernendes System handelt. Die Situation bleibt somit selten statisch, sondern verändert sich vor allem auf Druck von außen. Die rechtsextreme Seite wird auf die Maßnahmen reagieren und das verändert wiederum die aktuelle Lage. Für den Aktionsplan und seine Unterstützer*innen heißt das, dass auch sie regelmäßig Veränderungen der Lage und ihre jeweiligen Maßnahmen reflektieren müssen. Verändert sich die Situation grundsätzlich, kann es gut sein, dass der Aktionsplan entsprechend angepasst, weiterentwickelt oder auch eingeschränkt werden muss. Auch dazu braucht es eine verlässliche und selbstkritische Kommunikation – am besten weiterhin mit externer Begleitung.

Was ist daran offensiv?

Offensiv ist der Ansatz, weil er mehrgleisig fährt. Der Grundgedanken ist, basierend auf starken demokratischen Strukturen bei einem expliziten Schutz der Opfer direkt auf die rechtsextreme Szenerie einzuwirken. Rechtsextremist*innen führen einen Kampf um Hegemonien in öffentlichen Räumen. Demokrat*innen sollten ihnen diese Räume streitig machen und sie dauerhaft besetzen. Gleichzeitig soll jedoch nicht nur der Handlungsspielraum der Rechtsextremist*innen eingeschränkt werden, sondern auch explizit ausstiegsorientiert gearbeitet werden. Im Idealfall werden so die Handlungsoptionen der Rechtsextremist*innen beschränkt und ihnen gleichzeitig ihre Mitglieder entzogen.

Zur besseren Veranschaulichung hier noch mal eine Graphik mit den Schritten des Community Coachings (▶ Abb. 20).

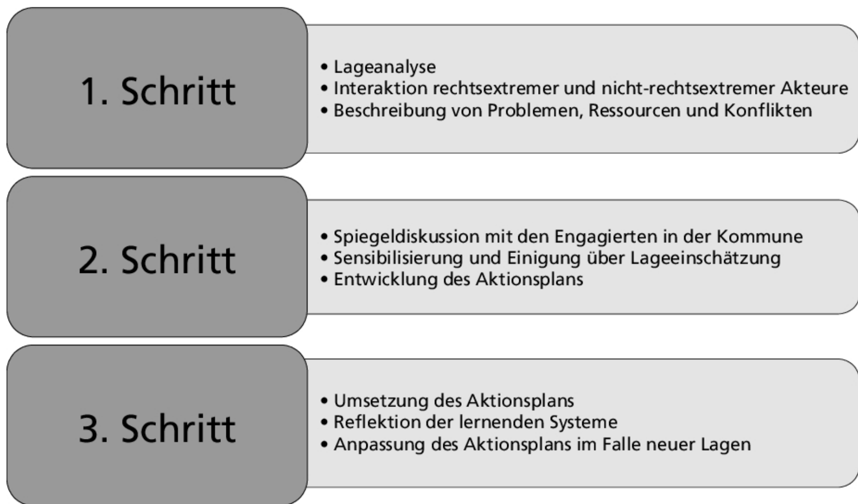


Abb. 20: Schritte des Community Coaching

Community Coaching ist somit ein systematischer Ansatz, der präventive Ansätze der Demokratieförderung mit der Intervention ins rechtsextreme Feld direkt koppelt.

Sollte dieses Berufsfeld für Sie interessant sein, benötigen Sie folgende Kenntnisse und Kompetenzen:

- inhaltliche Kenntnisse Rechtsextremismus/Demokratieentwicklung,
- Grundlagen der Qualitative Sozialforschung für die Analyse,
- Netzwerkkompetenz,
- Beratungskompetenz,
- Spagat Wissenschaft/Praxis,
-

Grundkenntnisse der Theorien, Praxis und Methoden der Sozialen Arbeit.



Weiterführende und verwendete Literatur

Dierk Borstel (2017): Community Coaching. Ein offensiver Ansatz der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus vor Ort, in: Kemal Bozay/Dierk Borstel (Hrsg.): Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft, Wiesbaden, S. 435 – 446

4.4.4 Verwandte Ansätze – Kommunale Konfliktbearbeitung und mobile Beratung

Methodisch eng verwandt sind weitere Ansätze der kommunalen Demokratiestärkung, die sich z. T. aus dem Ansatz des Community Coachings heraus entwickelt haben. Dank vieler Förderprogramme von Bund und Ländern hat sich vor allem die Idee der »mobilen Beratungsteams« an vielen Orten durchgesetzt. Ihren Vorläufer hatten diese Modelle in den 1990er Jahren in Brandenburg. Dort arbeitete man zunächst vor allem nachfrageorientiert: Rief jemand an, der sich Beratung zum Thema wünschte, fuhr das Team vor Ort, um dort nach Praxisansätzen zu suchen, diese anzuregen oder zu stärken. Oft entwickelten sich aus ersten Kontakten sehr unterschiedliche Modelle der Kooperation und örtlichen Demokratieentwicklung.

Entsprechend ausdifferenziert zeigen sich heute die Ansätze und Schwerpunkte. Einige dieser Beratungsteams legen einen großen Schwerpunkt auf die Förderung nicht rechtsextremer Jugendkulturen als Bollwerk gegen rechtsextreme Hegemoniebestrebungen, andere stärken vor allem zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort oder arbeiten mit der kommunalen Verwaltung zusammen. Einige arbeiten aufsuchend, andere strikt nachfrageorientiert. Zusätzlich bilden sich erste Projekte, die eine kommunale Konfliktbearbeitung versprechen. Dieser Markt und Straus an Projekten befindet sich in einem starken Wandel. An die Stelle starrer Standards sollen deshalb an dieser Stelle Entwicklungsfragen gestellt werden, anhand derer eine ›gute‹ und vor Ort passende Praxis entwickelt werden kann. Diese Fragen lauten wie folgt.

Wer formuliert vor Ort den Konflikt, der bearbeitet werden soll?

Zur Natur von Konflikten gehört es, dass es unterschiedliche Perspektiven, Deutungen und Schwerpunktsetzung der Konfliktpartner*innen gibt. Opfer

rechtsextremer Gewalt deuten Probleme möglicherweise anders als Polizist*innen, auf den Ruf eines Ortes bedachte Bürgermeister*innen usw. Welche Deutung des Konfliktes setzt sich vor Ort durch und was bedeutet das für die Konfliktberatung? Übernimmt sie die hegemoniale Deutung oder darf sie eigenständige Deutungen formulieren und in den Diskurs einspeisen? Dient sie ›nur‹ der Moderation oder verfügt sie über eine eigenes, z. B. demokratisches Mandat? Modelle der Sozialen Arbeit in diesem Bereich tun gut daran, ihren jeweiligen Standort klar und transparent zu machen.

Soll nachfrageorientiert und/oder aufsuchend gearbeitet werden?

In problembewussten Kommunen treten oft kommunale Akteure an die Soziale Arbeit heran und bitten um Unterstützung. Dort läuft die Kooperation meist hervorragend. In Orten mit nachgewiesenen Angstkulturen oder sehr homogenen Einstellungen, z. B. in vielen ländlichen Räumen, bleibt diese Nachfrage hingegen manchmal aus. Darf die Konfliktberatung, so sie von Konflikten hört, in solchen Fällen aufsuchend arbeiten oder sollte sie sich in der Nachfrage orientieren? Wenn sie nachfrageorientiert arbeitet und rechtsextreme Vorfälle bekannt werden und gleichzeitig keine Nachfrage erfolgt und somit kein Auftrag erteilt wird: Wer kümmert sich dann? Vor allem in Orten mit Normalisierungstendenzen taucht diese Fragestellung in besonderer Weise auf.

Wer schreibt mit welcher Qualität die Lageanalyse fort?

In vielen Förderprogrammen gibt es im Verfahren der Antragsstellung die Aufgabe, eine eigene Einschätzung zur örtlichen Situation und den Herausforderungen der demokratischen Kultur zu formulieren. Oft basiert sie auf Erkenntnissen des Verfassungsschutzes und einer eher oberflächlichen Auswertung von Wahlergebnissen, wenn es um Gefahren des »Extremismus« geht. Sinnvoller wären wissenschaftliche Expertisen zu den konkreten Interaktionen demokratischer und demokratiegefährdender Akteure und Strukturen vor Ort sowie Aussagen zur Qualität dieses Handelns und deren Verankerung in den politischen Einstellungen vor Ort. Solche Analysen würden genaue Ansatzpunkte und vor allem auch konkrete Ressourcen des eigenen Handelns markieren und strategisches Handeln vereinfachen. Unerlässlich ist jedoch unabhängig von der Art der Lagebeschreibung deren dauerhafte Fortschreibung. Es handelt sich schließlich um »lernende Systeme«, die sich dauerhaft fortentwickeln. Eine ›gute Praxis‹ lernt ebenfalls dauerhaft und ist bereit, bestehende Ansätze zu modifizieren, wenn dieses nötig erscheint.

Ist die kommunale Konfliktberatung ein eigenständiger Akteur?

Eine kommunale Konfliktberatung wird nur dann alle Konfliktpartner*innen erreichen können, wenn sie unabhängig agieren und auftreten kann und z. B. nicht an Finanzierungen oder Fachaufsichten der Kommune gebunden ist. Eine Wahrnehmung als ›verlängerter Arm‹ der örtlichen Verwaltung würde ihre Position enorm schwächen oder müsste konzeptionell von Beginn an transparent gemacht werden.

Was passiert, wenn die Kommune Teil des Problems und nicht der Lösung ist?

Mit dem Erstarken und zunehmenden Wahlerfolgen demokratiefeindlicher und z. T. offen rechtsextremistischer Parteien auch auf kommunaler Ebene stellt sich diese Frage zunehmend. Es ist abzusehen und z. T. schon eingetreten, dass Personen von solchen Bestrebungen zentrale Positionen auf kommunaler Ebene z. B. in Form von Wahlämtern übernehmen. Wer arbeitet aber zukünftig wie und in welchem Auftrag in den Kommunen, die nicht Teil der Lösung, sondern des Problems sind?

Wie gelingt die Einbindung von Minderheitsperspektiven und wenig machtvoller Stimmen vor Ort?

Aus den Forschungen zu Diskursanalysen, zum Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und aus vorliegenden kommunalen Erhebungen zur demokratischen Kultur sind die ungleichen Chancen und Voraussetzung verschiedener Akteure und Stimmen zur Beteiligung einerseits und zur Wahrnehmung im Diskurs einer Konfliktbeschreibung andererseits bekannt. Eine kommunale Konfliktberatung muss Sensibilität entwickeln für diese vermeintlich ›schwachen Stimmen‹ und diese z. T. auch deutlich stärken. Wie gelingt dies jedoch? Und was passiert, wenn die Beratung genau dafür stark kritisiert wird?

Aktuell ist dieser Bereich einem starken Wandel ausgesetzt. Auch gibt es Steuerungsversuche staatlicher Stellen durch gezielte Förderprogramme. Soziale Arbeit wird gut daran tun, anhand der Fragen eigene Positionen zu entwickeln, zu erproben und zu prüfen, ob sie im jeweiligen Ort den Vorgaben mit Blick auf ihre Professionskriterien folgen kann oder im Einzelfall auch mal nicht.



Weiterführende und verwendete Literatur

Reiner Becker/Sophie Schmitt (2019): Beratung im Kontext Rechtsextremismus. Felder – Methoden – Positionen, Frankfurt

Wolfram Hülsemann/Michael Kohlstruck (Hrsg.) (2004): Mobiles Beratungsteam.

Einblicke. Ein Werkstattbuch, Potsdam
Kulturbüro Sachsen e. V. (Hrsg.) (2013): (Dia)Logbuch Sachsen. Prozessorientierte Beratung im ländlichen Raum, Wiesbaden

4.4.5 Bundesebene

In diesem Kapiteln wechseln wir von der kommunalen auf die Bundesebene. Am Beispiel von Norwegen konnten wir sehen, wie eine Gesellschaft die Opferperspektive mit Leben erfüllen kann (▶ Kap. 4.3.1). In Deutschland ertönte in der Vergangenheit oft in den Debatten nach einem Umgang mit rechtsextremen Organisationen und Netzwerken der Ruf nach Verboten. Spielen wir gedanklich einmal durch, was damit erreicht werden kann und was vielleicht auch nicht.



Übungsaufgabe

Sie erinnern sich an die Eskalationstheorie. Bitte überlegen Sie. Welche Phänomene lassen sich verbieten, welche sind schon verboten und was lässt sich nicht verbieten?

Terrorismus und Gewalt sind bereits verboten. Das hält aber offensichtlich Einzelne nicht davon ab, trotzdem gewalttätig zu handeln und sogar zu morden.

Rechtsextreme Bewegungen nutzen oft demokratische Mittel, die sie an sich ablehnen, die aber trotzdem auch für sie gelten: z. B. das Demonstrationsrecht. Dies ist ein Grundrecht, das auch für die gilt, die die Grundrechte abschaffen wollen. Man nennt das die Paradoxie der Demokratie. Einschränkungen kann es nur ausnahmsweise geben, wenn z. B. vorab erkennbar ist, dass aus der Demonstration (schwere) Gewalttaten zu erwarten sind. Das war zuletzt bei vielen rechtsextremen Demonstrationen aber nicht mehr der Fall. Die Teilnehmer*innen hielten sich oft bewusst zurück. Sie merken: Ein Verbot ist hier nicht so einfach.

Etwas anders ist das mit offen rechtsextremen Organisationen, wie wir sie z. B. in Dortmund sehen konnten. Dort wurden 2012 die sogenannten »Autonomen Nationalisten« als vereinsähnlicher »Nationaler Widerstand« vom Innenminister in NRW erfolgreich verboten. Das Resultat war: Die Mitglieder zeigten sich weitgehend unbeeindruckt und haben einfach politisch weitergemacht und sich in einer anderen, bereits bestehenden rechtsextremen Partei organisiert. Das Verbot blieb so eher symbolisch, die Aktivisten marschierten weiter unter einer neuen Fahne und insgesamt veränderte sich

die örtliche Lage tatsächlich kaum.

Dieser Schritt war von den Rechtsextremist*innen in Dortmund auch insofern klug, da Parteien in unserer Rechtsordnung besonders geschützt werden. Auch sie können verboten werden. Die Hürden sind aber hoch und sehen wie folgt aus:

- Bundestag, Bundesrat und/oder Bundesregierung müssen einen Antrag auf das Verbot einer entsprechenden Partei beim Bundesverfassungsgericht stellen.
- Das Bundesverfassungsgericht prüft dann zwei Aspekte:
  - offensichtliche Verfassungswidrigkeit der Parteiziele,
  - gesellschaftliche Relevanz, die so groß sein muss, dass sie die demokratische Stabilität und Strukturen der Bundesrepublik ernsthaft gefährdet.
- Stellt das Bundesverfassungsgericht diese beiden Aspekte in einer ausführlichen Prüfung fest, kann es ein sofortiges Verbot aussprechen.

In der Geschichte der Bundesrepublik gab es das nur zwei Mal in den 1950er Jahren. Der jüngste Versuch, die rechtsextreme Partei NPD zu verbieten, scheiterte. Sie wurde zwar vom Bundesverfassungsgericht in einem einstimmigen Urteil der Richter*innen als nationalsozialistisch und damit eindeutig verfassungswidrig deklariert. Sie war ihnen für ein Verbot jedoch zu unbedeutend und damit keine ernsthafte Gefährdung der Demokratie.

Rechtspopulist*innen geben sich große Mühe, nicht aus dem Rahmen des Grundgesetzes zu fallen. Sie agieren zwar oft am äußersten Rand der Meinungsfreiheit, manchmal überschreiten sie ihn auch, nur selten jedoch so dauerhaft, dass z. B. ein Parteiverbot erfolgversprechend sein könnte.

Am schwierigsten ist es bei der GMF. Verbote können sich hier aus Persönlichkeitsrechten ergeben (z. B. bei Beleidigungen). Vieles andere fällt aber unter die Meinungsfreiheit, auch wenn das schwer verdaubar sein mag. Verbote werden hier jedoch kaum greifen.

In der Gesamtbilanz sehen Sie die Grenzen der Verbotsforderungen. Als alleinige Antwort auf rechtsextreme und -populistische Herausforderungen

dürften sie nicht ausreichen.

In der Geschichte der bundesrepublikanischen Herausforderung gab es auch deshalb etwa im Jahr 2000 einen wichtigen Paradigmenwechsel auf Bundesebene. Fortan zielten viele Förderungen auf die Stärkung der sogenannten Bürger- oder Zivilgesellschaft und nicht mehr nur auf Verbote oder Maßnahmen

Der Grundgedanke dahinter ist einfach und wurde im Lehrbuch auch schon mehrfach ausgeführt: Rechtsextremismus und -populismus setzen auf die Besetzung kommunaler und diskursiver Räume. Wo demokratische Strukturen sich zurückziehen, können Rechtsextremist*innen diese Lücken füllen. Mit der Förderung der Bürger*innengesellschaft soll das verhindert werden. Sie ist der Ort demokratischen Agierens jenseits des Staates. Der Gedanke lautet somit: Da, wo demokratisches Engagement stark, agil und attraktiv ist, haben Rechtsextremist*innen weniger oder keinen Raum zur Entfaltung. Eine starke Demokratie sei somit ein Bollwerk gegen Rechtsextremismus und -populismus. Besonders gelte das für die kommunale Ebene.

Tatsächlich zeigen verschiedene Erfahrungen und Analysen, dass dieser Zusammenhang auch trägt. Ein genauerer Blick verriet jedoch auch Defizite bzw. warf neue Fragen auf. Zum einen war eine aktive Bürger*innengesellschaft »gegen Rechtsextremismus« kein Garant, dass der Rechtsextremismus sich tatsächlich zurückzog. An manchen Orten agierten »demokratische« und »rechtsextreme« Initiativen und Gruppen eher nebeneinander, ohne dass es zu Zurückdrängungen kam. An anderen Orten erlebte zum anderen bürgergesellschaftliches Engagement das Problem der fehlenden Nachhaltigkeit. Das Engagement fiel z. B. schnell wieder zusammen, zeigte Ermüdungserscheinungen oder resignierte sogar. Es ist daher wichtig, an dieser Stelle noch einmal über kontinuierliche Strategien der Demokratieförderung nachzudenken, in denen die Soziale Arbeit und auch andere Teile der Bürger*innengesellschaft ihren Platz finden wird. Wir schauen uns deshalb diesen Aspekt noch einmal genauer an (▶ Kap. 4.4.5).



Weiterführende und verwendete Literatur

Claus Leggewie/Horst Meier (Hrsg.) (2002): Verbot der NPD oder Mit Rechtsradikalen leben?, Frankfurt

Britta Schellenberg/Martin Becher (Hrsg.) (2015): Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus, Schwalbach

4.5 Demokratieketten statt Projektemarkt

Bei vielen der gegen Rechtsextremismus wirksamsten Strukturen und Projekte taucht der Begriff »Rechtsextremismus« oft gar nicht auf. Sie betonen nicht ihr Dagegensein, sondern ihr Dafürsein für eine liberale, demokratische und freiheitsermöglichende Gesellschaft. Oft wird der Aufbau einer demokratischen Gesellschaft zu strukturell eng, nämlich im angesteckten Rahmen der politischen Systeme gedacht. Tatsächlich – erinnert sei an die drei Säulen des Demokratiebegriffs von Himmelmann – müssen mehrere Systeme zusammen und nicht getrennt gedacht werden (▶ Kap. 1.1.4; ▶ Abb. 21).

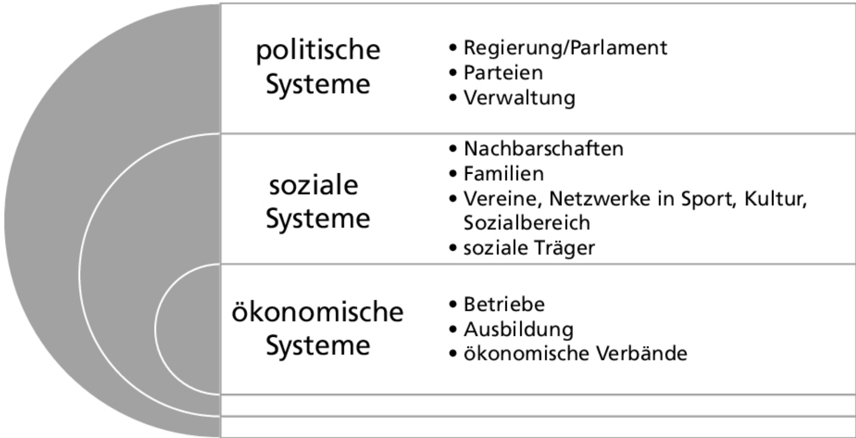


Abb. 21: Systeme der Demokratie

Eine gesamtgesellschaftliche Strategie denkt die drei Bereiche zusammen und sucht nach Schnittstellen und Kooperationen.

Für viele Träger der Sozialen Arbeit – mit Ausnahme der betrieblichen Sozialarbeit – sind die ökonomischen Systeme oft recht weit entfernt. Für den Umgang mit Rechtsextremismus sind sie jedoch enorm wichtig: Betriebe und Wirtschaftsverbände sind machtvolle Stimmen in jedem Diskurs. Positionieren sie sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus, hat das ein besonderes Gewicht, zumindest dann, wenn ihr ökonomisches Handeln den Positionen nicht zentral widerspricht. Betriebe können Vielfalt in der Belegschaft fördern und stärken, Diskriminierungen ahnden und oft auch die Bedeutung internationaler Kooperationen glaubhaft betonen. Sie können auch vor Ort zu Säulen der Demokratie werden, wenn sie Mitbestimmung zulassen, Vielfalt leben, sich klar gegen menschenfeindliche Ideologien und Strukturen aller Art positionieren und Partnerinnen und Unterstützerinnen engagierter Demokrat*innen vor Ort sind. Oft fremdeln Sozialarbeiter*innen im Umgang mit Unternehmensvertreter*innen. Dabei wären Synergien durchaus denkbar und für beide Seiten gewinnbringend. Die Soziale Arbeit könnte von der Diskursmacht oder auch den ökonomischen Ressourcen profitieren und viele Unternehmen sind am sozialen Frieden vor Ort interessiert.

Die unmittelbaren politischen Systeme wurden bereits in den Kapiteln zur Gemeinwesenarbeit und Demokratieentwicklung auf Bundesebene betrachtet. Bleibt somit der Fokus auf die sozialen Systeme, und tatsächlich verbergen sich dort für den Umgang mit Rechtsextremismus und die Soziale Arbeit ungemeine Ressourcen.



Übungsaufgabe zur Erinnerung

Wie war noch mal der Zusammenhang zwischen der Integration einer Gesellschaft, Prozessen der Desintegration und Rechtsextremismus?

Kurz zusammengefasst lautet die Theorie von Heitmeyer: Je integrierter eine Gesellschaft in den drei Säulen/Systemen ist, desto geringer die Wahrscheinlichkeit von Gewalt und Radikalisierungsprozessen. Was schafft somit eine nachhaltige Integration einer Gesellschaft? Ein entscheidender Baustein findet sich in den oben genannten sozialen Systemen und braucht dort eine Verankerung.

Zwei Gedanken können dabei behilflich sein: Der frühere Bundeskanzler Willy Brandt antwortete auf die Frage nach den Säulen der Demokratie mit dem Satz »Die Schule der Nation ist die Schule« – damals in Abkehr von der Position, dass das Militär diese Aufgabe hätte. Ein zweiter Gedanke fußt darauf, dass dank der Schulpflicht tatsächlich alle jungen Menschen mehrere Jahre mit Schulen in Kontakt kommen sollten. Da die Jugend für die politische Sozialisation eines Menschen oft entscheidend ist, ist es naheliegend, die Schule zu einer tragenden Säule der Demokratie zu entwickeln. In der Praxis tauchen dazu allerdings ein paar Probleme auf.



Übungsaufgabe

Erinnern Sie sich für einige Minuten an Ihre Schulzeit. Viele Schulen geben vor, eine demokratische Schule sein zu wollen. Wo und wie haben Sie Kernmomente demokratischer Kultur und Strukturen an Ihren Schulen erlebt?

Hoffentlich verbinden Sie mit Ihrer Schulzeit viele positive Erinnerungen. Blicken wir aus der Sicht von Schüler*innen auf das System Schule z. B. mit einem Schwerpunkt auf Mitbestimmung als ein zentrales Merkmal jeder

Demokratie, so zeigen sich erstaunliche Defizite: Über kaum einen Kernbereich im schulischen Alltag können Schüler*innen ernsthaft mitbestimmen. Weder legen sie ihre Unterrichtsfächer noch deren Inhalte fest, sie werden bei der Einstellung der Lehrer*innen meistens nicht gefragt, müssen Prüfungsformen, -inhalte und -noten über sich ergehen lassen. Der Regelbereich der Schulen ist für viele Schüler*innen fast durchgehend frei von konkreten Mitbestimmungsmöglichkeiten, die über die Ebene der Information der Schüler*innen im Sinne der Beteiligungsleiter hinausgehen. Anders ist das im freiwilligen Bereich: Beim Standdienst am »Tag der offenen Tür« ist das Schüler*innenengagement oft willkommen. Demokratie ist aber keine Spielwiese auf einem Nebenschauplatz. Kurzum: Um die demokratische Qualität und Struktur an Schulen steht es oft nicht besonders gut.

Schulen können jedoch oft mehr – auch ohne revolutionäre Umsturzfantasien. Sie können dann mehr, wenn sie Alltag und Strukturen für das Gemeinwesen öffnen, sich vor Ort vernetzten und Netzwerkknoten für demokratisches, soziales, sportliches und kulturelles Engagement vor Ort werden. Sie können vor allem ein Knotenpunkt in einer Bildungskette sein, die zur Demokratiekette ausgebaut werden sollte.

4.5.1 Von der Bildungs- zur Demokratiekette

Die Idee der Bildungskette geht davon aus, dass Bildung ein stetiger Prozess sein sollte, an dem verschiedene Institutionen beteiligt sind, deren Angebote aufeinander aufbauen und die sich im besten Fall ergänzen und nicht widersprechen. Bildungsketten versprechen dabei eine Flexibilität für das Individuum, so dass Wahlmöglichkeiten z. B. zwischen verschiedenen Schulformen, Schulprofilen oder auch zwischen Studiengängen bzw. Ausbildungsplätzen bestehen.

Mit Blick auf die Kenntnisse der Sozialisation der Menschen und dem Wissen, dass gerade die ersten vier Jahre eines Kindes von besonderer Bedeutung für das weitere Leben sind, macht es Sinn, bereits Kindertagesstätten bzw. Kinderhorte oder andere Formen der Kleinkindförderung in die Idee der Bildungsketten zu integrieren und dort die jeweilige Bildungsreise starten zu lassen. Diese Bildungsreise kann zu einem stetigen Demokratielernen werden – aus der Bildungskette würde dann eine Demokratiekette als Idealtypus der Prävention. Geht das aber tatsächlich schon mit kleinen Kindern?



Übungsaufgabe

Lassen Sie uns über folgende Frage nachdenken: Demokratielernen in der

Kita – geht das überhaupt? Wäre es nicht besser, Kinder spielen zu lassen und musisch, künstlerisch oder sportlich zu fördern? Sollen die Kinder jetzt stundenlang im Kreis sitzen, große Reden schwingen und dann ein Protokoll malen, da sie in der Regel in dem Alter noch nicht schreiben können? Oder gibt es doch Möglichkeiten, schon frühe Akzente der Demokratieentwicklung zu setzen? Haben Sie vielleicht Ideen, wie das aussehen könnte?

Bei der Beantwortung kommt es wieder auf Ihren Demokratiebegriff an. Das Drei-Säulen-Modell von Himmelmann ist an dieser Stelle wieder hilfreich (▶ Kap. 1.1.4, ▶ Abb. 5). Natürlich geht es nicht darum, Kinder z. B. mit bürokratischen Aufgaben zu überfordern oder ihnen altersuntypische Aufgaben zu übertragen. Grundlagen der demokratischen Alltagskultur können aber gelegt werden. Es geht vor allem um Selbstwirksamkeitserfahrungen. Kinder wollen eingebunden und ernst genommen werden und beides sind wunderbare Schlüssel des Demokratielernens. Kinder wollen da mitwirken und mitbestimmen, wo es um ihre Anliegen geht und sie die Folgen übersehen können. Wollen wir trotz Regen raus auf den Spielplatz – ja oder nein? Braucht es im Garten eher eine Rutsche oder eine Schaukel? Ein Fußballtor oder eine zusätzliche Sandkiste? Das sind einfache Fragen, die Kinder schon im frühen Alter beantworten können. Haben sie dann das Gefühl ernst genommen zu werden oder dass ihre Meinung ein Gewicht bei der Entscheidungsfindung hat, lernen sie eine demokratische Grunderfahrung kennen, nämlich: Mitbestimmung kann sich lohnen. Dabei kann man am Ende bei der Entscheidungsfindung gewinnen oder verlieren, zur Mehrheit oder Minderheit gehören. Aus Minderheiten können bei der nächsten Entscheidung immer auch Mehrheiten werden, wenn es gelingt, genügend Mitstreiter*innen für die eigene Sache zu gewinnen. Es kann sich somit lohnen, sich für etwas einzusetzen und genau das ist ein enorm wichtiges demokratisches Basiserlebnis, das Kinder früh erfahren können.

Ein anderer Schlüssel ist die frühe Beschäftigung mit Kinderrechten. Sie gehen von der Gleichwertigkeit aller Kinder aus. In der Kita kann das schon im Kleinen gelebt werden. Wie ist es z. B. mit religiösen Festen? Werden die Feste aller Religionen der Kinder gefeiert, das Zuckerfest und Weihnachten und Jom Kippur? Wie wird mit Konflikten umgegangen? Die UN-Kinderrechte basieren auf vier Grundforderungen:

- Diskriminierungsverbot,
- Recht auf Leben und persönliche Entwicklung,

- Kindeswohlvorrang,
- Recht auf Mitbestimmung.

Alle vier Grundforderungen müssen im Alltag verankert sein und zeigen sich in kleinen Konflikten. Einige fiktive Beispiele sollen das exemplarisch verdeutlichen.

> **Beispiele**
>
> Kemal spricht zu Hause türkisch und sein Deutsch ist noch nicht besonders gut. Beim Aufsagen der Gedichte am Tag der offenen Tür soll Kemal dieses Jahr lieber als einziges Kind aussetzen, um keine peinlichen Momente für die anderen Eltern zu schaffen (hier müsste das Diskriminierungsverbot greifen).
>
> Judith ist das dritte Kind einer alleinerziehenden Mutter. Trotz Halbtagsjob und einigen »schwarzen« Reinigungsjobs ist das Geld immer knapp. Für den Kitaausflug in den Zoo reicht es dieses Mal nicht. Sie lässt das Kind in Absprache mit den Betreuer*innen an dem Tag zu Hause und ›erfindet‹ eine Erkältung (auch hier müsste das Diskriminierungsverbot greifen).
>
> Alberta möchte unbedingt lesen lernen und fragt den Erzieher ständig nach Buchstaben, Wortbedeutungen etc. Dieser nimmt ihr dann genervt die Bücher weg. Das könne sie immer noch in der Schule lernen und sie solle lieber ein schönes Bild malen (hier müsste das Recht auf persönliche Entwicklung greifen).

Diese Beispiele zeigen, dass sich die Verankerung der Kinderrechte im Alltag beweisen müssen. Kinder sammeln so Grunderfahrungen des Selbstwertes, der Würde und eigenen Persönlichkeit, auf denen in der Schule aufgebaut werden kann. Die Soziale Arbeit kann dafür Fortbildungen und Praxisbegleitungen auch für Erzieher*innen oder Kinderpfleger*innen entwickeln und anbieten.

4.5.2 Schule der Demokratie durch Schulöffnung

Schule als Bildungsort kann ein Ort der Wissensvermittlung, sie kann aber auch ein Ort demokratischen Lebens und Lernens sein – je nach Bildungsbegriff. Schulentwicklungsprozesse werden an vielen anderen Stellen beschrieben, weshalb hier nur einige Kernbestandteile dargestellt werden.

Wer Lehrer*innen auf einer Fortbildung erzählt, sie sollten zusätzliche Aufgaben jenseits des Unterrichts, der Prüfungen, Planungen und Begleitung

der Schüler*innen wahrnehmen, wird mehrheitlich Kopfschütteln ernten. Tatsächlich ist eine Schulöffnung kein Prozess, der mit zwei Freistunden in der Woche für eine Lehrkraft nebenbei einzufädeln wäre. Als ideal hat es sich erwiesen, dafür eigenes Personal einzustellen und zu finanzieren. Gemeint sind damit z. B. pädagogische Werkstätten als Bestandteil der Schulentwicklung zu schaffen. Deren Mitarbeiter*innen sind angehalten, das Engagement im kommunalen Umfeld auch an die Schule zu binden. Sportvereine können Nachmittagsangebote anbieten. Künstler*innen unterbreiten spannende und kreative Angebote zusammen mit Schüler*innen. Betriebe bieten Einblick in ihren Alltag und lassen Jugendliche hospitieren usw. Schule verbindet sich so mit der regionalen Bürger*innengesellschaft und Wirtschaft und wird zu einem Markt der lockenden Möglichkeiten, in dem Kinder und Jugendliche sich erproben können und auch jenseits des Unterrichts gefördert werden. Natürlich kostet das Geld, sogar viel Geld – aber es ist hervorragend investiert, nämlich in die Zukunft der Jugendlichen und auch in die Demokratie, da Jugendliche so eine Förderung im Sinne ihrer Rechte erfahren. Das Geld ist auch investiert in die Generation der Erwachsenen, denn auch sie werden vom Wissen und den Fähigkeiten der Jugendlichen profitieren.

Auch im Unterrichtscurriculum lassen sich weitere demokratiefördernde Elemente einbauen. Ein Beispiel ist das sogenannte Service Learning. Hier erfinden, gestalten und führen Schüler*innen in Begleitung der Lehrkräfte soziale Projekte in ihren Umfeldern aus. Sie lernen so andere soziale Praktiken, Milieus und Themenstellungen kennen. Vor allem aber lernen sie auch elementare Fähigkeiten, die für die Demokratie unerlässlich sind, z. B. Kommunikation mit Personen jenseits des eigenen Umfeldes, Empathie und Verständnis für andere Lebenslagen sowie Selbstwirksamkeitserfahrungen durch die Projektentwicklung und -umsetzung. Schon diese kleinen Hinweise zeigen, dass Schule vielmehr sein kann als ein Ort trüben Faktenlernens, so die Beteiligten bereit sind, Schule zu öffnen und zu einem Ort demokratischen Lebens weiterzuentwickeln.

Ein wichtiger Treiber solcher Prozesse kann neben den pädagogischen Werkstätten auch Schulsozialarbeit sein. Ihr Ansatz ist jedoch häufiger per Aufgabenbeschreibung weniger systemverändernd, sondern zielt meist auf individuelle Förderungen bzw. auf den Umgang mit innerschulischen Konflikten. Letzteres kann auch im Kontext mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen auftauchen.



Übungsaufgabe

Sie sind Schulsozialarbeiter*in an einer Gesamtschule in einer westdeutschen Großstadt. Der Klassenverband ist so bunt und vielfältig wie

ihr Stadtteil. Fast alle Jugendlichen im Alter von 15 bis 16 Jahren sind in der Stadt geboren, haben aber familiäre Wurzeln in über 15 Ländern dieser Welt. Bei Stefan ist das anders. Er kommt »vom Dorf«, pendelt jeden Morgen in die Stadt und versteht sich stolz als »deutsch und arisch zugleich«. Zu Hause »hängt« er mit einer rechtsextremen Gruppe ab, fällt hin und wieder auf Schützenfesten mit Sauforgien und Beteiligungen an Schlägereien auf. In der Schule ist er ruhig und hält sich zurück. Die anderen ignorieren ihn weitgehend – er ist ihnen vor allem egal und wird nicht ernst genommen. Auf einem Elternabend kommt für Sie völlig überraschend die Elternvertretung auf den »Nazi« in der Klasse zu sprechen. Gemeint ist Stefan. Er sei gefährlich, gewalttätig, in der Schule ein »Wolf im Schafspelz« und sollte am besten von der Schule geschmissen werden, um andere Jugendliche mit Migrationshintergrund nicht zu gefährden. Die anwesenden Lehrer wiegeln ab, sind aber überrascht von der Vehemenz und am Ende der Diskussion lautet der Kompromiss: Die Schulsozialarbeit soll sich kümmern und nach wenigen Wochen eine Empfehlung zum Umgang mit Stefan geben. Wie würden Sie in einem solchen Fall vorgehen?

Zur schulischen Karriere vieler Aussteiger*innen gehören tatsächlich erstaunlich viele Schulwechsel. Die wenigsten davon waren freiwillig. Oft war es eher die Überforderung der Schule, die zum Verschieben der Problemfälle einlud. Von daher lohnt sich in diesem Fall zunächst eine grundsätzliche Betrachtung.

Zunächst ist Bildung ein Menschenrecht und Menschenrechte gelten bekanntlich auch für jene, die sie abschaffen wollen. Hinzu kommt ein zentraler Grundsatz des Rechtsstaates: nulla poena sine culpa. Übersetzt heißt das in etwa: keine Strafe ohne Schuld bzw. Tat. In der Schule hat Stefan sich bisher nichts zu Schulden kommen lassen. Er verbreitet dort keine Ideologie, ist nicht gewalttätig, stört nicht und verhält sich unauffällig. Wofür soll er deshalb in diesem konkreten Fall mit einem Schulverweis bestraft werden? Auf der anderen Seite ist es ein nachvollziehbares Interesse potenzieller Opfergruppen rechtsextremer Gewalt, nicht auf eine Tat zu warten, sondern sich präventiv zu schützen. Stefan ist an Prügeleien jenseits der Schule beteiligt. Ein Gewaltpotenzial ist somit erkennbar und auch ernst zu nehmen – zum Schutz der Opfer, aber auch zum Schutz von Stefan selbst.

Was tun in einem solchen Fall? Der erste Schritt sollte aufsuchend in Richtung Stefan gehen. Günstig wäre eine schlichte Kontaktaufnahme zum Aufbau einer vertraulichen Kommunikationsbasis. Ungünstig wäre ein Gespräch im Sinne einer Gefährderansprache; denn dann wird es kein zweites Gespräch geben und eine professionelle Beziehung kann nicht entstehen. Im zweiten Schritt hat Stefan ein Recht darauf, von der Diskussion auf dem Elternabend zu erfahren und dazu Stellung zu nehmen. Parallel kann das Gespräch mit anderen Schüler*innen aus der Klasse geführt werden: Wie sehen sie die Lage? Gibt es Ängste, konkrete Konflikte mit Stefan? Was halten sie von der Elternforderung?

Je nachdem, welche Antworten es gibt, können weitere Schritte geplant und umgesetzt werden. Eventuell bietet sich, so Stefan dem zustimmt, eine Klassenkonferenz an. Vermutlich könnte für Stefan auch ein Handlungsplan im Sinne der akzeptierenden Jugendsozialarbeit erarbeitet und mit ihm zusammen umgesetzt werden. Auf der anderen Seite ist es wichtig, mit den potenziellen Opfern dauerhaft im Gespräch zu bleiben und Verschiebungen in der Kommunikationsstruktur sensibel wahrzunehmen.

Die Schulsozialarbeit brauch in diesem Fall somit ein großes kommunikatives Geschick zum Ausgleich der Interessen und tritt hier einerseits als Anlaufstelle zur Konfliktlösung auf, steht aber andererseits auch mit jeweils anderen Aufträgen an der Seite der möglichen Opfer und auch an der Seite von Stefan. Das oberste Ziel wäre vermutlich Deeskalation und danach die Suche nach Ansätzen einer Deradikalisierung von Stefan zur dauerhaften Reduktion des Konfliktpotenzials.

Ein anderer Ansatz der Sozialen Arbeit setzt wieder auf die gezielter Stärkung bestimmter Jugendgruppen und auf die Förderung ihrer Ressourcen (▶ Kap. 4.5.3).

4.5.3 Peer Leader Education

Ein bekannter Ansatz der Rechtsextremismusprävention und -intervention an Schulen setzt auf den Grundgedanken, dass Jugendliche sich vor allem in der Pubertät an anderen Jugendlichen und den eigenen und anderen Cliquen orientieren. Der Ansatz des Peer Leader Education etablierte sich bereits in den 1990er Jahren. Damals hatten viele Schulen mit einer aufflammenden rechtsextremen Jugendkultur unter ihren Schüler*innen zu kämpfen. Oft waren diese Jugendlichen gar nicht in der Mehrheit und doch dominant und bestimmend in den Schülerschaften. Wie kam das? Sie unterbreiteten anderen Schüler*innen ein Angebot aus einer neuen Ästhetik, dem Versprechen an Teilhabe und Respekt, an Jugendangeboten und Gemeinschaft. Vor allem dort, wo alternative Angebote der Jugendarbeit wegfielen oder unattraktiv waren, füllten rechtsextreme Gruppen diese freiwerdenden Orte und Möglichkeiten. Damals wurde in den Debatten oft von der kulturellen Hegemonie gesprochen. Diese meint eine Form der Meinungsführerschaft in einem bestimmten Milieu, ohne dass diese Gruppen dort unbedingt reale, zahlenmäßige Mehrheiten hätten. Ihr Stil, ihre Ästhetik und ihre weiteren kulturellen Merkmale waren attraktiv und prägend für andere. Sie verdrängten auch andere Minderheiten und erreichten so auch jene, die selbst weniger festgelegt waren und von rechtsextremer Seite oft als »Normalos« tituliert wurden, die zu erreichen angestrebt wurde; denn mit ihnen zusammen wäre aus einer kulturellen Hegemonie auch eine gesellschaftliche, zahlenmäßige Mehrheit möglich gewesen. Es ist wichtig, diesen Zusammenhang zu verstehen. Ein provokantes Beispiel aus der Zeitgeschichte soll den Zusammenhang noch mal verbildlichen.

Ein zeithistorisches Beispiel

Im Sommersemester 1968 beteiligte sich nur eine kleine Minderheit der damaligen Studierenden an den Aktionen und Angeboten der aktiven linken, politischen Gruppen an den Universitäten. Trotzdem wird bis heute von den sogenannten »68ern« gesprochen – bei einigen Beteiligten oft voller Nostalgie, bei anderen auch etwas genervt von den sich wiederholenden Veteranengeschichten. Warum wird bis heute der Begriff der 68er verwendet? Sie prägten den Zeitgeist und waren doch immer nur eine Minderheit. Ihre Ästhetik, ihre Aktionen und Ideen waren Gesprächsstoff für viele. Sie provozierten, gefielen und wurden gehasst – je nach Standpunkt. Aber die Diskussionen rankten um sie und Jüngere kopierten ihre Ansätze und wollten Teil der Bewegung werden. Sie hatten somit in Teilen der Gesellschaft eine kulturelle Hegemonie, obwohl sie zahlenmäßig in der Minderheit blieben, und prägten so trotz fehlender Mehrheit spätere Generationen.

Von rechtsextremer, intellektueller Seite wurde schon früh die Strategie der Schaffung kultureller Hegemonien angestrebt. Erfolgsansätze dafür gab es zunächst jedoch weniger im intellektuellen Diskurs, sondern in der rechtsextremen Jugendkultur. Dies ist der theoretische Hintergrund, um den Peer-Leader-Education-Ansatz zu verstehen.

Eine Übungsaufgabe zu einer norddeutschen Gemeinschaftsschule soll dabei helfen, den Ansatz zu erklären.



Übungsaufgabe

In den älteren Jahrgängen der Schule in einem sozialen Brennpunkt hatten rechtsextrem orientierte Jugendliche ein Attraktionsübergewicht: Ihre Partys waren begehrt. Ihre Kleidung galt als ›cool‹. Ihre Musik wurde auf dem Schulhof gehandelt. Ihre Konzerte galten – obwohl es kaum reale Erfahrungen gab – als legendär. Den Lehrer*innen gelang es nur begrenzt, Zugang zu diesen Jugendlichen zu finden. Im Unterricht verhielten sie sich vollständig angepasst und kleinere Provokationen wie die Ausrufung zur »Schule ohne Rassismus« verpufften ohne größere Wirkung. Vor allem in den jüngeren Jahrgängen zeigten sich klare Hinwendungen zu den Älteren und so drohte eine nächste rechtsextreme Welle an der Schule. Die Schulspitze wandte sich deshalb hilfesuchend an den größten Träger der Jugendarbeit vor Ort und bat um Unterstützung. Schnell bestand Einigung, dass es auch einer sozialarbeiterischen Intervention bedürfe, um den Kreislauf der rechtsextremen Reproduktion zu durchbrechen.

Haben Sie eine Idee, wie hier vorgegangen werden könnte?

In der gemeinsamen Lageanalyse wurde schnell das Problem der rechtsextremen kulturellen Hegemonie erkannt und diskutiert. Versuche der Schule, z. B. mit dem Titel »Schule ohne Rassismus« ein Statement zu setzen, schienen zu schwach, um die Hegemoniebestrebungen zu brechen. Die Sozialarbeiter*innen betonten, dass zwei Strategien miteinander verknüpft werden müssten. Dennoch brauche die rechtsextreme Seite klare Grenzen. Das konnte jedoch nur z. T. im schulischen Kontext geschehen, da deren Verhalten mit wenigen Ausnahmen im schulischen Raum keinen Anlass für Interventionen gab. Begrenzt wurde lediglich der blühende Musikhandel auf dem Schulhof – fortan wurden die CDs eingezogen, einige rechtsextreme Kleidungsmarken im Schulgebäude verboten und diese Regeln offen in allen Klassen erklärt und publik gemacht. Einen Durchbruch versprach dieser (nötige) Ansatz jedoch nicht. Dieser folgte erst mit dem Peer-Leader-Education-Ansatz. Er setzt darauf, nicht rechtsextreme Jugendliche darin zu qualifizieren und ihnen die Mittel in die Hand zu geben, selbst um die kulturelle Hegemonie an ihren Schulen zu kämpfen. Die Sozialarbeiter*innen boten mit Hilfe einer Stiftungsförderung nicht rechtsextremen Jugendlichen eine spezifische Unterstützung an: Ihre Potenziale sollten gezielt gefördert werden – individuell und als Gruppe. Ihre Ideen und Wünsche wurden aufgegriffen. Die Sozialarbeiter*innen unterstützten z. B. eine Bandgründung jüngerer Schüler*innen, boten Proberäume und Hilfe bei ersten Aufnahmen. Vor allem sorgten sie dafür, dass die Band – als die Qualität einigermaßen stimmte – auch Gesprächsthema wurde. Sie bekamen Auftrittsmöglichkeiten bei Veranstaltungen und – viel wichtiger – dank der gut vernetzten Stiftung auch prominenten Besuch bekannter Musiker*innen in der Schule, die gemeinsam mit den Jugendlichen probten, in den Klassen mit Schüler*innen diskutierten und hunderte Autogramme und Fotos hinterließen. Es waren solche Momente, in denen die rechtsextreme Seite ihre kulturelle Hegemonie Stück für Stück verlor. Ihre Konzerte waren Gerüchteküche, die Konzerte der anderen Seite real, offen für alle und ungemein attraktiv für die Schüler*innen, die neu an die Schule kamen.

Peer Leader Education setzt somit darauf, nicht rechtsextreme Cliquen so zu fördern und zu unterstützen, dass sie in der Lage sind, in ihren Sozialräumen die kulturelle Hegemonie zu gewinnen und so der rechtsextremen Seite Handlungsräume streitig zu machen. Der Ansatz muss dabei immer wieder auf die Ressourcen und Interessen der beteiligten Jugendlichen neu angepasst werden. Es gibt somit keine Blaupause, die es abzuarbeiten gilt, sondern einen im besten Sinne emanzipativen Prozess der gemeinsamen Projektentwicklung, der von der Sozialen Arbeit angestoßen, aber nur auf Augenhöhe mit den beteiligten Jugendlichen organisiert und durchgeführt werden kann.



Weiterführende und verwendete Literatur

Wolfgang Edelstein u. a. (Hrsg.) (2009): Praxisbuch Demokratiepädagogik, Weinheim/Basel
Anne Sliwka u. a. (Hrsg.) (2004): Durch Verantwortung lernen. Service Learning: Etwas für andere tun, Weinheim/Basel
Franziska Nagy u. a. (2019): Praxisbuch Service Learning: »Lernen durch Engagement« an Schulen, Weinheim/Basel
Norbert Herringer (2020): Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung, 6. Auflage, Stuttgart
Michael May/Gudrun Heinrich (2020): Rechtsextremismus pädagogisch begegnen. Handlungswissen für die Schule, Stuttgart

4.5.4 Politische Bildung – Möglichkeiten und Grenzen

Ein Dauerbrenner öffentlicher Forderungen nach fast jedem rechtsextremen Anschlag ist der nach mehr politischer Bildung. Wer wollte dem auch widersprechen? Tatsächlich gehört die Forderung in diesem konkreten Zusammenhang aber kritisch hinterfragt. Sie geht schließlich von einer Defizitorientierung der Rechtsextremist*innen aus und unterstellt oft – aber nicht immer –, dass Aufklärung ein Mittel gegen rechtsextreme Ideologie sei. Ist dem aber so?



Übungsaufgabe

Dies ist ein Ausschnitt aus einem Schulungsmaterial der NPD für junge Mitglieder (liegt dem Autor als Kopie vor). Bitte kritisieren Sie aus Sicht der Sozialen Arbeit die Menschenbildtheorien der Partei.

Auszug S. 29: »Das lebensrichtige Menschenbild: Im Mittelpunkt jeder nationalistischen Politik steht der Mensch. Er ist sowohl Subjekt als auch Objekt jeder politischen Entscheidungsfindung. Politik wird von ihm für ihn gemacht. Daher müssen möglichst exakte Modelle menschlichen Handelns, Denkens und Fühlens entwickelt werden. Während die Korrektheit wissenschaftlicher Ergebnisse auf den Gebieten der Chemie, Physik und Mathematik nur selten in Frage gestellt werden, ist dies bei Erkenntnissen, die den Menschen betreffen, häufiger der Fall. Dies hat seine Ursache darin, daß diese das Selbstbild des Menschen betreffen. Während es dem

Menschen normalerweise relativ egal ist, wie sich Kohlenstoff- und Wasserstoffatome binden oder wie schnell ein Stein auf dem Mond fällt, wehrt er sich in seinem Innersten dagegen, daß bestimmte, von ihm begangene Handlungen vorgegebenen Mustern folgen. (...)«

Dabei unterscheidet das Papier folgende Menschenbilder:
»DAS BIOLOGISCHE MENSCHENBILD: Das menschliche Verhalten resultiert aus ererbten Mechanismen, die sich im Laufe des Evaluationsprozesses herausgebildet haben (instinktiv angeborene Verhaltensdispositionen). Eine Veränderung menschlicher Verhaltensmuster ist ohne Evolutionsprozeß somit nur eingeschränkt möglich (z. B. sind Gefühle nicht erlernt.)
ERKENNTNIS DURCH: Verhaltensforschung (z. B. Konrad Lorenz), Physiobilogie
DAS LIBERALISTISCHE MENSCHENBILD: Der Mensch ist ein vernunftgesteuertes Wesen (Lernmethode). Sein Verhalten kann durch Appelle an seine Vernunft, die einen Einsichtsprozeß bewirken, maßgeblich geändert werden. ERKENNTNIS DURCH: Diesem Menschenbild liegt keine methodische Erkenntnis zugrunde. Es handelt sich hierbei um eine ideologische Wunschvorstellung mit religiösem Charakter.«

Möglicherweise ist Ihnen diese Übung gar nicht so leichtgefallen. Die NPD vertritt ein Menschenbild, in dem Menschen Tieren gleichgestellt sind. Sie seien gesteuert durch natürliche Triebe – verteidigten so z. B. ihr Revier wie Hunde und könnten Konkurrenz dort nicht ertragen. Deshalb müssten Migrant*innen entfernt werden. Das liberalistische Menschenbild wird in dem Papier ebenso verkürzt wie verzehrt wiedergegeben und muss hier nicht im Detail erläutert werden. Denn im Kern geht es um einen anderen Punkt: Wiederholt wird in öffentlichen Diskussionen auch der Sozialen Arbeit etwas flapsig vermutet, Rechtsextremist*innen seien schlicht ›dumm‹ und bräuchten einfach ein paar grundlegende Informationen z. B. zum humanistischen Menschenbild oder zum Nationalsozialismus. Das Schulungspapier zeigt, dass diese Position problematisch ist. Natürlich gibt es ›dumme‹ Rechtsextremist*innen, aber es gibt auch ziemlich kluge, theoriebegabte und gut informierte Rechtsextremist*innen. Deren Problem ist z. B. nicht, dass ihnen Informationen zum historischen Nationalsozialismus fehlten. Oft ist eher das Gegenteil der Fall – sie sind ausgesprochen gut informiert, finden das nationalsozialistische System und seine Politik aber nicht menschenfeindlich, sondern gut oder noch schlimmer: nachahmenswert.

Für den Ansatz der politischen Bildung folgt daraus, dass auch hier zunächst Ziele und Zielgruppen abgestimmt und darauf aufbauend entsprechende Methoden entwickelt werden müssen. Hilfreich ist dabei die Unterteilung in primäre, sekundäre und tertiäre Prävention. Alle drei Arten verstehen sich als »vorbeugend«, beziehen sich aber auf jeweils andere Voraussetzungen ihrer Zielgruppen. Primäre Prävention richtet sich an ein Publikum, was bisher kaum

oder keine Berührung mit der jeweiligen Thematik hatte. Oft zielt sie auf ein besonders junges Publikum. Ein typisches Beispiel sind Ansätze sexueller Bildung z. B. zu Themen wie Konsens oder sexuelle Gewalt mit einer jugendlichen Zielgruppe, von der vermutet wird, dass viele noch keine oder kaum eigene sexuelle Erfahrungen gemacht haben. Sekundäre Prävention geht davon aus, dass das zu behandelnde Thema bzw. Problem die Zielgruppe bereits erreicht, sich dort aber noch nicht verfestigt hat. Beispielhaft dafür ist eine Informationsveranstaltung zur Prävention von Drogenkonsum nach einem ersten »Vorfall« mit kiffenden Schüler*innen an einer Schule, die betonten, dass sie es »nur mal ausprobiert« hätten. Bei der tertiären Prävention ist das Thema bzw. Problem bereits in der Zielgruppe verankert. Streng genommen passt der Begriff hier nur noch begrenzt, denn wie soll etwas ›vorgebeugt‹ werden, wenn es schon vorhanden ist?

Trotz dieser begrifflichen Unschärfe hilft die Dreiteilung bei der Sortierung der Möglichkeiten und Grenzen politischer Bildung in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Erscheinungen. Die folgende Tabelle schafft eine erste Übersicht (▶ Tab. 5).

Tab. 5: Dreiteilung bei der Sortierung der Möglichkeiten und Grenzen politischer Bildung in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Erscheinungen

	Zielgruppe	**Mögliche Beispiele**
Primäre Prävention	Jugendliche Eltern Multiplikator*innen Kommunalpolitik Verwaltung Soziale Arbeit	Direkte Aufklärungsveranstaltungen (z. B. über rechtsextreme Ideologien, Strategien, Jugendkulturen, Musik, Onlineaktivitäten, Symbole usw.) Argumentationshilfen und -workshops
Sekundäre Prävention	Schulen Kommunen sonstige Institutionen nach rechtsextremen Vorfällen	Direkte Aufklärungsveranstaltungen (z. B. über rechtsextreme Ideologien, Strategien, Jugendkulturen, Musik, Onlineaktivitäten, Symbole usw.) Argumentationshilfen und -workshops Konkrete Fallberatung/Supervision zum Vorfall
Tertiäre Prävention	Rechtsextreme Kolleg*innen Schüler*innen Inhaftierte Jugendgruppen	Aufklärung des nicht rechtsextremen Umfeldes bei gleichzeitiger konfrontativer Arbeit mit den Rechtsextremist*innen z. B. durch den Einbezug von Aussteiger*innen und/oder der konfrontativen Auseinandersetzung mit den Themen der rechtsextremen Seite

Primäre Prävention setzt somit zunächst vor allem auf Aufklärung – vor allem für jene, denen das Thema völlig neu ist. Dabei ist immer zu überlegen, welches Wissen wirklich relevant ist und welches nicht.

✎

Übungsaufgabe

Ein Grundschulelternabend widmet sich dem Thema »Rechtsextremismus früh erkennen – was tun an Schulen?«. Der Referent nutzt seine Vortragszeit um die örtlichen rechtsextremen Strukturen, ihre Verzweigungen und Verästelungen im Detail vorzustellen. In 60 Minuten werden über 75 Namen von Rechtsextremist*innen genannt, die alle aktiv, gefährlich und tendenziell gewaltbereit seien.
Was meinen Sie, ist dies ein gelungener Ansatz?

Zumindest die Reaktionen der Eltern waren differenziert. Wenige lobten den spannenden und informativen Vortrag und ergänzten im Detail noch einige Lebensläufe der genannten Rechtsextremist*innen. Andere schienen eher froh zu sein, dass das Ende nahte. Eine Mutter fühlte sich »überfordert« von den vielen Fakten. Mehrere Eltern hätten sich vor allem mehr Hinweise mit Bezügen zur Grundschule gewünscht: Wie erkennen Eltern z. B. erste Tendenzen? Wie sollen sie reagieren, wenn z. B. Videos mit rechtsextremen Inhalten auf den Handys ihrer Kinder »ausprobiert« werden? Dies wären Frage gewesen, auf die sie sich Antworten gewünscht hätten.

Was folgt daraus? Aufklärung und politische Bildung als reine Wissensdemonstration mag imponieren und beeindrucken, erreicht aber oft nicht die speziellen Wünsche und Interessen der Zielgruppen. Es ist somit immer wichtig zu fragen: Welches Wissen kann an den Alltag und die Lebenswelten der Zielgruppen andocken? Was sensibilisiert, ohne zu überfordern?

Bei der sekundären Prävention kommt neben einer zielgenauen Wissensvermittlung in der Regel der Wunsch nach Vermittlung von Handlungskompetenzen dazu. Wie soll die Zielgruppe mit den ersten Ansätzen, Vorfällen oder Erkenntnissen in ihrem konkreten Umfeld umgehen? Dabei kann mit Praxisbeispielen ähnlicher Situationen gearbeitet werden. Hilfreich sind auch Möglichkeiten des Austausches zur Fallbesprechung, die dann mit gezieltem Fach- und Handlungswissen angereichert werden.

Beispiel

In einer Gesamtschule hat sich in einer achten Klasse eine kleine vierköpfige »Kameradschaft« gebildet, deren Mitglieder in der Umgebung der Schule Hakenkreuze geschmiert und sich in Internetforen zu rechtsextremen Organisationen und Ideen bekannt haben. In einer internen Schulkonferenz holt sich die Schulgemeinschaft die Hilfe einer externen Fachkraft der Sozialen Arbeit. Diese hilft der Schulgemeinschaft, den Fall zunächst zu besprechen, Fakten zusammenzutragen und so ein Lagebild zu erstellen. Diesen dialogischen Prozess reichert sie mit kurzen Inputs z. B. zur Idee der Kameradschaft an (Wissensvermittlung). Vor allem aber gibt sie Tipps, wie andere Schulen in ähnlichen Fällen vorgegangen sind, wie mit den Schüler*innen umgegangen werden könnte, wie eine ›gute‹ oder auch

›schlechte‹ Praxis aussehen könnte (Handlungskompetenz). Sie gibt auch Hinweise auf mögliche Unterstützungen durch Fachkräfte, Netzwerke etc.

An diesem Beispiel zeigt sich die Notwendigkeit der Verzahnung von Wissensvermittlung und Aufzeigen von Handlungskompetenzen. Diese Fachkraft geht auch partizipativ vor, indem die Schulgemeinschaft ›ihren‹ Fall unter fachlicher Anleitung selbst herleitet und so besser verstehen lernt. Die Fachkraft gibt somit eine Verfahrensstruktur vor, gibt auch Inputs und Impulse, hält sich an anderen Stellen aber auch bewusst zurück, um den Ressourcen und Blickwinkeln der Beteiligten genügend Raum zur Entfaltung zu geben.

Anders ist das bei der tertiären Prävention. Hier verfügt die Zielgruppe, wenn es sich z. B. um Mitglieder einer Kameradschaft oder rechtsextremen Jugendgruppe oder Partei handelt oft über mehr Wissen als die Fachkraft. Eine solche Gruppe braucht z. B. keine Aufklärung über rechtsextreme Musik (die sie vielleicht selbst spielt oder produziert), Strukturen (deren Mitglieder sie sind) oder Ideologien (denen sie anhängen). Sie brauchen – angelehnt an das Konzept der Deradikalisierung – inhaltliche Konfrontation und Widerspruch und vor allem Fragen und alternative Denkmodelle. In der Regel geht das nur, indem die Fachkräfte sich an die Themen der Zielgruppe trauen, sie somit abholen, wo sie gedanklich sind. Dies können z. B. Fragen zur Migration, zur Kultur, Geschichte, Sozialpolitik oder auch Mystik sein. Die Fachkraft braucht somit ein völlig anderes, im Zweifel auch breit aufgestelltes Wissen und dessen Verknüpfung mit rechtsextremen Interpretationen und nicht ›nur‹ Wissen über den Rechtsextremismus an sich. Sinnvoll könnte hier auch eine Verknüpfung mit dem Konzept der »Contrapropaganda« durch Aussteiger*innen sein (▶ Kap. 4.3.3).

Die größte Hürde bei diesem Ansatz ist wie so oft in der Sozialen Arbeit der Zugang. In diesem Fall ist er vor allem auch umstritten. Nicht wenige Gruppen im Arbeitsfeld lehnen allein schon den Gedanken an entsprechende Ansätze ab: Mit Nazis (oder Faschisten) rede man nicht – man müsse sie bekämpfen. Wer solchen Ideen vielleicht sogar noch mit Gewaltfantasien folgt, sollte die folgenden Sätze überschlagen.

Wie so oft und wie auch bei anderen Zielgruppen der Sozialen Arbeit empfiehlt es sich, aufsuchend und nicht nachfrageorientiert zu arbeiten, die Personen da abzuholen und aufzusuchen, wo sie sich (öffentlich zugänglich) bewegen bzw. aufhalten. Was meint das konkret? Zunächst bedeutet das nicht, dass die Soziale Arbeit an rechtsextremen Parteitagen, geheimen Konzerten oder internen Kameradschaftstreffen teilnehmen sollte. Grundsätzlich gilt das oberste Gebot der Selbstsicherung und das könnte an solchen Orten zu solchen Zeiten schwierig werden.

Anders sieht das schon bei polizeilich geschützten öffentlichen Veranstaltungen wie z. B. Demonstrationen aus. Rechtsextremist*innen beobachten auch die Fachkräfte der Sozialen Arbeit genau. Respekt entwickeln sie vor denen, die einerseits fachkundig sind, andererseits sich auch mutig und authentisch zeigen. Nichts spricht deshalb dagegen, am Rande von

Demonstrationen regelmäßig Präsenz zu zeigen und auf den Zugängen auch spontane Gespräche zu führen. Dies darf jedoch nicht mit Gegendemonstrationen verwechselt werden. Vielmehr muss sich im Verhalten der Sozialen Arbeit deren Unabhängigkeit zeigen – eine Unabhängigkeit von Polizei, autonomer Antifa und bürgerlichen Gegendemonstration, um genau zu sein. Wenn sich diese Unabhängigkeit zeigt, Fachkompetenz erkennbar wird und sich die Personen authentisch in ihren Werten und Haltungen zeigen, kann ein langsamer Vertrauensaufbau gelingen, der auch zu einem zumeist nicht öffentlichen Gesprächsfaden ausgebaut werden kann, der wiederum der Beginn von Maßnahmen der Deradikalisierung sein kann.

Dieser Aspekt mag überraschen, zeigt sich in der Praxis jedoch oft: Vielen Rechtsextremist*innen ist durchaus daran gelegen, mit Menschen, die etwas von ihren Ideen und Visionen verstehen, zu sprechen, sich auszutauschen oder ihnen auch zu imponieren. Fachwissen der Fachkraft empfinden sie nicht selten auch als besondere Form des Respekts ihnen gegenüber, den sie auch verlockend finden können. Daraus entstehen immer wieder sehr eigentümliche Kommunikationsstrukturen und -erfahrungen zwischen Fachkräften und bekennenden Rechtsextremist*innen, die für Außenstehende oft höchst irritierend wirken, tatsächlich aber ein enormes Potenzial für Prozesse der Deradikalisierung oder auch des Opferschutzes durch Täter*innenwissen in sich bergen. Soziale Arbeit muss sich immer in dem Feld, in dem sie arbeitet, kommunikativ bewegen, wenn sie erfolgreich sein will. Ein Seitenblick in einen anderen Bereich der Sozialen Arbeit soll diese Herausforderung verdeutlichen.

Beispiel

Die Beratungsstelle »Amalie« in Mannheim richtet sich an Frauen in der Sexarbeit/Prostitution. Die Beratungsstelle bietet Alltagsunterstützungen, Ruheorte für die Frauen, aber auch Ausstiegshilfen. Dabei arbeitet sie aufsuchend und wartet nicht, dass diese Frauen von selbst zu ihnen kommen. Sie gehen somit gezielt zu den Bordellen, Straßenstrichs und anderen Anbahnungsorten. Um mit den Frauen sprechen zu können und somit ihre Zielgruppe zu erreichen, müssen sie bei dieser aufsuchenden Arbeit auch mit vielen anderen Personenkreisen und Akteuren kommunizieren. Dazu gehören Polizist*innen, Anwohner*innen aber auch Kunden, Zuhälter, vermeintliche »Freunde« der Frauen und Angestellte in den Bordellen (umgangssprachlich »Puffmutter«), ohne deren Zustimmung kein Zugang zu den Frauen erfolgen kann. Soziale Arbeit kann sich ihre Gesprächspartner*innen somit nicht vollständig aussuchen und wird auch immer wieder mit Menschen kommunizieren müssen, deren Werte sie nicht teilt. Umgangssprachlich formuliert bedeutet das: In der Sozialen Arbeit macht man sich die Hände schmutzig, wenn man professionell und erfolgreich arbeiten will. Das gilt auch für den Bereich dieses Lehrbuchs.

Eine solche Arbeit kann dabei nur gelingen, wenn die Förder*innen und Unterstützer*innen der Sozialen Arbeit diesen Ansatz verstehen und dem Personal und seiner Professionalität vertrauen. Die Mitarbeiter*innen der Sozialen Arbeit sind auf einen solchen Schutz unbedingt angewiesen, um im Kreuzfeuer der zu erwartenden Kritik von vielen Seiten, die jeden Kontakt zu Rechtsextremist*innen als »Verrat« an den eigenen Werten oder auch als problematische Angepasstheit wenn nicht sogar naive Unterstützung der rechtsextremen Seite bewerten, bestehen zu können. Oft waren Sozialarbeiter*innen überrascht von der Aggression solcher Angriffe. Dieser Punkt sollte somit unbedingt bei entsprechenden Konzeptentwicklungen und auch bei den persönlichen Entscheidungen der Sozialarbeiter*innen für oder gegen solche Ansätze mitbedacht werden.

Einfacher ist der Zugang, wenn die jeweilige rechtsextreme Gruppe bereits in einer mit der Sozialen Arbeit kooperierenden Institution anzutreffen ist. ›Klassische‹ Orte sind z. B. Schulen, Jugendclubs oder Justizvollzugsanstalten. Hier stellt sich eher die Frage nach einem geeigneten Angebot. Das folgende, etwas längere Fallbeispiel soll dazu einige Hinweise und Ideen geben.

Beispiel

Die Jugendjustizvollzugsanstalt liegt in einer kleinen, ostdeutschen Stadt. Ihre Belegschaft besteht aus Jungen und jungen Männern, die hier ihre Haftstrafen aufgrund sehr unterschiedlicher Delikte – vom Drogenkonsum, über Diebstähle, Gewalttaten bis zum Mord – antreten müssen. Die Mitarbeiterschaft setzt sich aus sehr unterschiedlichen Disziplinen zusammen. Zu ihr gehören u. a. auch Sozialarbeiter*innen, die einerseits Freizeitangebote, anderseits aber auch Eingliederungshilfen und Einzelfallberatungen zu sehr unterschiedlichen Themen anbieten. Sie waren es, die eine Veränderung unter den Inhaftierten bemerkten. Es entstanden neue Gruppen mit neuen Meinungsführerschaften. Rechtsextreme Äußerungen nahmen ebenso zu wie Beschlagnahmungen rechtsextremer Musik und Zeitschriften. Einige Jugendliche sprachen im Vertrauen ihre Angst vor der »Knastkameradschaft« aus und lenkten so auf das neue Thema: eine rechtsextreme Organisierung trotz Zwangskontext. Dies war neu in der Anstalt und sie holte sich Hilfe von Fachkräften der Sozialen Arbeit. Drei Dinge wurden schnell verabredet:

a. Fortbildung für alle Mitarbeiter*innen zum Thema,

b. Einbindung in ein Netzwerk von Fachkräften u. a. zu einer Opfer- und einer Ausstiegsberatungsstelle,

c.

Entwicklung von Maßnahmen der tertiären Prävention auf freiwilliger Basis für die Inhaftierten.

Die ersten beiden Aspekte konnten rasch organisiert werden. Schwieriger war der dritte Punkt. In einem ersten Versuch wurde ein Experte einer benachbarten Universität eingeladen. Er bot an, mit den »Jugendlichen mal über alles zu reden« und wurde von diesen für seine Haltung vor allem ausgelacht.

Dieser Ansatz war offensichtlich gut gemeint, aber dann doch nicht zielführend. Ein zweiter Anlauf war dann besser vorbereitet: Über eine Ausstiegsorganisation konnte ein junger Aussteiger mit regionalen Bezügen gewonnen werden. Dessen Name war vielen Inhaftierten bekannt und seine Geschichte damit interessant. Die Teilnahme an der Veranstaltung war freiwillig, jedoch wurde mit Kuchen und Cola und der Möglichkeit zu rauchen gelockt. Entsprechend gut war der Besuch.

Der Aussteiger bot zur Diskussion vor allem seine eigene Geschichte an. Er erzählte, wie er aufgewachsen ist, wie erste Kontakte zur Szene liefen, welche Widerstände und Unterstützungen es dabei gab. Er berichtete auch davon, was er sich von der Szene versprochen hatte und was er davon auch tatsächlich erlebt und was er eben auch nicht erlebt hatte. Dabei streifte er viele Orte, Ereignisse und Personen, die den Inhaftierten wohl bekannt waren. Danach lenkte er dazu über, wie ihm Zweifel an diesem Weg kamen, warum und wie diese Zweifel zunahmen, wie er diese verdrängte und er sie sich dann doch selbst eingestanden habe – bis er sich entschied, die rechtsextreme Szene zu verlassen, und wie er dies anstellte und heute bewertet. Dabei verzichtete er auf jede moralische Überlegenheit und blieb strikt bei sich selbst. Er rief auch nicht dazu auf, ihm zu folgen, bot aber an, seinen Weg zu kritisieren oder ihm dazu Fragen zu stellen.

Die Reaktionen der Inhaftierten waren komplex: Wenige Führungsfiguren zogen sich zurück und wichen aus. Andere waren offensiver, aber dennoch beeindruckt. Beispielhaft fiel der Satz: »So wie Du das erzählst, kann ich Dich verstehen! Ich glaube aber, dass wir (Rechtsextremisten) das jetzt besser hinkriegen.« Das klingt verhärtet, ist aber tatsächlich eine erste Öffnung für die Option eines anderen Weges als der der Radikalisierung. Viele Mitläufer fanden den Mut, den Aussteiger in diesem geschützten Raum Fragen zu seiner Biografie zu stellen. Offensichtlich hatte er Bilder mit Wiedererkennungswert geliefert und als Person auch gezeigt, dass ein anderes Leben – eines jenseits der rechtsextremen Szenen – möglich ist.

Die anwesenden Sozialarbeiter*innen hielten sich während der Veranstaltung vollständig zurück. Erst zum Ende griffen sie ein und boten Folgeveranstaltungen mit dem Aussteiger an – dieses Mal jedoch zu Themen, die die Gruppe vorschlagen solle. Wenn es diesbezügliche Wünsche gebe, würden sie sich bemühen, dafür einen Termin und eventuell auch zusätzliche Gesprächspartner*innen zu finden. Dieses Angebot wurde von ca. zwei Drittel der Anwesenden angenommen. Mehrere Teilnehmer folgten später

auf sehr unterschiedliche Weise dem Vorbild des Aussteigers und ließen sich z. T. durch diesen im Prozess ihres Ausstiegs auch beraten und begleiten.

Der Aussteiger machte auch hier mit seiner eingangs schon erwähnten Conterpropaganda den Unterschied (▶ Kap. 4.3.3). Er wurde respektiert als Fachmann seiner selbst wie der rechtsextremen Szene. Wissen und Authentizität kamen hier zusammen. Beides ist manchmal auch möglich ohne rechtsextreme Biografieanteile. So gelingt auch immer wieder gut ausgebildeten ›Typen‹ – männlich wie weiblich wie divers – der kommunikative Zugang zur Zielgruppe und damit der Beginn einer Diskussion, die in Prozessen der Deradikalisierung münden kann. In der Regel sind dies Personen, deren Fachwissen auch in den rechtsextremen Szenen bekannt sind. Die erste Veranstaltung dient als Startschuss eines weiterführenden Konzepts der Arbeit mit den Inhaftierten und blieb keine ›Eintagsfliege‹. Sie wird somit mit anderen Angeboten der Sozialen Arbeit erfolgreich verzahnt.

Die generellen Erfolgschancen eines solchen Weges sind allerdings schwer zu bemessen. Schon der Begriff des Erfolgs ist uneindeutig und umstritten. Kurzfristige Reaktionen kommen vor. An ihnen lässt sich erkennen, ob der Zugang gelang oder nicht. Ausstiege und Prozesse der Deradikalisierung sind jedoch zu komplex, um sie auf eine Maßnahme zurückführen zu können. Oder ist bereits das Gespräch an sich ein Erfolg? Wie auch immer die Antworten konkret darauf ausfallen: Übertriebene Erwartungen an kurzfristige Veränderungen sollten vermieden werden. Zur Arbeit passt besser das Bild Max Webers zur Politik: Es sei das Bohren dicker Bretter und das benötige eben viel Zeit, Kraft, Fristrationstoleranz und Ausdauer.

4.5.5 Aufsuchende politische Bildung – Suche nach neuen Formaten

Das Bild von Max Weber passt auch zu einer Diskussion zum modernen Rechtspopulismus. Deren Wähler*innen werden nicht nur in den ehemaligen Industrieregionen des Westens, in sozial besonders prekären Stadtteilen, sondern auch in bürgerlichen Milieus mit einem Schwerpunkt in ländlich peripheren ostdeutschen Regionen verortet. Im Fachdiskurs erschallt dazu schnell der Ruf nach »aufsuchenden« Formaten der Demokratiebildung. Was ist damit gemeint? Folgendes Beispiel dient zur Diskussion unterschiedlicher Handlungsansätze.



Übungsaufgabe

An einer bekannten ostdeutschen Bundesstraße jenseits der großen Städte versammeln sich seit einigen Wochen immer sonntags Bürgermeister*innen und Bürger*innen. Sie demonstrieren still gegen aktuelle Corona-Maßnahmen. Einige zeigen Fahnen und Sinnsprüche, die aus rechtskonservativen und/oder rechtsextremen Zusammenhängen bekannt sind. Beobachter*innen erinnern die Versammlung an die PEGIDA-Demonstrationen in Dresden. Unter ihnen finden sich auch einige prominente Mitglieder rechtsextremer Organisationen und umstrittener Parteien.

Die örtliche Landesregierung fordert Sie als Expert*in auf, Maßnahmen vorzuschlagen, die der Situation angemessen sind. Wie gehen Sie als Sozialarbeiter*in hier vor?

Der erste Schritt ist fast immer gleich: Am Anfang steht immer die Situationsanalyse. Wer nimmt daran warum teil? Welche Interessen sind erkennbar? Welche Konflikte zeigen sich? Welche Ressourcen gibt es und wo könnte angesetzt werden? Einer der ersten Schritte der Sozialen Arbeit wäre somit wieder der Schritt ins Feld mit einem verstehen-wollenden Ansatz, der versucht, den Betroffenen und Aktivist*innen zuzuhören, um so die oben genannten Fragen beantworten zu können. Die Antworten können dann gerne in einem Kreis der Interessierten und Zuständigen vorgestellt und diskutiert werden. Sollten z. B. strafrechtliche Fragen auftauchen, ist sicherlich der Kontakt zur Polizei, dem Ordnungsamt oder auch zur Justiz sinnvoll. Ein Beitrag der Sozialen Arbeit könnte dann neben unterschiedlicher Einzelfallhilfen auch ein Angebot der politischen Bildung sein: Hier scheinen die Pandemiemaßnahmen umstritten zu sein. Um sie könnte es dann in aufsuchenden Formaten gehen: Dazu könnten Expert*innen geladen werden, die ihr Wissen in den Dörfern zur Diskussion stellen. Dabei ist maximale Flexibilität notwendig. Nicht wenige Dörfer haben keine eigene Infrastruktur mehr für solche Veranstaltungen. Wenn diese fehlt, können auch Zelte, Bierbänke und ein Grill ein mobiles Ambiente sein, um mittels politischer Bildung in den Dialog vor Ort zu kommen.

Wichtig ist dabei der aufsuchende Ansatz, der nicht auf eine Nachfrage wartet, sondern von sich aus aktiv wird und dabei trotzdem sensibel vorgeht. Solche Ansätze sind anspruchsvoll und brauchen ein hohes Maß an kommunikativer Kompetenz, an Mut und auch an Kreativität, um mit unerwarteten Ereignissen professionell umgehen zu können.

In der Fachdebatte zur politischen Bildung wird auf die Notwendigkeit solcher »neuen Ideen« oft und gerne verwiesen – ihre Umsetzung ist jedoch schwieriger. Erich Kästner brachte es auf den Punkt: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!



Weiterführende und verwendete Literatur

Sabine Achour/Thomas Gill (Hrsg.) (2017): Was politische Bildung alles sein kann. Einführung in die politische Bildung, Schwalbach
Gotthard Breit/Siegfried Schile (Hrsg.) (2000): Werte in der politischen Bildung, Bonn
Bettina Lösch/Andreas Thimmel (Hrsg.) (2011): Kritische Politische Bildung. Ein Handbuch, Bonn
Wolfgang Sander (Hrsg.) (2014): Handbuch Politische Bildung, Schwalbach

4.5.6 Kampagnen und mit den Mitteln des Humors

Ein ausgesprochen beliebtes Mittel im Umgang mit Rechtsextremismus ist auch in der Sozialen Arbeit die Unterstützung z. T. aufwändiger Kampagnen z. B. gegen »Nazis«, »Rassismus« oder für »Toleranz«. Viele dieser Kampagnen sind kostspielig, zeitintensiv in der Vorbereitung und entworfen von Werbeagenturen und Designunternehmen. Welchen Nutzen haben sie aber eigentlich? Welche Wirkung erzielen sie? Tatsächlich gibt es dazu erstaunlich wenig Forschung. Trotzdem lohnt sich dazu eine kurze Reflektion.

Beispiel

In einer westdeutschen Großstadt werden ohne erkennbaren Anlass in der Innenstadt und in ausgewählten Stadtteilen Plakate, Stellwände und großflächige Transparente mit dem Spruch »XXX bleibt bunt!« aufgehängt und ausgestellt.

Würden Sie diese Kampagne als Sozialarbeiter*in offensiv unterstützen?

Die Antwort darauf ist natürlich Ihnen überlassen und eine persönliche Entscheidung. Es drängt sich jedoch die Frage auf, wer und was damit erreicht werden soll. Für die meisten Anwohner*innen dürfte sich der Erkenntnisgewinn in übersichtlichen Grenzen halten – dafür ist die Erkenntnis schlicht zu banal. Wer »bunte« Städte nicht mag, wird sich davon auch nicht erreichen lassen. Es drängt sich somit die Frage auf, was das soll und außer allgemeinen Werbezwecken findet sich darauf nur schwer eine Antwort. Anders könnte dies mit anlassbezogenen Kampagnen sein.

Beispiel

Für Samstag ist eine große rechtsextreme Demonstration in der westdeutschen Großstadt angekündigt. Auf dem Weg des

> Demonstrationszuges plakatiert die Stadtverwaltung den Spruch »XXX bleibt bunt!«. Was halten Sie davon?

Hier scheint zumindest der Adressat eindeutig – die rechtsextremen Teilnehmer*innen. Diese werden dadurch sicherlich nicht ihr Tun und Sein in Frage stellen. Sie werden die Plakate aber im Sinne des Raumkampfes wahrnehmen und interpretieren. Was bedeutet das? Die Plakate allein sind relativ hilflos. Als Teil einer großen städtischen ›Gegenwehr‹ mit Gegenveranstaltungen, Kundgebungen und Mobilisierungen der nicht rechtsextremen Seite der Stadtgesellschaft können sie ein Motto bilden, hinter denen sich die nicht rechtsextremen Teile der Stadtgesellschaft versammeln können. Der eigentliche Adressat ist somit trotz des Ortes gar nicht die rechtsextreme Demonstration, sondern diejenigen, die die sich ihr entgegenstellen. Diesbezüglich gibt es tatsächlich auch erste Forschungen zum Framing. Untersucht wurden gegnerische und einladende Kampagnenansätze. Gegnerschaftliche Ansätze (z. B. »gegen rechts«) mobilisierten dabei erheblich weniger als positive Botschaften (z. B. »für Demokratie«). Manchmal können solche Kampagnen aber auch von wesentlicheren Fragen ablenken.



Übungsaufgabe

In der westdeutschen Großstadt gibt es seit Jahren einen starken Zuzug von Menschen aus Osteuropa – viele davon mit einem Roma/Romnja-Hintergrund. Sie fliehen vor bitterer Armut und Ausgrenzung. In Westdeutschland haben sie jenseits des Kindergeldes keinen Anspruch auf Sozialleistungen, kommen z. T. in menschenunwürdigen Wohnungen unter, verdingen sich auf einem »Arbeiterstrich« als Aushilfen ohne Papiere und Absicherungen, während einige Frauen und Mädchen ihre Familien über offene und verdeckte Formen der Prostitution zu ernähren versuchen. In der Großstadt sind die damit zusammenhängenden Probleme bekannt. Der Stadtrat ringt um Antworten. Eine Antwort ist die Initiative zu einer »Willkommenskultur« für diese Menschen. Kern davon ist eine Hauswandkampagne. Auf großflächigen Wänden sollen diese Menschen willkommen geheißen werden, indem z. T. Motive aus ihren Heimatländern dort aufgemalt werden. Wie finden Sie diesen Ansatz?

Kampagnen können auch ungewollt zynisch werden. In diesem Fall haben die betroffenen Menschen existenzielle Nöte. Ein Blick in die Integrationstheorie verrät Bedarfe in allen Bereichen. Das Einzige, was ihnen dabei nicht hilft, sind hübsch bemalte Hauswände. Dagegen ließe sich einwenden, dass diese Kampagne sicherlich gut gemeint sei. Das mag so sein oder auch nicht – in der

Sozialen Arbeit reicht den meisten Adressat*innen jedoch ein ›gut gemeint‹ nicht. Sie brauchen konkrete Hilfen und oft auch veränderte Hilfesysteme und Lebenskontexte, um würdig leben zu können.

Was bedeutet das nun für den Umgang mit Rechtsextremismus? Über die Sinnhaftigkeit vieler Kampagnen lohnt es sich zu streiten. Einige erreichen im besten Falle nichts und sind trotzdem teuer und zeitintensiv. In ausgewählten Situationen können sie jedoch zur Mobilisierung und zum Zusammenhalt der nicht rechtsextremen Seite auch beitragen. Dann sollten sie eher positive Botschaften enthalten. Einige wenige Kampagnen sind jedoch schlicht zynisch und lenken von Problemen ab, anstatt an ihrer Lösung zu arbeiten. Diese sollten von der Sozialen Arbeit dann auch kritisiert werden.



Weiterführende und verwendete Literatur

Rainer Strobl/Stefanie Würtz/Jana Klemm (2003): Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Weinheim/München

Britta Schellenberg (2013): Die Rechtsextremismus-Debatte. Charakteristika, Konflikte und ihre Folgen, Wiesbaden

Umstritten in vielen Netzwerken zum Thema ist, inwieweit auch bei diesem ernsten Thema mit Mitteln des Humors gearbeitet werden darf. Einerseits ist Humor ein scharfes, entwaffnendes Schwert in jedem Konflikt. Andererseits ist rechtsextreme Gewalt für viele Menschen eine mörderische Gefahr, die eine besondere Sensibilität dafür bei diesen Menschen erzeugt. Passt Humor somit zum Umgang mit rechtsextremer Gewalt? Erste Versuche des Einsatzes humoristischer Umdrehungen scheinen immerhin erfolgsversprechend zu sein.

Beispiel

Die fränkische Stadt Wunsiedel litt über Jahre an einer jährlichen rechtsextremen Großdemonstration anlässlich des Todes des Hitler-Stellvertreters Rudolph Hess, dessen Grabstelle auf dem Wunsiedler Friedhof liegt. Die Stadtgesellschaft demonstrierte gegen den Aufmarsch, positionierte sich öffentlich, entwickelte umfängliche Angebote und kommunale Strategien und konnte doch die jährliche, rechtsextreme Demonstration weder verhindern noch deutlich begrenzen. Im Jahr 2014 überraschte die Stadtgesellschaft dann die rechtsextremen Veranstalter. Ohne deren Wissen sammelten sie vorher Geld und »funktionierten« die Demonstration zu einem Spendenmarsch für eine bekannte Ausstiegsorganisation um. Über Lautsprecher wurde der »neue« Sinn der Demonstration bekannt gegeben.

> Für jeden zurückgelegten Meter auf ›ihrer‹ Demonstration sammelten die Rechtsextremist*innen so und ungewollt Geld für eine Organisation, die ihre Mitglieder aus der Szene heraus begleitet. Sie erhielten dafür Bananen von der Stadtgesellschaft, um kräftemäßig durchzuhalten. Markierungen zeigten die gesammelten Geldsummen und forderten die Rechtsextremist*innen zum Weitermarschieren auf, um eine möglichst hohe Summe für die Ausstiegsorganisation zu erlaufen. Die Teilnehmer*innen wirkten von Beginn an überfordert und irritiert. Ihnen fiel kein ›Gegenmittel‹ ein, sie konnten der Ironisierung nicht entfliehen. Am Straßenrand sorgte diese Demonstration dagegen erstmals für große Heiterkeit. Inzwischen demonstrieren die Rechtsextremist*innen nur noch selten in Wunsiedel.

Wie lässt sich das interpretieren? Der Wunsiedler Stadtgesellschaft ist es gelungen, die Rechtsextremist*innen von Akteur*innen zu Statist*innen auf ihrer eigenen Veranstaltung zu degradieren. Ohne Gewalt und nur mit Engagement und Humor wurde die Demonstration umfunktioniert und mit einem anderen Sinn verbunden. Die Stadtgesellschaft reagierte nicht im Sinne der rechtsextremen Teilnehmer*innen. Weder zeigte sie sich verängstigt noch gewalttätig und erst recht nicht unterstützend, sondern heiter, gelassen und souverän in der Auseinandersetzung. Den Rechtsextremist*innen blieb durch das Setting keine andere Option, als sich weitestgehend lächerlich zu machen oder die Aktion frühzeitig abzubrechen. Spaß hatten sie auf jeden Fall nicht und einige wird es verärgert und damit vielleicht im Hass auch verhärtet haben. Die nicht rechtsextreme Gegenseite hat es aber auf jeden Fall gestärkt, auch ihre Position im Sinne des Raumkampfes. Im Sport spräche man von einem eindrucksvollen Eigentor der rechtsextremen Szene und an diesem Pfad ließen sich – so gewollt – mit Mut und Kreativität noch viele neue Ideen und Wege der Auseinandersetzung erfinden.

Wenn dies gewollt ist, sollten jedoch einige Aspekte beachtet werden:

- Hass und Abwertung lassen sich nicht mit Hass und Abwertung bekämpfen. Es geht nicht um die Demütigung der anderen Seite. Wer sich jedoch lächerlich macht, muss damit leben lernen, dass über ihn auch gelacht wird.
- Solche Aktionen brauchen breite Bündnisse und Unterstützungen, um zu funktionieren.
- Die Opferperspektive vor Ort muss bei der Entwicklung entsprechender

Ideen eingebunden und ernst genommen werden.

Kreativität kann somit ein interessanter Weg der Auseinandersetzung sein. Sie kann jedoch auch zum Selbstzweck verkommen und dann eher schaden.



Übungsaufgabe

Ein Theaterregisseur lädt in sein Ensemble gezielt prominente Rechtsextremisten ein. Sie sollen ihre Ideen dort einbringen und öffentlich ihre Kernforderungen und ideologischen Begründungen im Stück propagieren. Auf Nachfrage nennt der Regisseur zwei Ziele: Das Stück soll die Öffentlichkeit schocken und die Rechtsextremist*innen sollen neue Erfahrungen im Kontext des Theaters machen.
Was meinen Sie: Welche Wirkung erzielte das Stück?

Die Rechtsextremist*innen nutzen das Stück zur öffentlichen Propagierung ihrer Ziele, freuten sich über die Aufmerksamkeit und konnten ihre Gedanken einem neuen Publikum ungefiltert präsentieren. Das Theater machte damit Werbung für sie. Das mag ein Tabubruch sein, der schockt. Vor allem aber ist es kostenlose Werbung für menschenfeindliche Ideen und Handlungen. Auch die Soziale Arbeit muss daher aufpassen, dass ihre Kreativität sich nicht ins Gegenteil ursprünglicher Ziele verkehrt.

4.6 Beste Prävention (neben der Schule) – Eine kreative Jugendarbeit

Obwohl es nicht oft genug betont werden kann, dass es sich beim Rechtsextremismus um kein Jugend-, sondern um ein gesamtgesellschaftliches Problem handelt, kann dennoch eine kreative Jugendarbeit ein erfolgreicher Hebel sein, um sowohl präventiv wie auch interventiv zu arbeiten. Beginnen wir mit einem schwierigen Praxisbeispiel aus den 1990er Jahren in Brandenburg:



Übungsaufgabe

Sie sind ein*eine Sozialarbeiter*in aus Berlin und suchen einen neuen Job.

Eine Anzeige klingt prima: Großer, offener Jugendtreff mit riesigem Grundstück, Sport- und Kreativmöglichkeiten sucht eine neue Leitung. Einziges Manko ist zunächst: Der Club liegt in einem Dorf fern von Berlin in Brandenburg. Ein erster Besuch irritiert Sie: Der Club hat das versprochene Potenzial: große Räume, eine gute Ausstattung, viel Platz und Potenzial für tolle Angebote, viele Jugendliche kleiden sich allerdings im Stil der damaligen rechtsextremen Jugendkultur. Im Club finden sie rechtsextreme Musik, NS-verherrlichende Bilder und Hitler-Statuen. Im Gespräch mit dem Bürgermeister bestätigt sich dieses Bild: Er beschreibt eine rechtsextreme Dominanz unter Jugendlichen im Ort und meint auch, dass deren Führungskräfte gezielt den Jugendclub als Raum für sich besetzt und benutzt haben. Andere nicht rechtsextreme Jugendliche gäbe es auch – sie verhielten sich aber unauffällig und zurückgezogen. Einige trügen auch »Naziklamotten« – aber nicht aus Überzeugung, sondern um vor Ort nicht negativ aufzufallen. Der Bürgermeister bietet Ihnen »jede mögliche« Unterstützung an und bittet Sie, den Job anzunehmen. Sie gönnen sich eine schlaffreie Nacht und entscheiden sich: Nirgends ist eine menschenrechtsorientierte Jugendarbeit so nötig wie hier, und Sie sagen zu. Doch: Wie wollen Sie hier vorgehen, wie sieht Ihre Idee der Arbeit aus und wie würden Sie anfangen? Nehmen Sie sich ruhig etwas Zeit und machen Sie sich einige Notizen dazu!

Damals sagte der junge Mann – noch dazu mit erkennbarer, familiärer Migrationsgeschichte – zu und baute innerhalb weniger Monate ein überregional bekanntes Erfolgsmodell auf. Was waren dabei wichtige Mosaiksteine des Handelns? Die Ausgangslage ist auf jeden Fall komplex und übereiltes Arbeiten nicht angesagt. Ein erster Schritt wäre – wie immer – die Lageanalyse, die in diesem Fall zwei wesentliche Schwerpunkte haben muss:

- Wie stellt sich die Situation der Jugendlichen in der Gemeinde dar? Welche Gruppen sind dominant, welche vielleicht auch rechtsextrem organisiert? Gibt es Opfergruppen? Welche Gruppen lassen sich gegebenenfalls wie und womit ansprechen?

- Wie stellt sich das Netzwerk für die Soziale Arbeit tatsächlich dar? Ist der Bürgermeister verlässlich? Wer ist in der Gemeinde noch ansprechbar? Gibt es einen guten Draht zu einer Polizeidienststelle und kann diese im Ernstfall auch Schutz garantieren? Welche weiteren Partner*innen kann es in der Umgebung geben?

Auf dieser Analyse aufbauend war schnell klar, dass es im Sinne der Raumordnungstheorie eindeutige Raumansprüche und damit verbundene Machtdemonstrationen von rechtsextremer Seite gab. Die rechtsextreme Musik und die Bilder waren kein Zufall, sondern eine Form der Markierung von Ansprüchen und eine eindeutige Besetzung des Clubs im Alltag in ihrem Sinne. Um überhaupt arbeiten zu können, musste diese Struktur unbedingt gebrochen werden. In Absprache mit dem Bürgermeister geschah dies im konkreten Fall durch eine temporäre Schließung des Clubs – begründet mit nötigen Umbauten, Renovierungen und Neustrukturierungen.

Zur Neueröffnung des Clubs wurde die Einrichtung umgestaltet – alle rechtsextremen Bezüge waren verschwunden. Es gab ein kleines Fest, eine Vorstellung der neuen Fachkraft, neue Angebote und eine neue Hausordnung. Diese sah vor, dass die Verbreitung oder Zurschaustellung jeder Form rechtsextremer Symbolik, Musik oder Bilder im Club ab sofort untersagt sei und bei Zuwiderhandlung nach zwei Verwarnungen mit einem Clubverbot geahndet werden. Die grundlegende Strategie des Clubs war ab sofort dreigeteilt:

- Die neuen Angebote zielten – basierend auf der Lageanalyse – auf nicht rechtsextreme Jugendliche. Dazu gehörte z. B. eine Gruppe Mädchen, die fortan einen Zeitraum für sich im Club bekam. Andere Jugendliche wünschten sich Unterstützung bei einem Musikprojekt. Das erste Ziel war es, gezielt die Jugendlichen an den Club zu binden und sie individuell und als Gruppe zu stärken, die nicht rechtsextrem orientiert sind.

- Klare Grenzen sollten gegenüber organisierten Rechtsextremist*innen gezogen werden, die nicht an Angeboten der Jugendarbeit interessiert waren, sondern lediglich den Raum für ihre Zwecke verwenden wollten. Aus dieser Gruppe heraus kamen schnell auch erste Drohungen und Provokationen, die in Einzelfällen auch mit Hilfe der Polizei in dem Sinne beantwortet wurden, dass die Hausordnung konsequent umgesetzt wurde und strafrechtlich relevantes Verhalten auch geahndet wurde.

- Die größte Gruppe bestand aus Jugendlichen, die sich bisher an den Angeboten der Rechtsextremist*innen orientiert hatten. Die meisten von ihnen waren bereit, sich an die neuen Regeln zu halten, und offen für Angebote, wenn sie für sie interessant waren. Eine Gruppe Jungs hoffte z. B. später auf einen Job als Automechaniker. Die neue Fachkraft bot an, einen kaputten Bus zu organisieren. Den könnten sie umbauen und reparieren und so für ihren Traumberuf üben. Bedingung dafür war

jedoch, dass sie später mit dem Bus ins Ausland reisen würden, um dort andere Menschen, Sprachen und Kulturen kennenzulernen – somit eine Erfahrung zu machen, die deradikalisierend wirken kann (aber nicht muss) und die sie bisher nicht machen konnten.

Schon nach wenigen Monaten veränderte sich durch diese Strategie das örtliche Klima und die damit verbundenen Machtverhältnisse. Die organisierten Rechtsextremist*innen verloren an Macht, Einfluss und Räumen, während die nicht rechtsextreme Seite jetzt einen Motor hatte, der sie immer attraktiver werden ließ. Dieser Mechanismus zeigte sich bereits bei der Vorstellung des Peer-Leader-Education-Ansatzes und führte über einen mittelfristigen Zeitraum dazu, dass die rechtsextreme Szene schwächer wurde und an Einfluss in der nächsten Jugendgeneration verlor, sich aber nicht auflöste und in Teilen – auch das gehört zur Wahrheit –radikalisierte, um somit Frust und Machtverluste zu kompensieren.

Ein entscheidender Punkt für diesen Erfolg war dabei die Kommunikation des Sozialarbeiters im Alltag. Sie basierte auf grundsätzlicher Offenheit für die Themen der Jugendlichen und setzte auf einen Vertrauensaufbau. Auch schwierige, heikle oder moralisch komplexe Fragen wie der Umgang mit eigener Kleinkriminalität der Jugendlichen, Konsum von Pornos und Drogen, Fragen zur Liebe und Sexualität usw. konnten mit ihm diskutiert werden, ohne dass diese Inhalte an Dritte wie Eltern oder Lehrer*innen weitergetragen wurden. Der Sozialarbeiter blieb dabei aber ehrlich und nicht anbiedernd, setzte auf konfrontative Fragen statt Schleimerei. Vor allem die Konfrontation mit anderen Positionen, aber auch mit eigenen Verlogenheiten waren ein Markenzeichen für ihn. Den Jugendlichen signalisierte er damit, dass er sie einerseits respektierte und im Zweifel auch schützte, um sie zu stärken und sie in ihrer Sozialisation zu begleiten, dass er sie andererseits aber auch offen und ehrlich mit ihren Widersprüchen, Fehlverhalten und unangenehmen Fragen konfrontierte, ohne sie dabei jemals fallen zu lassen, moralisch abzuwerten oder gar öffentlich bloßzustellen. Diese Vorgehensweise wandte er auch bei Aussagen im Kontext Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit an. Er widersprach, provozierte, spitzte zu, hinterfragte und widerlegte entsprechende Aussagen konsequent, ohne deshalb die Jugendlichen öffentlich z. B. als »Rassisten« oder »Nazis« zu markieren. Er baute dabei auf die Lernerfolge und -möglichkeiten der Jugendlichen auf und bot ihnen ein eigenes Beispiel, ohne sie zu bevormunden. In der Sozialarbeitswissenschaft wurde dieser kommunikative Ansatz zeitwillig auch als »subversive Verunsicherungspädagogik« bezeichnet.

Ein anderer wichtiger Punkt war – wie sich später herausstellte – auch eine Quelle des späteren Niedergangs des Projektes. Um die Attraktivität der Angebote im Club hochzuhalten, brauchte es Gelder, öffentliche Unterstützung und auch zusätzliches Personal. Verbale Unterstützung ließ sich dabei zügig organisieren. Beispielsweise besuchten prominente Politiker*innen den Club, diskutierten mit den Jugendlichen und lobten die vorbildliche Arbeit. Das mag für den Moment auch erfreulich sein, löst aber keine finanziellen und

personellen Engpässe. Diese sind nämlich verbunden mit aufwändiger Lobby-, Antrags- und bürokratischer Abwicklungsarbeit, die in der Regel niemand bezahlt und die doch enorme Kraft, Zeit und Anstrengungen erfordert und kaum ›nebenbei‹ oder ›nach der Arbeit‹ gewährleistet werden kann. Dem Projekt gelang es nicht, auf Dauer eine tragfähige Grundbasis für die Organisation, bürokratische Abwicklung und professionelles Fundraising zu entwickeln und scheiterte schlussendlich daran, dass die Fachkraft mit zu vielen Aufgaben neben ihrer ursprünglichen Arbeit zwar ordenbeschmückt, aber faktisch doch allein gelassen wurde und schließlich entkräftet und gesundheitlich angeschlagen das Projekt und den Club verließ.

Solche Extremfälle sind heute mit der Auflösung der damaligen rechtsextremen Jugendkultur zumindest seltener geworden. Trotzdem lässt sich aus dem Beispiel auch für gemäßigtere Situationen einiges lernen. Der Ansatz setzte auf die Macht und Attraktivität jugendlicher Cliquen und war damit dem Ansatz des Peer Leader Education recht ähnlich. Voraussetzung dafür war eine tragfähige und differenzierte Lageanalyse – wie im Commmunity-Coaching-Ansatz. Beide Ansätze lassen sich sinnreich auch auf völlig andere Konstellationen und Gelegenheiten übertragen. Deutlich wird in dem Beispiel aber auch die besondere Rolle des Sozialarbeiters. Ihm gelang in dem Beispiel ein Vertrauensaufbau zu den Jugendlichen als eigenständige Figur oder »Dritte Kraft« jenseits von Schule, Elternhaus und z. B. Polizei mit eigener Kompetenz und eigenen Angeboten. Er konnte mit gezielten Angeboten locken, bot dabei inhaltliche und kulturelle Reibungsflächen und absolute Verlässlichkeit zugleich. Dabei integrierte er auch Methoden und Ansätze aus der akzeptierenden Jugendsozialarbeit, insbesondere die Arbeit an der Einbindung der Jugendlichen in feste Strukturen und Netzwerke, um die Jugendlichen so zusätzlich zu stabilisieren, ohne dabei dem Irrglauben zu verfallen, dass so quasi automatisch menschenfeindliche Ideologien verschwänden. Dazu brauchte es zusätzliche Konfrontationen, Provokationen und ein Vorbild an anderen Werten und Einstellungen in Persona des Sozialarbeiters. Das Ende des Projektes ist jedoch ebenfalls zu beachten: Professionelle Soziale Arbeit braucht auf Dauer auch eine professionelle organisatorische und bürokratische Basis, die nicht allein durch zusätzliches Engagement der Fachkräfte gewährleistet werden kann. Zu selten wird diese finanziert und sollte doch eine Selbstverständlichkeit sein.

Das Beispiel zeigt einerseits das enorme Potenzial, das in einer attraktiven offenen Jugendarbeit steckt. Entsprechend vielfältig und auch richtig sind die öffentlichen Forderungen nach einem Ausbau entsprechender Angebote – besonders auch in ländlichen und kleinstädtischen Räumen. In der Vergangenheit gab es jedoch aus politischen Kreisen auch immer wieder Initiativen, Jugendarbeit falsch zu instrumentalisieren. Tauchte ein (öffentliches) Problem auf, wurde die Polizei alarmiert und – gerne befristet und teilzeitbeschäftigt – eine Teilzeitstelle z. B. als Streetworker*in beschlossen. Die Kombination aus beiden sollten dann das »Problem Rechtsextremismus«

beseitigen. Tatsächlich kann das nicht gelingen und die Profession der Sozialen Arbeit täte gut daran, solche Instrumentalisierungen auch öffentlich als unhaltbare Zumutung abzulehnen. Eine starke Jugendarbeit sollte ein Mosaikstein einer Strategie des Umgangs mit Rechtsextremismus und der Demokratieentwicklung sein. Niemals ist sie jedoch in der Lage, die Herausforderung allein zu meistern. Welcher Beitrag dies sein kann, soll im abschließenden Versuch eines Leitfadens für die Soziale Arbeit im Umgang mit rechtsextremen Herausforderungen beschrieben werden (▶ Kap. 5).



Weiterführende und verwendete Literatur

Joachim Faulde u. a. (Hrsg.) (2020): Jugendarbeit in ländlichen Regionen. Regionalentwicklungen als Chance für ein neues Profil, Weinheim/Basel

5 Leitfaden für den Umgang mit Rechtsextremismus in der Sozialen Arbeit – ein Reproduktionsmodell

Eingangs in den theoretischen Herleitungen dieses Buches wurde die Frage nach den Ursachen von rechtsextremen Erscheinungen gestellt. Zwar gibt es dazu viele verschiedene Antworten, die mehr oder weniger greifen und erklären, aber selbst in der Zusammenschau nicht vollständig überzeugend wirken. Vor einigen Jahren entwickelte wiederum Heitmeyer ein Modell zur Frage, wie sich menschenfeindliche Ideologien vor allem auf kommunaler Ebene immer wieder zu reproduzieren scheinen. Warum entsteht immer wieder neuer Hass und neuer Sprengstoff für Gewalt und Ausgrenzung? Ohne Anspruch auf Vollständigkeit nannte Heitmeyer damals sieben zentrale Stellschrauben, die empirisch belegt zur Reproduktion menschenfeindlicher Ideologien beitragen. Wenn er damit Recht hat, ließe sich im Umkehrschluss auch herausarbeiten, an welchen Stellschrauben interveniert werden müsste, welche Weichen anders gestellt werden müssten, um diese Reproduktion zu unterbrechen. Genau dieser Gedankenschritt soll hier mit Blick auf die Möglichkeiten und Grenzen der Sozialen Arbeit im Umgang mit Rechtsextremismus gewagt werden.

Welches sind nun die sieben Stellschrauben?

.

Zentral sind für Heitmeyer – wenig überraschend – gesellschaftliche Desintegrationsprozesse im Sinne seiner eingangs erklärten drei Säulen und deren individuelle Verarbeitung der jeweiligen individuellen Anerkennungsbilanz. Heitmeyer macht politisches Handeln durch politische Eliten für ein Mehr oder Weniger an gesellschaftlicher Integrationsqualität verantwortlich.

.

Der zweite Punkt mag überraschen: Zur Reproduktion menschenfeindlicher Ideologien tragen für ihn auch luftleere Identitätskampagnen z. B. zum Patriotismus, Nationalismus oder auch zur »deutschen Leitkultur« bei. Sie lenkten von Problemen der Integration ab, schüfen »Scheinkollektive«, die sich gedanklich über andere Gruppen und deren Mitglieder stellten. All jene, die nicht ideal zum jeweiligen Leitkollektiv zählten, würden dann schnell an den gesellschaftlichen Rand gedrängt. Aus den Kampagnen folgten somit

Ausgrenzungen gegenüber jenen, die den Inhalt nicht teilten, und das seien dann oft wieder die Gruppen, die schon laut Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ausgeschlossen werden. Außerdem würden entsprechende Kampagnen oft dazu beitragen, reale Konflikte zu verdecken, anstatt sie konstruktiv auszutragen, um gesellschaftlichen Fortschritt zu erreichen.

.

Für die Opfer menschenfeindlicher Ideologien werde es immer dann besonders gefährlich, wenn politische und gesellschaftliche Eliten und Medien populistische, menschenfeindliche Strömungen und Diskurse aufgreifen, legitimieren und verbreiten. Sie seien dann Vorbilder für jene, die sich sonst nicht trauten, ihre menschenfeindlichen Positionen auch öffentlich zu äußern, und nun meinen, sich im sicheren Schatten der Eliten hervortun zu können.

.

Kritisch blickt er auch auf medial vermittelte Diskurse. Der Blick auf den alltäglichen Hass und die dauernde Desintegration sei unterentwickelt. Der mediale Wandel kennzeichne sich auch dadurch, dass jenseits der Boulevardmedien in bisher seriösen journalistischen Formaten vor allem Überspitzungen und immer neue Sensationen gesucht würden. Der Alltag schwacher Gruppen – vor allem in Orten mit Normalitätsgewinnen – finde kaum eine kritische Betrachtung und sei medial uninteressant geworden, weil er sich kaum verkaufe. Auch kritisiert er übertriebenen Moralismus und meint: »Je höher die Moral, desto geringer sind die Chancen zur kritischen Auseinandersetzung über die Probleme und mit den problematischen Akteursgruppen« (Heitmeyer 2005: 287).

.

Sehr zentral ist in dem Modell auch die kommunale Ebene. Wo Rechtsextremismus im Sinne der Raumordnungstheorie Normalität geworden sei, könne er sich frei entfalten und eine kritische Auseinandersetzung mit ihm sei kaum noch möglich. Zu Tendenzen der Normalisierung trügen dabei besonders die folgenden beiden Faktoren bei.

.

Wenn menschenfeindliche Ideologien in der Generation der Großeltern und Eltern weit verbreitet seien, noch dazu autoritäre Erziehungsstile dominierten, ist mit einer Weitergabe menschenfeindlicher Einstellungen an die nächsten Generationen zu rechnen. Hier wird auf die eingangs

formulierte Theorie des Autoritarismus zurückgegriffen (▶ Kap. 1.2.4).

- Triebkraft für politische Manifestierungen, z. B. durch erfolgreiche rechtsextreme Gruppen oder Parteien, ergeben sich vor Ort oft durch ein Zusammenspiel folgender Facetten: Aktive rechtsextreme Gruppen nutzen die örtliche Infrastruktur wie Clubs, Vereins- und/oder Feuerwehrhäuser für ihre Zwecke und Werbung. Sie bieten Angebote für Kinder, Jugendliche und die Gesamtgemeinschaft und legitimierten so ihren Hass und ihre Menschenfeindlichkeit, indem sie es mit einem Mäntelchen aus Engagement und Angebotsformulierung bedecken.

Blickt man nun genauer auf diese drei Stellschrauben, lassen sich drei übergeordnete Ebenen erkennen.

- Ebene 1: eine gesamtgesellschaftliche Ebene inklusive ihrer politisch-gesellschaftlichen Diskurse.
- Ebene 2: eine kommunale Ebene mit ihren jeweiligen Wechselwirkungen, Alltagen und Normalisierungsgefahren.
- Ebene 3: eine Ebene der Sozialisation des Individuums z. B. durch engste Umfelder wie Familien, Freundeskreise oder auch Institutionen wie Schulen bzw. den kommunalen Nahraum.

Wo kann nun Soziale Arbeit ansetzen? Um diese Frage zu beantworten, braucht es eine dritte Analyseebene neben den Stellschrauben und deren übergeordneten Ebenen, nämlich eine »Idealbiografie« mit ihren eigenen Herausforderungen. Ideal ist dabei nicht wertend gemeint, sondern als ein besonderer Typus mit größerer Häufigkeit als andere. Sie besteht in diesem Fall aus Stufen, wie sie in Abbildung 22 dargestellt sind (▶ Abb. 22).

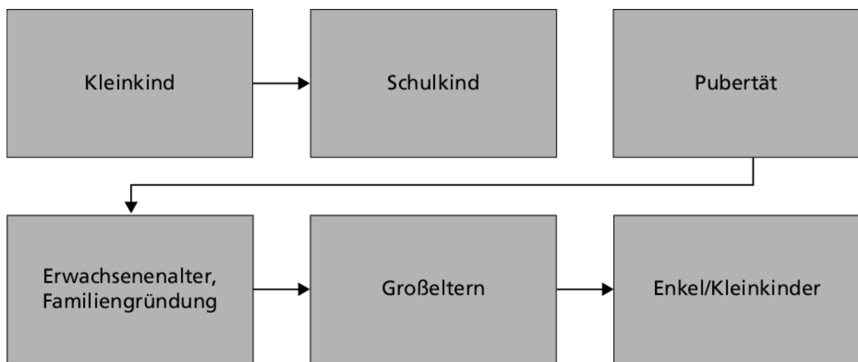


Abb. 22:»Idealbiografien»

Natürlich ist diese Idealbiografie ein theoretischer Rahmen und das Leben oft bunter (oder auch kürzer). Trotzdem lässt sich an dieser Stelle mir ihr arbeiten, da in einer Zusammenführung die Ansätze, Möglichkeiten und Grenzen der Sozialen Arbeit deutlich werden.

Wo kann und sollte Soziale Arbeit somit ansetzen, um Rechtsextremismus, Hass und menschenfeindlichen Ideologien wirksam zu begegnen?

Ebene 1: Gesamtgesellschaftliche Ebene und Diskurse

Nur eine Soziale Arbeit, die sich explizit als politisch und als Menschenrechtsprofession begreift, kann an dieser Stelle systemkritisch agieren und diskursmächtig werden. Professionelle Soziale Arbeit verfügt dabei über ein ungeheures Pfund: Sie kann anhand konkreter Fälle die unmittelbaren Auswirkungen politischer Entscheidungen, Dynamiken von Diskursen und sozialer Desintegrationsprozesse beschreiben. Sie kann mit Fallbeispielen der Abstraktionskraft politischer Kommunikation kontern und so politisches Handeln kritisieren, in Frage stellen und wo nötig auch skandalisieren.

Hinzu kommt ihr Alltag an der Seite ihrer Adressat*innen – dieser dreht sich fast immer um Fragen der Integration und Desintegration. So manchem Individuum kann die Soziale Arbeit bei der Verbesserung der eigenen Integrationsbilanz unterstützend zur Seite stehen. Bedenken muss Soziale Arbeit dabei jedoch auch, dass diese Hilfen einerseits das Individuum stützen, andererseits aber das übergeordnete System der Ausgrenzung nicht automatisch in Frage stellt.

In den Debatten zu den Professionalisierungsprozessen der Sozialen Arbeit ist ein solcher, in sich herrschaftskritischer und politischer Ansatz bisher kein Konsens, vielleicht sogar eine Minderheitsposition. Erinnert sei dabei jedoch auch an die Rollen der Sozialen Arbeit u. a. im Nationalsozialismus, aber auch international in Diktaturen und anderen autoritären Systemen. Durch ihre finanzielle und organisatorische Staatsnähe entsteht immer die Gefahr, zum ausführenden Organ auch menschenfeindlicher Ideologien und Praktiken zu

werden, nämlich dann, wenn Staaten und Regierungen entsprechende Vorgaben machen. Im Nationalsozialismus führte dies sogar zur Beteiligung der Sozialen Arbeit an der Vernichtungspolitik.

Ebene 2: Kommunale Ebene

Der zentrale Beitrag der Sozialen Arbeit auf kommunaler Ebene ist ihr Einsatz zur Stärkung demokratischer Kultur, zur Wahrung eines demokratischen Rechtsstaates und der beständigen Stärkung aller Opfer von Ausgrenzung, Hass und Menschenfeindlichkeit. Sie kann dabei auf mehreren Unterebenen ihre spezifischen Angebote unterbreiten, wie beispielsweise die in Abbildung 23 dargestellten (▶ Abb. 23).

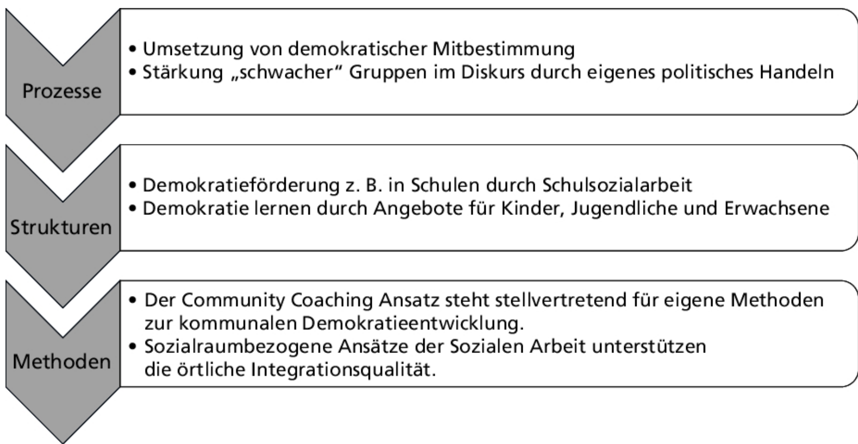


Abb. 23: Stärkung demokratischer Kultur auf kommunaler Ebene

In diesem Lehrbuch finden Sie dazu mehrere Konzepte und Methoden. Wichtig ist es, den Grundsatz zu verstehen: Demokratieentwicklung, Stärkung des Rechtsstaates und eine hohe Integrationsqualität der Gesellschaft verhindern zwar nicht vollständig die Ausbreitung rechtsextremer und anderer menschenfeindlicher Ideologien – aber sie sind ein stabiles Bollwerk und Fundament für eine Gesellschaft, die es mit den Menschenrechten ernst meint. Die Soziale Arbeit ist dabei ein wichtiger Mosaikstein in einem größeren Bild. Mit dem Community-Coaching-Ansatz (▶ Kap. 4.4.3) verfügt sie über einen methodischen Ansatz, der einerseits integrierend wirkt, die Bürger*innengesellschaft stärkt, und andererseits konkrete Probleme bearbeitet und sich dem jeweiligen Rechtsextremismus konkret und konstruktiv entgegenstellt. Soziale Arbeit engagiert sich auch in den Quartieren, die in besonderer Weise von Desintegration gekennzeichnet sind. Hilfreich sind hier die Hinweise aus den Studien zu den »Entbehrlichen der

Bürgergesellschaft«. Zudem kennt Soziale Arbeit Methoden zur Steigerung der demokratischen Kulturqualität durch die Initiierung und Aktivierung von Mitbestimmungsmöglichkeiten.

Von besonderer Bedeutung sind für Kommunen auch die jeweiligen Bildungs- und Demokratieketten. Vor allem Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen können prägende Orte der Demokratieentwicklung sein und innerhalb der Schulen wiederum die Schulsozialarbeit, so sie ein entsprechendes Selbstverständnis mitbringt.

Ebene 3: Sozialisationsinstanzen

Noch weitgehendere Möglichkeiten hat die Soziale Arbeit auf den verschiedenen Stufen der beschriebenen »Idealbiografie«. Die folgende Tabelle gibt eine entsprechende Übersicht (▶ Tab. 6).

Tab. 6: Möglichkeiten der Sozialen Arbeit anhand der »Idealbiografie«

Stufe	Ziele	Ansätze und Schnittstellen zur Sozialen Arbeit
Kleinkind/Kita	Gewaltfreie Erziehung, Freiheit und Eigenständigkeit, Entwicklung einer autonomen Persönlichkeit	Beratung, Elternhilfe, Arbeit mit Kindern z. B. in Kitas
Schule	Gewaltfreie Erziehung, Freiheit und Eigenständigkeit, Entwicklung einer autonomen Persönlichkeit, erste Demokratieerfahrungen	Schulsozialarbeit, Jugendarbeit, zivilgesellschaftliche Angebote in Sport, Kultur und Kunst Spezifisch zum Thema: Peer Learder Education, akzeptierende Jugendsozialarbeit, Ansätze der Deradikalisierung
Pubertät	Gewaltfreie Erziehung, Freiheit und Eigenständigkeit, Entwicklung einer autonomen Persönlichkeit, erste Demokratieerfahrungen, politische Sozialisation, Erfüllung der Jugendaufgaben, Integration in das Gemeinwesen	Schulsozialarbeit, Jugendarbeit, zivilgesellschaftliche Angebote in Sport, Kultur und Kunst Spezifisch zum Thema: Peer Leader Education, akzeptierende Jugensozialarbeit, Ansätze der Deradikalisierung
Erwachsene, Familie	Integration, Demokratieförderung, Engagementförderung	Ansätze der Familienbildung, spezifische Hilfen wie Elternhilfe, Elternselbsthilfe, Erziehungsberatung Spezifisch: Ansätze der Deradikalisierung
Großeltern	Integration, Demokratieförderung, Engagementförderung	Angebote der kommunalen Altenhilfe (besondere Ressource gegenüber Enkel*innen) Spezifisch: Ansätze der Deradikalisierung

Diese Übersicht und Aufzählung zeigt, dass Soziale Arbeit in unterschiedlichen Maßen und mit diversen Wirkungsoptionen an ganz unterschiedlichen Punkten der Heitmeyer'schen Reproduktionsprozesse ansetzen kann. Sie zeigt aber auch, dass ihr Einfluss auf allen drei Ebenen auch stark begrenzt ist. Sie kann präventiv wirken, Demokratie stärken und dort intervenieren, wo Radikalisierung fortgeschritten ist. Nirgends geht das jedoch ohne stabile Netzwerke und die aktive Unterstützung anderer Akteure. Es ist daher immer wieder unerlässlich genau hinzuschauen, wo mit wem zu welchem Thema mit welchem Ziel gearbeitet werden soll – auch um selbstbewusst zu entscheiden, ob professionelle Soziale Arbeit zum formulierten Ziel beitragen kann oder auch nicht.

Wichtig ist auch, dass zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

nicht nur jene Ansätze gehören, die diesen Umgang im Titel tragen oder explizit darauf ausgerichtet sind. Vielmehr ist jede Soziale Arbeit, die sich für die Werte der Humanität, Menschenrechte und Demokratie einsetzt, ein Ansatz gegen Rechtsextremismus.

Der Reproduktion von Menschenfeindlichkeit kann mit Hilfe der Sozialen Arbeit eine Reproduktion von demokratischer und menschenrechtlicher Wertevermittlung und Strukturstärkung gegenübergestellt werden. Dazu muss die Soziale Arbeit jedoch ihren Blick weiten, über den Einzelfall im Alltag, der immer wichtig bleiben wird, weiterdenken und sich als eigenständige und antreibende Kraft in einem größeren Netzwerk verschiedener Akteure für Prozesse der Menschenrechtsverortung, der Demokratieentwicklung wie der Deradikalisierung von Individuen und Gruppen begreifen.

Was bedeutet das alles nun in einer Zusammenschau? Einige Leitfragen sollen als Leitfaden dabei helfen, sich rasch einen Überblick über die eigene Rolle, ihre Möglichkeiten und Grenzen zu verschaffen. Er erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und soll lediglich Impulse setzen, zur Findung und Entwicklung einer eigenen Professionalität.

1.

Möchte ich in dem Themenfeld arbeiten? Traue ich mir diese Arbeit mit diesen Zielgruppen zu? Ertrage ich ihre Nähe, das direkte Gespräch und den Kontakt?

2.

Gibt es eine aussagefähige und aktuelle Lageanalyse?

3.

Gibt es im Falle von rechtsextremer Gewalt ein Erste-Hilfe-System für die Opfer?

4.

Lassen sich die Ziele des Auftraggebers mit der Lageanalyse rechtfertigen?

5.

Stimmen die möglichen Methoden mit den Zielen des Auftraggebers und der Lageanalyse überein?

6.

Gibt es ein verlässliches Netzwerk für die Soziale Arbeit?

7.

Wird die Soziale Arbeit so ausgestattet, dass professionell gearbeitet werden kann?

Jedes »Nein« auf eine dieser Fragen sollte Anlass zur selbstkritischen Reflektion sein. Gut gemeinte Ansätze gibt es auf dem Markt der Möglichkeiten bereits viele – gut gemachte sind schwieriger zu identifizieren.



Weiterführende und verwendete Literatur

Wilhelm Heitmeyer (2007): Unthematisierte Reproduktionsprozesse. Zur Selbststabilisierung eines feindseligen Klimas, in: ders. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 5, Frankfurt, S. 281 – 293

Heike Herrmann (2019): Soziale Arbeit im Sozialraum. Stadtsoziologische Zugänge, Stuttgart

Walter Eberlei/Katja Neuhoff/Klaus Riekenbrauk (2018): Menschenrechte – Kompass für die Soziale Arbeit, Stuttgart

Dierk Borstel/Ute Fischer (2018): Politisches Grundwissen für die Soziale Arbeit, Stuttgart

Dima Zito/Ernest Martin (2021): Selbstfürsorge und Schutz vor eigenen Belastungen für Soziale Berufe, Weinheim/Basel

Fazit

Der Umgang mit Rechtsextremismus in der Sozialen Arbeit wurde in diesem Buch in zwei große Bereiche unterteilt:

a.

Die Arbeit mit den unmittelbar betroffenen Personen wie Opfern, Eltern oder auch den Rechtsextremist*innen selbst,

b.

die Arbeit an und in den Demokratieketten zur Prävention und Intervention.

Und das soll jetzt schon alles gewesen sein? Blicken wir ein letztes Mal auf die Idee der Menschenrechtsprofession. Menschenrechte gelten für alle und Rechtsextremist*innen teilen sie nicht, sondern bekämpfen sie. Was folgt daraus? Überall da, wo Sozialarbeiter*innen sich für die Menschenrechte einsetzen, setzen sie sich gleichzeitig auch gegen Rechtsextremismus ein – obwohl das in den seltensten Fällen auf ihren Titeln, Projektnamen oder Methodenschätzen so markiert wird. Wer an der Seite vermeintlich schwacher Gruppen steht und diese unterstützt, wendet sich gegen den Kern des Rassismus und der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit – egal ob dies in der Drogen-, Obdachlosen-, Jugend- oder Frauenarbeit geschieht.

An vielen Orten ist die Soziale Arbeit dabei jedoch erstaunlich still. Die konkreten Probleme ihrer Adressat*innen scheinen alle Ressourcen zu fesseln. Das ist schade: Die Soziale Arbeit könnte national und auch international eine noch viel lautere Stimme für Humanität statt Menschenfeindlichkeit, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit statt autoritärer Staatsverhältnisse, für Liebe, Humor und Menschlichkeit statt Hass und Gewalt sein.

Serviceteil

In der folgenden Übersicht werden wesentliche und ausgewählte Ansprechpartner*innen, Projekte und Förderer sozialarbeiterischer Maßnahmen zum Umgang mit Rechtsextremismus vorgestellt. Die Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Freudenbergstiftung Weinheim

Die Freudenbergstiftung mit Sitz in Mannheim fördert seit Jahren innovative Modellprojekte im Feld der Demokratieentwicklung. Im Erfolgsfeld setzt sie auf eine Verstetigung des Modells in einen Regelbetrieb.
Kontakt: www.freudenbergstiftung.de

Stiftung Quadratkilometer Bildung

Als besonders innovativ im Bereich der Bildungsketten im schulischen Kontext erwies sich in den letzten Jahren der Ansatz des »Quadratkilometers Bildung«.
Kontakt: http://www.ein-quadratkilometer-bildung.org/

Stiftung Lernen durch Engagement

Lernen durch Engagement implementiert Ansätze des sozialen Lernens im schulischen Curriculum und entwickelt so Schule zu einem Ort der Demokratieentwicklung weiter. Die Schulsozialarbeit spielt dabei eine besondere Rolle.
Kontakt: https://www.servicelearning.de/

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Eines der größten Netzwerke zum Thema organisiert sich über den Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Er verbindet die Möglichkeiten bürgergesellschaftlichen Engagements mit zeithistorischen Ansätzen, aber auch mit besonderen Projekten wie z. B. einer Onlineberatung gegen Rechtsextremismus.
Kontakt: https://www.servicelearning.de/

Ansätze der Deradikalisierung und Ausstiegsarbeit

EXIT-Deutschland ist bis heute die bekannteste Ausstiegshilfe zum Thema. Die Gesellschaft kooperiert national und international mit diversen Trägern im Feld.
Kontakt: https://www.servicelearning.de/

Community-Ansätze

Im Bereich der Community-Ansätze entwickelte der Mannheimer Trägerverein zuletzt immer wieder hoch innovative und erfolgreiche Ideen und Ansätze.
Kontakt: https://www.communityartcenter-mannheim.de/

Opferberatung

Der Weiße Ring betreut alle Opfer von Gewalt und Kriminalität. Er verfügt dabei über eine große Expertise, ist jedoch nicht auf den Bereich Rechtsextremismus spezialisiert.
Kontakt: https://weisser-ring.de/

Förderprogramm auf Bundesebene

Das größte Förderprogramm auf Bundesebene ist »Demokratie leben«. Auf dessen Homepage findet man auch Fördertöpfe auf Landes- und kommunaler Ebene.
Kontakt: https://www.demokratie-leben.de/

Übersichtsportal Kinder- und Jugendarbeit

Eine sehr gute Übersicht über Ansätze der Kinder- und Jugendarbeit bietet ein Fachkräfteportal.
Kontakt: https://www.jugendhilfeportal.de/startseite/

Literaturverzeichnis

Vielfältige, kostenlose oder kostengünstige Literatur vertreibt die Bundeszentrale für politische Bildung, Kontakt: www.bpb.de.

Adorno 1973 = Theodor W. Adorno (1973): Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt

Adorno 1996 = Theodor W. Adorno (1996): Studien zum autoritären Charakter, 2. Auflage, Frankfurt

Achour/Gill 2017 = Sabine Achour/Thomas Gill (Hrsg.) (2017): Was politische Bildung alles sein kann. Einführung in die politische Bildung, Schwalbach

Anhut 2002 = Reimund Anhut (2002): Die Konflikttheorie der Desintegrationstheorie, in: Thorsten Bonacker (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung, Opladen, S. 381 – 408

Augstein 2017 = Jakob Augstein (2017) (Hrsg.): Reclaim Autonomy. Selbstermächtigung in der digitalen Weltordnung, Berlin

Backes/Jesse 1993 = Uwe Backes/Eckhard Jesse (1993): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn (Hrsg. Bundeszentrale für politische Bildung)

Beck/Giddens/Lash 1996 = Ulrich Beck/Anthony Giddens/Scott Lash (1996): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse, Frankfurt

Becker/Schmitt 2019 = Reiner Becker/Sophie Schmitt (2019): Beratung im Kontext Rechtsextremismus. Felder – Methoden – Positionen, Frankfurt

Berg/Üblacker 2021 = Lynn Berg/Jan Üblacker (2021) (Hrsg.): Rechtes Denken, Rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Diskurse, Bielefeld

Birsl 2013 = Ursula Birsl (2013): Rechtsextremistisch orientierte Frauen und Männer, in: Heike Radvan u. a. (Hrsg.): Gender und Rechtsextremismusprävention, Berlin, S. 131 – 150

Böttger 2014 = Andreas Böttger u. a. (2014): Opfer rechtsextremer Gewalt, Wiesbaden

Borstel 2011 = Dierk Borstel (2011): »Braun gehört zu bunt dazu!«. Rechtsextremismus und Demokratie am Beispiel Ostvorpommern, Münster

Borstel 2017 = Dierk Borstel (2017): Radikalisierung und Deradikalisierung – Für Ehre, Volk und Vaterland, in: TALENTE. Zeitschrift für Bildung und Bildungsorientierung, Nr. 27, S. 56 – 65

Borstel 2017 = Dierk Borstel (2017): Community Coaching. Ein offensiver Ansatz der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus vor Ort, in: Kemal Bozay/Dierk Borstel (Hrsg.): Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft, Wiesbaden, S. 435 – 446

Borstel 2021 = Dierk Borstel (2021): Mit Rechten reden? Eine Standortbestimmung, in: Gegen Vergessen – Für Demokratie (Hrsg.): Konstruktive Kommunikation in der Demokratie. Ein Baustein in der politischen Bildung, Berlin, S. 80 – 94

Borstel 2021a = Dierk Borstel (2021): Zivilgesellschaft unter Druck am Beispiel von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, Berlin (Hrsg. Aktion Courage e. V.)

Borstel/Bozay 2020 = Dierk Borstel/Kemal Bozay (Hrsg.) (2020): Kultur der Anerkennung statt Menschenfeindlichkeit. Antworten für die pädagogische und politische Praxis, Weinheim

Borstel/Bozay 2020a = Dierk Borstel/Kemal Bozay (2020a): Rechtsterrorismus – Gesellschaftliche Verantwortung statt Einzeltäterthese, in: dies. (Hrsg.): Kultur der Anerkennung statt Menschenfeindlichkeit. Antworten für die pädagogische und politische Praxis, Weinheim/Basel, S. 65 – 78

Borstel/Fischer 2018 = Dierk Borstel/Ute Fischer (2018): Politisches Grundwissen für die Soziale Arbeit, Stuttgart
Borstel/Heitmeyer 2012 = Dierk Borstel/Wilhelm Heitmeyer (2012): Menschenfeindliche Mentalitäten, radikalisierte Milieus und Rechtsterrorismus, in: Stefan Malthaner u. a. (Hrsg.): Radikalisierte Milieus, Frankfurt/New York, S. 339 – 368
Borstel/Luzar 2015 = Dierk Borstel/Claudia Luzar (2015): Demokratische Kultur in der Kommune – eine Checkliste für kommunale Amtsträger, in: dies. u. a. (Hrsg.): Demokratieentwicklung in Vorpommern – Analyse und Checkliste für die Praxis, Münster, S. 144 – 158
Borstel/Luzar 2016 = Dierk Borstel/Claudia Luzar (2016): Geländegewinne – Update einer Zwischenbilanz rechtsextremer Erfolge und Misserfolge, in: Stephan Braun u. a. (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, 2. Auflage, Wiesbaden, S. 39 – 54
Bowlby 2021 = John Bowlby (2021): Bindung als sichere Basis. Grundlagen und Anwendung der Bindungstheorie, 5. Auflage, München
Bozay/Borstel 2017 = Kemal Bozay/Dierk Borstel (Hrsg.) (2017): Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft, Wiesbaden
Breit/Buchstein/Massing 2011 = Gotthard Breit/Hubertus Buchstein/Peter Massing (Hrsg.) (2011): Demokratietheorien. Von der Antike bis zur Gegenwart, Berlin
Breit/Schiele 2000 = Gotthard Breit/Siegfried Schiele (Hrsg.) (2000): Werte in der politischen Bildung, Bonn
Czeremin/Wolrab/Ziegenhagen 2018 = Liane Czeremin/Julia Wolrab/Martin Ziegenhagen (2018): online gut beraten. Bestandaufnahme und Transfermöglichkeiten der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus, Berlin (Hrsg. Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.)
Daase 2019 = Christopher Daase u. a. (2019): Gesellschaft extrem. Was wir über Radikalisierung wissen, Frankfurt/New York
Decker 2004 = Frank Decker (2004): Der neue Rechtspopulismus, Wiesbaden
Decker/Brähler 2018 = Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.) (2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Gießen
Decker/Brähler 2020 = Oliver Decker/Elmar Brähler (2020) (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments, Gießen
Dewe/Stüwe 2016 = Bernd Dewe/Gerd Stüwe (2016): Basiswissen Profession. Zur Aktualität und kritischen Substanz des Professionalisierungskonzeptes für die Soziale Arbeit, Weinheim/Basel
Eberlei/Neuhoff/Riekenbrauk 2018 = Walter Eberlei/Katja Neuhoff/Klaus Riekenbrauk (2018): Menschenrechte – Kompass für die Soziale Arbeit, Stuttgart
Ebner 2019 = Julia Ebner (2019): Radikalisierungsmaschienen. Wie Extremisten die neuen Technologien nutzen und uns manipulieren, Berlin
Edelstein 2009 = Wolfgang Edelstein u. a. (Hrsg.) (2009): Praxisbuch Demokratiepädagogik, Weinheim/Basel
Faulde 2020 = Joachim Faulde u. a. (Hrsg.) (2020): Jugendarbeit in ländlichen Regionen. Regionalentwicklungen als Chance für ein neues Profil, Weinheim/Basel
Foroutan/Meiering 2020 = Naika Foroutan/David Meiering (2020): Widerstand! Ein Brückennarrativ zur Legitimierung von Ungleichwertigkeitsideologien in der Radikalisierung von Gruppen, in: Dierk Borstel/Kemal Bozay (Hrsg.): Kultur der Anerkennung statt Menschenfeindlichkeit. Antworten für die pädagogische und politische Praxis, Weinheim, S. 46 – 64
Galuske 2013 = Michael Galuske (2013): Methoden der Sozialen Arbeit. Eine Einführung, 10. Auflage, Weinheim/Basel

Gensing 2019 = Patrick Gensing (2019): Fakten gegen Fake News oder der Kampf um die Demokratie, Berlin
Gessen 2020 = Masha Gessen (2020): Autokratie überwinden, Berlin
Goodhart 2017 = David Goodhart (2017): The Road to Somewhere. The Populist Revolt and the Future of Politics, London
Grau/Heitmeyer 2013 = Andreas Grau/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.) (2013): Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden, Weinheim/Basel
Haase/Nebe/Zaft 2020 = Katrin Haase/Gesine Nebe/Matthias Zaft (Hrsg.) (2020): Rechtspopulismus – Verunsicherungen der Sozialen Arbeit, Weinheim/Basel
Heitmeyer 1989 = Wilhelm Heitmeyer (1989): Belehrungen kommen gegen Erfahrungen nicht an, in: Erziehung und Wissenschaft, Nr. 9, S. 6 – 10
Heitmeyer 1992 = Wilhelm Heitmeyer u. a. (1992): Die Bielefelder Rechtsextremismusstudie, Weinheim
Heitmeyer 1999 = Wilhelm Heitmeyer (1999): Sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus – Zum Problem unzureichender politischer Gegenöffentlichkeit in Städten und Kommunen, in: Peter E. Kalb u. a. (Hrsg.): Rechtsextremistische Jugendliche – was tun?, Weinheim, S. 47 – 79
Heitmeyer 2002 – 2012 = Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.) (2002 – 2012): Deutsche Zustände, Folgen 1 – 10, Frankfurt/Berlin
Heitmeyer 2007 = Wilhelm Heitmeyer (2007): Unthematisierte Reproduktionsprozesse. Zur Selbststabilisierung eines feindseligen Klimas, in: ders. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 5, Frankfurt, S. 281 – 293
Heitmeyer 2018 = Wilhelm Heitmeyer (2018): Autoritäre Versuchungen, Berlin
Heitmeyer/Anhut 2000 = Wilhelm Heitmeyer/Reimund Anhut (Hrsg.) (2000): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen, Weinheim
Heitmeyer/Freiheit/Sitzer 2020 = Wilhelm Heitmeyer/Manuela Freiheit/Peter Sitzer (2020): Rechte Bedrohungsallianzen, Berlin
Heitmeyer/Mansel/Olk 2011 = Wilhelm Heitmeyer/Jürgen Mansel/Thomas Olk (2011): Individualisierung von Jugend. Zwischen kreativer Innovation, Gerechtigkeitssuche und gesellschaftlichen Reaktionen, Weinheim/Basel
Hering/Münchmeier 2014 = Sabine Hering/Richard Münchmeier (2014): Geschichte der Sozialen Arbeit. Eine Einführung, 5. Auflage, Weinheim/Basel
Herringer 2020 = Norbert Herringer (2020): Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung, 6. Auflage, Stuttgart
Herrmann 2019 = Heike Herrmann (2019): Soziale Arbeit im Sozialraum. Stadtsoziologische Zugänge, Stuttgart
Himmelmann 2002 = Gerhard Himmelmann (2002): Demokratie-lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform, in: Gothard Breit/Siegfried Schiele (Hrsg.): Demokratie-lernen als Aufgabe der politischen Bildung, Bonn, S. 21 – 39 (Hrsg. Bundeszentrale für politische Bildung)
Honneth 2003 = Axel Honneth (2003): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte, Frankfurt
Hosemann/Geiling 2013 = Wilfried Hosemann/Wolfgang Geiling (2013): Einführung in die Systemische Soziale Arbeit, München
Huber 2020 = Florian Huber (2020): Rache der Verlierer. Die Erfindung des Rechtsterrors in Deutschland, Berlin
Hülsemann/Kohlstruck 2004 = Wolfram Hülsemann/Michael Kohlstruck (Hrsg.) (2004): Mobiles Beratungsteam. Einblicke. Ein Werkstattbuch, Potsdam
Jesse/Mannewitz 2018 = Eckhard Jesse/Tom Mannewitz (2018): Extremismusforschung.

Handbuch für Wissenschaft und Praxis, Bonn
Kärgel 2017 = Jana Kärgel (2017): »Sie haben keinen Plan B«. Radikalisierung, Ausreise, Rückkehr – zwischen Prävention und Intervention, Bonn (Hrsg. Bundeszentrale für politische Bildung)
Kaiser 2020 = Susanne Kaiser (2020): Politische Männlichkeit. Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriachat mobilmachen, Berlin
Kalb 1999 = Peter E. Kalb u. a. (Hrsg.) (1999): Rechtsextremistische Jugendliche – was tun?. 5. Weinheimer Gespräche, Weinheim/Basel
Klatt/Walter 2011 = Johanna Klatt/Franz Walter (2011): Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement, Bielefeld
Köbberling 2018 = Gesa Köbberling (2018): Beratung von Opfern rechter und rassistischer Gewalt, Bielefeld
Kögel 2016 = Gabriele Bingel Kögel u. a. (2016): Bewältigung von Gewalterlebnissen durch außergerichtliche Schlichtung. Täter-Opfer Ausgleich und opferunterstützende Instrumente, Weinheim/Basel
Kötting/Röh 2019 = Michaela Kötting/Dieter Röh (Hrsg.) (2019): Soziale Arbeit in der Demokratie – Demokratieförderung in der Sozialen Arbeit. Theoretische Analysen, gesellschaftliche Herausforderungen und Reflexionen zur Demokratieförderung und Partizipation, Opladen/Berlin/Toronto
Koppetsch 2019 = Cornelia Koppetsch (2019): Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter, Bielefeld
Kulturbüro Sachsen 2013 = Kulturbüro Sachsen e. V. (Hrsg.) (2013): (Dia)Logbuch Sachsen. Prozessorientierte Beratung im ländlichen Raum, Wiesbaden
Krafeld 2000 = Franz Josef Krafeld (2000): Zur Praxis der pädagogischen Arbeit mit rechtorientierten Jugendlichen, in: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland – Eine Bilanz, Bonn, S. 271 – 291
Krafeld 2021 = Franz Josef Krafeld (2021): Den Rechtsextremismus bekämpfen. Emanzipatorische Alternativen zu notorischen Wirkungsschwächen, in: Politische Bildung. Journal für politische Bildung, Nr. 2, S. 4 – 7
Krafeld/Möller/Müller 1993 = Franz Josef Krafeld/Kurt Möller/Andrea Müller (1993): Jugendarbeit in rechten Szenen. Ansätze-Erfahrungen-Perspektiven, Bremen
Leggewie/Meier 2002 = Claus Leggewie/Horst Meier (Hrsg.) (2002): Verbot der NPD oder Mit Rechtsradikalen leben?, Frankfurt
Litten 2009 = Rainer Litten (2009): Einschränkungen rechtsextremer Handlungsräume – Möglichkeiten und Grenzen des Verwaltungsrechts, in: Braun, Stephan u. a. (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden, S. 507 – 525
Lösch/Thimmel 2011 = Bettina Lösch/Andreas Thimmel (Hrsg.) (2011): Kritische Politische Bildung. Ein Handbuch, Bonn
Luzar 2016 = Claudia Luzar (2016): Rechtsextremismus in sozialräumlichen Kontexten, Schwalbach
Lynen van Berg/Pallocks/Steil 2007 = Heinz Lynen von Berg/Kerstin Pallocks/Armin Steil (2007): Interventionsfeld Gemeinwesen. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus, Weinheim/München
May/Heinrich 2020 = Michael May/Gudrun Heinrich (2020): Rechtsextremismus pädagogisch begegnen. Handlungswissen für die Schule, Stuttgart
Möller 1993 = Kurt Möller (1993): Jugendarbeit und Rechtsextremismus – Gängige Verständnisse bröckeln weiter, in: Franz Josef Krafeld/Kurt Möller/Andrea Müller: Jugendarbeit in rechten Szenen. Ansätze-Erfahrungen-Perspektiven, Bremen, S. 11 – 97

Mounk 2018 = Yascha Mounk (2018): Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht, München
Müller 2016 = Jan Werner Müller (2016): Was ist Populismus?, Berlin
Nagy 2019 = Franziska Nagy u. a. (2019): Praxisbuch Service Learning: »Lernen durch Engagement« an Schulen, Weinheim/Basel
Nanz/Fritsche 2012 = Patrizia Nanz/Miriam Fritsche (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen, Bonn
Nolte 2012 = Paul Nolte (2012): Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart, München
Olk/Hartnuß 2011 = Thomas Olk/Birger Hartnuß (Hrsg.) (2011): Handbuch Bürgergesellschaftliches Engagement, Weinheim
Otto 2019 = Anne Otto (2019): Woher kommt der Hass? Die psychologischen Ursachen von Rechtsruck und Rassismus, Gütersloh
Pallocks/Steil 2008 = Kerstin Pallocks/Armin Steil (2008): Von Blockaden und Bündnissen. Praxismaterialien zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Gemeinwesen, Weinheim/München
Priester 2012 = Karin Priester (2012): Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, New York/Frankfurt
Quent 2016 = Matthias Quent (2016): Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät, Weinheim/Basel
Quent/Peter 2015 = Matthias Quent/Peter Schulz (2015): Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien, Wiesbaden
Rensmann/Hagemann/Funke 2011 = Lars Rensmann/Steffen Hagemann/Hajo Funke (2011): Autoritarismus und Demokratie. Politische Theorie und Kultur in der globalen Moderne. Schwalbach
Richter 2020 = Hedwig Richter (2020): Demokratie. Eine deutsche Affäre. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München
Riecker 2014 = Peter Riecker (Hrsg.) (2014): Hilfe zum Ausstieg? Ansätze und Erfahrungen professioneller Angebote zum Ausstieg aus rechtsextremen Szenen, Weinheim/Basel
Riecker 2019 = Peter Riecker (2019): Familie und Rechtsextremismus – Rechtsextremismus und Familie, in: Reiner Becker/Sophie Schmitt (Hrsg.): Beratung im Kontext von Rechtsextremismus. Felder – Methoden – Positionen, Frankfurt, S. 199 – 211
Sander 2014 = Wolfgang Sander (Hrsg.) (2014): Handbuch Politische Bildung, Schwalbach
Schellenberg 2013 = Britta Schellenberg (2013): Die Rechtsextremismus-Debatte. Charakteristika, Konflikte und ihre Folgen, Wiesbaden
Schellenberg/Becher 2015 = Britta Schellenberg/Martin Becher (Hrsg.) (2015): Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus, Schwalbach
Schwagerl 1994 = H. Joachim Schwagerl (1994): Rechtsextremes Denken. Merkmale und Methoden, Frankfurt
Seierstad 2016 = Åsne Seierstad (2016): Einer von uns. Die Geschichte eines Massenmörders, Zürich
Sigl 2018 = Johanna Sigl (2018): Biografische Wandlungen ehemals organisierter Rechtsextremer, Wiesbaden
Sliwka 2004 = Anne Sliwka u. a. (Hrsg.) (2004): Durch Verantwortung lernen. Service Learning: Etwas für andere tun, Weinheim/Basel
Sonnenberg 2021 = Tim Sonnenberg (2021): Wohnungslosigkeit – eine phänomenologische Analyse, in: Dierk Borstel/Tim Sonnenberg/Stephanie Szczepanek (Hrsg.): Die »Unsichtbaren« im Schatten der Gesellschaft – Forschungen zur Wohnungs-

und Obdachlosigkeit am Beispiel Dortmund, Wiesbaden, S. 19 – 76
Staub-Bernasconi 2003 = Silvia Staub-Bernasconi (2003): Soziale Arbeit als eine »Menschenrechtsprofession«, in: Richard Sorg (Hrsg.): Soziale Arbeit zwischen Politik und Wissenschaft. Ein Projekt des Fachbereichs Sozialpädagogik der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg. Sozialpädagogik/Sozialarbeit im Sozialstaat (Bd. 18), Münster/Hamburg/London, S. 17 – 54
Stöss 2005 = Richard Stöss (2005): Rechtsextremismus im Wandel, Berlin
Strobl/Würtz/Klemm 2003 = Rainer Strobl/Stefanie Würtz/Jana Klemm (2003): Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Weinheim/München
Wagner 2014 = Bernd Wagner (2014): Rechtsradikalismus in der Spät-DDR. Zur militant-nazistischen Radikalisierung. Wirkungen und Reaktionen in der DDR-Gesellschaft, Berlin
Wagner 2017 = Bernd Wagner (2017): EXIT-Deutschland. Historie, Ansätze und Praxis, in: Bozay, Kemal/Borstel, Dierk (Hrsg.): Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft, Wiesbaden, S. 413 – 434
Wagner 2020 = Bernd Wagner (2020): »Ich will raus« – Deradikalisierung und Ausstiegsarbeit, in: Borstel, Dierk/Bozay. Kemal (Hrsg.): Kultur der Anerkennung statt Menschenfeindlichkeit. Antworten für die pädagogische und politische Praxis, Weinheim/Basel, S. 269 – 308
Weiß 2017 = Volker Weiß (2017): Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart
Wendt 2017 = Peter Ulrich Wendt (2017): Lehrbuch Methoden der Sozialen Arbeit, 2. Auflage, Weinheim/Basel
Winkler 2010 = Heinrich August Winkler (2010): Geschichte des Westens. Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert, München
Zick/Küpper 2021 = Andreas Zick/Beate Küpper (Hrsg.) (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Berlin
Zito/Martin 2021 = Dima Zito/Ernest Martin (2021): Selbstfürsorge und Schutz vor eigenen Belastungen für Soziale Berufe, Weinheim/Basel
Zwicker-Pelzer 2010 = Renate Zwicker-Pelzer (2010): Beratung in der Sozialen Arbeit, Bad Heilbrunn